

Hessisches Ministerium des Innern,
für Sicherheit und Heimatschutz

HESSEN

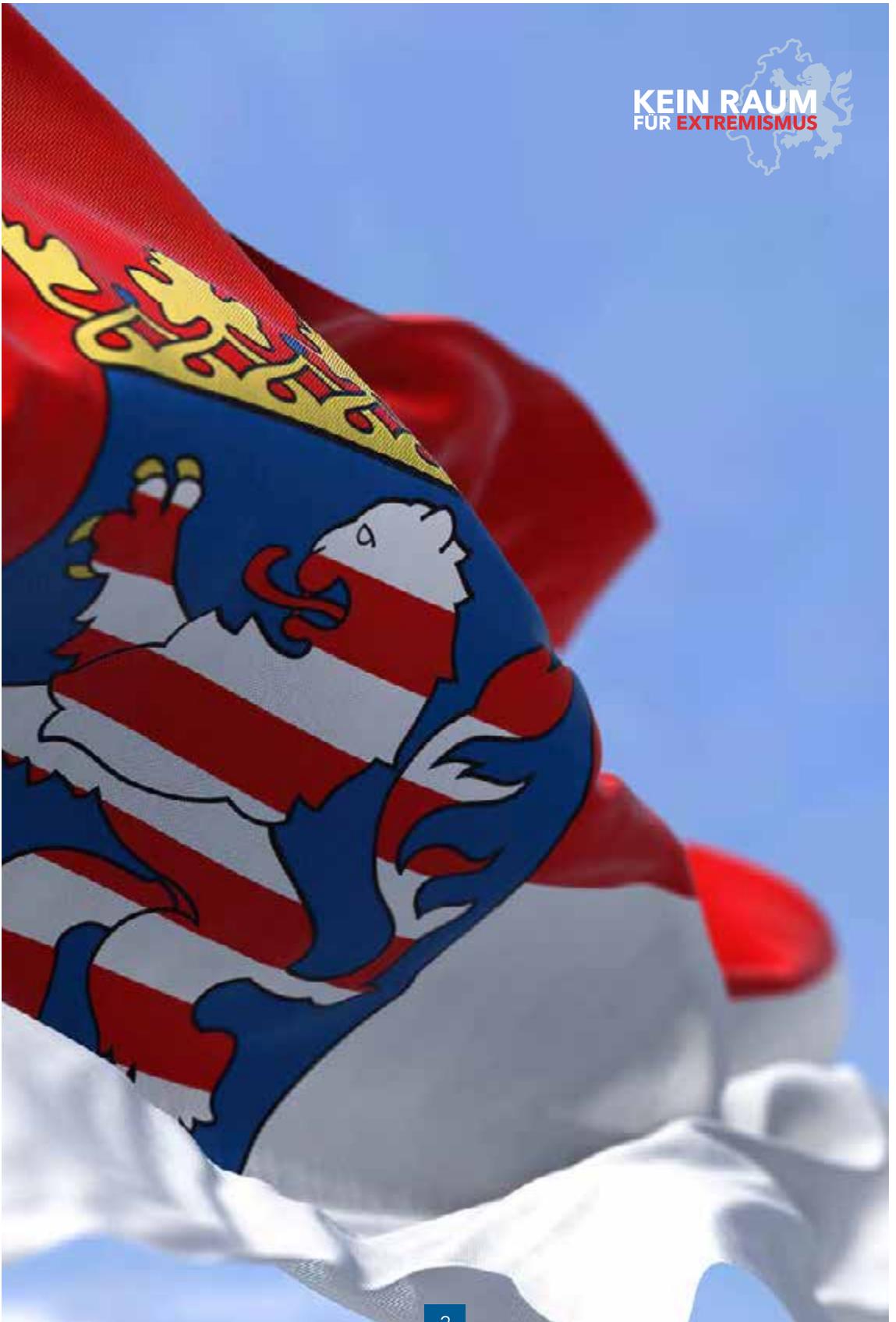


VERFASSUNGSSCHUTZ IN HESSEN
BERICHT 2024

**KEIN RAUM
FÜR EXTREMISMUS**

verfassungsschutz.hessen.de







Roman Poseck

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

unsere Sicherheit war selten so umfassend und gleichzeitig so vielschichtig bedroht wie heute. Aktuelle Entwicklungen tragen maßgeblich dazu bei. Die globalen Kriege – allen voran der Angriff Russlands auf die Ukraine sowie der Nahostkonflikt – wirken sich konkret auf unsere Sicherheitslage aus. Russland führt einen hybriden Krieg gegen die freiheitlichen Demokratien und auch gegen unser Land. Durch Desinformationskampagnen, Spionageaktivitäten und Sabotageangriffe versucht das Regime, Unsicherheit zu stiften, Institutionen zu destabilisieren und das Vertrauen der Bevölkerung in unseren Staat zu erschüttern. Die gezielte Verbreitung von Falschinformationen, oftmals unterstützt durch digitale Technologien und Künstliche Intelligenz, stellt eine reale Gefahr für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt dar.

Auch die Anschläge in Solingen, Magdeburg und München haben uns auf erschreckende Weise vor Augen geführt, dass sich die abstrakt hohe Terrorgefahr jederzeit realisieren kann. Die Messerattacken in Mannheim und Aschaffenburg haben die Sicherheitslage zusätzlich verschärft.

Zugleich versuchen rechtsextremistische Kräfte, die aktuelle Krisenlage für sich zu nutzen. Sie spielen mit den Sorgen und Nöten der Bevölkerung, um die Gesellschaft zu spalten und die Demokratie zu schwächen. Radikale Akteure sind inzwischen auch in Parlamenten vertreten. Sie nutzen diese Plattform, um ihre extremen und menschenverachtenden Ansichten zu

verbreiten und säen damit weiteren Hass, der sich zunehmend auch in Gewalt entlädt.

Politischer Extremismus stellt eine ernsthafte Bedrohung für unsere Demokratie dar; der Rechtsextremismus ist dabei aktuell die größte Gefahr. Doch auch Islamismus und Linksextremismus sind akute Gefahren. Gemeinsam ist allen extremistischen Erscheinungen die fundamentale Ablehnung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die gleichzeitig Markenzeichen und Erfolgsgarant für unser Land seit mehr als 75 Jahren ist.

Die Gefahr zeigt sich besonders im digitalen Raum: Im Internet, auf Messengerdiensten und in den sozialen Medien versuchen Extremisten insbesondere junge Menschen zu erreichen, deren Persönlichkeitsbildung oft noch nicht abgeschlossen ist und die daher anfälliger für vereinfachende, extreme Botschaften sind. Sie bedienen sich dabei optisch ansprechender, aber oft irreführender Inhalte, die durch Halbwahrheiten oder gezielte Desinformation geprägt sind. Der Einsatz Künstlicher Intelligenz beschleunigt die Verbreitung solcher Inhalte zusätzlich. Demokratiefeinde missbrauchen die enorme Reichweite digitaler Medien, um verlässliche Institutionen und Persönlichkeiten zu diskreditieren und das Vertrauen der Bevölkerung in Staat und Politik zu erschüttern. Ihr Ziel ist es, den offenen zivilgesellschaftlichen Dialog, der für eine funktionierende Demokratie unerlässlich ist, zu manipulieren und in antidemokratische Bahnen zu lenken.

Im Kampf gegen Extremismus, Cyberangriffe, Spionage und Sabotageakte ist das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen ein zentraler Akteur der wehrhaften Demokratie. Der Verfassungsschutz beobachtet und analysiert nicht nur extremistische Bestrebungen – er informiert auch betroffene staatliche Stellen, die Politik sowie die Öffentlichkeit und stellt umfassende Präventionsangebote in den Bereichen Extremismusprävention, Demokratieförderung und Deradikalisierung zur Verfügung.

2024 erreichte das Landesamt mit nahezu 350 Präventionsterminen eine Rekordzahl: Der Verfassungsschutz war verstärkt in Schulen, Hochschulen und Kommunen präsent, um Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren. Die in der Präventionsabteilung des Landesamts angesiedelte „Phänomenbereichsübergreifende wissenschaftliche Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (PAAF)“ intensivierte ihre Maßnahmen nach dem Terrorangriff der HAMAS auf Israel erheblich und initiierte zudem das Forschungsprojekt „Antisemitismus als Querschnittsphänomen im hessischen Protestgeschehen nach dem 7. Oktober 2023“. Die Ergebnisse der Studie sollen noch in diesem Jahr veröffentlicht werden.

Der vorliegende Jahresbericht zeigt leider auch für das Jahr 2024: Es gibt alte und neue Gefahren für unsere freiheitliche Gesellschaft. Das Vertrauen vieler Menschen in die Demokratie und in ihre Problemlösungskompetenz wird gezielt untergraben.

Unsere Demokratie ist ein kostbares Gut, das es unermüdlich zu verteidigen gilt. Dafür braucht es jede und jeden Einzelnen. Wir müssen als Demokratinnen und Demokraten für unsere gemeinsamen Werte eintreten, Argumente austauschen und Kompromisse suchen, um die besten Lösungen für die aktuellen Herausforderungen zu finden. Dabei dürfen und müssen wir unterschiedlicher Meinung sein und uns auch streiten. Gegenüber Extremisten jedoch müssen wir Demokratinnen und Demokraten eine klare Haltung zeigen und uns unmissverständlich abgrenzen. Desinformation, Hass und Hetze sind Gift für die freiheitliche Gesellschaft unseres Grundgesetzes.

Die Anforderungen und Gefahren für unsere Demokratie wachsen stetig. Daher ist ein modernes und gut ausgestattetes Landesamt für Verfassungsschutz mit engagierten und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von zentraler Bedeutung. Dafür setze ich mich persönlich ein.

Ich danke allen Beschäftigten des Landesamts herzlich für ihre wichtige Arbeit zum Schutz der freiheitlichen Ordnung und der Sicherheit der Menschen in Hessen.



Roman Poseck

Hessischer Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz



Bernd Neumann

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

unsere Maxime als Verfassungsschutz in Hessen lautet: „Kein Raum für Extremismus, kein Raum für Spionage, kein Raum für Desinformation“. Es gilt, ein unmissverständliches Stoppsignal gegenüber Extremisten zu setzen – im Beruf, in der Schule, an den Universitäten, in der Freizeit – und extremistischen Worten und Taten mit klaren wertebundenen demokratischen Haltungen und Handlungen entgegenzutreten.

Wie essenziell unser Leitbild „Kein Raum für Extremismus“ ist, zeigt der alarmierende Anstieg der Gesamtzahl der extremistischen Straf- und Gewalttaten in Hessen. Mit 2.527 Delikten (2023: 1.881) erreichte sie einen neuen Höchststand. Allein 1.997 Delikte (= 79 Prozent) sind dem Rechtsextremismus zuzurechnen. Von insgesamt 74 extremistischen Gewalttaten entfielen 52 (=70 Prozent) auf den Rechtsextremismus, nahezu jeder zweite Rechtsextremist war gewaltorientiert. Diese objektiven Zahlen sind einer der Gründe, weshalb der Rechtsextremismus nach wie vor die größte Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ist.

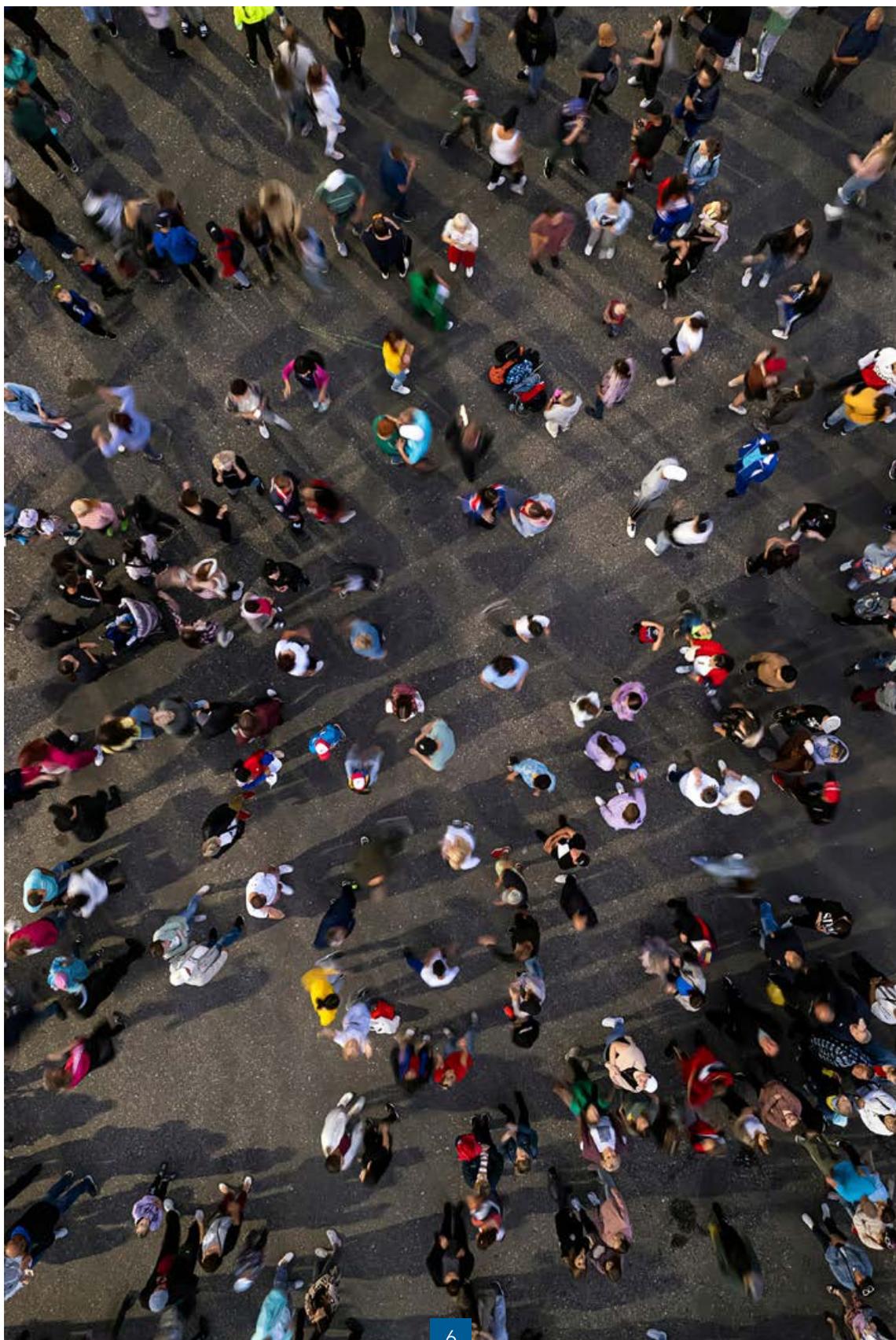
Eine Trendwende ist nicht in Sicht, ganz im Gegenteil: Es ist äußerst beunruhigend, dass unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen rechtsextremistisches Gedankengut und Verhalten zunehmend zur Normalität werden. Eine neue rechtsextremistische Jugendkultur entsteht; das im letzten Jahr vielfach thematisierte Grölen der rechtsextremistischen Parole „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!“ zur

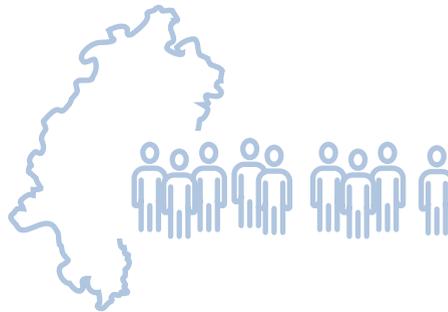
Melodie des Partyhits „l’amour toujours“ ist mittlerweile nur die Spitze des Eisbergs. Mit Freizeitangeboten, Kampfsport oder Wanderungen versuchen rechtsextremistische Active Clubs junge Menschen anzulocken, um sie allmählich zu ideologisieren und fest an sich zu binden. Gefährlich ist auch das hohe Aggressions- und Gewaltpotenzial dieser Szene.

Der Einfluss rechtsextremistischer Influencer auf Plattformen wie Instagram oder TikTok wächst. Vor allem Jugendliche und junge Erwachsene sind durch Provokationen und Grenzbotschaften leicht zu erreichen. Einfache, plakative Parolen machen es scheinbar unnötig, sich faktenbasiertes Wissen anzueignen und Zusammenhänge zu durchdenken.

Das LfV Hessen hat daher die Funktions- und Wirkungsweise der sozialen Medien und Agitation extremistischer Influencer zu einem Kernthema seiner Präventionsarbeit gemacht und sensibilisiert insbesondere bei Veranstaltungen im schulischen Bereich.

Ähnlich wie im Rechtsextremismus nahm auch im Islamismus die Radikalisierung in der digitalen Welt weiter zu. Islamistische Terrororganisationen wie der sogenannte Islamische Staat betreiben eine intensive Propaganda und versuchen insbesondere junge Menschen zu radikalieren und zu Anschlägen zu verleiten. Auch im Linksextremismus nahmen Radikalisierung und Gewaltbereitschaft zu. Die Zahl der Gewaltdelikte erhöhte sich von 9 auf 15, die der Sachbeschädigung





gen von 70 auf 113. Nahezu jeder dritte Linksextremist war gewaltorientiert: Autonome/Anarchisten outeten (vermeintliche) Rechtsextremisten und verübten zahlreiche Sachbeschädigungen. Insgesamt versuchen Linksextremisten, sich mit solchen „Aktionen“ als die „wahren“ und konsequenten „Antifaschisten“ zu inszenieren und den Widerstand in der Gesellschaft „gegen rechts“ im linksextremistischen Sinne zu beeinflussen.

Darüber hinaus verbreiten nicht nur inländische Extremisten, sondern auch ausländische Akteure in verschiedenen Kampagnen gezielt Desinformationen. Im Zuge des militärischen Angriffskrieges auf die Ukraine versucht Russland etwa, den gesellschaftlichen und politischen Streit und die daraus resultierende Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung voranzutreiben, um das Vertrauen der Menschen in Deutschland in die Demokratie und deren Funktionsfähigkeit zu untergraben. Hinzu kommen russische, chinesische und iranische Spionageaktivitäten gegen Institutionen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Militär und Verwaltung, Sabotageakte und Cyberangriffe.

Der grausame Terrorüberfall der islamistischen HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 und seine Folgen lösten Bestürzung in Politik und Gesellschaft aus. Erschreckend ist, dass in der Folge auf Kundgebungen, im Internet und in den sozialen Medien teilweise unverhohlen antisemitisch agitiert wurde. Es ist unsere Aufgabe als Staat und Gesellschaft, antisemitischem Hass und entsprechender Hetze entschieden entgegenzutreten und sich für eine Gesellschaft einzusetzen, in der sowohl Menschen jüdischen Glaubens als auch israelische Staatsbürger ohne Angst in Frieden leben können. Antisemitismus ist stets ein Gradmesser dafür, wie es insgesamt um den Schutz der Menschenwürde bestellt ist. Unsere Maxime der Freiheit, der Toleranz und des gesellschaftlichen Friedens gilt für alle in Deutschland lebenden Menschen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hessischen Landesamts für Verfassungsschutz tragen maßgeblich dazu bei, die Aktivitäten in- und ausländischer Extremisten sorgsam im Blick zu behalten. Hierfür und für die Bewältigung der künftigen Herausforderungen gilt Ihnen mein herzlicher Dank.

Bernd Neumann

Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz
Hessen

INHALTSVERZEICHNIS

VERFASSUNGSSCHUTZ IN HESSEN	10
Streitbare und abwehrbereite Demokratie	11
Aufgaben, Befugnisse, Mitwirkungsaufgaben	12
Methoden	13
Kontrolle	14
Strukturen, Organisation, Haushalt	16
Wesentliche institutionelle Elemente der Sicherheitsarchitektur auf Bundesebene und in Hessen	18
Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit	21
EXTREMISMUS IN HESSEN – IM BESONDEREN FOKUS	30
Fokus # 1: „TikTokisierung“ des Extremismus	31
Fokus # 2: Extremistisches Personenpotenzial	35
Fokus # 3: Straf- und Gewalttaten	37
RECHTSEXTREMISMUS	40
Parteiunabhängige bzw. parteiungebundene Strukturen	48
– Identitäre Bewegung Deutschland e.V. (IBD)	48
Sonstige parteiunabhängige Strukturen	53
– Thule-Seminar e.V.	53
– Recht und Wahrheit	56
Lose strukturierter Rechtsextremismus	58
– Neonazis	58
– Subkulturell orientierte Rechtsextremisten – rechtsextremistische Musik- und Kampfsportszene	60
Parteigebundene Strukturen bzw. Parteien	64
– Junge Alternative (JA) Hessen	64
– Die HEIMAT	69
– Junge Nationalisten (JN)	74
– Der Dritte Weg/Der III. Weg	76
Flüchtlinge im Visier von Rechtsextremisten	80
REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER	82
VERFASSUNGSSCHUTZRELEVANTE DELEGITIMIERUNG DES STAATES	90

LINKSEXTREMISMUS	94
Autonome und Anarchisten	99
Sonstige Beobachtungsobjekte	104
Ergebnisse linksextremistischer Parteien bei den Wahlen zum Europäischen Parlament	110
ISLAMISMUS	112
Salafismus	119
Legalistischer Islamismus	126
– Hizb ut-Tahrir (HuT, Partei der Befreiung)	126
– Muslimbruderschaft (MB)/Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V. (DMG)	129
– Millî-Görüş-Bewegung	132
Sonstige Beobachtungsobjekte und Ereignisse	136
AUSLANDSBEZOGENER EXTREMISMUS	140
Kurdischer Extremismus	144
– Partiya Karkerên Kurdistan (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans)	144
Türkischer Linksextremismus	151
– Sonstige Beobachtungsobjekte	151
NAHOSTKONFLIKT UND ISRAELBEZOGENER ANTISEMITISMUS	156
ORGANISIERTE KRIMINALITÄT	162
SPIONAGEABWEHR	164
GEHEIMSCHUTZ	172
MITWIRKUNGSAUFGABEN DES LFV	178
ABKÜRZUNGEN	184
EXTREMISTISCHE ORGANISATIONEN UND GRUPPIERUNGEN	188
FUSSNOTEN	190
REGISTER	191

VERFASSUNGSSCHUTZ IN HESSEN

KEIN RAUM FÜR EXTREMISMUS



VERFASSUNGSSCHUTZ
IN HESSEN

- Streitbare und abwehrbereite Demokratie
- Aufgaben, Befugnisse, Mitwirkungsaufgaben
- Methoden
- Kontrolle
- Strukturen, Organisation, Haushalt
- Wesentliche Institutionelle Elemente der Sicherheitsarchitektur auf Bundesebene und in Hessen
- Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit

STREITBARE UND ABWEHRBEREITE DEMOKRATIE

Themen



- Frühwarnsystem
- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- Werteprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung
- Garantie der Menschenwürde als Ausgangspunkt

Frühwarnsystem

Die unverzichtbaren Grundwerte des freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaats der Bundesrepublik Deutschland gehen aus der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hervor. In ihr sind tragende Grundprinzipien festgeschrieben, die absolute Werte und unverzichtbare Schutzgüter sind. Resultierend aus den Erkenntnissen über das Scheitern der Weimarer Republik (1918 bis 1933) und aus den furchtbaren Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Terror- und Unrechtsregime (1933 bis 1945), ist die Demokratie in Deutschland heute streitbar und abwehrbereit. Der Verfassungsschutz hat hierbei die wichtige Funktion eines „Frühwarnsystems“.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist unsere Demokratie eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung. In ihr sind die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger garantiert; es ist jeder Bürgerin und jedem Bürger möglich, staatliche Entscheidungen durch unabhängige Gerichte nachprüfen zu lassen. Jede Bürgerin und jeder Bürger genießt Rechtssicherheit. Diese Ordnung gründet sich auf dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit, auf der Freiheit und Gleichheit aller Menschen, auf der Gewaltenteilung und der Unabhängigkeit der Gerichte.

Werteprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Zu der im Grundgesetz (GG) zentral im Art. 21 Abs. 2 genannten freiheitlichen demokratischen Grundord-

nung, die unabänderliche oberste Werteprinzipien als Kernbestand unserer Demokratie enthält, zählen:

- die im GG konkretisierten Menschenrechte,
- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte und
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft.

Garantie der Menschenwürde als Ausgangspunkt

Darüber hinaus hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 17. Januar 2017 (2 BvB 1/13) auf den Antrag des Bundesrates, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands einschließlich ihrer Teilerorganisationen als verfassungswidrig einzustufen und aufzulösen, Folgendes erklärt:

„Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne von Art. 21 Abs. 2 GG beinhaltet die zentralen Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlich sind. Ihren Ausgangspunkt findet die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG). Die Garantie der Menschenwürde umfasst insbesondere die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit. Auf rassistische Diskriminierung zielende Konzepte sind damit nicht vereinbar. Daneben sind im Rahmen des Demokratieprinzips die Möglichkeit gleichberechtigter

Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung aller Staatsgewalt an das Volk (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG) konstitutive Bestandteile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Hinsichtlich des Rechtsstaatsprinzips gilt dies für die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt, die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte und das staatliche Gewaltmonopol.“

AUFGABEN, BEFUGNISSE, MITWIRKUNGSAUFGABEN

Themen



- Aufgaben
- Gesetzliche Grundlage der Tätigkeit sowie Befugnisse des LfV
- Definition des Begriffs „extremistische Bestrebungen“
- Befugnisse – Kein Einsatz von Zwangsmitteln
- Mitwirkungsaufgaben des LfV

Aufgaben

Aufgabe des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) ist, es den zuständigen Stellen zu ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder zu treffen. Darüber hinaus erstellt das LfV Lageberichte und Analysen. Zu diesem Zweck sammelt es Informationen – insbesondere in Form von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen – über extremistische Bestrebungen und sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten und wertet diese aus.

Gesetzliche Grundlage der Tätigkeit sowie Befugnisse des LfV

Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind gesetzlich festgelegt. In allen Ländern bestehen hierfür eigene gesetzliche Grundlagen. In Hessen sind die Aufgaben und Befugnisse im Hessischen

Verfassungsschutzgesetz (HVSG) geregelt. Darüber hinaus regelt das Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) die Aufgaben und die Rechtsstellung des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) sowie die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern.

Das HVSG wurde durch das Gesetz zur Änderung sicherheitsrechtlicher Vorschriften und zur Umorganisation der hessischen Bereitschaftspolizei vom 29. Juni 2023 (GVBl. S. 456) geändert. Durch das HVSG in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 2023 (GVBl. S. 614) wurden etwa besonders eingriffsintensive Methoden des LfV zur Informationsgewinnung, wie zum Beispiel der Einsatz von Vertrauensleuten, einer richterlichen Vorabkontrolle unterworfen. Auch wurden die Vorschriften zur Informationsübermittlung an andere Stellen neu strukturiert; die konkret an eine Informationsübermittlung zu stellenden Anforderungen unterscheiden nunmehr maßgeblich danach, an welche Stelle (Strafverfolgungsbehörden, Gefahrenabwehrbehörden oder sonstige öffentliche Stellen) Informationen übermittelt werden sollen.

Das HVSG ist im Internet unter der Adresse <https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-VerfSchutzGHE2023rahmen> abrufbar.

Definition des Begriffs „extremistische Bestrebungen“

Extremistische Bestrebungen im Sinne des HVSG sind politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, die auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zielen. Darüber hinaus können unter bestimmten Voraussetzungen auch Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, extremistische Bestrebungen im Sinne des HVSG sein. Nicht extremistisch ist die kritische Auseinandersetzung mit Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, ohne dass diese Auseinandersetzung das Ziel der Beseitigung derselben verfolgt.

Neben extremistischen Bestrebungen, die auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zielen, beobachtet das LfV

- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 GG), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 GG), gerichtet sind, und
- Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität (OK) im Geltungsbereich des Grundgesetzes.

Befugnisse - Kein Einsatz von Zwangsmitteln

Das LfV hat keine operativen Zwangsbefugnisse. Es darf zum Beispiel Personen weder vorladen noch festnehmen oder Durchsuchungen durchführen. Die Zusammenarbeit mit dem LfV beruht für Privatpersonen auf Freiwilligkeit. Um Maßnahmen, zu denen es selbst nicht befugt ist, darf das LfV die Polizei nicht ersuchen.

Mitwirkungsaufgaben des LfV

Neben den oben beschriebenen Aufgaben unterstützt das LfV im Bereich des Geheim- und Wirtschaftsschutzes Behörden und Unternehmen mit seinen Erkenntnissen und seinem Wissen. Ebenso wirkt das LfV mit bei

- Aufenthalts-/Einbürgerungsverfahren,
- Zuverlässigkeitsüberprüfungen (unter anderem für die Bereiche Luftsicherheit, Atomkraftanlagen und nach dem Waffen- und Sprengstoffrecht).

METHODEN

Themen



- Möglichkeiten der Informationserhebung
- Informationserhebung auf der Grundlage allgemein zugänglicher Quellen
- Informationserhebung mit nachrichtendienstlichen Mitteln

Möglichkeiten der Informationserhebung

Um mittels kontinuierlicher Beobachtung verfassungsschutzrelevante Bestrebungen und Tätigkeiten zu erkennen und in fundierten Analysen zu beschreiben, bedient sich das LfV verschiedener Methoden. Sie reichen von der Informationserhebung aus allgemein zugänglichen Quellen über das Verwenden technischer Mittel bis hin zum Einsatz von Vertrauensleuten (= Privatpersonen, deren planmäßige, dauerhafte Zusammenarbeit mit dem LfV Dritten nicht bekannt ist).

Informationserhebung auf der Grundlage allgemein zugänglicher Quellen

Die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Informationen gewinnt das LfV vornehmlich aus allgemein zugänglichen Quellen. Dazu gehören unter anderem

- Publikationen,
- Internetinhalte sowie
- öffentliche Veranstaltungen.

Informationserhebung mit nachrichtendienstlichen Mitteln

Verfassungsfeinde und andere Personen bzw. Gruppierungen, die dem Beobachtungsauftrag des LfV unterliegen, arbeiten oft konspirativ, das heißt, sie versuchen ihre wahren Ziele und Aktivitäten zu verschleiern oder geheim zu halten. Das Sammeln allgemein zugänglicher Materials durch das LfV und der Informationsaustausch mit anderen Behörden und anderen Stellen genügen deshalb zuweilen nicht, um ein vollständiges und sachgerechtes Bild von verfassungsfeindlichen Bestrebungen, geheimdienstlichen Tätigkeiten, sicherheitsgefährdenden

Bestrebungen oder Aktivitäten der OK zu erhalten. Daher ist das LfV befugt, nachrichtendienstliche Mittel einzusetzen. Dazu gehören zum Beispiel:

- die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs,
- der Einsatz technischer Mittel zur Ortung von Mobilfunkendgeräten,
- die kurz- und langfristige Observation,
- das Fertigen von Bild- und Tonaufzeichnungen sowie
- der Einsatz von verdeckten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie von Vertrauensleuten.

Nachrichtendienstliche Mittel dürfen in Bezug auf personenbezogene Daten nur dann angewendet werden, wenn hierfür bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Die entsprechenden Regelungen sind in den §§ 5 ff. HVSG festgelegt. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel unterliegt gesetzlichen Schranken (§ 14 HVSG), wobei insbesondere der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten ist. Bestimmte, vom Bundesverfassungsgericht als besonders eingriffsintensiv bewertete nachrichtendienstliche Mittel bedürfen nach dem novellierten HVSG einer richterlichen Vorabkontrolle, das heißt die Maßnahme muss vor ihrer Durchführung vom LfV bei Gericht beantragt und richterlich angeordnet werden.

KONTROLLE

Themen



- Vielfältige Kontrolle des LfV
- Wahl der PKV-Mitglieder aus der Mitte des Hessischen Landtags
- Pflichten der Hessischen Landesregierung
- Befugnisse der PKV
- G 10-Kommission
- Fachaufsicht
- Weitere Kontrollen

Vielfältige Kontrolle des LfV

Die Tätigkeit des LfV wird auf vielfältige Weise kontrolliert. Dies geschieht insbesondere durch die Parla-

mentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz (PKV) des Hessischen Landtags. Die Regularien, welche die parlamentarische Kontrolle und die PKV als Institution betreffen, sind im Gesetz zur parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes in Hessen (Verfassungsschutzkontrollgesetz) festgeschrieben.

Wahl der PKV-Mitglieder aus der Mitte des Hessischen Landtags

Die Mitglieder der PKV werden vom Hessischen Landtag gemäß § 1 Abs. 2 Verfassungsschutzkontrollgesetz aus seiner Mitte gewählt. Der Hessische Landtag bestimmt zugleich die Zahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der PKV. Die Beratungen der PKV sind geheim.

Pflichten der Hessischen Landesregierung

Die Pflicht der Hessischen Landesregierung zur Unterrichtung der PKV sowie deren Befugnisse sind im Verfassungsschutzkontrollgesetz geregelt. Neben der umfassenden Unterrichtung der PKV durch das für den Verfassungsschutz zuständige Hessische Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimat-schutz über die allgemeine Tätigkeit des LfV und über Vorgänge von besonderer Bedeutung wird die PKV über weitere Sachverhalte informiert: so etwa über besondere Auskunftersuchen, den verdeckten Einsatz technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung, die Ortung von Mobilfunkendgeräten und Observationen sowie den Einsatz von verdeckten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Vertrauensleuten (§ 7 und §§ 9 bis 13 HVSG).

Befugnisse der PKV

Jedes Mitglied der PKV kann die Einberufung einer Sitzung und die Unterrichtung der PKV verlangen. Darüber hinaus hat jedes Mitglied das Recht der Akteneinsicht; nach vorheriger Ankündigung ist jedem Mitglied der PKV jederzeit Zutritt zu den Dienststellen des LfV zu gewähren. Mit Zweidrittelmehrheit kann die PKV eine sachverständige Person mit der Durchführung von Untersuchungen beauftragen, die der PKV über das Ergebnis berichten muss; die PKV wird bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch eine Beamtin oder einen Beamten der Landtagsverwaltung mit Befähigung zum Richteramt unterstützt (ständige Geschäftsführerin oder ständi-

ger Geschäftsführer). Darüber hinaus hat die PKV das Recht, den Haushaltsplan des LfV mitzubearbeiten.

G 10-Kommission

Maßnahmen, die mit einem Eingriff in Art. 10 GG (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) verbunden sind, bedürfen der Zustimmung der G 10-Kommission des Hessischen Landtags.

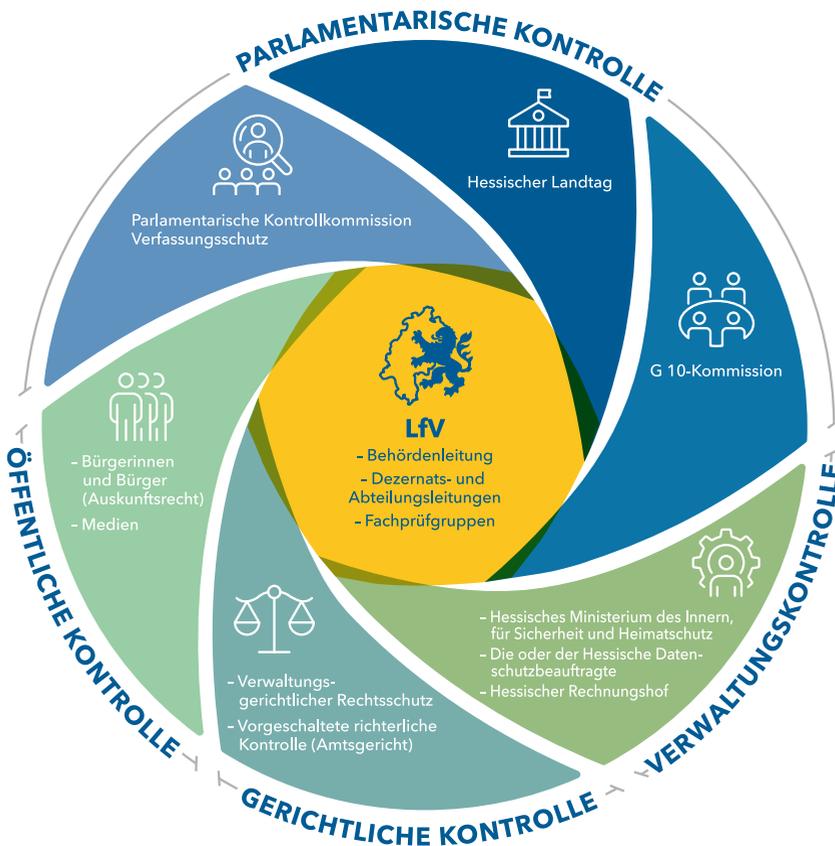
Fachaufsicht

Das Hessische Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz nimmt die Fachaufsicht über das LfV wahr, das heißt, es prüft die Recht- und Zweckmäßigkeit des Handelns des LfV, indem es dessen Aufgabenerledigung kontrolliert. Dies geschieht etwa mittels Strategie- und Programmplanungen, Zielvereinbarungen, Besprechungen, Weisungen und Erlassen.

Weitere Kontrollen

Darüber hinaus kontrollieren die oder der Hessische Datenschutzbeauftragte, der Hessische Rechnungshof und – mittelbar auf dem Wege der Berichterstattung und Kommentierung – die Medien die Tätigkeit des LfV. Die Speicherung personenbezogener Daten, Auskunftserteilungen und die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht, die das LfV zu Lasten Betroffener vornimmt, unterliegen darüber hinaus der vollständigen gerichtlichen Kontrolle.

Verschiedene Maßnahmen des LfV zur Informationserhebung bedürfen zudem einer vorgeschalteten richterlichen Anordnung (die Wohnraumüberwachung, bestimmte Formen der Standortermittlung, langfristige Observationen sowie der Einsatz von verdeckten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Vertrauensleuten, vgl. § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 3, § 11 Abs. 4, § 12 Abs. 3, § 13 Abs. 1 i. V. m. § 12 Abs. 3 HVSG).



STRUKTUREN, ORGANISATION, HAUSHALT

Themen

- Föderale Strukturen
- Anzahl der Planstellen – Ausgabenbudget



Föderale Strukturen

Der Verfassungsschutz ist als Inlandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland föderal organisiert. Der Bund und die 16 Länder unterhalten jeweils eigene Verfassungsschutzbehörden.

Als obere Landesbehörde untersteht das LfV dem Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz. Das LfV hat seinen Sitz in Wiesbaden und gliedert sich in sechs der Amtsleitung unterstehende Abteilungen. An die Amtsleitung angehängt sind ebenso der Stab der Behördenleitung, die Interne Revision, der Geheimschutzbeauftragte sowie die Datenschutzbeauftragte. Darüber hinaus verfügt das LfV in Hessen über Außenstellen.

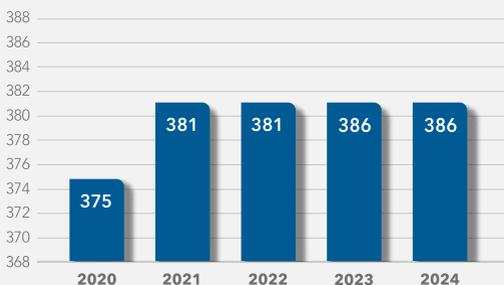
Wie in jeder Behörde gibt es einen Personalrat, eine Schwerbehindertenvertretung und eine Gleichstellungsbeauftragte.



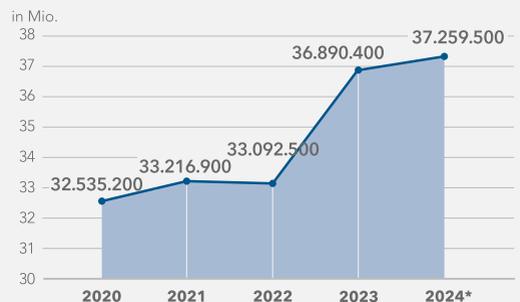
Anzahl der Planstellen – Ausgabenbudget

Die Personalmittel sowie die Finanzmittel für Personal- und Sachausgaben sind im Haushaltsplan des Landes Hessen ausgewiesen. Für das Jahr 2024 standen dem LfV 386 Planstellen zur Verfügung. Das Ausgabenbudget für das Jahr 2024 belief sich auf 37.259.500,- Euro.

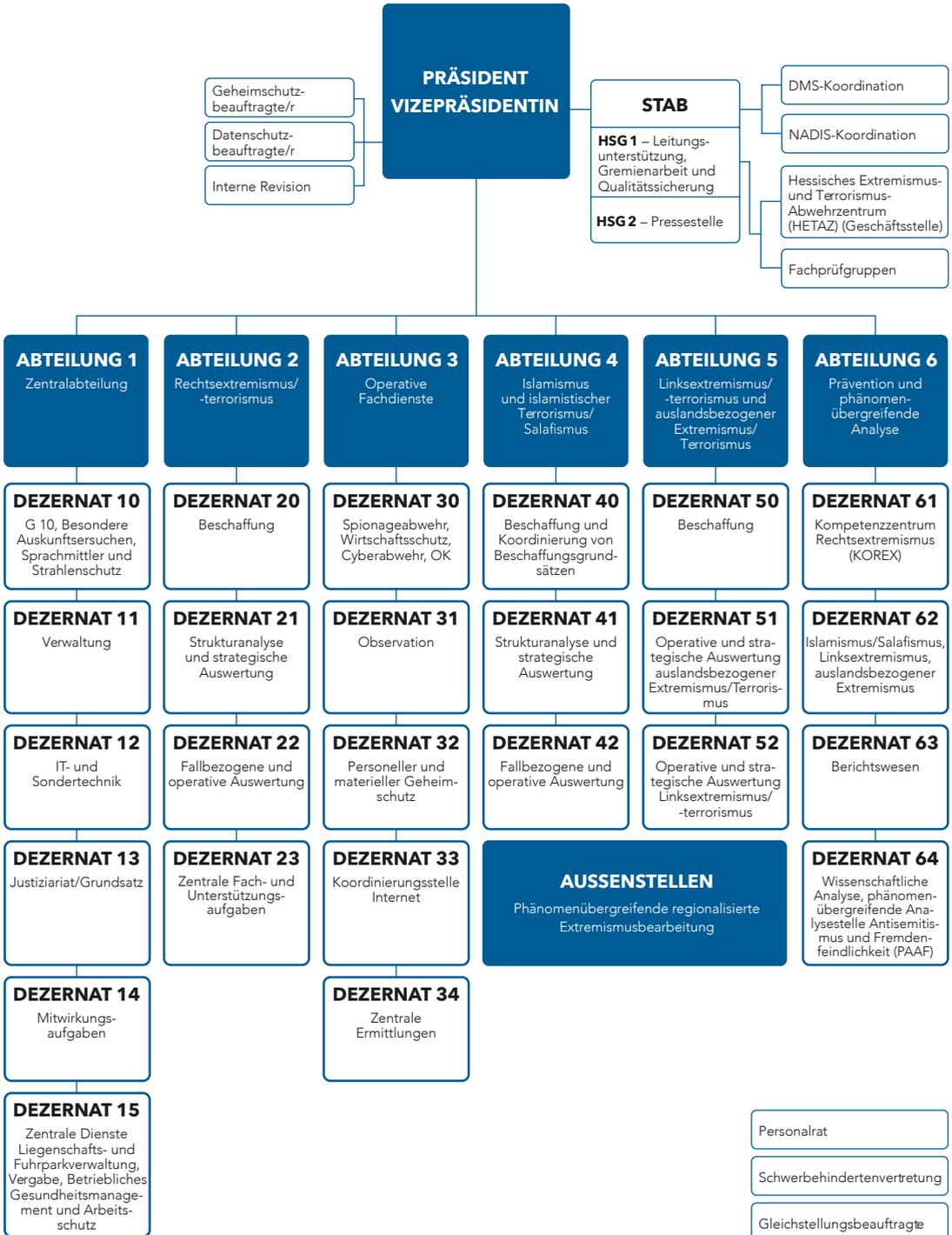
Anzahl der Planstellen des LfV (2020 bis 2024)



Ausgabenbudget des LfV (2020 bis 2024)



* Die Einsparung durch Globale Minderausgaben (Ausgaben-senkungen zur Haushaltskonsolidierung) in Höhe von 500.000,- Euro sind in dem für das Jahr 2024 ausgewiesenen Betrag nicht enthalten.





WESENTLICHE INSTITUTIONELLE ELEMENTE DER SICHERHEITS-ARCHITEKTUR AUF BUNDESEBENE UND IN HESSEN

Themen

- Kernelemente der bundesweiten Sicherheitsarchitektur
- Hessisches Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (HETAZ)



Kernelemente der bundesweiten Sicherheitsarchitektur

Ziel der Sicherheitsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland ist es, auf Gefahren und Bedrohungen kompetent, schnell und flexibel zu reagieren und dabei das Wissen und die Fähigkeiten verschiedener Behörden zu bündeln. Relevante Informationen sollen unter Beachtung der jeweiligen Zuständigkeiten und gesetzlichen Vorgaben zusammengeführt und

bewertet werden, ohne die organisatorische Trennung der Sicherheitsbehörden in Frage zu stellen.

Die bundesweite Sicherheitsarchitektur besteht im Wesentlichen aus folgenden Einrichtungen, die als Kooperations- und Kommunikationsplattformen von Bundes- und Landesbehörden tätig sind:

- dem Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus,
- dem Gemeinsamen Internetzentrum (GIZ) und
- dem Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) zur Bekämpfung des Rechts-, Links- und auslandsbezogenen Extremismus sowie der Spionageabwehr einschließlich proliferationsrelevanter Aspekte.

Wie die untenstehende Abbildung zeigt, sind am GTAZ in Berlin Vertreterinnen und Vertreter folgender Behörden beteiligt:



Im GTAZ gibt es zwei voneinander institutionell getrennte Arbeitsplattformen: Die Nachrichtendienstliche (NIAS) und die Polizeiliche Informations- und Analysestelle (PIAS). NIAS- und PIAS-Mitglieder kooperieren in verschiedenen Arbeitsgruppen eng miteinander, um bestimmte Fälle aktuell zu bearbeiten sowie Gefahrenprognosen und mittel- bzw. längerfristige Analysen zu erstellen.

Wesentliches Ziel des GTAZ ist die Stärkung der nationalen, behördenübergreifenden Zusammenarbeit sowie die Intensivierung der Kooperation mit Vertretern der Strafverfolgung, um eine frühzeitige Erkennung und Abwehr von terroristischen Gefahren im Phänomenbereich Islamismus zu ermöglichen.

Nach dem Vorbild des GTAZ arbeiten im GIZ Vertreterinnen und Vertreter des

- BfV,
- Bundeskriminalamts (BKA),
- Bundesnachrichtendienst (BND),
- Bundesamts für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD) und
- der Generalbundesanwalt (GBA) beim Bundesgerichtshof

eng zusammen. Darüber hinaus steht das GIZ in ständigem Austausch mit den zuständigen Landesbehörden.

Aufgabe der Vertreterinnen und Vertreter der am GIZ mitwirkenden Behörden ist die Beobachtung, Auswertung und Analyse von Veröffentlichungen mit islamistischen und jihadistischen Inhalten im Internet, um frühzeitig extremistische und terroristische Strukturen und Aktivitäten zu identifizieren.

Das GETZ ist als „Dachorganisation“ für die Bekämpfung folgender Phänomenbereiche zuständig:

- Rechtsextremismus/-terrorismus,
- Linksextremismus/-terrorismus,
- Extremismus mit Auslandsbezug und
- Spionageabwehr und Proliferation.

Am GETZ als Informations- und Kommunikationsplattform beteiligen sich – analog zu den Aufgaben des GTAZ – zur Bündelung der Fachexpertise und der Sicherstellung eines möglichst lückenlosen und schnellen Informationsflusses die in der untenstehenden Abbildung aufgeführten Behörden:



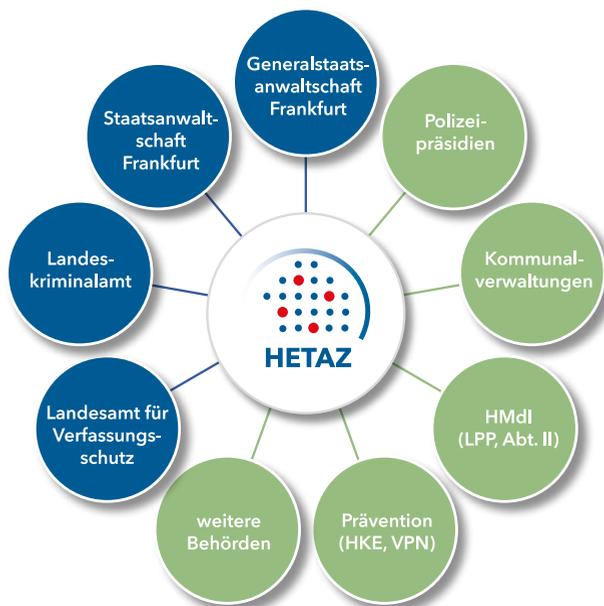
Hessisches Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (HETAZ)

Das in Hessen 2019 konstituierte HETAZ hat seine Geschäftsstelle im LfV. Es fungiert als anlassbezogene Kommunikations-, Informations- und Kooperationsplattform unter ständiger Beteiligung des Hessischen Landeskriminalamts (HLKA), der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main – Abteilung Staatschutz, der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main sowie des LfV. Abhängig von konkreten Gefährdungs- und Bedrohungssachverhalten werden Vertreterinnen und Vertreter weiterer Behörden, wie zum Beispiel von Polizeipräsidiem und Kommunalverwaltungen, im Rahmen ihres jeweiligen Aufgabenbereichs und ihrer Zuständigkeit hinzugezogen. Ziel ist es unter anderem, einen abgestimmten, fortlaufenden und nachhaltigen Informationsaustausch mit kurzen Kommunikationswegen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übermittlungsvorschriften und des für den Verfassungsschutz und die Polizei gültigen informationellen Trennungsgebots zu gewährleisten. Durch Bündelung, Verdichtung und Bewertung der Informationen soll die Erkenntnislage der zuständigen Behörden verbessert und der Austausch über operative Maßnahmen in enger Kooperation erleichtert werden.

Im Berichtsjahr fanden neun Sitzungen des HETAZ, darunter drei Sondersitzungen, statt. Inhaltlich wurden neben einem strategischen Austausch in Bezug auf die Fußball-Europameisterschaft der Männer (EM) 2024 in Deutschland aktuelle Gefährdungssachverhalte sowie relevante Ermittlungsverfahren aus den Phänomenbereichen Islamismus, Rechts- und Linksextremismus sowie aus dem Bereich der Spionageabwehr behandelt.

Aufgrund des mutmaßlich islamistisch motivierten Anschlags in Solingen (Nordrhein-Westfalen) am 23. August 2024 tauschten sich die HETAZ-Teilnehmer im Rahmen einer Sondersitzung über Schlussfolgerungen für Hessen und weitere Maßnahmen aus.

Basierend auf den im Abschlussbericht zum Untersuchungsausschuss 20/2 des Hessischen Landtags vom 28. November 2023 enthaltenen Empfehlungen zur verbesserten Früherkennung von potenziellen Amokläufern und Attentätern befasste sich die HETAZ-Sitzung vom 11. Dezember 2024 zudem mit bestehenden Konzepten im Bereich der Polizei-, Justiz- und Verfassungsschutzbehörden sowie der Evaluierung bestehender Optimierungspotenziale. Unter Einbindung wissenschaftlicher Expertise sind weitere Sitzungen zur Thematik vorgesehen.



ÖFFENTLICHKEITS- UND PRÄVENTIONSARBEIT

Themen



- Aufklärung der Öffentlichkeit
- Medienarbeit
- Herbstgespräch
- Hessischer Verfassungsschutzbericht
- Präventionsarbeit im Allgemeinen
- Aufklärende Prävention
- Beratende Prävention
- Zielgruppen
- Kooperationspartner
- Prävention im Kultusbereich
- Prävention für Justiz und Polizei
- Weitere Präventionsmaßnahmen
- Prävention im Zeichen des Nahostkonflikts
- Meldestelle Hessen gegen Hetze
- Informationsangebote des LfV
- Prävention für die Wirtschaft
- Kontakt und Internetpräsenz

Aufklärung der Öffentlichkeit

Extremisten verfolgen das Ziel, die Grundwerte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu beseitigen. Eine erfolgreiche gesellschaftliche Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen und Aktivitäten kann jedoch nur dann gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger sowie die Medien über sachgerechte Informationen verfügen. Um die Öffentlichkeit über extremistische Bestrebungen zu informieren und für deren Gefahren zu sensibilisieren, hat das LfV seine Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit in den letzten Jahren auf einem hohen Niveau etabliert. Die Präventionsinhalte werden dabei stets an den aktuellen Entwicklungen in den verschiedenen Phänomenbereichen ausgerichtet.

Antisemitismus als Querschnittsphänomen

Anika Schleinzer, Leiterin der Phänomenbereichsübergreifenden wissenschaftlichen Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (PAAF) des LfV, präsentierte – in Form von Zwischenimpulsen – erste Ergebnisse ihrer Studie „Antisemitismus als Querschnittsphänomen im hessischen Protestgeschehen nach dem 7. Oktober 2023“. In dem Forschungsprojekt wird untersucht, wie Extremisten die zahlreichen Demonstrationen und Veranstaltungen zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 26. Januar 2024 beeinflussten und mit ihrer antisemitischen Rhetorik prägten. In den Monaten Oktober, November und Dezember 2023 hatten hessenweit jeweils über zwanzig propalästinensische Demonstrationen stattgefunden. Von diesen waren – nach Bewertung des LfV – mehr als ein Drittel extremistisch beeinflusst: Extremisten meldeten diese Veranstaltungen an, nahmen daran teil oder mobilisierten für sie. Erst im Januar 2024 schwächte sich das Protestgeschehen ab.

In der ersten Phase der Proteste rechtfertigten Extremisten den Angriff der HAMAS auf Israel als „legitime Widerstandsaktion“ gegen das „zionistische Besatzerregime“. Der eliminatorische Antisemitismus der islamistischen Terrororganisation wurde auf diese Weise verteidigt und unterstützt. Mit Beginn der israelischen Bodenoffensive am 27./28. Oktober 2023 trat in der zweiten Phase der Proteste das Narrativ eines angeblich gezielten „Genozids“ an den Palästinensern in den Vordergrund. Der jüdische Staat wurde dabei als das ultimativ Böse dargestellt und entsprechend delegitimiert.

Durch die zentrale Rolle, die Extremisten im Rahmen des Protestgeschehens einnahmen, finden ihre antisemitischen Parolen, Narrative und Überzeugungen auch bei Personen aus den nichtextremistischen Teilen der Protestbewegung Anklang. Dies trägt zur weiteren Radikalisierung und Emotionalisierung der Protestbewegung bei und bedroht damit jüdisches Leben in Hessen.

Medienarbeit

Etwa 100 Journalistinnen und Journalisten verschiedener Medien wandten sich im Berichtsjahr an die Pressestelle des LfV. Die Anzahl der Presseanfragen lag im unteren dreistelligen Bereich. Im Hinblick auf die extremistischen Phänomenbereiche war das Interesse am Rechtsextremismus, gemessen an der Zahl der Anfragen, am größten, gefolgt von den Bereichen Islamismus sowie Reichsbürger und Selbstverwalter.

Die Pressestelle des LfV ist per E-Mail unter folgender Adresse erreichbar: pressestelle@lfv.hessen.de.

Herbstgespräch

Das 25. Herbstgespräch des LfV im Museum Wiesbaden widmete sich am 13. November dem Thema „Neue Allianz der Antisemiten – Wie der Hass auf jüdisches Leben und den Staat Israel extremistische Akteure eint“. Mit der Auswahl dieses Themas führte das LfV die mittlerweile zur Tradition gewordene Praxis fort, ein breites Themenspektrum zu behandeln, etwa von der „Organisierten Kriminalität“ (1999) über „Salafismus“ (2014) bis hin zur „Extremen Gegnerschaft“ zwischen Links- und Rechtsextremisten (2023).

Wie zuletzt 2017 rückte das 25. Herbstgespräch zum zweiten Mal das Thema „Antisemitismus“ in den Mittelpunkt, dieses Mal wegen der Ereignisse seit dem Terrorangriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 und vor allem der Frage, wie der Hass auf jüdisches Leben und Israel unterschiedliche extremistische Akteure zusammenbringt. In ihren einleitenden Reden betonten Staatsminister Prof. Dr. Roman Poseck und LfV-Präsident Bernd Neumann die Entschlossenheit, antisemitischem Hass entschieden entgegenzutreten. Sie unterstrichen, dass es das Ziel sein müsse, eine Gesellschaft zu schaffen, in der Menschen jüdischen Glaubens sicher und ohne Angst leben könnten.

Präsident Neumann verwies auf die Kampagne „Kein Raum für Antisemitismus“, die das LfV 2024 ins Leben gerufen hat, um die Antisemitismusprävention zu stärken. Staatsminister Poseck hob hervor, dass der Schutz des Existenzrechts Israels unter anderem auch im Kontext von Versammlungen verteidigt werden

müsse. Er verwies dabei auf seinen Vorschlag, die Leugnung dieses Rechts unter Strafe zu stellen, um Behörden eine rechtssichere Handlungsgrundlage gegen Versammlungen zu geben, auf denen zur Vernichtung Israels aufgerufen werde. Beide Redner betonten, dass der Schutz jüdischen Lebens nicht allein Aufgabe der Sicherheitsbehörden sei. Angesichts der deutschen Geschichte sei die gesamte Gesellschaft gefordert, entschlossen gegen jede Form von Antisemitismus vorzugehen.

Die Impulse von Anika Schleinzer flossen in die anschließende Podiumsdiskussion ein. Unter der Moderation des Journalisten Thomas Kreuzmann diskutierten Ronya Othmann (Publizistin), Daniel Neumann (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinden in Hessen) und Uwe Becker (Antisemitismusbeauftragter der Hessischen Landesregierung) über die Dynamiken und Herausforderungen des Antisemitismus in Hessen. So wies Ronya Othmann darauf hin, dass Künstler, die Antisemitismus kritisieren, in der Kulturszene zunehmend ausgegrenzt würden und antiisraelische Propaganda im Kulturbetrieb salonfähig werde. Sie sprach in diesem Zusammenhang von einer „antisemitischen Querfront“, die sich von der extremen Linken bis zur extremen Rechten erstrecke. Uwe Becker erinnerte daran, dass Allianzen zwischen Extremisten kein neues Phänomen seien. Bereits in den 1970er-Jahren habe es Kooperationen zwischen Islamisten und Linksextremisten gegeben. Daniel Neumann wiederum warnte eindringlich, dass es ein „Zeitfenster jüdischen Lebens in Europa“ gebe, das sich angesichts der aktuellen Entwicklungen zunehmend schließe. Das Podium war sich mit Staatsminister Poseck und Präsident Neumann einig: Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft, nicht nur für Sicherheitsbehörden.

Hessischer Verfassungsschutzbericht

Im Mittelpunkt der Unterrichtung der Öffentlichkeit steht der vom Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz herausgegebene jährliche Verfassungsschutzbericht. Er informiert über die wesentlichen während des Berichtsjahrs gewonnenen Erkenntnisse des LfV und bewertet diese.

Präventionsarbeit im Allgemeinen

Im Vergleich zum Vorjahr (274) nahm die Anzahl der Präventionstermine im Berichtsjahr mit 348 Terminen deutlich zu und erreichte damit einen neuen Allzeitspitzenwert. Diese Steigerung kam durch die hohe Nachfrage zum Thema Rechtsextremismus (223 Termine), insbesondere im Kulturbereich (120 Termine), zustande.

Die hohe Nachfrage nach Präventionsveranstaltungen beim LfV belegt deutlich den Stellenwert der Extremismusprävention, die seit 2018 im HVSG explizit als Aufgabe des LfV gesetzlich geregelt ist. Das LfV wurde dadurch in seiner Funktion als Frühwarnsystem und Dienstleister der Demokratie gestärkt.

Um die wichtige Stärkung der Prävention auch organisatorisch zu verankern, wurde 2020 die Abteilung 6 (Prävention und phänomenübergreifende Analyse) geschaffen. Darin spiegelt sich das Selbstverständnis des LfV wider, auch im öffentlichen Raum präsent zu sein. In der Abteilung 6 ist außerdem die seit 2016 bestehende PAAF angesiedelt. Letztere führt regelmäßig eigene wissenschaftliche Forschungsprojekte in den Themenbereichen „Antisemitismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ durch. Die Projekte dienen nicht nur der internen Beratung, sondern deren Ergebnisse werden auch für eine breitere Öffentlichkeit publiziert und fließen in die Präventionsveranstaltungen des LfV ein.

Neben den etablierten Präventionsangeboten wie zielgruppenorientierte Sensibilisierungsveranstaltungen (aufklärende Prävention) und Beratungsleistungen in konkreten Fällen (beratende Prävention) hat das LfV in den letzten Jahren zahlreiche auf langfristige Zusammenarbeit angelegte Kooperationen forciert, um für die Gesellschaft ein aktiver Partner und Dienstleister im Umgang mit Extremismus zu sein. So beteiligte sich das LfV im Berichtsjahr an öffentlichen Veranstaltungen, zum Beispiel im Rahmen von Podiumsdiskussionen und Vorträgen. Ziel war es, am gesellschaftlichen Diskurs teilzuhaben und als Ansprechpartner zu fungieren.



Aufklärende Prävention

Um einen relevanten Beitrag zur Sensibilisierung der Gesellschaft für Extremismus zu leisten, versucht das LfV, möglichst viele Menschen sowohl in staatlichen als auch nichtstaatlichen Stellen über Gefahren, die von extremistischen Bestrebungen ausgehen, aufzuklären. Das LfV bietet zu sämtlichen extremistischen Phänomenbereichen Fortbildungen an, bei denen es über Ideologiemerkmale, Erscheinungsformen, (Verschwörungs-)Narrative, Strategien und Anhaltspunkte für Radikalisierung informiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen damit in die Lage versetzt werden, extremistische Bestrebungen, die ihnen möglicherweise im Alltag begegnen, zu erkennen. Ergänzend werden Handlungsempfehlungen vermittelt, die dabei helfen sollen, den Umgang mit extremistischen Sachverhalten zu erleichtern und Lösungen für entsprechende Situationen zu finden.

Das LfV informiert darüber hinaus bestimmte Bedarfsträger, wie zum Beispiel den Kulturbereich oder Kommunen, anlassbezogen über aktuelle Entwicklungen wie Kampagnen und Aktionsformen in den verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen.

Beratende Prävention

Um den Bedarfsträgern Handlungssicherheit im Erkennen von und im Umgang mit extremistischen Bestrebungen zu vermitteln, bietet die beratende Prävention ergänzend zur aufklärenden Prävention einzelfallbezogene Beratungsleistungen an. Mit dieser Zielrichtung wendet sich das LfV insbesondere an

Schulen, die von einem extremistischen Sachverhalt betroffen sind, und bietet Aufklärung, Beratung und Unterstützung an. So führte das LfV die seit 2022 erstmals angewendeten Formate im Bereich der pädagogischen Aufklärung an Schulen verstärkt fort, um an der Aufklärung und Auflösung rechtsextremistischer Sachverhalte mitzuwirken.

Zielgruppen

Eine der wichtigsten Zielgruppen der Präventionsarbeit sind Schülerinnen und Schüler ebenso wie Multiplikatoren im Bereich der (Jugend-)Bildung, wie zum Beispiel Lehrkräfte. Seit 2009 ist das LfV durch die Hessische Lehrkräfteakademie als Anbieter von Fortbildungen akkreditiert. Das Fortbildungsangebot kann über die Staatlichen Schulämter oder auch von einzelnen Schulen wahrgenommen werden.

Darüber hinaus sind besonders die hessischen Kommunen wichtige Partner bei der Extremismusprävention. Das LfV ist – zusätzlich zu den angebotenen Vorträgen für und mit Kommunen – in zahlreichen kommunalen Präventionsgremien vertreten. Es arbeitet eng mit diesen zusammen und steht den Gremien als direkter Ansprechpartner zur Verfügung.

Ein weiterer Schwerpunkt der Fortbildungsmaßnahmen liegt in den Bereichen Polizei und Justiz. Weitere

Adressaten sind unter anderem Feuerwehren, Bundeswehr, Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche und religiöse Träger sowie Unternehmen und Wirtschaftsverbände.

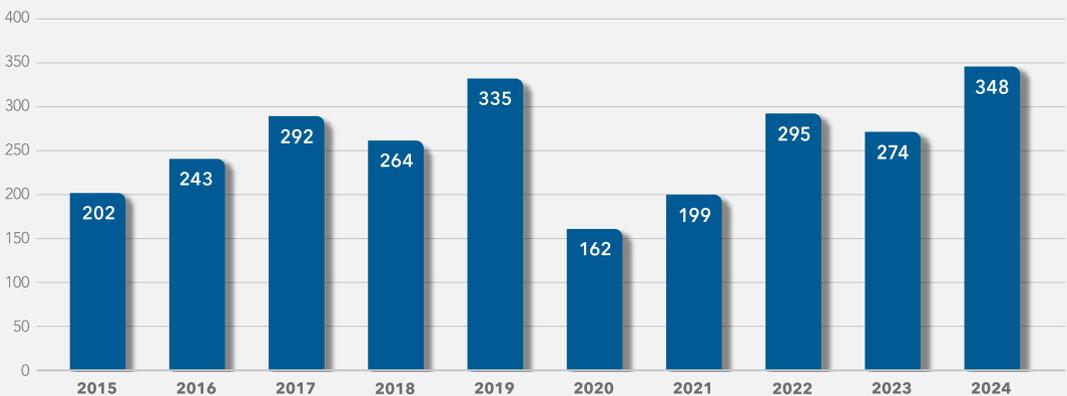
Neben den etablierten Bedarfsträgern arbeitet das LfV immer wieder mit neuen Zielgruppen zusammen und erweitert das Präventionsangebot stetig. In diesem Zusammenhang sucht das LfV den regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren oder Vertreterinnen und Vertretern von Behörden.

Im Zentrum der Präventionsarbeit des LfV befinden sich Nachhaltigkeit und Kontinuität. So stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LfV den Bedarfsträgern auch im Anschluss an Sensibilisierungsveranstaltungen oder Projekte als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung. Der Erfolg der vertrauensvollen Zusammenarbeit hat sich in vielen Folgeveranstaltungen und Weiterempfehlungen des Angebots gezeigt.

Kooperationspartner

Das LfV ist bei der Bekämpfung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen eng mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) und den zivilgesellschaftlichen Trägern

Präventionstermine 2015 bis 2024*



* Als Präventionstermine werden ausschließlich Zusammenkünfte, die eine Außenwirkung entfalten, erfasst, zum Beispiel Vorträge, Reden, Fortbildungen, Informationsveranstaltungen und Beratungen.

vernetzt. Im Rahmen des organisations- und ressort-übergreifenden Ansatzes ist das LfV in der Lenkungsgruppe des HKE vertreten.

Das HKE ist über www.hke.hessen.de erreichbar.

Das LfV gehört darüber hinaus dem Expertenpool des landesweiten beratungsNetzwerks hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus an. In dem Expertenpool sind staatliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Initiativen miteinander vernetzt.

Das beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus ist über www.beratungsnetzwerk-hessen.de erreichbar.

Zudem ist das LfV Mitglied im Fachbeirat des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus. Das 2014 gegründete Netzwerk war das erste landesweite Präventionsprojekt gegen Salafismus in Deutschland. Im Mittelpunkt des Präventionsnetzwerks steht die Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus, die beim zivilgesellschaftlichen Träger Violence Prevention Network (VPN) angebunden wurde. Die Ausstiegshilfe und -begleitung von islamistisch Radikalisierten sowie die Beratung des sozialen Umfelds dieser Personen stehen im Zentrum der Arbeit der Beratungsstelle Hessen.

Über das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ wurden seit 2020 in Landkreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten Fachstellen für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention (DEXT) eingerichtet. Die DEXT-Fachstellen sind auf lokaler und regionaler Ebene Ansprechpartner in Bezug auf alle extremistischen Phänomenbereiche. Die Schwerpunkte der Arbeit orientieren sich am jeweils örtlichen Bedarf.

Das LfV hat eine sehr gute und verstetigte Zusammenarbeit mit den DEXT-Fachstellen etabliert und führte eine Vielzahl an Fortbildungen und öffentlichen Veranstaltungen durch, insbesondere für Mitarbeiter kommunaler öffentlicher Stellen sowie für die Zivilgesellschaft. Mittels der DEXT-Fachstellen



können anlassbezogene Informationen des LfV über extremistische Entwicklungen noch gezielter an die Bedarfsträger vor Ort weitergegeben und somit die regionale Vernetzung in Sachen Extremismusprävention gestärkt werden. Durch die Zusammenarbeit mit den DEXT-Fachstellen gelang es dem LfV, seine regionale Präsenz deutlich zu erhöhen.

Die Ansprechpartner der DEXT-Fachstellen sind über die Homepage des HKE erreichbar.

Prävention im Kulturbereich

Der Kulturbereich ist im Berichtszeitraum der mit Abstand stärkste Bedarfsträger der Präventionsarbeit des LfV gewesen. So wurden mit 142 Terminen so viele Maßnahmen durchgeführt wie in keinem Jahr zuvor (2023:48, 2022: 80). Dies korreliert mit der gesellschaftlichen Entwicklung der zunehmenden Radikalisierung vor allem junger Menschen, die durch soziale Medien enorm verstärkt wird. Um diesem negativen Prozess entgegenzuwirken, hat das LfV sein Präventionsangebot für Schulen nochmals deutlich erweitert.

So hat das LfV neben seinen bisherigen Schwerpunktmaßnahmen bei der Sensibilisierung von Lehrkräften seine Handlungsfelder in folgenden Bereichen stark ausgebaut:

- Einzelfallberatung,
- pädagogische Aufklärung im Klassenkontext zur Lösung von extremistischen Sachverhalten,



- Sensibilisierung von Eltern im Rahmen von Elternabenden,
- Workshops für Schulklassen sowie
- Fokussierung der Präventionsmaßnahmen auf das Thema der Beeinflussung von sozialen Medien, insbesondere der Plattform TikTok, durch Extremisten.

In diesem Zusammenhang geht das LfV neue Wege, um interdisziplinäre Synergien zu schaffen. So ist seit dem Schuljahr 2024/2025 eine Lehrkraft eines Gymnasiums zum LfV mit einer Teilzeitstelle abgeordnet, um Workshops zur Extremismusprävention für den Schulunterricht zu entwickeln und anzuwenden. Die Veranstaltungen des LfV sind dabei in das pädagogische Konzept der jeweiligen Schule eingebettet.

Im Berichtsjahr war das LfV erstmals mit extremistischen Vorfällen an Grundschulen befasst. Es wurden Sensibilisierungstermine für Lehrkräfte und Eltern durchgeführt. Zudem entwickelte das LfV ein Workshopkonzept für Grundschülerinnen und -schüler zur Extremismusprävention, das von einer kooperierenden Grundschule pädagogisch geprüft und erprobt werden soll. Bei Bedarf soll das Konzept perspektivisch an Grundschulen angeboten werden.

Im Rahmen des Austauschforums Extremismus, das zusammen mit dem Staatlichen Schulamt Fulda initiiert und unter Beteiligung des Polizeipräsidiums Osthessen vom LfV durchgeführt wurde, wurden aktuelle Themen wie zum Beispiel der Nahostkonflikt und Antisemitismus behandelt. Das Forum fungiert als regelmäßige Kommunikations- und Kooperationsplattform, um interdisziplinär an Lösungsstrategien zur Bekämpfung von Extremismus im schulischen Bereich zu arbeiten. Im Berichtsjahr wurde das Gremium von besonders engagierten Lehrkräften bzw. Schulleitungen aus sämtlichen Schulformen, die mit dem LfV zusammenarbeiten, verstärkt.

Zusammen mit dem Hessischen Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen sowie mit dem HKE setzte das LfV seine Präventionsarbeit im Kultusbereich mit seiner Beteiligung an der Fortbildung der „Netzwerk-Lotsen“ fort. Diese „Lotsen“ sind an Schulen federführend für die Extremismusprävention zuständig. Schulamtsübergreifend und schulamtsbezogen führte das LfV daneben eine Vielzahl von Fortbildungen zu verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen durch.

Prävention für Justiz und Polizei

Im Justizressort führte das LfV regelmäßig Sensibilisierungsmaßnahmen durch und bildete dabei auch Justizvollzugsbeamte fort. Zudem veranstaltete das LfV Justizseminare zu den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Reichsbürger und Selbstverwalter sowie Islamismus für Richter, Staatsanwälte und Bewährungshelfer in Zusammenarbeit mit der Justizakademie Hessen des Hessischen Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat.

Das LfV war regelmäßig und anlassbezogen in die Aus- und Fortbildung der Hessischen Polizei eingebunden und hielt auf Anfrage Vorträge vor Studiengruppen an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS). Das LfV beteiligte sich auch mit Vorträgen für Staatsschützer an den Staatsschutzmodulen der HöMS. Seit 2020 führt das LfV ein eigenes Wahlpflichtmodul an der HöMS in Kassel für den Fachbereich Polizei zum Thema „Extremismus“ durch.



Seit 2019 hat das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX) des LfV eine hohe dreistellige Zahl an Führungskräften und Einsatzkräften mehrerer hessischer Polizeibehörden im Rahmen einer Vielzahl von Einzelterminen über Rechtsextremismus aufgeklärt und sensibilisiert. Während eines Fachtags der Hessischen Polizei zum Thema „Aktuelle Entwicklungen, Debatten und Strategien im Rechtsextremismus“ im März 2024 sensibilisierte das LfV zum Beispiel etwa 100 Polizisten in Bezug auf dieses Thema, wobei auch über ein gemeinsames präventives Vorgehen gegen rechtsextremistische Bestrebungen und Strategien diskutiert wurde. Darüber hinaus führte das LfV bei der Bundespolizei in Frankfurt am Main erneut Fortbildungen durch.

Weitere Präventionsmaßnahmen

Seit 2020 veranstaltet das LfV jährlich ein Seminar zu den verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen für die Zentrale Fortbildung (ZF) Hessen. Führungskräfte und Beschäftigte des Landes Hessen sollen über das Angebot die Möglichkeit erhalten, sich in einem interdisziplinären Teilnehmerfeld auszutauschen und zu den verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen übergreifend fortzubilden.

Auch im Berichtsjahr setzte das LfV verstärkt auf die Beteiligung an öffentlichen Veranstaltungen. So referierten Vertreterinnen und Vertreter des LfV bei einer Vielzahl von öffentlichen Veranstaltungen. Die rege Teilnahme an den Diskussions- und Fragerunden im Anschluss an die Veranstaltungen zeigt, wie groß das Interesse der Zuhörerinnen und Zuhörer an der Arbeit des Verfassungsschutzes war, wobei in diesem Zusammenhang auch kritische Fragen gestellt und seitens des LfV beantwortet wurden.

Prävention im Zeichen des Nahostkonflikts

Im Kontext des islamistischen Terrorangriffs auf Israel am 7. Oktober 2023 und der daraus resultierenden bundesweiten propalästinensischen, auch antisemitischen Proteste beteiligte sich das LfV an den koordinierten Maßnahmen der im damaligen Hessischen Ministerium des Innern und für Sport eingerichteten Task Force „Nahostkonflikt“. Bereits zwischen Oktober und Dezember 2023 informierte das LfV Polizeibeamte aller hessischen Präsidien, der Präsidien für Einsatz und Technik, des HLKA, der HöMS sowie der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main in mehreren umfassenden Fortbildungsveranstaltungen über die Hintergründe und aktuellen Entwicklungen des Nahostkonflikts. Spezielle Aufgabe des LfV

war es, eine ideologische Einordnung von Symbolen und Flaggen einschließlich der extremistischen Gruppierungen im Kontext des Nahostkonflikts und des israelfeindlichen Antisemitismus vorzunehmen sowie dessen zahlreiche Facetten zu veranschaulichen. Auch war das LfV an der Erstellung einer entsprechenden Handreichung beteiligt.

Im Berichtsjahr setzte sich diese Präventionsarbeit nahtlos fort. Das LfV reagierte mit eigenen Fortbildungsangeboten auf die Lage im Nahen Osten bzw. die daraus resultierenden Ereignisse in Hessen und stellte auf seiner Homepage entsprechende Beiträge ein: „Islamistische Gruppierung ‚Realität Islam‘ adressiert mit [antisemitischer] Kampagne die ‚Mehrheitsgesellschaft‘“ und „Was sagen eigentlich Rechtsextremisten zum Krieg im Nahen Osten?“ Schließlich konzipierte die PAAF ein Fortbildungsangebot zu den Themen „Genese und aktuelle Entwicklungen im Nahostkonflikt“ sowie „Israelbezogener Antisemitismus“ und führte entsprechende Veranstaltungen für verschiedene Bedarfsträger wie Polizei, das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Kommunen, Regierungspräsidien und Schulen durch. Einen besonderen Fokus richtete die PAAF auf antiisraelische und antisemitische Vorfälle an hessischen Hochschulen. Im Dezember 2023 referierte sie auf einer außerordentlichen Hochschulleitungstagung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst zum Thema „antiisraelischer Antisemitismus an hessischen Hochschulen“. Im August 2024 war die Forschungsstelle zu einem Impulsvortrag bei dem Hochschulausschuss der Kultusministerkonferenz eingeladen und trug dort Erkenntnisse zum israelbezogenen Antisemitismus an Hochschulen mit Blick auf das gesamte Bundesgebiet vor. Auch die Hochschulen selbst nutzten das neue Fortbildungsangebot der PAAF. Darüber hinaus wurden die Vorträge und Workshops, die den Antisemitismus als Querschnittsphänomen in allen ideologischen Erscheinungsformen und tradierten Narrativen in den Blick nahmen, nach dem Terrorangriff der HAMAS von verschiedenen Bedarfsträgern stark nachgefragt.



Im Bereich seiner Aufgaben und Tätigkeiten ist das LfV auch dem Schutz von jüdischen Menschen und in Hessen lebenden israelischen Staatsangehörigen sowie der konsequenten Bekämpfung des Antisemitismus verpflichtet. Über die PAAF besteht ein regelmäßiger Austausch mit den jüdischen Gemeinden in Hessen, der infolge der mit dem 7. Oktober verbundenen Ereignisse intensiviert wurde. Im Rahmen der Präventionsarbeit im Bereich Antisemitismus sollen persönliche Begegnungen mit Juden ermöglicht und ein Kennenlernen jüdischer Geschichte und Gegenwart gefördert werden. So empfing die Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main im Dezember Polizeianwältinnen und Polizeianwörter der HöMS in Kassel zusammen mit Referentinnen und Referenten des LfV im Rahmen des Wahlpflichtmoduls „Extremismus“. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden die Entwicklung jüdischen Lebens in der Mainmetropole sowie religiöse Riten und Rituale im Judentum während einer Führung durch die Westend-Synagoge veranschaulicht. Im Anschluss schilderte eine Vertreterin der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main die Auswirkungen des Terrorangriffs der HAMAS auf den Alltag von in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden.

Meldestelle Hessen gegen Hetze

Mit der 2020 gegründeten Meldestelle Hessen gegen Hetze unterhielt das LfV eine Kooperation, wobei vor allem ein regelmäßiger Austausch gepflegt und Präventionstermine gemeinsam wahrgenommen wurden. Ziel der durch das Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C) des Hessischen Ministeriums des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz betriebenen Meldestelle ist es, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu bieten, den zuständigen Behörden Hate Speech einfach und schnell zu melden.

Der Meldestelle Hessen gegen Hetze können auch Sachverhalte gemeldet werden, die keinen Onlinebezug haben. Darunter fallen zum Beispiel extremistische Aktivitäten wie Flugblattverteilungen und Infostände, die nicht direkt mit Hate Speech in Verbindung stehen.

Die Meldestelle ist erreichbar unter:
www.hessengegenhetze.de.

Informationsangebote des LfV

Damit sich die Bürgerinnen und Bürger gezielt mit verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen auseinandersetzen können, veröffentlicht das LfV Informationsbroschüren. Folgende Publikationen können beim LfV direkt angefordert bzw. über dessen Internetpräsenz **www.lfv.hessen.de** abgerufen werden:

- Verfassungsschutz in Hessen – Beobachten, analysieren und informieren.
- Extremismus erkennen – Handreichung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Flüchtlingshilfe.
- Salafismus: Extremistische Bestrebungen in Hessen.
- Die „Neue Rechte“ – Eine Gefahr für unsere Demokratie.
- Kennzeichen und Symbole der Rechtsextremisten.
- Gedenk- und Jahrestage von Rechtsextremisten.
- Rechtsextremismus und Sonnwendfeiern.
- Verfassungsfeindliche Bestrebung: „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“.

- Mit Militanz zur Errichtung einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“.
- PAAF Analysen 1 – „... und diese Gerüchte stammen nicht von irgendwelchen Nazis!“ Eine Studie zu Erscheinungsformen und ideologischen Hintergründen antisemitischer Agitation in den sozialen Netzwerken.
- PAAF Analysen 1 – In aller Kürze.
- PAAF Analysen 2 – Filter ohne Blase. Wie die rechtsextremistische Szene sich über das politische Tagesgeschehen informiert.
- PAAF Analysen 2 – In aller Kürze.

Darüber hinaus finden sich weitere Informationsmaterialien auf den Internetseiten des BfV (**www.verfassungsschutz.de**) und den anderen Landesämtern für Verfassungsschutz.

Prävention für die Wirtschaft

Informationen über die Aktivitäten und Dienstleistungen des LfV zum Thema „Wirtschaftsschutz“ finden Sie im Kapitel Spionage- und Cyberabwehr/Wirtschaftsschutz.

Kontakt und Internetpräsenz

Alle Bürger können sich an das LfV wenden. Die Homepage des LfV ist unter **www.lfv.hessen.de** aufrufbar. Auf der Homepage steht auch ein Kontaktformular zur Verfügung.

Für Fragen zur Prävention ist das LfV unter der Telefonnummer **0611-720/1966** und der E-Mail-Adresse

praevention@lfv.hessen.de zu erreichen.

Fragen zum Thema „Wirtschaftsschutz“ können an die E-Mail-Adresse

wirtschaftsschutz@lfv.hessen.de gerichtet werden.

EXTREMISMUS IN HESSEN – IM BESONDEREN FOKUS

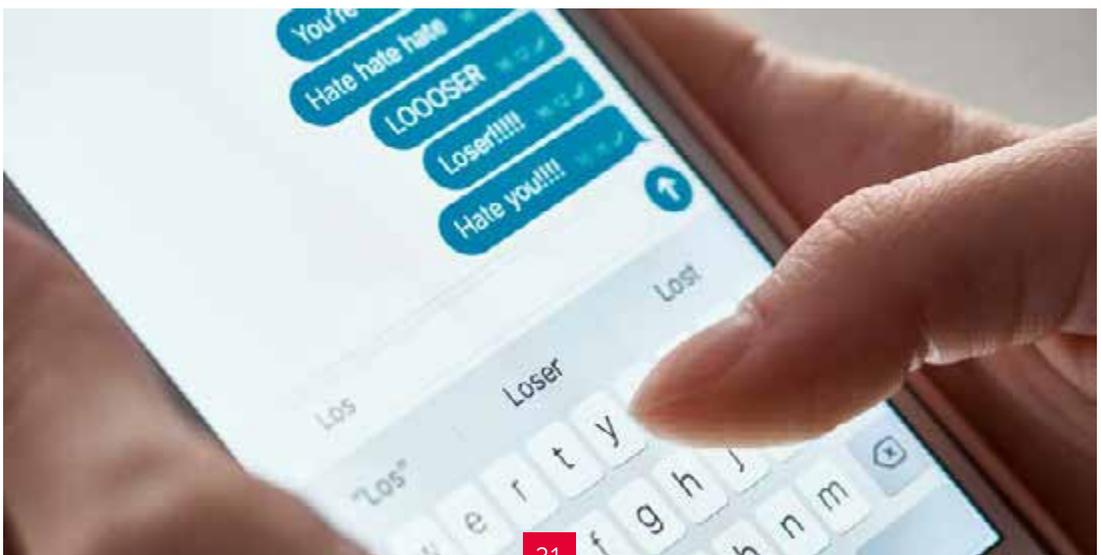
- Fokus # 1: „TikTokisierung“ des Extremismus
- Fokus # 2: Extremistisches Personenpotenzial in Hessen – Gewaltorientierung
- Fokus # 3: Politisch motivierte Kriminalität (PMK):
Entwicklung der extremistischen sowie der antisemitischen
Straf- und Gewalttaten

FOKUS # 1: „TIKTOKISIERUNG“ DES EXTREMISMUS

Im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung und der unaufhaltsamen Omnipräsenz der sozialen Medien in unserer alltäglichen Lebenswelt hat sich auch das Auftreten von Extremisten im digitalen Raum professionalisiert. Es beeinflusst vor allem das Verhalten von Angehörigen der Generation Z, also der zwischen 1996 und 2010 geborenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Das wohl bekannteste Beispiel hierfür im Berichtsjahr ist das Grölen der rechts-extremistischen Parole „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ zu dem Partyhit „L’amour toujours“ von Gigi D’Agostino in einem Club auf Sylt. Ursprünglich auf TikTok verbreitet, fanden sich Videoclips mit dem volksverhetzenden Text auch auf YouTube und anderen Plattformen.

Dass Extremisten – vor allem Rechtsextremisten und Islamisten – ihre historisch oft rückwärtsgewandten antidemokratischen Vorstellungen mit Hilfe modernster digitaler Technologie verbreiten, ist offenbar ein Widerspruch in sich. Einer der maßgeblichen Vordenker der Neuen Rechten und Rechtsextremisten ist sich dieser Paradoxie bewusst. In einem in einer rechts-extremistischen Zeitschrift veröffentlichten Artikel („TikTok-Patriotismus. Versuch über rote Linien“) wird dazu gefragt: „Wie tief darf man als Rechter dabei sinken? Wie weit kann man mit der Moderne mitgehen, ohne den eigenen Standpunkt aufzugeben?“

Extremisten haben hierauf mittlerweile eine eindeutige Antwort gegeben: Die Nutzung sozialer Medien ist aktuell ein integraler und zentraler Bestandteil ihres Kampfs gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Damit werden soziale Medien zu Startrampen für den Extremismus. So haben sich Extremisten hinsichtlich ihrer bevorzugten Zielgruppe der Generation Z neue Wege für extremistische Normalisierungs-, Mobilisierungs-, Rekrutierungs- und Radikalisierungsprozesse erschlossen. Die schnelle Verfügbarkeit einer kaum überschaubaren Informationsmenge, plakative, oft nur wenige Sekunden dauernde Videos und die Plattformpolitik der sozialen Medien ermöglichen den Nutzern einen direkten Zugang zu extremistischen Inhalten. Der Extremismus wird in den sozialen Medien über eine Lifestylewelt verbreitet, die einen scheinbar „normalen“ Einblick in den Alltag gibt. Häufig findet keine kritische Auseinandersetzung mit den extremistischen Kontexten der Videos statt. Dies ist umso gefährlicher, als nach einer im März 2025 veröffentlichten Studie des Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters (DZSKJ) 25 Prozent aller 10- bis 17-Jährigen soziale Medien, digitale Spiele und Streaming in einem riskanten oder krankhaften Umfang nutzen. Dies betrifft 1,3 Millionen Kinder und Jugendliche, von denen 4,7 Prozent als abhängig bzw. süchtig einzustufen sind.



Die Generation Z wächst in einer „hybriden Lebenswelt“ auf, das heißt, das digitale Geschehen ist für viele junge Menschen genauso real, wie das, was analog passiert. Die in ihrer alltäglichen Lebenswelt fest verankerten sozialen Medien und das Internet bieten ihnen zahlreiche Möglichkeiten sozialer Interaktion in der digitalen Welt, ohne dass damit ein gesellschaftliches Korrektiv in der analogen Welt verknüpft ist. Die größte Problematik in Bezug auf Extremismus in der digitalen Welt besteht darin, dass sich für viele junge Menschen ihr Wahrheitsanspruch nicht danach orientiert, aus welcher Quelle eine Information stammt und somit kein Hinterfragen der Inhalte stattfindet. Für viele richtet sich ihr Wahrheitsanspruch danach, wie viele Likes die Inhalte erhalten haben, wie viele Menschen in den Kommentarspalten zugestimmt haben und wie häufig sie die Inhalte konsumiert haben. Dies geht einher mit der Entwicklung, dass Extremisten eine deutlich höhere Reichweite und Sichtbarkeit als in der Vergangenheit erzielen und in vielen Teilen der sozialen Medien die Deutungshoheit erzielt haben.

Durch die relative Abschottung von der „realen Welt“ kann eine „parasoziale“ Beziehung zwischen Nutzer und Extremist entstehen, also eine persön-



liche (emotionale) Verbindung zu einer Person, der man tatsächlich nie begegnet ist. Die algorithmischen Empfehlungssysteme der sozialen Medien sowie die Echokammereffekte ermöglichen sich radikalierende Kommunikationen und können zu einer sogenannten Speed- bzw. Turbo-Radikalisierung beitragen.

Infobox



Der **Echokammereffekt** beschreibt in den Kommunikationswissenschaften, dass es durch den verstärkten virtuellen Umgang mit Gleichgesinnten in sozialen Medien zu einer Verengung der Weltsicht kommt, die zu Bestätigungsfehlern führen kann. Dieser Effekt ist mit der Filterblase (*filter bubble*) oder Informationsblase verwandt. Eine Echokammer ist letztlich ein sozialer Raum, in dem die eigene Meinung gespiegelt und nicht mit anderen Meinungen konfrontiert wird, sodass es automatisch zu einer Verstärkung der eigenen Meinung kommt. Dabei ist der Begriff des sozialen Raums nicht zwangsweise auf virtuelle Kontakte in sozialen Medien beschränkt, denn auch in realen sozialen Gruppen kommt es immer wieder dazu, dass man sich nur mit Gleichgesinnten austauscht und dadurch in seinen eigenen Meinungen bestärkt wird¹.

Extremisten nutzen alle sozialen Medien, jedoch ist die 2016 in China entstandene Plattform TikTok gegenwärtig vor allem für die rechtsextremistische und islamistische Szene ein zentraler Schauplatz im Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, da die Generation Z bevorzugt dieses Medium benutzt.

Die Kernfunktion von TikTok besteht in der Unterhaltung der Nutzer in Form von *user generated media*. Das heißt, dass jeder Nutzer – unabhängig von seiner Professionalität und Reichweite – selbst Inhalte produzieren und damit den Unterhaltungswert der Plattform steigern kann. Hinsichtlich der Funktionen ori-

entiert sich TikTok an YouTube und Instagram, wo audiovisuelle Inhalte in Form von Videos und Collagen veröffentlicht, konsumiert, kommentiert und geteilt werden.

Die TikTok-Nutzer verbringen die überwiegende Zeit auf der „Für-Dich-Seite“, einem algorithmusbasierten Videostream. TikTok bezeichnet diese Seite als einen „Teil ihres Erfolgsrezepts“. Der Feed ist für jeden Nutzer einzigartig und auf seine individuellen Interessen zugeschnitten. TikTok analysiert das Nutzerverhalten und lernt daraus, um personalisierte Empfehlungen zu generieren. Wer mehr vom Gleichen sehen möchte, erhält dies, ohne selbst aktiv werden zu müssen. Die Nutzer werden auf diese Weise in einen geschlossenen Themenkomplex gelockt, wobei die Gefahr besteht, dass aus diesem *rabbit hole* kaum mehr herauszufinden ist. Daher hat die „Für-Dich-Seite“ ein hohes Suchtpotenzial und fördert die Social-Media-Abhängigkeit bei Kindern und Jugendlichen.

Erfolgreich ist auf TikTok derjenige Nutzer, der wenig differenzierte, mitunter provokante und skandalöse Inhalte verbreitet, die bei den Betrachtern Emotionen hervorrufen, die sie zu einer Interaktion veranlassen. Dabei unterscheidet der TikTok-Algorithmus nicht zwischen einer positiven oder negativen Resonanz bei den Konsumenten. Aus diesen Gründen thematisieren Extremisten in ihren Kurzvideos oft gesellschaftlich polarisierende Debatten und emotionalisierende „Trigger-Ereignisse“. Zeitgleich verbreiten sie ihre extremistischen Einstellungen über eine Lifestylewelt, die einen normalen Einblick in den Alltag gibt und angeblich Positives vermitteln soll: gemeinsame Wanderungen, gemeinsames Grillen, gemeinsames Kampfsporttraining. Daher bleibt die erste extremistische Ansprache meist unerkannt und der Algorithmus bietet den Nutzern ähnliche extremistische Inhalte an. Der interaktionsbasierte Algorithmus begünstigt eine schnelle Verbreitung von extremistischen Narrativen.

Das gesamte rechtsextremistische Spektrum ist auf TikTok vertreten und präsentiert sich dabei sehr heterogen. Dies betrifft zum Beispiel rechtsextremistische



Tanz- und Liedertrends, rechtsextremistische Lifestyles und die Glorifizierung des Nationalsozialismus bis hin zu verherrlichenden Videos von rechtsterroristischen Anschlägen. Aus der ideologischen Sicht der Neuen Rechten ist TikTok ein „metapolitischer“ (vopolitischer) digitaler Raum, in dem der öffentliche Diskurs beeinflusst wird. Rechtsextremistische Inhalte sollen im Alltag als „normal“ wahrgenommen, mithin der Rechtsextremismus „entgrenzt“ werden und sich allmählich in der Mitte der Gesellschaft ausbreiten.

Trotz seiner fundamentalen Kritik am „ewigen Fortschritt“ der Moderne und den damit angeblich verbundenen „sozialen, seelischen, kulturellen, demographischen Flurschäden“ wird in TikTok ein „Spielraum [gesehen], der genutzt werden muß“. In einer rechtsextremistischen Zeitschrift wird dabei zum Beispiel auf die Relevanz von Modernisierungen hingewiesen:

„Technischer Fortschritt bewirkte stets eine Beschleunigung, Intensivierung und oft eine Dezentralisierung der Kommunikation. Das wirkte sich auf die Stabilität von Metaerzählungen und staatlichen Autoritäten aus. Politische Systeme konnten jäh in sich zusammenbrechen. Ohne Buchdruck kein Luther, ohne moderne Druckerpresse keine liberalen Revolutionen und ohne Smartphones keine Farbrevolution.“

Die extremistischen Bestrebungen im digitalen Raum finden ein Echo in der analogen Welt, je mehr extremistische Inhalte Eingang in die demokratische Gesellschaft finden, desto normaler fühlt sich dies für ihre Angehörigen an. Schlimmstenfalls können daraus schwere Gewaltstraftaten resultieren. So gewann im Berichtsjahr das Phänomen des sogenannten Pedo Hunting, das heißt die „Jagd“ auf angebliche Pädophile, in der rechtsextremistischen Szene an Relevanz. Im Internet und in den sozialen Medien gaben sich Rechtsextremisten als Minderjährige aus, um angebliche Pädophile zur Preisgabe ihrer Personalien zu bewegen und sie in der Folge öffentlich bloßzustellen. Es wurden Treffen in der analogen Welt vereinbart, um angebliche Pädophile in eine Falle zu locken und diese im Anschluss festzusetzen oder körperlich anzugreifen. Indem Rechtsextremisten Themen wie sexuellen Kindesmissbrauch instrumentalisieren, wollen sie Akzeptanz in der gesellschaftlichen Mitte finden. Der im Februar 2024 in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) von den Sicherheitsbehörden vereitelte rechtsextremistische Angriff auf einen angeblichen Pädophilen verdeutlicht, wie schnell die Radikalisierung in einer digitalen Echokammer das Leben von Menschen bedrohen kann (siehe auch S. 75).

Auch im Islamismus spielt TikTok eine zentrale Rolle. Die Missionsaktivitäten in der analogen Welt (zum Beispiel Koranverteilaktionen in Fußgängerzonen) haben sich in die digitale Welt verschoben, wo Islamisten ihre salafistischen/jihadistischen Inhalte bei einer jungen Zielgruppe niedrigschwellig verbreiten. Ein wesentliches Element dieser Onlineaktivitäten sind salafistische Prediger, die zu reichweitenstarken TikTok-Influencern aufgestiegen sind und den islamistischen Diskurs in einer modernen, zielgruppen-gerechten Erscheinungsform verbreiten. So erzielten salafistische Prediger durch ihre popkulturellen Referenzen und ihr jugendaffines Auftreten mit ihren Kurzvideos zum Beispiel eine Millionenreichweite bei der Generation Z. Demokratiefeindliche Hassbotschaften wurden überwiegend über Frage- und Antwortvideos transportiert: „Darf man das Solarium besuchen?“ „Darf man in einem Supermarkt arbeiten?“ „Ist es erlaubt, wählen zu gehen?“ Zu all diesen Fra-

gen haben die salafistischen Prediger eine kurze, leicht verständliche Antwort. Die entsprechenden Videos wirken zunächst unverfänglich bzw. harmlos und bieten ein klares Werte- und Orientierungssystem für junge Menschen. Dahinter stecken jedoch extremistische Narrative, die oft nicht entlarvt werden. Dadurch wird die Normalisierungs- und Entgrenzungstendenz des Islamismus befördert. Auf diese Weise hat sich der Islamismus auf TikTok zu einer Gegenkultur mit Lifestylecharakter entwickelt.

Darüber hinaus spielt TikTok seit dem Terrorangriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 eine bedeutende Rolle bei der Verbreitung von Desinformationen, antisemitischen Narrativen und Israelhass. Für die islamistische Szene war der brutale und barbarische Überfall ein „Trigger-Ereignis“, das auf TikTok vielfach in Verbindung mit antisemitischen Narrativen aufgegriffen, inszeniert und zelebriert wurde. Durch ihre Kurzvideos hatte die islamistische Szene ihren Anteil daran, die antiisraelischen sowie antisemitischen Proteste zu emotionalisieren und auch zu eskalieren. So bezeichnete ein salafistischer Prediger unter Tränen die toten palästinensischen Kinder als „Märtyrer“, von denen ihre Mütter sagen sollten, „ich habe sie für dich [Allah] geopfert“.

Angesichts der mit der „TikTokisierung“ des Extremismus verbundenen Herausforderungen beschäftigte sich das KOREX des LfV im Berichtsjahr unter anderem mit dem Thema „Der Kampf um die Köpfe – Wie Rechtsextremisten unsere Demokratie in der digitalen Welt angreifen“ und veranstaltete eine Vielzahl von Fortbildungsformaten insbesondere für den Kultusbereich. Ziel war es, die Medienkompetenz vor allem von Schülerinnen und Schülern zu stärken, um extremistische Erscheinungsformen – besonders im Kontext sozialer Medien – besser erkennen zu können.

FOKUS # 2: EXTREMISTISCHES PERSONENPOTENZIAL IN HESSEN - GEWALTORIENTIERUNG

- Das **gesamte extremistische Personenpotenzial** in Hessen ging im Berichtsjahr erneut zurück und betrug 12.905 (2023: 13.110). Dieser Rückgang resultierte aus einer Abnahme des Personenpotenzials im Phänomenbereich auslandsbezogener Extremismus.
- Dagegen nahm das **rechtsextremistische Personenpotenzial** von 1.775 (2023) auf 1.790 zu. Die Anzahl der gewaltorientierten Rechtsextremisten stieg ebenfalls an (2024: 935, 2023: 905), sodass nahezu die Hälfte des rechtsextremistischen Personenpotenzials gewaltorientiert war. Erneut erhöhte sich auch das Personenpotenzial der **Reichsbürger- und Selbstverwalterszene** von 1.200 (2023) auf 1.250.
- Das **linksextremistische Personenpotenzial** blieb gegenüber dem Vorjahr mit 2.600 Personen konstant, wogegen die Anzahl der gewaltorientierten Linksextremisten leicht von 720 (2023) auf 730 anstieg. Damit war fast ein Drittel aller Linksextremisten gewaltorientiert.
- Auch das gesamte **islamistische Personenpotenzial** blieb wie im Vorjahr mit 3.890 gleich; das salafistische Personenpotenzial betrug wie im Vorjahr 1.400, wovon etwas mehr als die Hälfte dem Spektrum des gewaltorientierten jihadistischen Salafismus zuzurechnen war.
- Das **Personenpotenzial des auslandsbezogenen Extremismus** verminderte sich von 3.795 (2023) auf 3.375, was vor allem aus einem Rückgang im Bereich der in den sozialen Medien und im Internet aktiven, nichtorganisierten Anhänger der Ülkücü-Bewegung resultierte.



Infobox

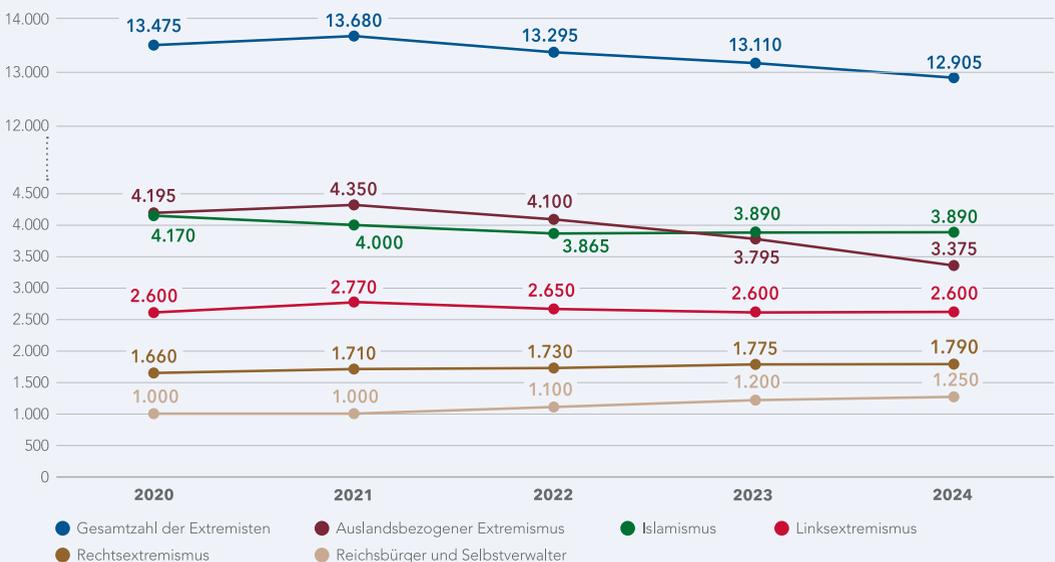


Extremistisches Personenpotenzial ist ein verfassungsschutzspezifischer Begriff, unter dem die Menge all jener Personen verstanden wird, die einem extremistischen Phänomenbereich, etwa dem Rechtsextremismus, zugerechnet wird. Die kontinuierliche Beobachtung des Personenpotenzials durch den Verfassungsschutz dient unter anderem der Einschätzung der Reichweite und Handlungsfähigkeit der jeweiligen extremistischen Gruppierungen.

Grundsätzlich werden einem Personenzusammenschluss bzw. Beobachtungsobjekt alle jene Personen zugerechnet, die ihm entweder erkennbar angehören oder dessen Ziele nachhaltig unterstützen.

Ein Beobachtungsobjekt kann jede Gruppierung sein, von einer Partei bis hin zu einem losen Personenzusammenschluss. Zum Personenpotenzial zählen unter anderem Funktionäre, Mitglieder, Angehörige oder Aktivisten, aber auch solche Personen, die eine Gruppierung offen oder verdeckt unterstützen, etwa durch die Teilnahme an Veranstaltungen oder Spenden. Da nicht alle Personen über längere Zeiträume kontinuierlich in einer oder für eine Gruppierung aktiv sind, muss die Angabe eines Personenpotenzials unter Einbeziehung und sorgfältiger Abwägung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse geschätzt werden.

Gesamtes extremistisches Personenpotenzial in Hessen (2020 bis 2024)



FOKUS # 3: POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT (PMK): ENTWICKLUNG DER EXTREMISTISCHEN SOWIE DER ANTISEMITISCHEN STRAF- UND GEWALTSTATEN

- Die **Gesamtzahl der extremistischen Straf- und Gewalttaten** in Hessen erhöhte sich im Berichtsjahr sehr deutlich von 1.881 (2023) auf 2.527 (2024), was einer Zunahme um etwa 34 Prozent entsprach. Innerhalb des Fünfjahreszeitraums 2020 bis 2024 erreichte die Gesamtzahl der extremistischen Straf- und Gewalttaten im Berichtsjahr ihren höchsten Wert.
- Die Straf- und Gewalttaten im Phänomenbereich **Rechtsextremismus** nahmen am deutlichsten zu: Sie stiegen von 1.445 (2023) auf 1.997 (2024), was einer Zunahme von mehr als 38 Prozent entspricht.
- Die Zahl der Straf- und Gewalttaten im Phänomenbereich **Linksextremismus** erhöhte sich von 138 (2023) auf 155 (= plus zwölf Prozent).
- Im Phänomenbereich **Islamismus** ging die Anzahl der Delikte signifikant von 146 (2023) auf 57 (2024) zurück (= minus 61 Prozent).
- Im Phänomenbereich **auslandsbezogener Extremismus** erhöhte sich die Anzahl der Straf- und Gewalttaten von 105 (2023) auf 263 (2024), was einer Steigerung um 150 Prozent gleichkam.
- Auf die Kategorie „**sonstige Zuordnung**“ (SZ) entfielen 55 Straf- und Gewalttaten (2023: 47).
- Die **Gesamtzahl der extremistischen Gewalttaten** stieg von 66 (2023) auf 74 (= plus zwölf Prozent): im Phänomenbereich Rechtsextremismus von 48 (2023) auf 52 (2024), im Phänomenbereich Linksextremismus von 9 (2023) auf 15 (2024). Im Phänomenbereich Islamismus war im Berichtsjahr nur ein Gewaltdelikt (2023: drei) zu verzeichnen, im Phänomenbereich auslandsbezogener Extremismus vier Gewalttaten (2023: sechs).
- Nach dem erheblichen Anstieg der **antisemitischen Straftaten** von 107 (2022) auf 347 (2023) erhöhte sich deren Anzahl im Berichtsjahr nochmals um 10 Delikte (2024: 357). Die meisten Straftaten gab es in den Bereichen PMK – rechts (213) und PMK – ausländische Ideologie (101). Von den 357 Delikten wiesen 61 einen expliziten Bezug zum Nahostkonflikt auf. Der Anteil der Gewaltdelikte erhöhte sich von drei (2023) auf 11.





Infobox

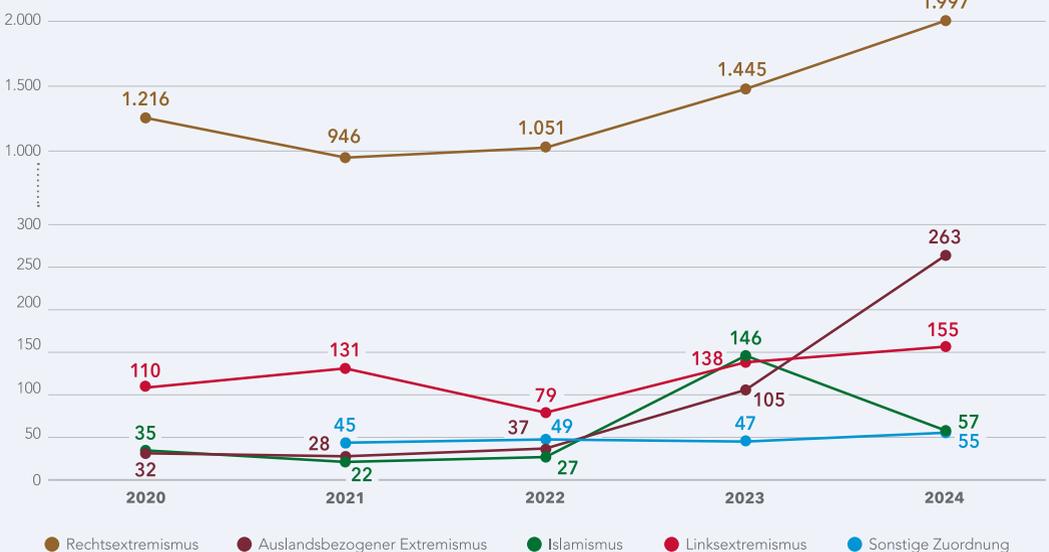


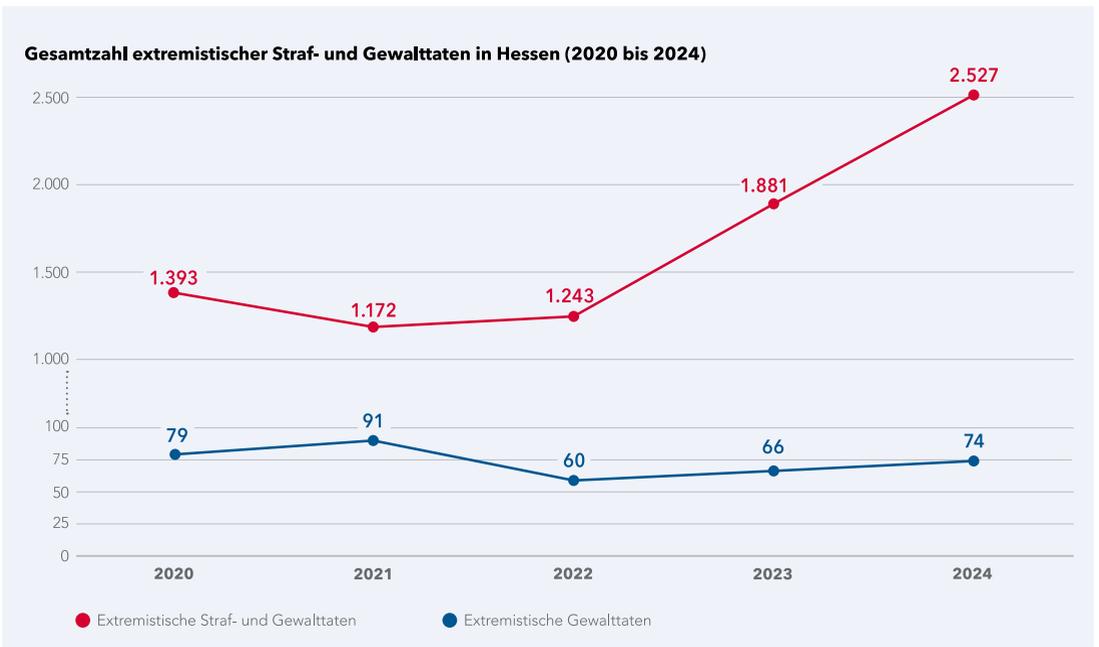
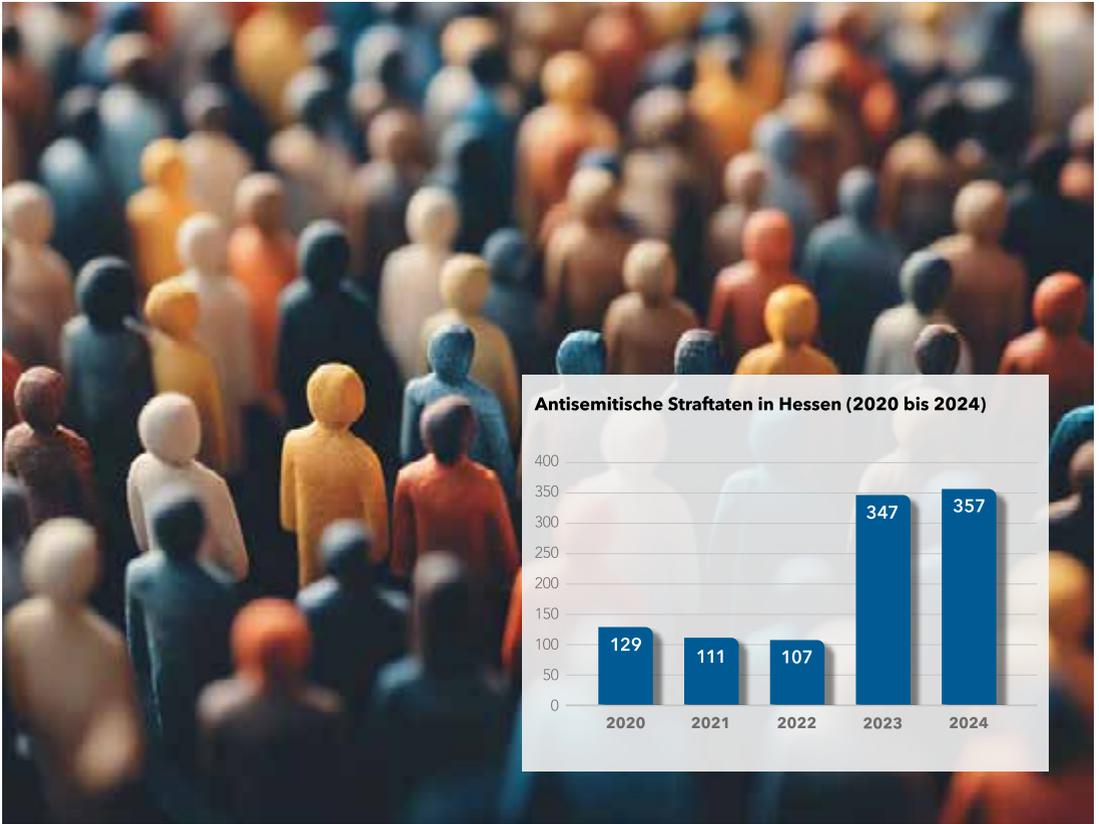
Die **PMK** erfasst alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der sogenannten klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen sowie Straftaten, bei denen Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind. Die Daten werden im Polizeibereich erhoben und für Hessen durch das HLKA unter verschiedenen Gesichtspunkten differenziert dargestellt. Die Straftaten werden folgenden Phänomenbereichen zugeordnet:

- PMK – rechts.
- PMK – links.
- PMK – religiöse Ideologie.
- PMK – ausländische Ideologie.
- Sonstige politisch motivierte Straftaten.

Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern beobachten lediglich die **extremistisch politisch motivierten Straftaten**, das heißt eine **Teilmenge der PMK**, also Delikte, bei denen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie auf die Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzielen.

Extremistische Straf- und Gewalttaten in Hessen (2020 bis 2024)





RECHTSEXTREMISMUS

- Parteiunabhängige bzw. parteiungebundene Strukturen
- Sonstige parteiunabhängige Strukturen
- Lose strukturierter Rechtsextremismus
- Parteigebundene Strukturen bzw. Parteien
- Flüchtlinge im Visier von Rechtsextremisten

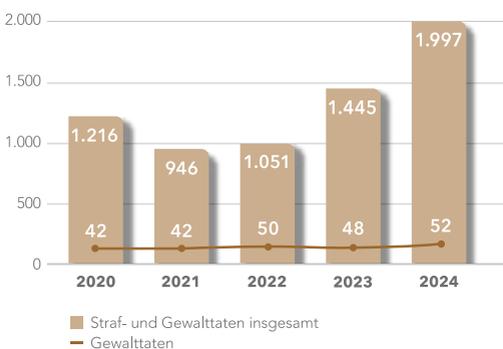
INFOBOX

Rechtsextremisten bekämpfen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zum Teil mit Gewalt. Das deutsche Volk ist für sie der höchste Wert, die Rechte und Freiheiten anderer Völker und Nationen wie auch die des einzelnen Menschen ordnen sie diesem Nationalismus unter: Im Sinne eines völkischen Kollektivismus hat das Individuum seinen Wert nur durch die Zugehörigkeit zum Volk, das heißt durch eine bestimmte Herkunft. Ein Teil der Rechtsextremisten behauptet, für die Vielfalt der Völker einzustehen und verwendet hierfür den Begriff Ethnopluralismus.

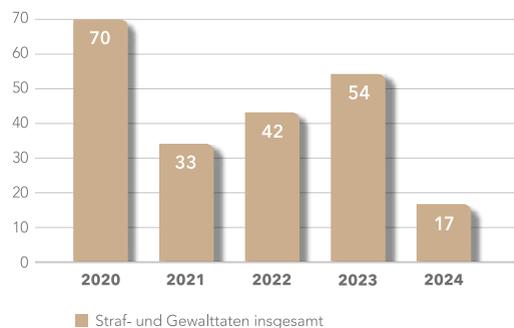
Rechtsextremisten vertreten somit eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung widerspricht. An die Stelle demokratischer Entscheidungsprozesse möchten sie einen autoritären Staat setzen, in dem nur der angeblich in sich einheitliche Wille des Volkes herrscht.

Ihre Ziele verfolgen Rechtsextremisten auf unterschiedliche Art und Weise. Rechtsextremistische Parteien treten zu Wahlen an und versuchen, sich demokratischer Strukturen zu bedienen, um diese letztlich abzuschaffen. Demgegenüber setzen Neonazis vor allem auf den „Kampf um die Straße“. Akteure und Gruppierungen aus dem Spektrum der Neuen Rechten streben einen „Systemwandel“ durch die Besetzung des vopolitischen Raums und die Beeinflussung des gesellschaftlichen Diskurses („Metapolitik“) an, um rechtsextremistische Inhalte und Forderungen mehrheitsfähig zu machen.

Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten in Hessen (2020 bis 2024)



Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten in Hessen im Kontext Migration (2020 bis 2024)¹



¹ In die Gesamtzahl fallen gegen Asyl-/Flüchtlingsunterkünfte, gegen Asylbewerber/Flüchtlinge sowie gegen Hilfsorganisationen und Helfer gerichtete Delikte.

Rechtsextremistisches Personenpotenzial hessen- und bundesweit (2020 bis 2024)¹

	2020	2021	2022	2023	2024
in Parteien					
Hessen	340	350	355	370	480
Bund	13.250	11.800	15.500	16.300	25.000
davon in der Partei					
Die Heimat (ehemals NPD)					
Hessen	260	260	260	260	270
Bund	3.500	3.150	3.000	2.800	2.500
Der Dritte Weg					
Hessen	20	30	35	50	55
Bund	600	650	700	800	950
sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien					
Hessen	50	50	55	55	155
Bund	8.600	7.500	1.150	1.100	350
in parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen²					
Hessen	710	745	765	755	775
Bund	7.800	8.500	8.500	8.500	8.500
weitgehend unstrukturiertes rechts-extremistisches Personenpotenzial³					
Hessen	610	615	610	650	660
Bund	13.700	15.000	16.000	17.000	18.000
Gesamtzahl der Rechtsextremisten nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften					
Hessen	1.660	1.710	1.730	1.775	1.790
Bund	33.300	33.900	38.800	40.600	50.250
davon gewaltorientiert⁴					
Hessen	860	860	880	905	935
Bund	13.300	13.500	14.000	14.500	15.300

1 Die Zahlen sind teilweise geschätzt und gerundet.

2 Unter **parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen** wurden in Bezug auf Hessen vor allem Neonazis sowie die Identitäre Bewegung (IB) erfasst.

3 Unter weitgehend **unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial** fallen unter anderem Anhänger der subkulturellen Musikszene.

4 Der Oberbegriff **gewaltorientiert** umfasst die Begriffe gewalttätig, gewaltbereit, gewaltunterstützend und gewaltbefürwortend.

Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten in Hessen (2020 bis 2024)

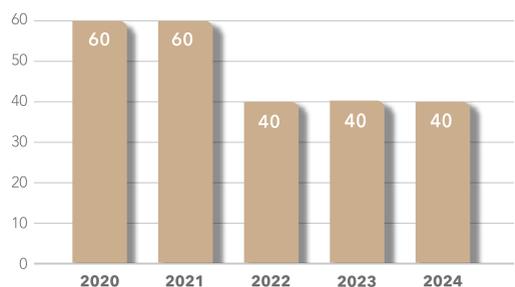
	2020	2021	2022	2023	2024
Deliktart					
Tötung	1	0	0	0	0
Versuchte Tötung	1	1	0	0	0
Körperverletzung	40	40	49	46	50
Brandstiftung/Sprengstoffdelikte	0	0	0	2	0
Landfriedensbruch	0	0	0	0	0
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs, Luft- und Straßenverkehr	0	0	0	0	1
Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstands- und Sexualdelikte	0	1	1	0	1
Gewalttaten insgesamt	42	42	50	48	52
Sonstige Straftaten					
Sachbeschädigung	29	20	19	27	34
Nötigung/Bedrohung	30	26	17	25	21
Andere Straftaten*	1.115	858	965	1.345	1.890
Straf- und Gewalttaten insgesamt	1.216	946	1.051	1.445	1.997

* Hierunter fallen insbesondere Propagandadelikte, Volksverhetzung, Beleidigungen sowie die Belohnung und Billigung von Straftaten.

Rechtsextremistisches Personenpotenzial in Hessen (2020 bis 2024)



Entwicklung des Personenpotenzials der IB in Hessen (2020 bis 2024)



WICHTIGE ENTWICKLUNGEN

- Das **rechtsextremistische Personenpotenzial** erhöhte sich im Berichtsjahr erneut und betrug 1.790 (2023: 1.775). Die Zahl der gewaltorientierten Rechtsextremisten stieg von 905 (2023) auf 935 (2024) an. Damit erreichte sowohl die Zahl des rechtsextremistischen Personenpotenzials als auch die der Gewaltorientierten ihren höchsten Wert im Fünfjahreszeitraum 2020 bis 2024.
- Die Zahl **der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten** stieg um 552 Delikte von 1.445 (2023) auf 1.997, was einer Zunahme um rund 38 Prozent entspricht. Diese Erhöhung resultierte insbesondere aus der Zunahme im Bereich „andere Straftaten“ (Propagandadelikte, Volksverhetzung, Beleidigungen sowie die Belohnung und Billigung von Straftaten). Mit 52 rechtsextremistischen Gewalttaten stieg deren Zahl gegenüber dem Jahr 2023 (48) leicht an, wobei sich die Gewaltdelikte im Berichtsjahr überwiegend aus Körperverletzungsdelikten zusammensetzten.
- Die **gegen die Migration gerichteten rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten** reduzierten sich von 54 (2023) auf 17. Im Fünfjahreszeitraum 2020 bis 2024 war dies der niedrigste Wert. Elf Delikte (2023: 46) richteten sich gegen Asylbewerber/Flüchtlinge, sechs (2023: sieben) gegen Asyl-/Flüchtlingsunterkünfte. Der deutliche Rückgang ist aber kein Grund zur Entwarnung. Fremdenfeindliche Agitation und daraus resultierende rechtsextremistisch motivierte Delikte bergen weiterhin die Gefahr, dass sich Einzelpersonen und Gruppierungen radikalieren und schwerste Straftaten gegen Migranten begehen.
- Im Berichtsjahr bildete die Forderung nach „Remigration“ das zentrale Element der Aktivitäten der **Identitären Bewegung Deutschland e.V. (IBD)**, zu der als Regionalgruppe die **Identitäre Bewegung Hessen (IBH)** gehörte. Die IBD versuchte, die Debatte in der Mitte der Gesellschaft über die Migrationspolitik mitzuprägen und sich dabei einen möglichst unverfänglichen und grundgesetzkonformen Anschein zu geben, um von Teilen der Bevölkerung als akzeptable Alternative zum demokratischen „Mainstream“ wahrgenommen zu werden. Tatsächlich will die IBD

aber durch die „Remigration“ ein ethnisch weitestgehend homogenes Volk „wiederherstellen“, um dem angeblich von den Regierenden betriebenen „Bevölkerungsaustausch“ entgegenzuwirken. Würde dies realisiert, wären davon alle Menschen in Deutschland betroffen, die nicht den von der IBD definierten ethnischen Kriterien genügen, darunter auch deutsche Staatsbürger. Bei dem Halt des identitären Aktivisten Martin Sellner in Gladenbach (Landkreis Marburg-Biedenkopf) im Rahmen seiner bundesweiten „Lese-reise: Remigrationstour“ waren auch Angehörige der Jungen Alternative (JA) Hessen anwesend. Die sich als vermeintlich harmlos und „patriotisch“ inszenierende IBD findet mittlerweile ein generationenübergreifendes Publikum; darüber hinaus ist die von ihr vertretene „Remigrationsideologie“ auch für andere Akteure aus dem Spektrum der Neuen Rechten attraktiv.

Das seit Jahren gesteigerte Interesse der IBD an Kampfsport geht über die bloße Inszenierung körperlicher Wehrhaftigkeit und die Darstellung angeblich traditioneller Männlichkeitsideale hinaus. Vielmehr sieht sich die IBD von Angriffen politischer Gegner und Ausländerkriminalität bedroht und wappnet sich für von ihr befürchtete Auseinandersetzungen. In Abgrenzung zu der als „verweichlicht“ wahrgenommenen Mehrheitsgesellschaft wirken Kampfsporttrainings darüber hinaus identitätsstiftend und ermöglichen es, neue Anhänger unter erlebnisorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu gewinnen.



- Im Landkreis Kassel bemühte sich **Meinolf Schönborn** weiterhin, sein „Kulturzentrum Ludenbeck“ als rechtsextremistischen Veranstaltungs- und Vernetzungsraum auszubauen. Vor diesem Hintergrund gab er die Zeitschrift **Recht und Wahrheit** heraus, betrieb einen Versandhandel und war im Internet und in den sozialen Medien aktiv. Dabei agitierte er unter anderem gegen die Demokratie und deren Repräsentanten. Darüber hinaus kandidierte er – erfolglos – für die Partei Die HEIMAT zur Europawahl.
- Vor dem Hintergrund der seit Jahren erfolgreichen staatlichen Vereinsbote verloren im Bereich des **Neonazismus** klassische Organisationsstrukturen wie etwa Kameradschaften in Hessen weiter an Bedeutung. Neonazis agierten im Rahmen informeller Gruppierungen oder handelten als Einzelpersonen. Zwar fanden in Hessen im Berichtsjahr keine öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen der Neonaziszene statt, doch war sie weiterhin bestrebt, die überregionale Vernetzung zu intensivieren und bereits bestehende Kontakte auszubauen. Dieser Trend dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit auch künftig anhalten. Es ist davon auszugehen, dass für die Neonaziszene die Bedeutung der sozialen Medien und Kommunikationsplattformen im Internet zunehmen wird und diese noch intensiver genutzt werden. Dies betrifft vor allem die Verbreitung neonazistischer Propaganda, die Vernetzung der Szene und die Rekrutierung neuer Anhänger.
- Soweit rechtlich und tatsächlich möglich, unterbinden die Sicherheitsbehörden **rechtsextremistische Musikveranstaltungen** in Hessen. Konzerte und Liederabende fanden fast nur im privaten Rahmen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und nach konspirativer Vorbereitung statt. Im Berichtszeitraum kam es in Hessen zu fünf Veranstaltungen. Da rechtsextremistische Musik und der Besuch entsprechender Veranstaltungen unvermindert eine „Einstiegsdroge“ für das Abrutschen in die Szene sind, bildet das Spektrum der **subkulturell orientierten Rechtsextremisten** ein wichtiges Beobachtungsfeld für den Verfassungsschutz in Hessen. Mit jeder verhinderten Musikveranstaltung verliert die rechtsextremistische Szene eine Anlaufstelle und ein Binde-



glied zu Jugendlichen, die noch außerhalb des Rechtsextremismus stehen.

- Aufgrund der im Berichtsjahr ergriffenen staatlichen Maßnahmen hat die rechtsextremistische Szene ihre Veranstaltungen weitgehend in das europäische Ausland verlagert. **In Hessen wurde keine rechtsextremistische Kampfsportveranstaltung** registriert. Kampfsportturniere haben sich in der erlebnisorientierten Szene neben der Musikkultur zu einem bedeutenden Faktor entwickelt, was unter anderem auf deren professionelle Durchführung und geschickte Selbstinszenierung in den sozialen Medien zurückzuführen ist. Gewaltästhetik, ein an Aktivität und Gesundheit orientierter Körperkult und Elemente eines „modernisierten“ Rechtsextremismus verleihen der früher durch den Nationalsozialismus glorifizierten Kriegerideologie eine neue Bedeutung.

Die rechtsextremistische Kampfsportpropaganda geht immer mit der Diffamierung der Demokratie und ihrer Repräsentanten einher. Nach rechtsextremistischer Ansicht schütze der Staat die einheimische Bevölkerung nicht ausreichend vor gewalttätigen Migranten und subventioniere ferner den „paramilitärischen“ Linksextremismus. In einem für „Patrioten“ und „Volksfreunde“ feindlichen Staat sind daher Kampfsport und daraus resultierende Wehrhaftigkeit alternativlos. Weitere verbale und physische Konfrontationen zwischen Rechtsextremisten und Linksextremisten sind daher möglich.

- Die **JA Hessen** konzentrierte sich im ersten Halbjahr des Berichtsjahrs im Zuge der Europawahl vornehmlich darauf, die sich zuspitzende gesellschaftliche Migrationsdebatte zu beeinflussen. Vor allem das im Januar durch das Medienunternehmen Correctiv bekanntgewordene „Geheimtreffen“ in Potsdam (Brandenburg), entsprechende Medienberichte und die Trauer um einen in Mannheim (Baden-Württemberg) durch einen mutmaßlichen Islamisten getöteten Polizisten versuchte die JA Hessen für sich zu nutzen: Sie betrachtete diese Ereignisse als günstige Gelegenheiten, um die Forderung der Neuen Rechten nach „Remigration“ in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Die JA Hessen bezog sich dabei auf das rechtsextremistische Verschwörungsnarrativ des „Bevölkerungsaustauschs“, was sie in den vergangenen Jahren bewusst vermeiden hatte, um in der Öffentlichkeit eine bürgerliche Fassade aufrechtzuerhalten.

Im Unterschied zu früher warb die JA Hessen öffentlich für eigene Veranstaltungen und öffnete sich – mit dem Ziel der Rekrutierung – auch für interessierte Außenstehende. Nach der Neuwahl des Landesvorstands im Juni kamen ihre Aktivitäten aber weitgehend zum Erliegen. Die Besetzung von JA-Schlüsselpositionen mit Mitgliedern des Hessischen Landtags aus den Reihen der Alternative für Deutschland (AfD) deutet darauf hin, dass

man unliebsam gewordene Funktionäre aus dem Amt drängen und die Mutterpartei einen steuernden Einfluss auf ihre Jugendorganisation ausüben wollte. Ähnlich sind Aussagen des neuen JA-Landesvorsitzenden Jochen Roos zu bewerten. In einem am 1. Juli veröffentlichten Interview erklärte er, dass es Aufgabe der JA Hessen sei, junge Menschen an die Mutterpartei heranzuführen, um einen „jungen Unterbau“ für die Mutterpartei zu schaffen. Im Sinne einer Kadenschmiede sollten aus diesem „Unterbau“ letztlich auch Kandidaten für Mandatsposten gewonnen werden.

Im Juli nahmen Mitglieder der JA Hessen in Begleitung eines aus dem Landesvorstand gedrängten Funktionärs an einer „identitären Remigrationsdemo“ in Österreich teil. Das verdeutlicht, dass es weiterhin ideologische Überschneidungen zwischen Teilen der JA Hessen und der Identitären Bewegung (IB) gab. Der neugewählte Landesvorstand kritisierte diese Teilnahme und distanzierte sich von der IB. Ob es sich dabei um ein taktisches Manöver handelt, um die bürgerliche Fassade der JA Hessen zu wahren und die Angriffsfläche für „Medien und Altparteien“ zu verringern, gilt es weiter zu beobachten.

- Die frühere Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die inzwischen unter der Bezeichnung **Die HEIMAT** firmiert, unterstützte in Hessen die Neuausrichtung der Gesamtpartei hin zu einer rechtsextremistischen Netzwerk- und Sammlungsbewegung. Hierzu griff Die HEIMAT Hessen neben der „Migrationspolitik“ auf wirtschafts-, rüstungs- und sicherheitspolitische Themen zurück, um Anschluss an verschiedene Protestbewegungen in der Gesellschaft zu finden, so etwa bei den Protesten der Landwirte gegen die Haushaltspläne der Bundesregierung. Dabei betätigten sich Mitglieder der HEIMAT Hessen nicht nur im Internet und in den sozialen Medien, sondern zeigten mit Bannern und Plakaten auch Präsenz bei entsprechenden Demonstrationen. Sowohl bei örtlichen Wahlen in Hessen als auch bei der Europawahl im Juni fielen die Resultate aus der Perspektive der Partei ungenügend aus. Mit Blick auf das Ergebnis der Europawahl (0,1 Prozent) stellte sich für den Spitzenkandidaten



und früheren NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt die „Daseinsfrage im eigenen politischen Engagement“. Er sprach von einer „extreme[n] Polarisierung zugunsten der AfD“, was für Die HEIMAT zu einem der „schlechtesten Wahlergebnisse seit Bestehen unserer nationalen Bewegung in der BRD“ geführt habe.

Zu dieser „Daseinsfrage“ passte, dass der langjährige Bundesvorsitzende Frank Franz auf dem Bundesparteitag in Sachsen im November nicht wieder kandidierte. Ob sein Nachfolger Peter Schreiber die Neuausrichtung weiter vorantreiben und die Partei aus ihrer zunehmenden Bedeutungslosigkeit führen kann, ist jedoch fraglich. Von einer Trendumkehr bei den Wahlergebnissen der HEIMAT ist nicht auszugehen.

- Die neonazistische Partei **Der Dritte Weg** fokussierte sich auf Agitation und Propaganda, was vor allem das Thema „Remigration“, den russischen Überfall auf die Ukraine und in verstärktem Maß die LGBTQ-Community betraf. Hierzu führte Der Dritte Weg etliche Veranstaltungen und Aktionen durch.

Um seine Propaganda zu verbreiten, bediente sich Der Dritte Weg verstärkt des Internets und der sozialen Medien. Vor allem auf ihrer Homepage propagierte die Partei die angebliche Notwendigkeit einer völkischen Politik und einer damit verbundenen „Remigrationspolitik“. Verstärkt war Der Dritte Weg auf TikTok aktiv, um dort mit kurzen Videos und Bildcollagen gezielt Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen und für sich zu gewinnen. Der Dritte Weg agitierte insbesondere gegen das Bürgergeld, das er als eine von vielen „Sozialleistungen für Sozialschmarotzer“ bezeichnete, von der überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund profitierten.

Einen Schwerpunkt der Aktivitäten des Dritten Wegs in der „realen“ Welt bildeten sogenannte Gedenkveranstaltungen. Diese sollten der besseren Anschlussfähigkeit der neonazistischen Partei an einen Teil der Gesellschaft dienen, einen Gegenentwurf zur gesellschaftlich weithin akzeptierten und praktizierten Erinnerungskultur bilden und zudem das parteiinterne Gemeinschaftsgefühl stärken.

WICHTIGE BEGRIFFE

Die **Neue Rechte** ist ein informelles Netzwerk von Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen, in dem nationalkonservative bis rechtsextremistische Kräfte zusammenwirken, um mit unterschiedlichen Strategien teilweise antiliberaler und antidemokratischer Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen. Die Akteure haben dabei verschiedene und teils sich ergänzende Funktionen und Rollen inne, die dem gemeinsamen Ziel einer „Kulturrevolution von rechts“ dienen sollen und sich an unterschiedliche Zielgruppen richten. Rechtsextremistische Bezüge ergeben sich aus Verstößen gegen die Menschenwürde sowie das Rechtsstaats- und/oder das Demokratieprinzip in unterschiedlicher Ausformung³.

Mit dem Begriff **Ethnopluralismus** beschreiben Protagonisten der Neuen Rechten – wörtlich übersetzt – eine Vielfalt von Völkern. Dabei unterstellt das in sich nicht stringente Konzept weitestgehend in sich einheitliche Völker. Tatsächlich will der Ethnopluralismus ethnisch reine Staaten und Gesellschaften schaffen, was auf die Entfernung alles „Volksfremden“ hinausläuft⁴.

Mosaikrechte sind insbesondere außerparlamentarische Akteure und Gruppierungen, die im Rahmen einer arbeitsteiligen Strategie die rechtsextremistischen Vorstellungen der Neuen Rechten in die demokratische Gesellschaft tragen wollen. Durch ihr miteinander verzahntes und wechselseitiges Zusammenwirken wollen sie die Vorherrschaft im vorpolitischen („metapolitischen“) Raum erlangen, die Gesellschaft und den Staat umformen und letztlich die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen.

Volksgemeinschaft ist ein zentraler Begriff der nationalsozialistischen Ideologie und steht programmatisch für die Idee des nationalen Sozialismus. Die Volksgemeinschaft ist ein Gegenentwurf zur demokratischen pluralistischen Gesellschaftsordnung und basiert auf einem autoritären Staatsverständnis, das bis hin zur Forderung nach einem Führerprinzip reicht. Das Volk soll sich als Rasse- und Weltanschauungsgemeinschaft geschlossen hinter seinem Führer versammeln⁵.

PARTEIUNABHÄNGIGE BZW. PARTEIUNGEBUNDENE STRUKTUREN

IDENTITÄRE BEWEGUNG DEUTSCHLAND E. V. (IBD)

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Die IBD präsentiert sich „modern“, „intellektuell“ und aktionsorientiert und ahmt in ihrer Bildsprache und ihren Aktionsformen den Stil „linker“ Protestbewegungen nach. Hierzu verwendet die IBD Elemente der Popkultur und führt Besetzungen, Sprüh-, Banner- und Stickeraktionen durch. Typisch rechtsextremistische bzw. nationalsozialistische Begriffe wie „Volksgemeinschaft“ und „Rasse“ gehören nicht zum Vokabular der IBD. Stattdessen verwendet sie Chiffren wie „Identität“ und „Ethnie“. Durch medienwirksame Aktionen und ihre Selbstdarstellung in den sozialen Medien versucht die IBD insbesondere internetaffine Jugendliche und junge Erwachsene zu gewinnen, um eine neue völkische Jugendkultur bzw. politische Strömung zu etablieren. Vor allem über die direkte Kommunikation in den sozialen Medien, die nicht auf die traditionelle Berichterstattung und Kommentierung von Fernsehen, Radio und Printmedien (auch im Internet) angewiesen ist, versucht die IB, Begriffe und Inhalte neu und scheinbar unverfänglich zu definieren und damit auch Personen außerhalb der rechtsextremistischen Szene anzusprechen.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>2003 in Frankreich, 2012 in Deutschland.</p>
 <p>Gewalt</p>	<p>Das gesteigerte Interesse der IBD am Kampfsport verdeutlicht, dass für sie dessen Bedeutung über die bloße Inszenierung körperlicher Wehrhaftigkeit und die Verkörperung traditioneller Männlichkeitsideale hinausgeht. Vielmehr sieht sich die IBD von körperlichen Angriffen politischer Gegner und Ausländerkriminalität bedroht und wappnet sich für mögliche Auseinandersetzungen. In Abgrenzung zu einer als „verweichlicht“ wahrgenommenen Mehrheitsgesellschaft wirken Kampfsporttrainings darüber hinaus identitätsstiftend und ermöglichen es der IBD, sich neue Personenpotenziale in Hinblick auf erlebnisorientierte Jugendliche und junge Erwachsene zu erschließen. Der Fall des australischen Rechtsterroristen, der sich bei seinem Anschlag in Christchurch (Neuseeland) in seinem „Manifest“ auf das von der IBD propagierte Verschwörungsnarrativ des „Großen Austauschs“ berief, zeigt, dass die von der IBD verbreitete Ideologie dazu geeignet ist, Radikalisierungsprozesse zu fördern und schwerste Gewaltstraftaten zu legitimieren.</p>
 <p>Bundesvorsitzender</p>	<p>Vincenzo Richter (Sachsen).</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen 40, bundesweit 450.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Die IBD/IBH betont die dominierende Bedeutung von Abstammung und Identität und steht damit in Nähe zur völkischen Ideologie von Rechtsextremisten. Aus ihrer Sicht definiert sich die Zugehörigkeit zu einem Staatsvolk exklusiv über die „ethnokulturelle Identität“. Bevölkerungsgruppen, die nicht der eigenen Ethnie entsprechen, werden damit ausgeschlossen. Die IBD/IBH wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>

Themen

- „Geheimtreffen“ in Potsdam
- Jubiläumsfeier der IBD
- „Remigrationsdemo“ in Österreich
- „Remigrationstour“ in Hessen
- „Identitäres Bundeslager“



„Geheimtreffen“ in Potsdam

Bei einem „Geheimtreffen“ im November 2023 in Potsdam (Brandenburg), das im Januar 2024 durch einen Bericht des Medienunternehmens Correctiv („Geheimplan gegen Deutschland“) öffentlich bekannt wurde, soll Martin Sellner, der Hauptprotagonist der IB im deutschsprachigen Raum, sein „Remigrations“-Konzept vorgestellt haben, das unter anderem die Forderung nach Abschiebung von aus seiner Sicht nichtassimilierten deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund enthalten haben soll.

In einem am 12. Februar auf ihrem Telegram-Kanal veröffentlichten Beitrag bezeichnete die IBD die Berichterstattung in den Medien über das „Geheimtreffen“ als eine „großangelegte Hetz- und Diffamierungskampagne“. Um über das „Remigrations“-Konzept „aufzuklären“, stellte die IBD die Internetseite www.remigration.jetzt online. In der Rubrik Frequently Asked Questions (FAQ) erläuterte die IBD, dass sie unter „Remigration“ die „Umkehr und Rückabwicklung der Migrationsströme“ verstehe. Die „Remigra-

tion“ sei wegen der „fatalen Folgen und Entwicklungen der Masseneinwanderung der letzten Jahre“ und des Scheiterns des „Multikulturalismus“ notwendig. Der „mediale Mainstream“ versuche mit einer „diffamierenden Lügenkampagne“ den Begriff der „Remigration“ mit „Deportation“ gleichzusetzen. Es gehe der IBD aber nicht um die „pauschale Ausweisung aller Menschen mit Migrationshintergrund“. Gleichwohl müsse eine „relativ-ethnisch-homogene“ Gesellschaft bewahrt und für ein „friedliches, kooperatives und vertrauensbasiertes Zusammenleben“ der „identitäre Kern der (noch)-autochthonen Mehrheitsgesellschaft“ geschützt werden.

Infobox



Das von Sellner propagierte **„Remigrations“-Konzept** ist im Wesentlichen deckungsgleich mit dem der IBD. Es umfasst – neben der Abschiebung aller illegalen Einwanderer und der restriktiven Vergabe von deutschen Staatsbürgerschaften an Ausländer – unter der Maßgabe „die Dosis macht das Gift“ auch Konzepte zur Rückführung von angeblich nichtassimilierten deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund: Auf Letztere müsse ein nicht näher konkretisierter „Anpassungsdruck“ ausgeübt und denjenigen, die sich nicht anpassen wollen, „attraktive Angebote zur Heimkehr“ gemacht werden.



Jubiläumsfeier der IBD

Am 1. Juni in Bernsdorf (Sachsen) nahm neben dem ehemaligen Regionalleiter der IBH auch ein Mitglied der IBH teil. Auf ihrem Telegram-Kanal verkündete die IBD, dass man auf „10 wilde Jahre Widerstand“ zurück- und auf „kommende Aktionen“ vorausgesehen habe. Zu der Feier veröffentlichte die IBD ein Video, in dem sie sich als avantgardistische Jugendbewegung inszenierte und eine Banneraktion durchführte.

„Remigrationsdemo“ in Österreich

Am 20. Juli fand in Wien eine „identitäre Remigrationsdemo“ statt, an der nach Angaben der IBD „bundesdeutsche Aktivisten“ gemeinsam mit „Österreichern und weiteren Gästen aus dem europäischen

Ausland“ ein „starkes Zeichen für Remigration und die Erhaltung Europas als Heimat der Europäer“ setzten. Für die Veranstaltung hatte die IBD mit einem in den sozialen Medien geteilten Beitrag geworben, in dem die „identitäre Remigrationsdemo“ als Reaktion auf eine angeblich „seit Jahrzehnten anhaltende Ersetzungsmigration“ beschrieben wurde, die „unsere Zukunft“ raube und „unsere Heimat“ zerstöre.

Einen Tag vor der „identitären Remigrationsdemo“ hatte die Identitäre Bewegung Österreich (IBÖ) eine Boxveranstaltung organisiert, bei der Martin Sellner eine Ansprache hielt. Er schwor die Besucher auf die Demonstration ein, bezeichnete die Anwesenden als Verteidiger Europas und der Städte und wies auf die angebliche Anreise von „militanten“ politischen Gegnern hin. Eine aus Berlin stammende Teilnehme-

Infobox



Die IBD betont die dominierende Bedeutung von **Abstammung** und **Identität** und steht damit in der Nähe zur völkischen Ideologie von Rechtsextremisten. Den Menschen nimmt die IBD nicht primär in seiner Individualität, sondern vorrangig in Bezug auf seine ethnische Herkunft wahr. Hierzu hieß es auf der Homepage der IBD:

„Die entscheidenden Fragen des 21. Jahrhunderts werden vor allem auf dem Feld der Identitätspolitik gestellt werden. Dabei müssen wir als patriotische Europäer unweigerlich zur Kenntnis nehmen, dass sich in den kommenden Jahren ein zunehmender Migrationsdruck auf Europa entlädt, der zu vielfältigen sozialen, demographischen, kulturellen und ökonomischen Spannungen führt“.

Die IBD rekurriert mit ihrem Konzept des Ethnopluralismus nicht auf die Vordenker des „klassischen“ Rechtsextremismus. Im Gegensatz zu diesen vertritt die IBD die Auffassung, dass es auf die Unterschiedlichkeit der Ethnien im kulturellen Sinne ankomme. Diese „kulturellen“ Eigenarten – im Jargon der IBD die jeweilige „Identität“ – gelte es durch eine größtmögliche

Trennung der verschiedenen Ethnien zu erhalten. Ethnopluralisten geben vor, dabei keine Unterscheidung nach der Wertigkeit einer Ethnie vorzunehmen, was sie vordergründig von den im Rechtsextremismus vorherrschenden rassistischen Ideologien abhebt. Nach eigenen Worten lehnt die IBD eine „qualitative Auf- oder Abwertung“ einer bestimmten „ethnokulturellen Gemeinschaft“ ab. Stattdessen will die IBD die „Identität des deutschen Volkes in ihrer Besonderheit neben den vielen weltweit nebeneinanderstehenden Völkern in ihrer jeweiligen Einzigartigkeit bewahren“.

Die IBD definiert das Staatsvolk in einem rein abstammungsmäßigen Sinne, wodurch Bevölkerungsgruppen, die nicht den eigenen ethnischen Voraussetzungen entsprechen, vom Volksbegriff ausgeschlossen werden. Um eine „ethnokulturelle Identität“ zu erhalten, ist die IBD bemüht, eine Zuwanderung strikt nach aus ihrer Sicht ethnischen und damit in letzter Konsequenz rassistisch-biologistischen Kriterien zu reglementieren.

rin relativierte und verherrlichte gegenüber zwei Journalistinnen den Holocaust bzw. die Shoah: „Es waren keine sechs Millionen Juden. Es waren ja höchstens 175.000 vergastete Juden. Der Holocaust hat anders stattgefunden. Aber ich muss auch sagen, ich find's geil, dass es stattgefunden hat“. Ferner wünschte sich die Teilnehmerin ein „Srebrenica 2.0“ für Deutschland. (In der bosnischen Stadt waren 1995 bei einem Völkermord gezielt mehr als 8.000 Muslime getötet worden.)

Die IBD teilte am 28. August eine von der IBÖ veröffentlichte Stellungnahme auf ihrem Telegram-Kanal, worin sie sich von der Demonstrationsteilnehmerin distanzierte. Diese sei nie Mitglied oder Aktivistin der IB gewesen. Ferner erklärte die IBÖ, dass die Berichterstattung „gestellt“ wirke und es sich bei der Frau womöglich um einen „Agent Provokateur“ handle, um die IB zu kompromittieren.

„Remigrationstour“ in Hessen

Im Rahmen seiner bundesweiten „Remigrationstour“ machte Martin Sellner am 29. Juli in Hessen Halt. Aktivisten der Revolte Rheinland, einer der IBD zuzurechnenden Regionalgruppe aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, befestigten am Veranstaltungstag in Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) ein Banner mit der Aufschrift „Remigration“. Entgegen der Ankündigung fand die Veranstaltung nicht in Marburg statt, wo sich insgesamt etwa 3.500 Gegendemonstranten versammelt hatten, sondern in Gladenbach (Landkreis Marburg-Biedenkopf). An dem Treffen nahmen 55 Personen teil, darunter Rechtsextremisten aus Hessen und aus anderen Bundesländern: eine IBD-Aktivistin, mehrere Mitglieder der JA Hessen, Angehörige der Neonaziszene in Hessen sowie der Szene der Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates. Die Veranstaltung wurde per Livestream auf dem YouTube-Kanal Weichreite TV, der von einem Rechtsextremisten aus Sachsen betrieben wird, übertragen.



Sellner kritisierte vor allem die Migrationspolitik der damaligen Bundesregierung, die moralisch durch einen anerzogenen „Schuld kult“ bzw. eine „Erb-schuld“ gerechtfertigt werde. Die Deutschen seien konditioniert und „manipuliert wie Laborratten“. Durch den „Schuld kult“ werde bereits Jugendlichen ein „Selbsthass“ anerzogen, wodurch die deutsche Migrationspolitik erst ermöglicht werde. Mehrfach bediente sich Sellner des rechtsextremistischen Verschwörungsnarrativs des „Bevölkerungsaustauschs“ bzw. der „Ersetzungsmigration“. Stattdessen müsse es eine Politik der „Remigration“ geben, was unter anderem die Abschiebung aller illegalen Einwanderer und die Entwicklung von Konzepten zur Rückführung von nichtassimilierten deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund bedeute.

Infobox



Mit den Begriffen **„Der große Austausch“**, **„Ersetzungsmigration“** und **„Bevölkerungsaustausch“** bezeichnet die IBD den angeblichen Prozess, durch den die „angestammte Bevölkerung“ durch „außereuropäische Einwanderer ersetzt“ werde. Nach Ansicht der IBD wird diese schrittweise Verdrängung durch eine von Politikern und „Mainstreammedien“ getragene Ideologie befördert, die geprägt sei von „Selbsthass und dem historischen Schuld-kult der europäischen Völker“, die sich „autoaggressiv gegen die eigene ethnokulturelle Identität“ richteten.

In seinem Vortrag bewertete Sellner Humor und Memes als strategische Faktoren im Kampf gegen die aus seiner Sicht zunehmende „Repression“ gegen das eigene Lager. Man müsse den politischen Gegner und seine „Repressionsmaßnahmen“ lächerlich machen und mit „Humor, Kreativität und besseren Argumenten“ bekämpfen. Wenn man Humor als Waffe verwende, könne der „Chor der Lügenpresse“ – vom eigenen Lager dirigiert – zu einem „Orchester“ werden, das „unsere Botschaft und unsere Ideen“ verbreite. Erfolge dieser Strategie meinte Sellner bereits erkannt zu haben: So wolle der politische Gegner die Forderung nach „Remigration“ ausmerzen, sein Buch „Remigration – Ein Vorschlag“ und die (rechtsextremistische) Version des Lieds „L’amour toujours“ verbieten. Stattdessen kenne nun jeder Deutsche den Begriff „Remigration“, sein Buch sei zum Bestseller und das Lied zu einem Sommerhit geworden.

„Identitäres Bundeslager“

Im Juli warb die IBD für ihr jährlich stattfindendes Bundeslager mit dem Slogan „Kameradschaft ohne Transen“ auf ihrem Telegram-Kanal. Sie betonte, dass es bei ihr keine „Diversitykurse, lächerliche Verhaltensregeln oder Transen im Führungstab“ gäbe, stattdessen sei sie eine „stabile Jugend ohne Migrationshintergrund, die sich tatsächlich für die Heimat“ einsetze.

Das „identitäre Bundeslager“ fand schließlich im August statt, wie die IBD auf ihrem Telegram-Kanal berichtete. Das Leitthema lautete „Reconquista“ und behandelte die Rückeroberung Spaniens im Jahr 1492 von arabisch-muslimischer Herrschaft:

„Über sieben Jahrhunderte kämpften ganze Generationen junger Männer, vereint in ihrer Herkunft und ihrer Überzeugung gegen eine zu Beginn überwältigende Übermacht immer in dem Glauben an ihrem Sieg und den Sinn ihrer Sache. Genau aus diesem Grund ist die Reconquista ein Mythos der Identitären Bewegung seit ihrer Gründung.“

Das historische Ereignis der Reconquista mahne laut IBD „zur Tat, zur Rückeroberung unserer Städte, unseres Landes, unseres Kontinents“.



SONSTIGE PARTEIUNABHÄNGIGE STRUKTUREN

THULE-SEMINAR E. V.

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Das in Kassel ansässige Thule-Seminar e. V. versteht sich als „Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur“. Der Vereinsname orientiert sich an der 1918 gegründeten Thule-Gesellschaft, die bei der Entstehung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) eine Rolle spielte. Das Thule-Seminar e. V. führt Schulungen und Seminare durch und veröffentlicht Texte. Dabei propagiert es unter anderem das Konzept des Ethnopluralismus. In der rechtsextremistischen Szene ist das Thule-Seminar e. V. jedoch wegen seiner offenen Bezugnahme auf völkische Ideen und den Nationalsozialismus weitgehend isoliert. Sein Einfluss in der rechtsextremistischen Szene ist in jüngerer Vergangenheit zunehmend geringer geworden.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>1980 in Kassel.</p>
 <p>Leiter</p>	<p>Dr. Pierre Krebs.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Das Thule-Seminar e. V. verbreitet unter anderem ethnopluralistische und rassistisch-völkische Narrative und will die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen. So hieß es im Berichtsjahr auf der Homepage des Thule-Seminars e. V.: „Die Wurzeln einer epidemischen Krankheit müssen zerstört werden, die den gesamten Planeten bedroht und die westliche Zivilisation heißt“. Das Thule-Seminar e. V. wird daher nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG durch das LfV beobachtet.</p>

Themen

- „Bedrohung der genetischen Substanz“
- Gerichtsverfahren und Urteile



„Bedrohung der genetischen Substanz“

Über die Homepage des Thule-Seminars e. V. wurden hauptsächlich Bücher aus dem Eigenverlag Ahnenrad der Moderne sowie Publikationen rechtsextremistischer Autoren zum Kauf angeboten. Darüber hinaus wurden auf der Homepage Artikel zu unterschiedlichen Themen veröffentlicht, die insbesondere nordisch-mythologische und antimoderne, aber auch völkische und rassistische Inhalte hatten. Exemplarisch ist der Beitrag „Sieg dem Licht!“ vom 25. Juni, der Verschwörungsnarrative sowie antidemokratisches, völkisch-rassistisches und biologisch-sozialdarwinistisches Gedankengut vermitteln will. Laut dem Thule-Seminar e. V. werde es

„immer offensichtlicher, dass gewaltige Gefahren Europa hinsichtlich seiner genetischen Substanz wie auch seiner kulturellen Zukunft bedrohen“. So würde sich die Welt dem „Gipfelpunkt der Katastrophen“ nähern. Europa werde sich unausweichlich ändern; das „neue System“ werde dann „nicht mehr auf der Idee des Universalismus und der erzwungenen Homogenisierung der kulturellen Vielfalt“ beruhen. Zivilisatorische und kulturelle Besonderheiten seien aufgrund ethnopluralistischer Aspekte zu respektieren und zu bewahren. Der Beitrag schließt mit dem Hinweis auf den „mehrjährigen“ Kampf des Thule-Seminars e. V. gegen

„Gleichmacherei und Entwurzelung, für Originalität und Identität, gegen Amerikanismus und Kollektivismus, für Kultur und organischen Humanismus, gegen die multirassistische Gesellschaft [und] für eine heterogene Welt homogener Völker“.



Infobox



Bereits Anfang der 1980er Jahre hatte Krebs den gegenwärtig vor allem von der IB genutzten Begriff des Ethnopluralismus verwendet. Im Hinblick auf den „Extremfall, dass Westeuropa durch den mörderischen Globalismus und die rassische Durchmischung zur Auflösung gebracht“ werde, strebt Krebs das rein biologistisch-rassistische und an der nationalsozialistischen Ideologie orientierte Ziel an, ein **„genetisches Reservoir“** zu schaffen“. Dabei orientiert sich das Thule-Seminar e. V. an der Nouvelle Droite (Neue Rechte), einem Theoriezirkel französischer Rechtsextremisten, der ebenso wie die Mitglieder des Thule-Seminars e. V., ein „indogermanisches Heidentum“ propagiert. Der Einfluss und die Anschlussfähigkeit des Thule-Seminars e. V. insbesondere an die Neue Rechte in Deutschland blieb jedoch gering.

Gerichtsverfahren und Urteile

Das Amtsgericht (AG) Kassel stellte am 15. Mai ein Verfahren gegen Krebs unter Auflage einer Geldstrafe von 1.500,- Euro vorläufig ein, nachdem ihm vorgeworfen worden war, einen Polizisten im Rahmen einer Hausdurchsuchung im November 2022 beleidigt und tötlich angegriffen zu haben. Der Bericht des Beamten wurde auf der Internetseite des Thule-Seminars e. V. in dem Beitrag „Rebell aus Ehrenpflicht“ vom 17. Juli 2024 als eine Reihe von „Falschbehauptungen, Verdrehungen und Erfindungen“ bezeichnet. Außerdem hieß es, dass die „Polizisten von heute [...] nur noch Vollstrecker-Werkzeuge der BRD-Gesinnungsjustiz“ seien.

Nachdem Krebs und eine weitere Mitangeklagte im Jahr 2022 vom AG Fritzlar wegen gemeinschaftlicher Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 7.200,- Euro verurteilt worden waren, fand am 29. Mai 2024 vor dem Landgericht (LG) Kassel die Berufungsverhandlung statt. Das Gericht änderte das Urteil auf fünf Monate Freiheitsstrafe auf Bewährung und 3.000,- Euro Geldstrafe ab. Hintergrund war ein Beitrag in einem von Krebs 2016 veröffentlichten Taschenkalender, in dem zu einem „Rachefeldzug“ gegen die angeblich durch Masseneinwanderung und „Multikulturalismus“ angestrebte „Ausrottung der Deutschen“ aufgerufen worden war. Ferner waren Geflüchtete als „tödliche Bedrohung des in akute Gefahr geratenen Erbgutes unseres Volkes“ und Mitglieder der Bundesregierung als „Rasseverächter und Rassevernichter“ bezeichnet worden. Außerdem hatte der Kalender den Nationalsozialismus verherrlichende sowie die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs leugnende Passagen enthalten. Krebs kritisierte das Urteil am 31. Mai auf der Internetseite des Thule-Seminars e. V. wie folgt:

„Wir wissen alle, daß die Herrschaften, die uns verfolgen und über uns zu richten sich anmaßen, weisungsgebunden sind und nicht anders handeln und urteilen dürfen. Es geht in dieser Republik schon längst nicht mehr um Recht und Wahrheit. Es herrscht die Inquisition.“

Im Zuge beider Urteile bat Krebs auf der Internetseite des Thule-Seminars e.V. mehrfach um Solidaritätsspenden.

Gemäß einem am 15. Juni ebenfalls auf dieser Internetseite veröffentlichten Beitrag traf sich Krebs in Split (Kroatien) mit einer Gruppe „Gleichgesinnter“, um sich über das Thema „Amerika und Amerikanismus“ auszutauschen. Die international besetzte Teilnehmerrunde, darunter Rechtsextremisten, kritisierte den Umgang „westlicher“ Staaten mit extremistischen Ansichten und bemängelte, dass sich „Mainstream-Gegner der Einwanderung“ nicht trauen würden, ihre „Argumente in [...] rassistischen Begriffen zu äußern“. „Gedankenverbrechen“ würden verfolgt und „linke Ideologie“ seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in deutschen Institutionen gewaltsam durchgesetzt.

Schließlich hieß es in dem Beitrag, dass eine „Bewegung zur Verteidigung der [weißen] Ethnie“ wichtig sei, da dann eine „Gegenrevolution“ zur „multirassische[n], multiethnische[n] und kommunistische[n] Revolution“ leichter umsetzbar wäre. Außerdem nahm Krebs am 22. Juni an einer Vortragsveranstaltung und Sonnwendfeier des rechtsextremistischen Vereins Gedächtnisstätte e.V. in Guthmannshausen (Thüringen) als Redner teil. In seinem Vortrag („Niederlagen werden zu Siegen, wenn man sie als Herausforderung annimmt“) referierte Krebs über rassistische und völkische Theorien und machte sie sich zu eigen.



RECHT UND WAHRHEIT

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Die von dem Rechtsextremisten Meinolf Schönborn herausgegebene Zeitschrift Recht und Wahrheit ist dem intellektuellen Rechtsextremismus zuzuordnen und widmet sich laut eigener Aussage der „geistigen Pflege des deutschen Freiheitsgedankens“. Dabei will sie für das Recht des „deutschen Volkes auf freie Selbstbestimmung“ eintreten. Die in der Zeitschrift publizierten Artikel behandeln hauptsächlich gesellschaftliche, politische und historische Themen, wobei rechtsextremistische, antisemitische und gebietsrevisionistische Thesen propagiert werden. So behauptet Schönborn, dass ein Genozid an Menschen weißer Hautfarbe – vor allem an den Deutschen – stattfinde und die Bundesrepublik Deutschland ein nicht souveräner Vasallenstaat der USA sei. Schönborn verbindet dies mit dem Appell, sich untereinander zu organisieren, um die „Heimat zurückerobert“ zu können.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>1984 in Nordrhein-Westfalen, seit 2009 fungiert Schönborn als Herausgeber.</p>
 <p>Sitz</p>	<p>„Kulturzentrum Ludenbeck“ in Wesertal (Landkreis Kassel).</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Die Zeitschrift Recht und Wahrheit verbreitet eine rechtsextremistische Ideologie. Über ihre Kanäle in den sozialen Netzwerken äußern sich Schönborn und Recht und Wahrheit regelmäßig in diffamierender Weise über Menschen mit Migrationshintergrund, demokratische Parteien und die Demokratie als solche. Recht und Wahrheit wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>

Themen 

- Versandhandel, Internet und soziale Medien
- „Kulturzentrum Ludenbeck“
- Veranstaltungen

Infobox 

Zum Selbstverständnis und den Zielen von Recht und Wahrheit hieß es auf der entsprechenden Internetseite:

„Wir sind Aktivisten für Deutschland. Wir sind viele. Wir vergessen nicht. Wir vergeben nicht. Wir kämpfen für die Wahrheit, für das Recht und die Freiheit unseres Volkes. Auch Du kannst sehr viel für Dich und unser deutsches Volk tun: Schließ dich uns an, gründe RuW-Verteilerkreise und verteile regelmäßig unsere Zeitung. Wir werden Dich gerne dabei unterstützen. So baust Du Dir dein eigenes Netzwerk auf!“

Versandhandel, Internet und soziale Medien

Neben Recht und Wahrheit betrieb Schönborn den Z-Versand, dessen Angebot weitere Publikationen, Aufkleber und Kalender umfasste. Zudem verkaufte er eine Kaffeesorte mit der Bezeichnung „braune Bohne“. Schönborn betrieb eine Homepage und war auf X, der Plattform VK und mit mehreren Kanälen auf dem Messengerdienst Telegram vertreten. Diese Medien nutzte er im Berichtsjahr, um unter anderem gegen Menschen anderer Hautfarbe, die Bundesregierung, Angehörige der LGBTQ-Community und die Demokratie zu agitieren. Über X, Facebook und Telegram erreichte Schönborn fast 12.000 Abonnenten bzw. Follower (Stand November 2024). Häufig fungierte er nur als Multiplikator solcher Postings, indem er die Beiträge verlinkte und teilte, um deren und seine eigene Reichweite zu erhöhen.

„Kulturzentrum Ludenbeck“

In Wesertal (Landkreis Kassel) bewohnte Schönborn ein ehemaliges Hotel, dessen Ausbau zu einer überregionalen und szenübergreifenden Veranstaltungsortlichkeit er auch im Berichtsjahr vorantrieb. Laut Schönborn standen ein Versammlungsraum und



Übernachtungsmöglichkeiten für die Teilnehmer der Veranstaltungen zur Verfügung. Dadurch war es auch Rechtsextremisten außerhalb Hessens möglich, zu den Treffen zu kommen, sodass sich das „Kulturzentrum Ludenbeck“ als überregionale Szeneörtlichkeit etabliert hat. Auf der Homepage von Recht und Wahrheit hieß es:

„Das Kulturzentrum Ludenbeck ist aber nicht nur eine Begegnungs- und Wohnstätte für Patrioten, sondern es soll auch eine ‚feste Burg‘ sein, für schlimme Zeiten, die ohne Zweifel auf uns Deutsche schon in naher Zukunft zukommen werden.“

Somit verdeutlicht das „Kulturzentrum Ludenbeck“ exemplarisch die hohe Bedeutung von Immobilien als Anlauf-, Rückzugs-, Veranstaltungs-, Schulungs- und Vernetzungsortlichkeiten für die rechtsextremistische Szene.

Veranstaltungen

Rechtsextremistische Parteien luden Schönborn immer wieder als Redner ein, so etwa zu einer von der HEIMAT ausgerichteten „Reichsgründungsfeier“ am 28. Januar in Baden-Württemberg. Im Herbst trat er als Redner bei den JN auf und sprach über seine damalige Zeit als Mitglied der Jugendorganisation. Auch Schönborn selbst führte Veranstaltungen durch:

- **6. April, „Kulturzentrum Ludenbeck“:**

Vortragsveranstaltung mit rund 30 Teilnehmern, darunter Personen aus dem parteigebundenen rechtsextremistischen Spektrum wie etwa Stefan Jagsch, dem Vorsitzenden des Landesverbands Hessen der HEIMAT, und Ludwig Palm, der für die Partei einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung von Leun (Lahn-Dill-Kreis) innehat. Außerdem befanden sich Anhänger des lose strukturierten Rechtsextremismus unter den bundesweit angereisten Zuhörern.

- **Einladung zum 21. Recht- und Wahrheit-Lesertreffen vom 19. bis zum 21. April im „Kulturzentrum Ludenbeck“.**

In der Einladung hieß es:

„Wir müssen Wege finden, Patrioten, Nationalisten, usw. zu verknüpfen, um es uns allen zu ermöglichen, nach unserer Art frei zu leben und unsere Zukunft selber zu gestalten. [...] Es geht um praktische Handlungen, es geht um Taktik und Strategie und um die nächsten Schritte in unserem gemeinsamen Freiheitskampf - der zwischenzeitlich ein Kampf um das Überleben unseres Volkes geworden ist!“

(Schreibweise wie im Original.)

LOSE STRUKTURIERTER RECHTSEXTREMISMUS

NEONAZIS

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Neonazis sind Rechtsextremisten, die nach der Überwindung der Gewaltdiktatur des Nationalsozialismus (1933–1945) die entsprechende Ideologie in ihren Zielen oder im Rahmen ihrer Aktivitäten zu verwirklichen versuchen. Zahlreiche neonazistische Organisationen sind verboten, Neonazis finden sich aber immer wieder in neuen Gruppierungen, Bündnissen und auf Plattformen zusammen. Zu rechtsextremistischen Parteien, subkulturell orientierten Rechtsextremisten und Skinheads unterhalten Neonazis enge Kontakte.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>1949 Gründung der Sozialistischen Reichspartei (1952 verboten), seit den 1970er Jahren Neugründungen von Gruppierungen (vor allem Kameradschaften), von denen etliche ebenfalls verboten wurden.</p>
 <p>Gewalt</p>	<p>Neonazis sind grundsätzlich gewaltbereit.</p>
 <p>Regionale Schwerpunkte</p>	<p>Die Neonaziszene erstreckte sich nahezu gleichmäßig über ganz Hessen.</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen 450, eine bundesweite Anzahl der Neonazis wies das BfV nicht aus.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Die neonazistische Szene ist durch ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus sowie durch ihre Gewaltbereitschaft gekennzeichnet. Ideologische Grundlage sind ein rassenbiologisch geprägtes, völkisches Menschenbild und die Vorstellung von einer antipluralistischen Gesellschaft sowie einem autoritären Staat. Sowohl „Fremde“ als auch politische Gegner gelten als Feinde, denen ein geringeres bzw. kein Existenzrecht zuerkannt wird. Die neonazistische Szene wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>

Themen

- Interne Treffen statt öffentlicher Veranstaltungen
- Bedeutung des digitalen Raums



Interne Treffen statt öffentlicher Veranstaltungen

In Hessen fanden im Berichtsjahr keine öffentlichen, für die neonazistische Szene typischen, propagandistischen Veranstaltungen wie zum Beispiel Protest- und Gedenkmärsche statt. Allerdings nahmen Neonazis aus Hessen wie im Vorjahr an Veranstaltungen in anderen Bundesländern und im europäischen Ausland teil. Eine zentrale Rolle kam hierbei erneut

dem programmatisch neonazistisch geprägten Parteienspektrum zu, das die Veranstaltungen meistens organisierte und im Rahmen der Mobilisierung als Bindeglied der überregionalen bzw. bundesweiten Neonaziszene agierte. Intern führten Neonazis dagegen kleinere, regionale und nichtöffentliche Veranstaltungen und Treffen durch, um sich weiter zu vernetzen. Diesem Zweck diente auch die Teilnahme von Neonazis aus Hessen an bundes- und europaweiten Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene.

Während in der Vergangenheit feste neonazistische Strukturen wie Kameradschaften das Erscheinungsbild der Szene in Hessen prägten, war diese Organisationsform rückläufig. Neonazis schlossen sich nun-

mehr in informellen Gruppierungen zusammen, agierten überwiegend ohne feste organisatorische oder hierarchische Strukturen oder handelten als Einzelpersonen.

Bedeutung des digitalen Raums

Das Internet und die sozialen Medien waren auch im Berichtsjahr ein wichtiger Agitations-, Aktions- und Vernetzungsraum für Neonazis und neonazistische Gruppierungen. Der digitale Raum fungierte aufgrund seiner Beschaffenheit und Reichweite als Plattform für die niedrighschwellige Kontaktaufnahme mit neuen Personen und diente der Vernetzung mit anderen Rechtsextremisten und rechtsextremistischen Organisationen. Vor allem Jugendliche – teils noch unterhalb der Strafmündigkeit – kamen durch die sozialen Medien mit der rechtsextremistischen Ideologie und damit auch neonazistischen Ideologie in Berührung.

Tauschten sich die klandestinen, teils zu Gewalt aufrufenden Gruppierungen in Hessen in der Vergangenheit zum überwiegenden Teil lediglich im digitalen Raum aus, so versuchten sie im Berichtsjahr vermehrt, in der analogen Welt – auch für eine breite Öffentlichkeit wahrnehmbar – in Erscheinung zu treten. So versuchte die neonazistische Gruppierung Jung & Stark – Hessen (JS Hessen), sich am politischen Demonstrationsgeschehen zu beteiligen. Darüber hinaus klebten dem neonazistischen Spektrum zuzurechnende Personen Sticker mit rechtsextremistischen Inhalten: Hakenkreuze, Doppel-Sigrunen und „schwarze Sonnen“, „White Lives Matter“, „Abschieben schafft Sicherheit“. Auch Spuckis mit antisemitischem Inhalt („NS Gebiet“ in Verbindung mit einem durchgestrichenen Davidstern) wurden verklebt.



Infobox



Neonazis wollen einen **ethnisch homogenen, diktatorischen Staat** schaffen. Die Rechte des Individuums, Meinungsfreiheit und -vielfalt – insgesamt Pluralismus – haben in einer solchen **„deutschen Volksgemeinschaft“** keinen Platz. Sie schließt Menschen anderer Kulturen und auch solche Deutsche aus, die Neonazis aufgrund von Behinderungen, sexueller Orientierung oder sozialer Marginalisierung als „unwert“ betrachten. Der einzelne Mensch soll sich dem angeblichen Gesamtwillen des Volks unterordnen. Historische Tatsachen deuten Neonazis in revisionistischer Manier um und leugnen dabei auch die Shoa.

Unsere freiheitliche Demokratie bezeichnen Neonazis als „System“, das es abzuschaffen gelte. Bereits die Nationalsozialisten hatten die Weimarer Republik (1918 bis 1933) mit dieser Bezeichnung diffamiert. Der Aufruf zum **Kampf gegen das „System“** ist ein Grundpfeiler neonazistischer Propaganda. Zielgruppe sind vor allem junge Menschen, die früh an die neonazistische Szene herangeführt und an sie gebunden werden sollen.

Die neonazistische Szene ist in sich nicht homogen. Zum einen wird das „Dritte Reich“ als Vorbild betrachtet und eine **Wiederherstellung des Nationalsozialismus** angestrebt, zum anderen wird die nationalsozialistische „Weltanschauung“ neu interpretiert oder **„antikapitalistisch“** mit Bezügen zum Linksextremismus und entsprechenden Aktionsformen „modernisiert“. Die überwiegende Zahl der Neonazis befürwortet jedoch die Kernelemente des Nationalsozialismus: „Führerprinzip“, Antisemitismus und die Ideologie der „Volksgemeinschaft“.

**SUBKULTURELL ORIENTIERTE RECHTSEXTREMISTEN -
RECHTSEXTREMISTISCHE MUSIK- UND KAMPFSPORTSZENE**

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Subkulturell orientierte Rechtsextremisten sind gekennzeichnet durch eher diffuse rechtsextremistische Einstellungen, die sich an das Gedankengut von Neonazis anlehnen. Dies äußert sich in Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Eine vertiefte „weltanschauliche“ und politische Auseinandersetzung findet nicht statt. Weitgehende Struktur- und Organisationslosigkeit ist typisch für die Szene der subkulturell orientierten Rechtsextremisten. Für die oft in informellen lokalen oder regionalen Gruppen zusammengeschlossenen Rechtsextremisten stehen erlebnisorientierte Aktivitäten im Vordergrund. Dabei spielt der Besuch rechtsextremistischer Musikveranstaltungen eine herausgehobene Rolle.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>Beeinflusst von der subkulturellen rechtsextremistischen Skinheadbewegung in Großbritannien, entstand vor allem seit Anfang der 1990er Jahre eine derartige Szene auch in Deutschland. Anders als früher sind subkulturell orientierte Rechtsextremisten fast nicht mehr anhand eines einheitlichen Erscheinungsbildes erkennbar.</p>
 <p>Gewalt</p>	<p>Subkulturell geprägte Rechtsextremisten sind grundsätzlich gewaltaffin.</p>
 <p>Regionale Schwerpunkte</p>	<p>Nordhessen.</p>
 <p>Musikgruppen und Liedermacher in Hessen</p>	<p>Faust, Reichstrunkenbold (Liedermacher), Streitmacht, Sturmrebelln, Krematorium.</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen 475, eine bundesweite Anzahl der subkulturell orientierten Rechtsextremisten wies das BfV nicht aus.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Die subkulturelle rechtsextremistische Szene ist durch ein rassistisches, antisemitisches und fremdenfeindliches Weltbild geprägt. Sie lehnt aufgrund ihrer Orientierung am Nationalsozialismus die freiheitliche demokratische Grundordnung ab und will diese beseitigen. Die subkulturelle rechtsextremistische Szene wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>

Entwicklung des Personenpotenzials der subkulturell orientierten Rechtsextremisten in Hessen (2020 bis 2024)



Themen



- Trend zu kleineren Musikveranstaltungen
- Vernetzung durch Kampfsport
- Active Clubs
- Keine rechtsextremistische Kampfsportveranstaltung in Hessen

Trend zu kleineren Musikveranstaltungen

In den letzten Jahren verlagerten sich rechtsextremistische Konzerte und Musikveranstaltungen aus dem öffentlichen Raum zunehmend hin zu kleineren Veranstaltungen im eher privaten oder geschlossenen Kreis. Erregten große, überregionale Konzerte – zum Beispiel das „Schild & Schwert“-Festival in Ostritz (Sachsen) vor der COVID-19-Pandemie – ein großes Interesse in der rechtsextremistischen Szene, so ist aufgrund des konsequenten behördlichen Einschreitens eine Trendwende erkennbar. Nunmehr finden kleinere und klandestin vorbereitete Musikveranstaltungen wie etwa Liederabende mit Teilnehmerzahlen zumeist im mittleren zweistelligen Bereich statt. Diese Treffen werden oft nur mit einer groben Zeit- und Ortsangabe und nur in einem begrenzten Personenkreis bekannt gegeben. Somit soll einem behördlichen Verbot zuvorgekommen werden, auch möchte die rechtsextremistische Szene Störungen durch Linksextremisten verhindern. Sofern rechtlich und tatsächlich möglich, unterbanden die hessischen Sicherheitsbehörden rechtsextremistische Musikveranstaltungen. In Hessen wurden fünf rechtsextremistische Musikveranstaltungen registriert. Am 28. September löste die Polizei ein rechtsextremistisches Konzert in Melsungen (Schwalm-Eder-Kreis) auf.

Vernetzung durch Kampfsport

Während in den 1990er Jahren vor allem Rockkonzerte und das gewalttätige Spektrum der Fußballfans die rechtsextremistische „Erlebniswelt“ dominierten, nimmt mittlerweile der Kampfsport eine zentrale Rolle im Bereich des gewalt- und erlebnisorientierten Rechtsextremismus ein. In den letzten Jahren kam es zu einer rasch zunehmenden Professionalisierung, Kommerzialisierung und organisatorischen Routine, woraus steigende Zuschauerzahlen resultierten. Darü-



ber hinaus bemühte sich die rechtsextremistische Szene, die inzwischen erreichte Bedeutung und Reichweite auszubauen und die Errichtung voneinander unabhängig agierender Strukturen voranzutreiben. Die Kampfsportveranstaltungen dienten – auch im internationalen Rahmen – der Rekrutierung, Vernetzung und Finanzierung der rechtsextremistischen Szene. Haupteinnahmequelle waren der Verkauf von Tickets und Merchandiseartikeln szenetypischer (Mode-)Labels.

Ein Charakteristikum der rechtsextremistischen Kampfsportszene ist der enge Schulterschluss mit Gruppen aus anderen europäischen Staaten, insbesondere aus dem osteuropäischen Raum. Das Gemeinsame ist hier weniger die Nation als die ethnische Zugehörigkeit zur „weißen Rasse“, die es nach rechtsextremistischer Auffassung zu verteidigen gilt. Die kollektive transnationale Identität der rechtsextremistischen Kampfsportszene besteht demnach aus zwei Komponenten: der „Rassezugehörigkeit“ („weiß“) und der Kulturzugehörigkeit („abendländisch“).

Active Clubs

Um sich zu vernetzen, bedient sich rechtsextremistische Kampfsportgruppierungen vor allem des Konzepts der Active Clubs. Das von dem in Russland geborenen Rechtsextremisten Denis Kapustin (alias Denis Nikitin) und dem amerikanischen Staatsbürger Robert Rundo entworfene Konzept entspringt der weltweiten gewaltorientierten White-Supremacy-Bewegung. Es soll fitness- und kampfsportaffine Personen ansprechen, die das ideologische Ziel eint, einen angeblichen „Genozid“ an „weißen“ Menschen zu verhindern.



Infobox

Musik stellt eine besonders **niedrige Hürde für den Einstieg in den Rechtsextremismus** dar. Sie ist nahezu jederzeit und überall konsumierbar, dient sowohl der Selbstdarstellung als auch der szeneeinternen Kommunikation und ist Ausdruck eines subkulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls. Dabei wirkt der Konsum von rechtsextremistischer Musik oft als Katalysator von Gefühlen und Aggressionen. Besonders in Verbindung mit Alkohol kann dies zu Gewaltausbrüchen führen.

Musik vermag als emotionaler „Türöffner“ ideologische Vorstellungen einem breiten Personenkreis – überwiegend Jugendlichen und jungen Erwachsenen – zugänglich zu machen. Dabei ist die rechtsextremistische Musikszene nicht auf eine bestimmte Stilrichtung begrenzt. So umfasst das Spektrum neben dem „traditionellen“ Rechtsrock und Rock Against Communism (RAC) zum Beispiel auch National Socialist Black Metal (NSBM), Balladenmusik von Liedermachern sowie Rap und Schlager. Auf diese Weise können unterschiedliche Musikvorlieben bedient und ein möglichst breites Publikum erreicht werden. Alle diese Richtungen eint dabei, dass nicht zwingend die rechtsextremistischen Inhalte im Vordergrund des Musikerlebnisses stehen, sondern die einprägsamen Melodien und einfachen Rhythmen.

In der eher strukturlosen Szene sind Musikveranstaltungen identitätsstiftende Ereignisse und dienen der Kommunikation und Vernetzung. Zudem üben die in der Regel konspirativ organisierten Veranstaltungen gerade auf junge Rechtsextremisten eine große Faszination aus.

Liederabende haben für subkulturell orientierte Rechtsextremisten, Neonazis und rechtsextremistische Parteien eine wachsende Bedeutung. Auftritte rechtsextremistischer Interpreten dienen als Treffpunkt und Plattform, wobei politische Botschaften über die Liedtexte mit Zwischenmoderationen verknüpft und zur Anwerbung potenzieller Interessenten genutzt werden.

Eines der bedeutsamsten Medien zur Verbreitung rechtsextremistischer Musik ist das Internet mit seinen nahezu unbegrenzten Möglichkeiten und Reichweiten. So finden sich unter anderem auf verschiedenen Musik- und Videoplattformen bzw. sozialen Medien – wie etwa YouTube und Telegram – Videos rechtsextremistischer Gruppen. Auch von den Bands mit Bezügen zu Hessen wie Faust, Sturmrebelln und dem in Hessen wohnhaften Liedermacher Reichstrunkenbold werden Musikvideos auf YouTube verbreitet und für neue Musikalben auf Telegram und einschlägigen rechtsextremistischen Internetseiten geworben.

Wegen des Leitartikels „Ausweg ‚Active Club‘: Neue Wege für den Nationalen Widerstand“ im rechtsextremistischen Magazin N. S. Heute fand das Konzept in Deutschland besondere Beachtung. In der Ausgabe vom Mai/Juni 2024 entwarf der Neonazi Patrick Schröder in einem 20-Punkte-Plan eine Blaupause für dessen Umsetzung: Relevant seien vor allem ein einheitliches Branding in Form von Namen und Logos und die Präsenz in den sozialen Medien. Es gelte, den Interessenten eine Kontaktmöglichkeit zu geben, die „Propaganda-Tätigkeit“ in den Fokus zu rücken und sich auch untereinander zu vernetzen. Gleichzeitig warnte Schröder vor einer „Hardcore-Politik“ bei der Rekrutierung neuer Mitglieder: Sympathie sowie der Sport- und

Gemeinschaftsaspekt seien wichtig, um eine niedrige Einstiegsschwelle zu garantieren.

Der Leitartikel war die maßgebliche Initialzündung für die Gründung etlicher Active Clubs bundesweit. Dabei verfolgten die Initiatoren eine zentralisierte und organisierte Strategie. Als überregionale Präsenz wurde der Active Club Germania gegründet, der eine Plattform für alle eigenständig agierenden Regionalabteiler bildete. In Hessen gab es in der Spitze bis zu drei Active Clubs im Taunus, in Kassel und Südhessen, die neben virtuellen Aktivitäten zum Teil auch analoge Vernetzungstreffen arrangierten.

Keine rechtsextremistische Kampfsportveranstaltung in Hessen

Sofern rechtlich und tatsächlich möglich, unterbinden die hessischen Sicherheitsbehörden rechtsextremistische Kampfsportveranstaltungen. In Hessen wurden im Berichtsjahr keine entsprechenden Veranstaltungen registriert.

In Combres-sous-les-Côtes (Frankreich) nahm am 15. Juni eine Person aus Hessen am „Day of Glory“ teil, der vom rechtsextremistischen Kampfsportlabel Pride France ausgerichtet wurde. Wie bei der „European Fight Night“ 2023 in Ungarn gab es in Frankreich deutliche ideologische und organisatorische Parallelen zu der in Deutschland seit 2019 verbotenen rechtsextremistische Kampfsportveranstaltung „Kampf der Nibelungen“.

Das Thüringer Oberlandesgericht verurteilte am 1. Juli vier Rechtsextremisten – unter ihnen eine Person aus Hessen – zu mehrjährigen Haftstrafen, unter anderem wegen der Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung Knockout 51. Bei der von drei der Angeklagten gegründeten Vereinigung handelte es sich laut der mündlichen Urteilsbegründung um eine rechtsextremistische Kampfgruppe nationalsozialistischer Prägung. Zur Umsetzung ihres Ziels, in Eisenach (Thüringen) einen „Nazi Kiez“ zu schaffen und sich dort als bestimmende Ordnungsmacht zu etablieren, habe Knockout 51 zahlreiche Körperverletzungen begangen, bei denen teilweise neben dem Gruppenziel auch private Interessen von Gruppenmitgliedern eine Rolle gespielt hätten. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Am 5. Oktober richtete die neonazistische Partei Der Dritte Weg in der sogenannten Fassfabrik (Rheinland-Pfalz) eine Kampfsportveranstaltung aus. Unter den mehr als 100 Teilnehmern waren auch mehrere Personen aus Hessen. Die Polizei löste die Veranstaltung auf. Da die Mietverträge zum 15. Dezember gekündigt wurden, entfällt die „Fassfabrik“ für die rechtsextremistische Szene in der Grenzregion Rheinland-Pfalz/Hessen als wichtiger Treff- und Veranstaltungsort.

Infobox



Bei rechtsextremistischen Kampfsportveranstaltungen erfreuen sich vor allem **Boxen, Kickboxen und Mixed-Martial-Arts (MMA)** großer Beliebtheit; vereinzelt gibt es auch Zuspruch für das Grappling, eine Griffkampfsportart. Insbesondere MMA vereint Stand- und Bodenkampf sowie verschiedene Schlag-, Tritt- und Hebeltechniken zu einem schnellen und brutalen Konzept, das den „Anforderungen“ des waffenlosen Straßenkampfes am ehesten entspricht. Die rechtsextremistische Szene praktiziert – ungeachtet der zunehmenden Betonung des Fitnesscharakters von Kampfsportveranstaltungen – die klassische Rohversion mit Vollkontakt, was dem rechtsextremistischen kriegerischen Selbstbildnis und den allgemeinen „Anforderungen“ an die „Wehrkraft des Volkskörpers“ gerecht werden soll.

Rechtsextremisten erheben die „Volksgesundheit“ und „Wehrhaftigkeit“ zur Pflicht, um einen „neuen Menschenschlag“ zu schaffen, der stark an das im Nationalsozialismus propagierte „Ideal“ des „Herrenmenschen“ angelehnt ist. Eine wesentliche ideologische Komponente ist der „Straight-Edge“-Gedanke, der aus der Punkszene der 1980er Jahre stammt. Er sollte durch den Verzicht auf Alkohol und Drogen, gesunde Ernährung bis hin zum Veganismus und sexuelle Enthaltsamkeit eine Gegenbewegung zu dem Alkohol- und Drogenkonsum der Jugendkultur etablieren. Durch die rechtsextremistische Szene erlebt diese Strömung eine gewaltbetonte und rassistische Renaissance als „NS-Straight-Edge“.

Ein wiederkehrendes Motto der Szene ist in der Konsequenz der **„Kampf gegen die Moderne“**, die als Sinnbild von Dekadenz und Verweichlichung strikt abgelehnt wird. Den angeblichen Verfall der Gesellschaft setzt die rechtsextremistische Szene mit der von ihr als solche empfundenen Erosion der „Volksgesundheit“ gleich. So bietet ein „gesunder, sportlicher Aktivist Interessenten bereits ein Abbild der Bewegung“.

PARTEIGEBUNDENE STRUKTUREN BZW. PARTEIEN

JUNGE ALTERNATIVE (JA) HESSEN

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Die Junge Alternative für Deutschland (JA) war im Berichtszeitraum die offizielle Jugendorganisation der Partei Alternative für Deutschland (AfD). Die JA umfasste 16 Landesverbände, einer davon war die JA Hessen. Diese inszenierte sich als „patriotische“ Parteijugend, die sich gegen eine ihrer Ansicht nach verfehlte Migrationspolitik auflehnte. Aufgabe der JA Hessen sei es, den „weltanschauliche[n], politisch gefestigte[n] Nachwuchs“ für die Mutterpartei sicherzustellen. Tatsächlich handelte es sich bei der JA Hessen um eine rechtsextremistische Gruppierung, die im Sinne der Mosaikrechten eine Scharnierfunktion zwischen politischem Vorfeld und parlamentarischem Raum einnahm. Dabei versuchte sie, die rechtsextremistische Ideologie der Neuen Rechten im sozialen und kulturellen Raum sowie im politischen Diskurs zu verankern und zu verbreiten.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>2013 im Rahmen des ersten JA-Bundeskongresses in Darmstadt, im selben Jahr gab sich die JA Hessen im Oktober eine eigene Satzung.</p>
 <p>Bundesvorsitzender</p>	<p>Hannes Gnauk, im Berichtszeitraum Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB).</p>
 <p>Landesvorsitzender</p>	<p>Manuel Wurm (bis 22. Juni 2024), Joachim Roos (seit 22. Juni 2024), im Berichtszeitraum Mitglied des Hessischen Landtags (MdL).</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen 150, bundesweit 4.300.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Bei der JA Hessen handelt es sich um eine rechtsextremistische Gruppierung, die sich als Teil des Gruppierungsgeflechts der Neuen Rechten sieht. Durch das wechselseitige Zusammenwirken verschiedener Gruppierungen versucht die Neue Rechte den öffentlichen Diskurs im Sinne ihrer rechtsextremistischen Ideologie zu beeinflussen, um letztlich die kulturelle Hegemonie zu erlangen. Die JA wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>

Themen

- Forderung nach „Remigration“
- Wahlkampfunterstützung für die AfD
- Eigene Veranstaltungen der JA Hessen
- Distanzierung von der IB
- Geplante Neustrukturierung der JA



einem Aufruf des MdB Matthias Helferich (Nordrhein-Westfalen). Durch die Änderung wollte man sich zum „Geh-Heim-Plan“ bekennen. Dieses Wortspiel bezog sich auf den angeblichen „Geheimplan“, über den Martin Sellner laut eines Beitrags des Medienunternehmens Correctiv bei einem „Geheimtreffen“ in Potsdam (Brandenburg) im November 2023 gesprochen haben soll.

Forderung nach „Remigration“

Ende Januar änderte die JA Hessen ihr Profilbild auf Instagram, indem sie ihr Logo um den Schriftzug „Team Remigration“ ergänzte. Damit folgte sie

Am 24. Februar veröffentlichte die JA Hessen auf ihrem Instagram-Profil einen Beitrag, in dem sie die Forderung nach „Remigration“ in Abgrenzung zum Begriff „Deportation“ definierte: Während bei „Remigration“ jemand „wieder nach Hause“



geschickt werde, werde bei einer „Deportation“ jemand „aus seinem angestammten Land“ vertrieben. Die JA Hessen behauptete, dass „unsere Forderungen und Thesen“ den öffentlichen Diskurs im Jahr 2024 prägen würden. Ihr „Remigrations“-Konzept umfasse – neben (nicht weiter ausgeführten) „konkreten Lösungsansätzen“ – eine „Reform des Staatsbürgerschaftsrechts“, die ebenfalls nicht beschrieben wurde.

Den islamistisch motivierten Anschlag am 31. Mai in Mannheim (Baden-Württemberg), bei dem ein Polizist ums Leben kam, nahm die JA am 2. Juni zum Anlass, in der Stadt eine „Mahnwache“ durchzuführen. Daran nahmen sowohl JA- als auch IBD-Mitglieder teil; der bis Juni stellvertretende Vorsitzende der JA Hessen, Dominik Asch, fungierte als Ordner. Dabei zeigte die JA ein Transparent mit der Aufschrift „Remigration hätte das verhindert“.

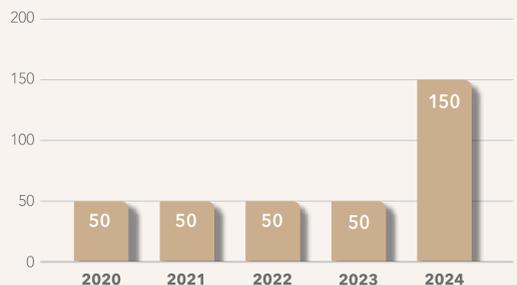
Die JA Hessen veröffentlichte und teilte mehrere Beiträge zum Anschlag in Mannheim, in denen sie zum einen ihr Beileid für den getöteten Polizisten bekundete und zum anderen die Forderung nach „Remigration“ erhob. In einem Beitrag teilte die JA Hessen ein Bild der „Mahnwache“, auf dem ein Schild mit dem Schriftzug „Der Bevölkerungsaustausch findet statt und Remigration ist die Lösung“ zu sehen war.

Wahlkampfunterstützung für die AfD

Die JA Hessen betrieb auf dem politischen Aschermittwoch der AfD Offenbach Land am 14. Februar in Rödermark (Landkreis Offenbach) einen Informationsstand. Vor dem Veranstaltungsgebäude provozierte Dominik Asch die Gegendemonstranten durch das Zurschaustellen von Kraftposen.

Im Wahlkampf zur Landratswahl im Hochtaunuskreis verteilten Mitglieder der JA Hessen, darunter Manuel Wurm und Dominik Asch, im Januar Flugblätter. Im Rahmen des Europawahlwahlkampfes rief die JA Hessen zur Teilnahme an Veranstaltungen der AfD auf. Bei einer Veranstaltung am 5. Mai in Rüsselsheim (Kreis Groß-Gerau) hielt der stellvertretende JA-Bundvorsitzende Tomasz Froelich eine Rede. Mitglieder der JA Hessen, darunter Asch, nahmen an der Veranstaltung teil. Zudem brachte Asch am 1. Mai in Schöneck (Main-Kinzig-Kreis) und jeweils am 12. Mai in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) und Maintal sowie am 6. Juni in Niederdorfelden (Main-Kinzig-Kreis) Plakate an.

Entwicklung des Personenpotenzials der JA in Hessen (2020 bis 2024)¹



¹ Der sprunghafte Anstieg des Personenpotenzials von 50 (2023) auf nunmehr 150 Personen erklärt sich dadurch, dass die JA Hessen im Berichtsjahr erstmalig eigene Angaben zu ihren Mitgliederzahlen machte. Ihr Landesvorsitzender Jochen Roos erklärte in einem Interview auf dem AfD-Bundesparteitag, dass die JA Hessen mittlerweile etwa 150 Mitglieder habe.

Während einer Wahlkampfveranstaltung der AfD am 18. Mai in Vöhl (Landkreis Waldeck-Frankenberg) – die JA Hessen war mit einem Informationsstand vor Ort – posierten mehrere Mitglieder der Jugendorganisation mit dem Spitzenkandidaten der AfD für die Europawahl, Maximilian Krahl (MdEP).

Auch auf Instagram rief die JA Hessen zur Wahl der AfD auf und veröffentlichte dort am 8. Juni ein Bild, auf dem zwei Familien zu sehen waren: eine mit und eine andere aus den 1950er Jahren ohne Migrationshintergrund. Dazu stellte die JA Hessen die Frage „In welchem Europa willst du morgen aufwachen?“ und beantwortete diese mit einem auf die Familie der 1950er Jahre deutenden Pfeil: „Ganz klar hier – deshalb [sic] morgen AfD wählen!“

Mitglieder der JA Hessen engagierten sich auch im Wahlkampf zu den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. So warb Dominik Asch im August auf einem Musikfestival in Thüringen für das von den JA-Landesverbänden Brandenburg, Sachsen und Thüringen entwickelte Computerspiel „Deutschlandretter 24“. Das Spiel enthielt fremdenfeindliche Ressentiments und griff die von der JA propagierte Forderung nach „millionenfacher Remigration“ auf.

Eigene Veranstaltungen der JA Hessen

Am 16. März führte die JA Hessen in Kooperation mit der JA Niedersachsen und der JA Thüringen in Fritzlar (Schwalm-Eder-Kreis) eine Konferenz unter dem Motto „Revolte Europa“ durch. Themen waren das Wahlprogramm der AfD zur Europawahl, die europäische Währungspolitik und eine Rhetorikschulung. Außerdem warb die JA Hessen für ein von ihr organisiertes Rhetorikseminar am 4. Mai im Landkreis Gießen, einen Stammtisch am 24. Mai in Offenbach am Main und eine Wanderung am 15. Juni in Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf).

Auf ihrem Landeskongress am 22. Juni in Bad Homburg (Hochtaunuskreis) wählte die JA Hessen einen neuen Vorstand. Zum Landesvorsitzenden wurde Jochen Roos, zu seinem Stellvertreter Maximilian Mürger und zum Schatzmeister Pascal Schleich

bestimmt. Alle drei waren Mitglieder des Hessischen Landtags für die AfD. Komplettiert wurde der Landesvorstand durch zwei Beisitzer. Roos äußerte gegenüber Medienvertretern, dass es bei der Neuwahl nicht darum gegangen sei, „unbequeme Leute“ aus dem Landesvorstand zu drängen, sondern einen „Beruhigungsprozess“ bei der JA Hessen einzuleiten und eine enge Verzahnung mit der Mutterpartei anzustreben. Damit zielte Roos offenbar auf die Berichterstattung über den früheren stellvertretenden Landesvorsitzenden Asch. Darüber hinaus erklärte Roos in einem am 1. Juli veröffentlichten Interview, dass es Aufgabe der JA Hessen sei, junge Menschen an die Mutterpartei heranzuführen, um für sie einen „jungen Unterbau“ zu schaffen. Im Sinne einer Kaderschmiede sollten aus diesem „Unterbau“ letztlich auch Kandidaten für Mandatsposten gewonnen werden. Außerdem wollte Roos laut Medienberichterstattung die JA Hessen vergrößern und Strukturen auf Kreis- und Bezirksebene aufbauen.

Wegen eines kurzzeitig auf seinem TikTok-Kanal eingestellten Videos trat der neue stellvertretende Landesvorsitzende der JA Hessen, Maximilian Mürger, am 3. September von seinem Amt zurück. In dem Video hatte er mit einem Sturmgewehr posiert und dieses auf einem Schießplatz in Polen mehrfach abgefeuert. Dabei hatte er unter anderem über die Bekämpfung von Migration gesprochen und „freie Waffen für freie Bürger“ gefordert. Roos distanzierte sich in einem Pressestatement von dem Video: „Kommunikation mit einer Waffe in der Hand geht einfach nicht“. Gleichzeitig erklärte er, dass Mürger in dem Video „einiges gesagt [habe], was nach [dem Anschlag in] Solingen das Gefühl in der Bevölkerung widerspiegelt“.

Nach der Neuwahl des Landesvorstands wurden im Berichtsjahr keine weiteren von der JA Hessen organisierten Veranstaltungen festgestellt. Deren virtuelle Aktivitäten nahmen stark ab und beschränkten sich bis auf das Teilen der Beiträge zum Wahlkampfvideo der JA-Landesverbände Brandenburg, Thüringen und Sachsen und zum Spiel „Deutschlandretter 24“ weitestgehend auf Beiträge, in denen die Bundesregierung kritisiert wurde.

Distanzierung von der IB

Auf die Teilnahme des ehemaligen Vorsitzenden der JA Hessen, Manuel Wurm, an einer „identitären Remigrationsdemo“ am 20. Juli in Wien (Österreich) reagierte der JA-Landesvorstand ablehnend. Wurm hatte ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Junge Alternative“, eine andere Person mit der Aufschrift „Junge Alternative Hessen“ getragen. In einem auf X geleakten Rundbrief an die Mitglieder und Förderer der JA Hessen vom 6. September distanzierte sich der Landesvorstand „ausdrücklich von der Identitären Bewegung und den Mitgliedern, die an der betreffenden Demonstration“ teilgenommen hatten: Diese Teilnahme hinterlasse in der Öffentlichkeit einen „unge wollten“ Eindruck. Ferner entspreche es nicht den „Werten, die wir als Jungpolitiker vertreten, sich mit extremistischen Gruppen gemein zu machen“. Ordnungsmaßnahmen, die zu einem Ausschluss aus der JA Hessen führen könnten, würden geprüft. Abschließend hieß es in dem Schreiben, dass die JA Hessen „kein Aktivistenverband, sondern eine politische Jugendorganisation“ sei. Sie müsse mit „klarem Kopf und Weitblick“ handeln, da jede ihrer Aktionen in der „aktuellen politischen Lage“ genau beobachtet und die „Altparteien und etablierten Medien“ jede Gelegenheit nutzen würden, um „unser politisches Engagement zu hinterfragen und anzugreifen“.

Darüber hinaus distanzierte sich die JA Hessen in dem Rundbrief von dem ethnischen Volksbegriff der IB: Die IB vertrete eine „ethnisch-biologische Definition von Volk, die auf Rasse und Abstammung“ basiere und zu einer „Abgrenzung zwischen Eigenen und Fremden [sic] aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit“ führe. Die AfD dagegen vertrete einen „patriotischen Volksbegriff“, der sich primär auf „nationale Zugehörigkeit und kulturelle Identität“ beziehe.

Der Rundbrief führte zu Unmutsbekundungen im Umfeld der JA Hessen. So bezeichnete ein Mitglied der JA Bayern die JA Hessen als „willenlose Puppe“ und als „fest unter der Kontrolle“ der AfD Hessen und konstatierte, dass sie keine „eigenständige Jugendorganisation“ mehr sei. Eine Beisitzerin im JA-Bundesvorstand veröffentlichte am 6. September offensichtlich demonstrativ eine Bildcollage auf X,

auf der sie als Teilnehmerin von Demonstrationen der IB und der JA zu sehen war, bei denen die Forderung nach „Remigration“ erhoben wurde.

Infobox



Wenngleich andere Gruppierungen sich deutlich offensiver zur rechtsextremistischen Ideologie der Neuen Rechten bekennen, versucht auch die JA Hessen deren Maxime wie etwa die Forderung nach **„Remigration“** in den öffentlichen Diskurs zu schleusen und dadurch an die Gesellschaft anschlussfähig zu machen. Die JA Hessen hält den Begriff „Remigration“ allerdings vage, sodass sowohl eine rechtsextremistische als auch eine mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu vereinbarende Lesart möglich ist. Dass die von der JA Hessen propagierte Forderung nach „Remigration“ aber verfassungsfeindlich ist, wird anhand der Verknüpfung von „Bevölkerungsaustausch“ und „Remigration“ in einem JA-Beitrag auf Instagram, den die JA Hessen auf Telegram teilte, ersichtlich:

„Der Bevölkerungsaustausch schreitet in erschreckender Geschwindigkeit voran – besonders bei den Jungen. In vielen Großstädten drohen die Deutschen bei den unter 16-Jährigen zur Minderheit zu werden, falls sie es nicht schon sind. Dieser Zustand ist untragbar. Deutschland muss die Heimat der Deutschen bleiben. Das geht nur durch konsequente Grenzsicherung und umfassende Remigrationsmassnahmen.“

Aus Sicht der JA Hessen ist die Forderung nach „Remigration“ somit ein probates Mittel, um einen angeblich staatlich gesteuerten Prozess zur Ersetzung der einheimischen Bevölkerung durch außereuropäische, kulturfremde Zuwanderer zu stoppen bzw. rückabzuwickeln. Letztlich rekurriert die Forderung nach „Remigration“ auf einen ethnisch-homogenen Volksbegriff, der die Zugehörigkeit zu einem Volk an ethnisch-biologische Voraussetzungen knüpft.

Geplante Neustrukturierung der JA

Anfang Dezember wurden Pläne des Bundesvorstands der AfD bekannt, die angebundene JA aufzulösen und durch eine „enger an die Partei angebundene AfD-Jugendorganisation“ zu ersetzen. In ihr soll entgegen den bisherigen Regularien eine AfD-Mitgliedschaft Pflicht sein, darüber hinaus sollen alle AfD-Mitglieder unter 36 Jahren automatisch Mitglieder der neuen Jugendorganisation werden. Zuständige AfD-Parteigremien könnten künftig Funktionäre der zu gründenden Jugendorganisation mit Zweidrittel-Mehrheit ihres Amtes entheben und mit Parteiordnungsmaßnahmen bis zum Ausschlussverfahren gegen Mitglieder vorgehen.

Der JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck unterstützte die Pläne und begründete die Neustrukturierung damit, dass es das „oberste Ziel“ sein müsse, einen „funktionierenden Jugendverband“ zu haben, der nicht Gefahr laufe, vereinsrechtlich verboten zu werden und unter dem „Schutzschirm der Partei“ stehe.

Für seine Positionierung wurde Gnauck aus Teilen der JA kritisiert und vereinzelt zum Rücktritt aufgefordert. Gemäß Medienberichten bezeichnete ein namentlich nicht genannter JA-Funktionär die Pläne als „Gleichschaltung“ und „Säuberung von unliebsamen Meinungen“. Der stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Nils Hartwig soll intern appelliert haben: „Jetzt heißt es Stahlhelm auf und ab in den Schützengraben. Unsere JA nehmen sie uns nicht“.

Jochen Roos erklärte dagegen, dass sowohl er als Landesvorsitzender als auch die gesamte JA Hessen zu „100%“ hinter den Plänen des AfD-Bundesvorstands stünden. Er begründete dies damit, dass die AfD eine Jugendorganisation brauche, die nicht Gefahr laufe „jederzeit“ verboten zu werden.



DIE HEIMAT

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Die Partei Die HEIMAT vertritt nationalistische, völkische und revisionistische Positionen. Insgesamt weist ihre Programmatik eine ideologische und sprachliche Nähe zu der NSDAP auf.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>1964 als Nationaldemokratische Partei (NPD) in Hannover (Niedersachsen) gegründet, 2023 auf einem Bundesparteitag in Riesa (Sachsen) in Die HEIMAT umbenannt.</p>
 <p>Gewalt</p>	<p>Die HEIMAT und ihre Jugendorganisation rufen nicht offen zur Gewalt auf, jedoch bereiten sie durch das Verbreiten ihrer rechtsextremistischen Ideologie die Grundlage für Gewalt und sind zugleich Anlaufpunkt für gewaltaffine und -bereite Rechtsextremisten. Dies zeigt sich vor allem dadurch, dass einzelne Mitglieder oder Sympathisanten der Partei durch Gewaltdelikte oder gewaltbefürwortende Aussagen aufgefallen sind.</p>
 <p>Jugendorganisation</p>	<p>Junge Nationalisten (JN).</p>
 <p>Regionale Schwerpunkte</p>	<p>Mittelhessen.</p>
 <p>Bundesvorsitzender</p>	<p>Frank Franz (Saarland) bis November 2024, seitdem Peter Schreiber (Sachsen).</p>
 <p>Landesvorsitzender</p>	<p>Stefan Jagsch.</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen 270, bundesweit 2.500.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Die HEIMAT (frühere NPD) steht für Antiparlamentarismus und Antipluralismus. Mit ihrer fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Programmatik wendet sie sich offen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. In seinem Urteil vom 17. Januar 2017 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass die NPD die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen will. Das politische Konzept der NPD missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeitet auch planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin. Allerdings fehlt es laut Bundesverfassungsgericht (derzeit) an konkreten gewichtigen Anhaltspunkten, die es möglich erscheinen lassen, dieses Handeln zum Erfolg zu führen. Daher wies das Gericht den Antrag des Bundesrats vom 3. Dezember 2013 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit und Auflösung der NPD und ihrer Unterorganisationen (Art. 21 Abs. 2 GG) als unbegründet zurück. Mit Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Januar 2024 ist die NPD bzw. Die HEIMAT für sechs Jahre von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen. Die Partei Die HEIMAT wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>

Themen



- Wahlkämpfe und Ergebnisse
- Veranstaltungen in Hessen
- Parteiinterne Wahlen
- Aktivitäten außerhalb Hessens
- Verurteilung des stellvertretenden Landesvorsitzenden

Wahlkämpfe und Ergebnisse

Die Aktivitäten der HEIMAT konzentrierten sich auf die Europawahl, die Landratswahl im Lahn-Dill-Kreis und die Bürgermeisterwahl in Altenstadt (Wetteraukreis), die jeweils am 9. Juni stattfanden. Für seine Wahl zum Bürgermeister und die Wahl seiner Partei zum Europäischen Parlament warb Stefan Jagsch am 11. und 20. April sowie am 10. und 31. Mai mit Informationsständen in Altenstadt. Dabei wurde er teilweise von dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Daniel Lachmann unterstützt. Bei der Bürgermeisterwahl erhielt Jagsch 8,12 Prozent (= 512 Stimmen).

Thassilo Hantusch, ebenfalls stellvertretender Landesvorsitzender der HEIMAT und Landesvorsitzender der JN, trat zur Landratswahl im Lahn-Dill-Kreis an. Im Rahmen des Wahlkampfes wurde sein Konterfei in mehreren Gemeinden wie etwa in Driedorf und Greifenstein plakatiert und hierüber auf den Social-Media-Kanälen der Partei berichtet. Nach den Wahlen veröffentlichten Jagsch und Hantusch dort auch Kommentare, in denen sie ihre Wahlergebnisse als Erfolg werteten. Hantusch erzielte bei der Landratswahl 7,61 Prozent (= 8.127 Stimmen).

Offensichtlich als Resultat seiner weitreichenden Vernetzungsbestrebungen stellte Die HEIMAT Meinolf Schönborn als Kandidaten auf dem Listenplatz 14 für die Europawahl auf, wobei er allerdings keine Wahlkampfaktivitäten entfaltete und kein Mandat gewann.

Bundesweit erreichte Die HEIMAT bei der Europawahl 0,1 Prozent (= 40.968 Stimmen) und somit ein Minus von 0,2 Prozentpunkten im Vergleich zur Europawahl 2019. In Hessen erzielte sie ebenfalls 0,1 Prozent (= 2.283 Stimmen). Nach der Wahl



äußerte sich der Spitzenkandidat der HEIMAT und frühere NPD-Bundesvorsitzende, Udo Voigt, wie folgt auf der parteieigenen Homepage:

„Viele Bürger denken, nun ist die Europawahl vorbei und sie können wieder zur Normalität übergehen. ‚Normalität‘ bedeutet aber in den Köpfen bürgerlicher Kräfte, dass alles wieder so wird wie immer nach den vorangegangenen Wahlen. Doch so ist es diesmal nicht. Eine extreme Polarisierung zugunsten der AfD führte bei uns zu einem der schlechtesten Wahlergebnisse seit Bestehen unserer nationalen Bewegung in der BRD. Das kann man nicht mehr wegdiskutieren und natürlich stellt sich bei einem solchen Wahlausgang für viele von uns die Daseinsfrage im eigenen politischen Engagement“.

Infobox



Auf den ersten Blick scheint Die HEIMAT flächendeckend in Hessen vertreten zu sein. Die Umstrukturierung von 2015 in größere Bezirksverbände (Nordhessen, Osthessen, Mittelhessen, Wetterau-Kinzig, Rhein-Main und Südhessen) verdeutlicht jedoch, dass für feingliedrige Strukturen das notwendige Personal fehlte. Die tatsächlich vorhandenen Strukturen waren in weiten Teilen Hessens nur schwach ausgeprägt. Lediglich die Bezirksverbände Wetterau-Kinzig und Mittelhessen weisen eine seit Jahren gefestigte Struktur auf und entfalten regelmäßige Aktivitäten. Diese sind im Wetteraukreis und Lahn-Dill-Kreis besonders ausgeprägt, da dort die Vorsitzenden der HEIMAT Hessen wohnen.

Veranstaltungen in Hessen

Anfang 2024 solidarisierte sich Die HEIMAT Hessen mit den Protesten der Landwirte gegen die Haushaltspläne der Bundesregierung. In den Social-Media-Kanälen postete sie Beiträge, in denen zur Teilnahme an Demonstrationen am bundesweiten Aktionstag am 8. Januar unter dem Motto „Solidarität! Mit unseren Bauern!“ mobilisiert wurde. So nahmen Funktionäre und weitere Parteimitglieder an entsprechenden Protesten in Wiesbaden und Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) teil.

Über das gesamte Berichtsjahr hinweg bildete jedoch die Asyl- und Migrationspolitik das Kernthema der HEIMAT Hessen. Wiederholt teilte sie Beiträge mit dem Slogan „Remigration jetzt!“ und forderte die „Rückführung von Ausländern, die in Deutschland nichts zu suchen haben“. Dieses Thema war bei nahezu allen Veranstaltungen der Partei präsent.

Am 13. Januar richtete der Bezirksverband Mittelhessen in Leun (Lahn-Dill-Kreis) unter der Leitung von Hantusch einen Neujahrsempfang der HEIMAT Hessen aus. Neben Kommunalvertretern der Partei nahmen auch Funktionäre aus dem Bundesvorstand teil. Reden hielten unter anderem der Parteibeauftragte

für internationale Kontakte, Claus Cremer, sowie der stellvertretende Bundesvorsitzende Sebastian Schmidtke, der die „katastrophalen Fehlentscheidungen“ in der Bundesrepublik anprangerte. Er behauptete, dass mit der Umsetzung des Remigrationskonzepts der Partei aus dem Jahr 2008 die „Asyl-Flut 2015 verhindert und die Überfremdung gestoppt“ worden wären.

Als Hauptredner der Veranstaltung rief Udo Voigt zur Wahl der HEIMAT bei der Europawahl auf und warb für die Teilnahme an den Protesten der Landwirte. Hierbei gehe es um „weit mehr als um die Interessen der Bauern“. Der „Widerstand gegen die Politiker in Berlin“ dürfe erst enden, „wenn diese statt teurer Anzüge Sträflingskleidung tragen würden“. Darüber hinaus trat der rechtsextremistische Liedermacher Frank Rennie, ebenfalls Kandidat der HEIMAT zur Europawahl, auf. Stefan Jagsch und Daniel Lachmann werteten die Veranstaltung als Erfolg und betonten, dass einige Gäste einen Aufnahmeantrag für die „Sammlungsbewegung“ Die HEIMAT ausgefüllt hätten. Insgesamt forderten sie im Kontext der Europawahl unter anderem Grenzkontrollen, den Austritt Deutschlands aus EU und NATO sowie ein „Europa der freien Völker und Nationalstaaten“.

Im Zuge der andauernden Thematisierung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen beteiligte sich die Parteispitze der HEIMAT Hessen am 21. August in Gießen (Landkreis Gießen) an einer Kundgebung, die sich gegen die Verurteilung einer Impfkritikerin richtete.

Entwicklung des Personenpotenzials der HEIMAT in Hessen (2020 bis 2024)





Im November organisierte Stefan Jagsch im Wetteraukreis die Vorführung des Films „Nur ein Piks – im Schatten der Impfung“. Er kündigte an, dass weitere Veranstaltungen zur „Corona-Aufarbeitung“ geplant seien. Am 9. November führte der Bezirksverband Rhein-Main gemeinsam mit Jagsch eine Wanderung im Taunus durch. Hierbei hielt die knapp 20-köpfige Gruppe eine „Gedenkminute“ für „unsere Ahnen“ an einem Kriegerdenkmal in Eppstein (Main-Taunus-Kreis) ab.

Wie in der Vergangenheit rief Die HEIMAT Hessen anlässlich des Volkstrauertags am 17. November auf ihren Social-Media-Kanälen zu einem „Heldengedenken“ auf. Unter dem Motto „Für unser Vaterland gefallen, aber niemals vergessen“ wurden an diesem Tag mit Parteiaufklebern versehene Grabkerzen an Kriegsdenkmälern oder Soldatengräbern aufgestellt und ein Foto der Aktion an die E-Mail-Adresse der HEIMAT Hessen versandt. Die so entstandenen Bilder wurden in mehreren Social-Media-Beiträgen veröffentlicht, hierunter auch ein Bericht über eine Kranzniederlegung an einem Kriegerdenkmal in Leun (Lahn-Dill-Kreis).

Am 21. Dezember führten Mitglieder der HEIMAT Hessen und der JN Hessen eine Wintersonnwendfeier im Taunus durch. Auf den Social-Media-Kanälen wurde hierzu ein Video veröffentlicht, das etwa zwölf Erwachsene und Kinder zeigte, die mit Fackeln im Kreis um ein Lagerfeuer standen.

Am 28. Dezember nahmen Mitglieder der HEIMAT, unter ihnen Stefan Jagsch, an einer Demonstration an der US-Air-Base in Wiesbaden teil. Hierbei hielten sie ein Banner und eine Fahne der Partei empor. Auf dem Banner stand „Ami go home – keine fremden Truppen auf deutschem Boden!“ Auf Facebook wiederholte Jagsch zentrale Forderungen der Demonstration wie etwa den Austritt Deutschlands aus der NATO. Die amerikanischen Streitkräfte bezeichnete er als „Besatzer“.

Infobox



Die HEIMAT will die politische und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland durch eine ethnisch homogene „**Volksgemeinschaft**“ ersetzen und Solidarität nur „ethnischen Deutschen“ zuteil werden lassen. So heißt es im Parteiprogramm: „Der ethnischen Überfremdung Deutschlands durch Einwanderung ist genauso entschieden entgegenzutreten wie der kulturellen Überfremdung durch Amerikanisierung und Islamisierung“. Diejenigen, die in den Augen der HEIMAT „Fremde“ sind, grenzt sie aus.

Der Globalisierung will Die HEIMAT begegnen, indem sie das bestehende „System“ durch eine „Solidargemeinschaft aller Deutschen“ ersetzt. Die HEIMAT diffamiert Muslime, wobei auch antisemitische Positionen in der Partei verbreitet sind. Sie vertritt keinen offenen Antisemitismus, streut aber entsprechende Vorurteile.

Parteiinterne Wahlen

Bei der Jahreshauptversammlung des Bezirksverbands Wetterau-Kinzig am 19. Oktober in Altenstadt (Wetteraukreis) wurde Jagsch einstimmig in seinem Amt als Bezirksvorsitzender bestätigt. Ebenfalls wie-

dergewählt wurden Lachmann als dessen Stellvertreter und Kreisschatzmeister sowie Björn Frisch als weiterer Stellvertreter. Zudem wurden weitere Beisitzer im Vorstand und ein Jugendbeauftragter gewählt. Jagsch gab an, dass sich Die HEIMAT auf die Kommunalwahlen 2025 konzentrieren und sich im Wetteraukreis als „patriotische Sammlungsbewegung etablieren und als Alternative zur AfD präsentieren“ wolle.

Bei der Jahreshauptversammlung der HEIMAT Hessen am 26. Oktober wurden Jagsch als Vorsitzender, Lachmann als Stellvertreter und Schatzmeister sowie Hantusch als weiterer Stellvertreter bestätigt. Zudem wurden sechs Beisitzer in den Vorstand sowie vier Kassenprüfer und ein Landesschiedsgericht gewählt. Im Anschluss stellte Peter Schreiber (Sachsen), der Chefredakteur der Deutschen Stimme (DS), der Zeitung der HEIMAT, sein Konzept für die künftige Ausrichtung der Partei vor. Diese solle wieder eine größere Rolle als „Sammlungsbewegung von Rechts“ spielen. Schreiber warb damit für seine Wahl zum Bundesvorsitzenden der HEIMAT und wurde mit 88,4 Prozent der Delegiertenstimmen auf dem 39. Bundesparteitag (23. bis 24. November) in Zwickau (Sachsen) als Nachfolger des nicht mehr angetretenen Frank Franz zum neuen Vorsitzenden gewählt. Als seine Vertreter wurden Udo Voigt, Thorsten Heise und der rechtsextremistische Liedermacher Philipp Neumann bestimmt. Lachmann, der zusammen mit Jagsch als Delegierter aus Hessen teilnahm, wurde als Verantwortlicher für den Bereich Kommunalpolitik erneut in den Bundesvorstand gewählt. Nach der Wahl erklärte Schreiber:

„Die Neuausrichtung unserer Partei als Sammlungsbewegung, Netzwerkpartei und Anti-Parteien-Partei war wichtig und notwendig, die symbolische Abrundung dieser Neuaufstellung durch einen neuen, sympathischen Namen dann nur folgerichtig“.

Aktivitäten außerhalb Hessens

Akteure der HEIMAT Hessen – vor allem Jagsch und Lachmann – beteiligten sich im Berichtsjahr verstärkt an Aktivitäten außerhalb Hessens, so etwa am 11. Februar an der rechtsextremistischen Kundgebung

„Dresden Gedenken“ anlässlich des Jahrestags der Bombardierung der Stadt (13. Februar 1945). Am 24. und 25. Februar nahmen Jagsch und Lachmann am Treffen des Bundesvorstands der HEIMAT in Eisenach (Thüringen) teil. Zudem war Jagsch in die Organisation eines „Kulturfestes“ des Arbeitskreises Heimat.Kultur.Werk der HEIMAT am 6. und 7. September eingebunden, das auf dem Gelände des Deutsche Stimme Verlags mbH in Riesa (Sachsen) stattfand. Jagsch fungierte als Vertreter des Veranstaltungsanmelders und -leiters Sebastian Schmidtke.

Verurteilung des stellvertretenden Landesvorsitzenden

Das AG Büdingen verurteilte Lachmann am 28. August wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 8.400,- Euro. Grund war eine im Januar 2023 auf der Facebook-Seite „Büdingen wehrt sich – Asylflut stoppen“ veröffentlichte Grafik mit dem Zusatz: „Dein Land braucht Dich, werde Abschiebehelfer“. Abgebildet war dort ein Mann auf braunem Untergrund mit Baseballschläger und hochgekrempelten Hemdsärmeln. Lachmann war auf Facebook als Inhaber der Seite angegeben. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt. Die HEIMAT Hessen sprach von einem „Skandalurteil“, bei dem die Gerechtigkeit versagt habe. Zugleich warb sie um Spenden für Lachmann, damit dieser die Verfahrenskosten begleichen könne.



JUNGE NATIONALISTEN (JN)

Themen



- Unterstützung der „Bauernproteste“
- Filmteam bedroht
- „Antideutsche raus!“ – „Remigration jetzt!“
- Wanderung im Taunus
- „Dresden Gedenken“
- Überfall vereitelt
- Kampagne „Schwarze Kreuze“
- „Interessententreffen“ und „Gemeinschaftstag“

Unterstützung der „Bauernproteste“

Ebenso wie die Mutterpartei solidarisierten sich die JN bundesweit mit den „Bauernprotesten“ und verbreiteten Slogans wie „Pflug & Schwert: Volk, das sich wehrt!“ und „Setz die Saat für einen neuen Staat!“ Auf den Social-Media-Kanälen der JN Hessen erschienen entsprechende Beiträge, die teilweise die Beteiligung von JN-Aktivisten am bundesweiten Aktionstag am 8. Januar dokumentierten. Auf dem Instagram-Profil rechtenschueler_lich wurde ein Bild mit dem Untertitel „Unsere Aktivist:innen waren am Protest beteiligt“ gepostet, das vier Personen mit zwei Deutschlandfahnen, einer JN-Fahne und einem Plakat der HEIMAT („Solidarität mit unseren Bauern!“) zeigte.

Filmteam bedroht

Beim Neujahrsempfang der HEIMAT Hessen waren die JN Hessen mit mindestens zwölf Aktivist:innen vertreten. Ein entsprechendes Foto der einheitlich in dunkler Hose und weißem Hemd gekleideten Personen wurde auf den Social-Media-Kanälen der Partei geteilt. Vor der Veranstaltung hatte der JN-Landesvorsitzende Hantusch das Filmteam einer Recherche-gruppe tätlich angegriffen und bedroht, um zu verhindern, dass seine Familie gefilmt würde, wie er später auf Facebook behauptete. Die Polizei unterband weitere Auseinandersetzungen.

„Antideutsche raus!“ – „Remigration jetzt!“

Während einer Demonstration gegen Rechtsextremismus am 20. Januar in Gießen (Landkreis Gießen)

gaben vier JN-Aktivist:innen einem Journalisten ein Interview, in dem sie sich zu ihrer Jugendorganisation bekannten, sich als vaterlandsliebende Patrioten darstellten und sich gegen die Migrationspolitik aussprachen. Ein entsprechendes Video wurde später im Internet veröffentlicht.

Am Abend vor einer weiteren Demonstration gegen Rechtsextremismus am 3. Februar in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) brachten sechs maskierte Personen auf der Veranstaltungsbühne mehrere Banner mit den Parolen: „Deutsche wehrt euch!!! www.jn-hessen.de“ und „Wetzlar ist unsere Stadt [-] Antideutsche raus! Nationaler Widerstand Wetzlar“ an. Als die Demonstrant:innen ein Parkhaus passierten, wurde dort ein Banner der JN Hessen mit der Aufschrift „Remigration jetzt!“ entrollt, eine Deutschlandflagge gezeigt, Rauchtöpfe gezündet und die deutsche Nationalhymne über Lautsprecher abgespielt. Sowohl auf den Social-Media-Kanälen der JN Hessen und der HEIMAT Hessen als auch auf den Social-Media-Accounts von Hantusch und Lachmann wurden Bilder und Videos der Störaktionen veröffentlicht, teilweise untertitelt mit den Slogans „Wetzlar bleibt national!“ und „Remigration jetzt!“

Wanderung im Taunus

Während einer Wanderung der JN Hessen am 28. Januar im Taunus trugen die mindestens acht Teilnehmer teilweise Tarnkleidung und eine JN-Fahne. Auf dem Feldbergplateau brachten sie mehrere Aufkleber an und posierten mit der Fahne für ein Gruppenbild, das später auf dem der JN Hessen zuzurechnenden Instagram-Account @hessen.verteidigen veröffentlicht wurde. Durch Spaziergänger informierte Polizeikräfte stellten vier Gruppenmitglieder fest, darunter Hantusch. Dieser soll zu einem Polizisten mit Migrationshintergrund unter anderem gesagt haben, dass dieser abgeschoben gehöre. Die Polizei fertigte Strafanzeigen wegen Beleidigung und Volksverhetzung.

„Dresden Gedenken“

Neben den HEIMAT-Funktionären Jagsch und Lachmann nahmen drei Aktivist:innen der JN Hessen am 11. Februar in der sächsischen Hauptstadt an der rechts-

extremistischen Kundgebung „Dresden Gedenken“ anlässlich des Jahrestags der Bombardierung am 13. Februar 1945 teil. Zusammen mit anderen JN-Aktivist*innen trugen sie ein JN-Banner mit der Aufschrift „Nie wieder Bruderkrieg – Kampf dem Imperialismus“.

Überfall vereitelt

Von Dezember 2023 bis zu der selbst veranlassten Löschung am 6. Februar 2024 betrieben Schüler, die an Veranstaltungen der HEIMAT und der JN teilnahmen, den Instagram-Account `rechteschueler_lich` und teilten regelmäßig entsprechende Beiträge. Darin wurde über das Anbringen von rechtsextremistischen Stickern in und im Umfeld einer Schule in Lich (Landkreis Gießen) berichtet und mehrfach gegen dort tätige Lehrkräfte agitiert. Der Account verfügte über knapp 200 Follower. Die Schule gab an, dass einzelne Schüler Hitlergrüße gezeigt sowie rechtsextremistische bzw. rassistische Äußerungen getätigt hatten. Darüber hinaus bestand der Instagram-Account `rechte-schueler_giessen`, der teilweise inhaltsgleiche Beiträge wie `rechteschueler_lich` enthielt, aber im Berichtsjahr inaktiv war.

Am 17. Februar nahm die Polizei in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) fünf Rechtsextremisten im Alter zwischen 15 und 19 Jahren fest, darunter vier Angehörige der JN. Sie hatten in einer Telegram-Chatgruppe geplant, einen angeblich Pädophilen zu überfallen. Einer der Verdächtigen hatte in einem Chat Kontakt mit dem potenziellen Opfer und gewann hierbei den Eindruck, dass dieses pädophil sei. Die Polizei nahm die Beteiligten in unmittelbarer Nähe des Wohnorts des potenziellen Opfers fest. Die Staatsanwaltschaft Wetzlar ermittelt gegen sie wegen des Verdachts der Verabredung zu einem Verbrechen. Nach den Festnahmen gab es bis zum Herbst kaum mehr relevante Aktivitäten der JN Hessen.

Kampagne „Schwarze Kreuze“

Im Juli stellten Unbekannte schwarzlackierte Kreuze in Frankfurt am Main, Königstein im Taunus, Glashütten, Kronberg im Taunus (Hochtaunuskreis), Kelkheim und Bad Soden am Taunus (Main-Taunus-Kreis) auf. Hintergrund war die rechtsextremistische Kampagne „Schwarze Kreuze“, für die die JN jährlich auf ihrem

Telegram-Kanal werben. Damit soll laut JN „deutschlandweit an die Opfer multikultureller Gewalttaten“ erinnert werden. Dass sich Mitglieder der JN Hessen an dem Aufstellen der Kreuze beteiligten, ist nicht belegt.

„Interessentreffen“ und „Gemeinschaftstag“

Um neue Mitglieder zu werben, veranstalteten die JN Hessen im September und Oktober drei „Interessentreffen“, bei denen Hantusch die „Weltanschauung, Ziele, Aktivitäten sowie die Aufnahmebedingungen“ der JN vorstellte. Ergänzt wurden die Veranstaltungen durch Vorträge. In Frankfurt am Main referierte Stefan Jagsch, in Kassel Meinolf Schönborn und in Dillenburg (Lahn-Dill-Kreis) Ludwig Palm, ein kommunaler Mandatsträger der HEIMAT. Auf ihrem neu eingerichteten Instagram-Account `loewenjugend` berichteten die JN Hessen am 21. Oktober über die Treffen und begründeten sie mit dem angeblich „wachsende[n] Interesse vieler junger Menschen an der nationalen Jugendbewegung“.

Schönborn trat auch beim „Gemeinschaftstag“ der JN als Redner auf und präsentierte eine JN-Flagge von 1972, an der die neuen Mitglieder ihren „Schwur auf das Volk“ ablegten. Auf den Social-Media-Kanälen der JN wurden am 5. November mehrere Bildbeiträge gepostet, auf denen die Eidablegung bei brennenden Fackeln und Aufstellung der Mitglieder unter freiem Himmel in einheitlicher Kleidung und mit Fahnen zu sehen waren. Unter anderem hieß es:

„Zu den Kernelementen unserer Jugendbewegung gehören die Gemeinschaftstage. Sie haben neben der prägenden Gemeinschaftsbildung die Aufgabe, die gesunde deutsche Jugend charakterlich und weltanschaulich auszurichten. Inhaltlich wurde sich diesmal mit verschiedenen rechtspolitischen Bewegungen in Europa auseinandergesetzt, deren Strategien analysiert und die weltanschaulichen Unterschiede zu Populisten herausgearbeitet.“

DER DRITTE WEG/DER III. WEG

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Die am Nationalsozialismus orientierte Partei Der Dritte Weg propagiert ein völkisch-antipluralistisches Menschen- und Gesellschaftsbild. Unter den Schlagworten „national“, „revolutionär“ und „sozialistisch“ will Der Dritte Weg einen „grundlegenden, allumfassenden, systematischen und nachhaltigen Wandel“ herbeiführen und zielt auf die „Durchdringung der Politik und Gesellschaft mit unserer Weltanschauung“ ab.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>2013 in Heidelberg (Baden-Württemberg), in der Folgezeit Gründung von insgesamt 27 Stützpunkten.</p>
 <p>Gewalt</p>	<p>Beim Dritten Weg nimmt Gewalt eine herausgehobene Rolle ein. Zwar wird nicht aktiv zu Gewalt aufgerufen, doch werden die Parteimitglieder durch gemeinsam betriebenen Kampfsport für deren Einsatz vorbereitet. Meistens als Selbstverteidigungstrainings bezeichnet, sollen sie die Mitglieder auf körperliche Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner vorbereiten.</p>
 <p>Regionale Schwerpunkte</p>	<p>Stützpunkt Westerwald/Taunus (umfasst den Landkreis Limburg-Weilburg und den Lahn-Dill-Kreis) und Stützpunkt Kurhessen (umfasst die Landkreise Kassel, Marburg-Biedenkopf und Fulda).</p>
 <p>Bundesvorsitzender</p>	<p>Matthias Fischer (Brandenburg).</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen 55, bundesweit 950.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Programmatisch orientiert sich Der Dritte Weg am Nationalsozialismus und strebt eine antipluralistische, ethisch einheitliche Gesellschaft im Rahmen eines völkischen Nationalismus an. Darüber hinaus propagiert die Partei ein revidionistisches Geschichtsbild. Der Dritte Weg wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>

Themen 

- Breites Aktivitätsspektrum
- Islamfeindlichkeit
- Aktivitäten im Internet und in den sozialen Medien
- Positionierung auf Seiten der Ukraine

Breites Aktivitätsspektrum

Im Januar versuchte Der Dritte Weg die Proteste der Landwirte gegen die von der Bundesregierung geplanten Streichungen von Agrarsubventionen zu beeinflussen. Die Partei veröffentlichte hierzu fünf Thesen in Bezug auf eine „nationalrevolutionäre Bauern-

politik“, eine Podcastfolge und ein Flugblatt, auch unter dem Motto „Stoppt die Volksverräter“. Außerdem verwies Der Dritte Weg auf seiner Homepage auf die zahlreichen Veranstaltungen am 8. Januar, dem zentralen Aktionstag der Proteste. Dort hieß es:

„Nun sind es die deutschen Bauern, die als Speerspitze gegen die zerstörerische Politik der links-grünen Ampel aufbegehren und es bleibt zu hoffen, daß der Angriff der Pleite-Politik auf die Bauernschaft der Tropfen ist, der das Faß zum Überlaufen bringt. Gründe für des Volkes Zorn gibt es mehr als genug – korrupte Systemlinge haben das Land in einem Ausmaß zu Boden gewirtschaftet, daß fraglich ist, ob es sich jemals

wieder erholen wird. [...] Der 8. Januar könnte der Anfang vom Ende gewesen sein. Die Proteste gegen das Corona-Regime haben gezeigt, was möglich ist, wenn eine kritische Masse nicht mehr mitmacht“.

(Schreibweise wie im Original.)

Vereinzelte beteiligten sich Mitglieder des Dritten Wegs in Hessen am Protestgeschehen, ohne dieses jedoch beeinflussen zu können.

Ende Januar trafen sich Aktivisten des Stützpunkts Kurhessen zu einem Neujahrsempfang in Kassel. Themen waren laut eigenen Angaben der angeblich stetige Mitgliederzulauf, die aktuelle politische Lage und der Ausblick auf das kommende Jahr.

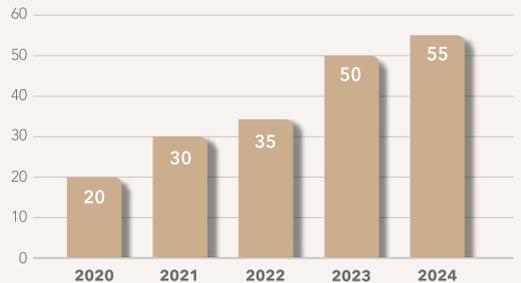
Am 1. Mai demonstrierte der Dritte Weg in Sonneberg (Thüringen) unter dem Motto „Ausländerückführung statt Zuwanderung!“ Etwa 200 Personen nahmen teil, darunter mehrere Rechtsextremisten aus Hessen und Mitglieder der rechtsextremistischen amerikanischen Patriot Front.

In Hilchenbach (Nordrhein-Westfalen) veranstaltete Der Dritte Weg am 10. August den „Tag der Heimat-treue“, bei dem laut eigenen Angaben über 200 Personen anwesend waren, darunter auch Rechtsextremisten aus Hessen. Es gab musikalische Darbietungen, Redebeiträge, sportliche Wettkämpfe und erstmalig, so Der Dritte Weg auf seiner Homepage, einen „praxisorientierten Erste-Hilfe-Kurs“. Mit „Blick auf das politische Klima im Land“ und die sich „stets zuspitzende Situation für Deutsche“ hieß es im Internet: „Besonders gegen politisch aktive Deutsche, die sich im Sinne ihrer Heimat einsetzen, kann es zu Angriffen kommen, die nicht verbaler Natur sind“.

Im Vergleich zum Vorjahr führte Der Dritte Weg mehr „Gedenkveranstaltungen/Aktionen“ durch:

- **Ginsheim-Gustavsburg (Kreis Groß-Gerau):** Anlässlich des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa und der damit verbundenen Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands (8. Mai 1945) gedachte mindestens ein Aktivist des

Entwicklung des Personenpotenzials des Dritten Wegs in Hessen (2020 bis 2024)



Dritten Wegs der gefallenen deutschen Soldaten vor einem Denkmal.

- **Darmstadt:** Im Zusammenhang mit der „Darmstädter Brandnacht“, die sich im Berichtsjahr am 11./12. September zum 80. Mal jährte, gedachte Der Dritte Weg, wie bereits mehrfach in den vergangenen Jahren, der Opfer. Aktivisten entzündeten nach eigenen Angaben 80 Kerzen mit dem Parteilogo und legten einen Kranz nieder.
- **Idstein (Rheingau-Taunus-Kreis):** Im Rahmen des „Heldengedenktages“, den Rechtsextremisten traditionell am Volkstrauertag begehen, legten Aktivisten des Dritten Wegs einen Kranz am Kriegerdenkmal im Stadtteil Heftrich ab und entzündeten zwei Kerzen.



Außerdem fanden weitere „Heldengedenken“ unter anderem in Dieburg (Landkreis Darmstadt-Dieburg), Stockstadt am Rhein und Biebesheim (Kreis Groß-Gerau) statt. Hierbei wurden Kerzen mit dem Logo des Dritten Wegs an den Gedenkstätten abgestellt. Des Weiteren beteiligten sich Aktivisten des Dritten Wegs aus Hessen laut eigenen Angaben an „Gedenkveranstaltungen“ im Hunsrück und im Westerwald.

Die Stützpunkte Westerwald/Taunus und Kurhessen führten im Berichtsjahr mehrere Wanderungen durch, die vor allem das Gemeinschaftsgefühl stärken sollten: So etwa Mitte Januar am Großen Feldberg, im März im Hunsrück und außerdem im Raum Nordhessen. Daran nahmen auch mehrere Jugendliche und junge Erwachsene teil.

Islamfeindlichkeit

Im Berichtsjahr wurden fünf Flugblattverteilungen des Dritten Wegs im Lahn-Dill-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg festgestellt. Um eine größtmögliche Wirkung zu erzielen, verteilten Aktivisten etliche Flugblätter gezielt in Wohngebieten, in deren Umfeld Unterkünfte für Geflüchtete eingerichtet werden sollen.

Im Vergleich zu den Vorjahren blieben die Inhalte der Flugblätter nahezu unverändert. So wurde unter dem Slogan „Islamisierung? Wir stellen uns quer!“ vor einer angeblich zunehmenden Überfremdung Deutschlands gewarnt und die freie Ausübung des muslimischen Glaubens abgelehnt. Mit Bezug auf eine Flugblattverteilung im Oktober in Herborn (Lahn-Dill-Kreis) schrieb Der Dritte Weg auf seiner Internetseite:

„Eine Moschee ist nur ein weiteres Zeichen der zunehmenden Überfremdung Deutschlands. [...] Islamischer Terror kann in erster Linie dort gedeihen, wo islamische Einwanderer in nennenswerter Zahl Fuß gefasst haben – sie stellen, gewollt oder ungewollt, das sprichwörtliche Wasser dar, in dem sich die Terroristen bewegen können.“

Das Bürgergeld bezeichnete Der Dritte Weg als eine von vielen „Sozialleistungen für Sozialschmarotzer“,

wovon überdurchschnittlich viele Personen mit Migrationshintergrund profitieren würden. Der Dritte Weg forderte daher die Abschaffung von Sozialleistungen für aus seiner Sicht arbeitsfähige Menschen und die Rückführung aller Migranten, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst erwirtschaften können.

Aktivitäten im Internet und in den sozialen Medien

Von den Flugblattverteilungen fertigte Der Dritte Weg Bilder, die er auf seiner Homepage veröffentlichte, und Artikel oder Postings, die auf Messenger-Kanälen erschienen. Aktivisten des Dritten Wegs waren zunehmend auf der Plattform TikTok aktiv und betrieben dort mehrere Kanäle. So wurden Videos veröffentlicht, die Aktivisten beim Sprühen von Graffiti und Kleben von Stickern in Frankfurt am Main und Darmstadt zeigten. Die Parolen lauteten zum Beispiel „national revolutionär sozialistisch“, „härtere Strafen für Kinderschänder“ und „keine Solidarität mit Israel“. Häufig mit (rechtsextremistischer) Rockmusik unterlegt, sollten die Videos und Bildcollagen dazu dienen, rechtsextremistische Inhalte zu verbreiten sowie Jugendliche und junge Erwachsene für die Partei zu gewinnen.



Infobox



Das „**Zehn-Punkte-Programm**“ bezieht sich auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP und enthält dessen rechtsextremistische – im Detail nationalsozialistische – Programmatik. Der Dritte Weg bezeichnet einen „Deutschen Sozialismus, fernab von ausbeuterischem Kapitalismus sowie gleichmacherischem Kommunismus“ als sein Ziel. Das deutsche Volk wird als „naturgesetzliche Gemeinschaft“ gesehen. Eine Forderung der Partei besteht in der Förderung kinderreicher deutscher Familien zur „Abwendung des drohenden Volkstodes“. Daher spricht Der Dritte Weg von der „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“. Darüber hinaus vertritt die Partei geschichtsrevisionistische Auffassungen. So wird eine „friedliche [...] Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“ gefordert.

Insgesamt liegt der Programmatik des Dritten Wegs ein völkisches Menschenbild zugrunde. Den **Nationalismus** definiert Der Dritte Weg als die „politische Idee, die die Interessen und das Überleben des eigenen Volkes in den Mittelpunkt aller Betrachtungen und Entscheidungen“ rücke. So komme der „echte Nationalismus“ nicht ohne

eine „völkische Komponente“ aus, wobei das Blut der „Schlüssel zum Verständnis der volkseigenen Kultur und der Seele des völkischen Lebens“ sei. Das Volk sei nicht nur eine „Blut-, sondern auch eine Schicksalsgemeinschaft“, aus deren „übergeordnete[m] Willen“ sich die Nation bilde. In diesem Kontext sieht sich Der Dritte Weg „unseren kultur- und blutsverwandten Völkern in Europa verbunden“.

Im Sport sieht Der Dritte Weg ein Mittel, um Deutschland aus der „Überfremdung“ „zurückzuholen“. Der Wettkampf untereinander steht im Zentrum; er soll eine Auslese zwischen starken und schwachen Menschen bewirken. Die AG Körper & Geist hat es sich als eine Unterorganisation des Dritten Wegs zum Ziel gemacht, den Parteiangehörigen ein sportliches Training zu ermöglichen. Dazu gehört **Kampfsport**, der in der Partei einen besonderen Stellenwert einnimmt, weil die sportliche Ertüchtigung einen Kontrast zur angeblich verweichlichten demokratischen Gesellschaft bilden soll. Daher wird in den Stützpunkten regelmäßig gemeinsam trainiert und Sport betrieben.

Erneut berichtete Der Dritte Weg über Gewaltverbrechen, die von Personen mit Migrationshintergrund begangen worden waren, und verband dies mit der Forderung nach der Abschiebung von Migranten. Hierbei verwies die Partei auf ihr „Zehn-Punkte-Programm“ und die Notwendigkeit einer „revolutionären“ Umkehr in der aktuellen Politik. Im Oktober hieß es in einem Beitrag auf der parteieigenen Homepage:

„Kriminelle Migranten müssen, wie im Ausländerrückführungsprogramm unserer Partei skizziert, ohne viel Federlesen abgeschoben werden. [...] Woran es scheitert, ist der fehlende Wille der Herrschenden. [...] Solange die Herrschenden regieren, kann und wird sich daher nichts ändern. Es braucht deshalb revolutionäre Verän-

derungen, und die gibt es nur mit revolutionären Kräften. Daher braucht es die nationalrevolutionäre Bewegung und deshalb braucht es Dich [...]. Reihe Dich ein und werde aktiv in unseren Reihen, damit wir uns Deutschland endlich zurückholen.“

Mit ihrer „Nationalrevolutionären Schriftenreihe“ bediente sich die Partei jedoch auch klassischer Medien zur Verbreitung ihrer Ideologie; so erschien im Berichtsjahr die Publikation „Flammendes Wort – Gedichte deutscher Nationalisten“.

Positionierung auf Seiten der Ukraine

In Bezug auf die Lieferung von TAURUS-Marschflugkörpern in die Ukraine sprach Der Dritte Weg auf seiner Homepage vom „Zauderkanzler Olaf Scholz“ und kritisierte die Bundesregierung mehrfach für ihre



Außenpolitik. Offenbar in geringem Umfang lieferten Angehörige des Dritten Wegs im Berichtsjahr erneut militärische Hilfsgüter an nationalistische Kampfverbände in der Ukraine und bekundeten im Internet und in den sozialen Medien wiederholt ihre Solidarität für das von Russland überfallene Land.

Mitglieder des Dritten Wegs nahmen am 24. August in Lwiw (Ukraine) an der Konferenz „Nation Europa“ teil, wo sich – neben anderen Rechtsextremisten aus Deutschland – mehrere Repräsentanten rechtsextremistischer Organisationen etwa aus Italien, Österreich, Albanien und Bulgarien versammelt hatten. Ziel war es, sich kennenzulernen und zu vernetzen. Die Anwesenden unterschrieben ein Memorandum,

in dem sie vereinbarten, künftig auch zum Wohl der „völkischen Interessen“ miteinander zu kooperieren. Grund war der als Bedrohung für Europa wahrgenommene Krieg in der Ukraine. Der Dritte Weg schrieb auf seiner Internetseite:

„Mehr denn je wird uns seit der offenen Kriegserklärung Innerasiens an den Kulturkontinent Europa bewusst, dass die Herausforderungen der Zukunft, die die Weiterexistenz unserer abendländischen Völker betreffen, nur im europäischen Verbund zu lösen sind“.

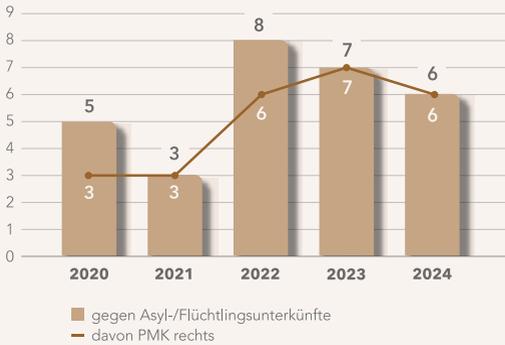
Aus dem Wahlsieg Donald Trumps werde, so Der Dritte Weg, eine weitere Verschärfung der militärischen Lage in der Ukraine resultieren. In den USA selbst werde es Trump nicht gelingen, die Verhältnisse zugunsten der „weißen Bevölkerung“ zu verbessern, im „Kulturkampf“ werde sich nichts verändern, da Trump jegliches „weltanschauliche Fundament“ fehle. „Schwarze Extremisten“ und „linke Antifa-Gruppen“ würden nicht nachhaltig bekämpft werden, da Trump kein „Nationalist“ oder „weißer Suprematist“ sei.

FLÜCHTLINGE IM VISIER VON RECHTSEXTREMISTEN

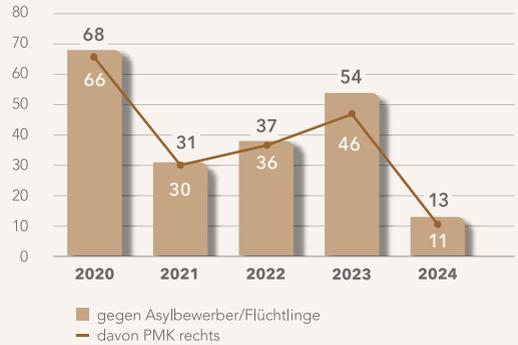
	2020	2021	2022	2023	2024 ¹
gegen Asyl-/Flüchtlingsunterkünfte					
PMK insgesamt	5	3	8	7	6
PMK – rechts –	3	3	6	7	6
gegen Asylbewerber/Flüchtlinge					
PMK insgesamt	68	31	37	54	13
PMK – rechts –	66	30	36	46	11
gegen Hilfsorganisationen und Helfer					
PMK insgesamt	1	0	0	1	0
PMK – rechts –	1	0	0	1	0
Summe					
PMK insgesamt	74	34	45	62	19
PMK – rechts –	70	33	42	54	17

¹ Aufgrund von Nachmeldungen kann es bei den Zahlen noch zu Änderungen kommen.

**Straftaten gegen Asyl-/Flüchtlingsunterkünfte
(2020 bis 2024)**



**Straftaten gegen Asylbewerber/Flüchtlinge
(2020 bis 2024)**



Themen

- Schlagwort „Remigration“
- Straftaten gegen Asyl- und Flüchtlingsunterkünfte
- Straftaten gegen Asylbewerber und Flüchtlinge
- Straftaten gegen Hilfsorganisationen und Helfer



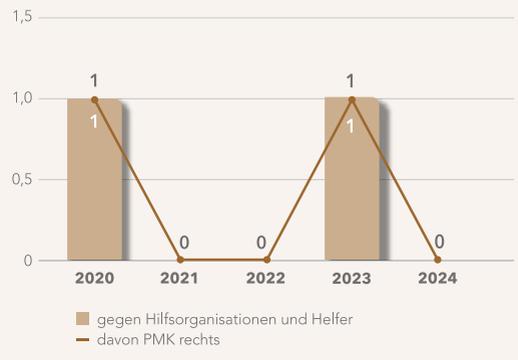
Schlagwort „Remigration“

Die strikte Ablehnung von Migranten und Migrationspolitik war vor allem unter dem Schlagwort „Remigration“ ein beherrschendes Agitationsmittel für die rechtsextremistische Szene in Hessen. Mit der Angst vor angeblicher „kultureller Überfremdung“ sollten Ressentiments und Ängste in der Bevölkerung nicht nur gegen Migranten, sondern vor allem gegen die Demokratie und deren Repräsentanten geschürt werden. Trotzdem nahm gegenüber dem Vorjahr die Zahl der gegen Asylbewerber und Flüchtlinge gerichteten rechtsextremistischen Straftaten von 54 (2023) auf 17 ab. Im Fünfjahreszeitraum 2020 bis 2024 war dies die niedrigste Deliktanzahl. Die fremdenfeindliche Agitation von Rechtsextremisten barg aber weiterhin das Risiko, dass sich Einzelpersonen und Gruppierungen radikalisierten, was zum Begehen schwerster Straftaten – unter anderem gegen Migranten – führen kann.

Straftaten gegen Asyl- und Flüchtlingsunterkünfte

In Hessen kam es im Berichtszeitraum insgesamt zu sechs (2023: sieben) Straftaten, die sich gegen Asyl-

**Straftaten gegen Hilfsorganisationen und Helfer
(2020 bis 2024)**



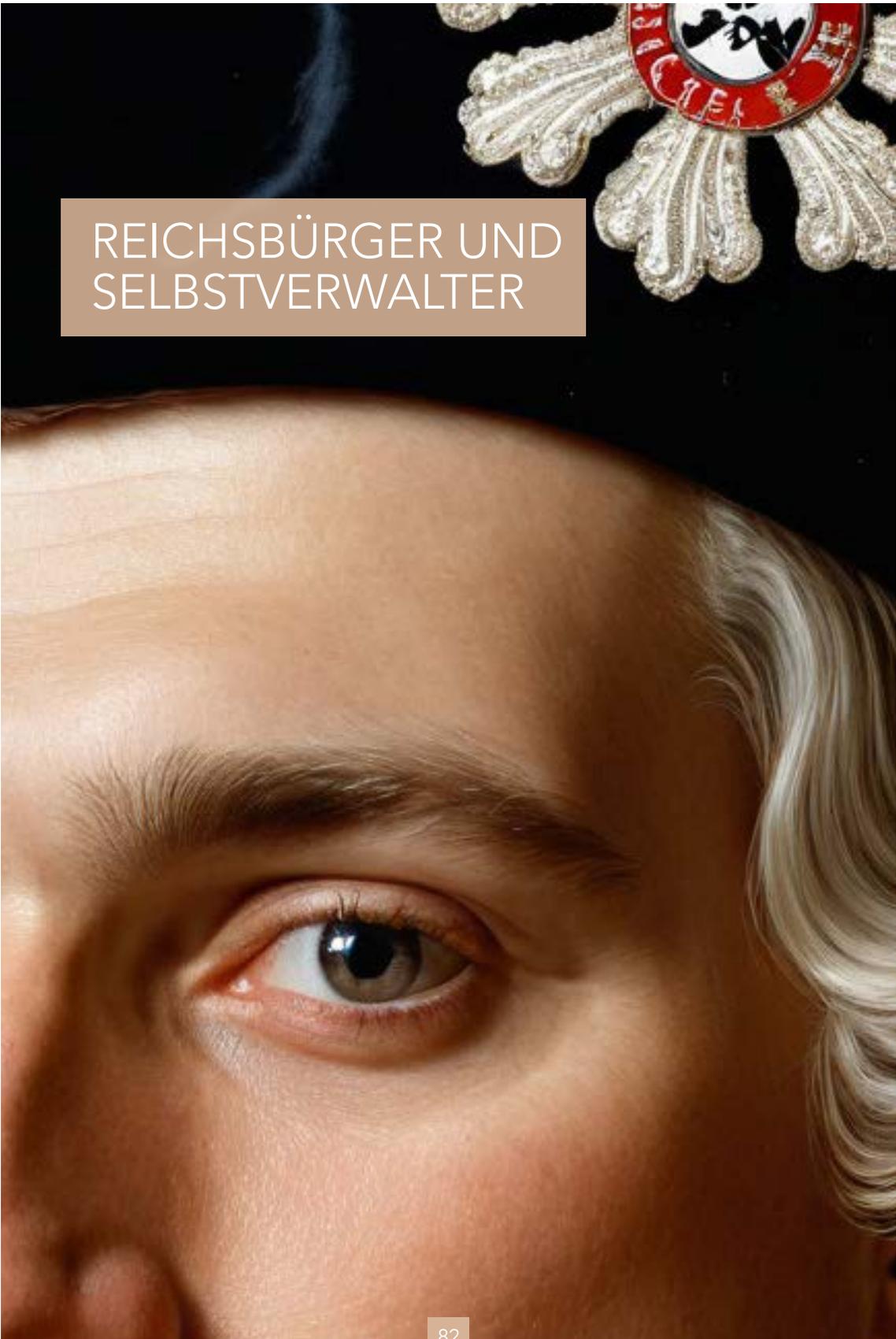
und Flüchtlingsunterkünfte richteten. Alle sechs Straftaten wurden der PMK – rechts – zugeordnet, Gewaltdelikte befanden sich nicht darunter.

Straftaten gegen Asylbewerber und Flüchtlinge

Die Zahl der gegen Asylbewerber und Flüchtlinge gerichteten Straftaten nahm im Berichtsjahr in Hessen sehr deutlich von 54 (2023) auf 13 ab. Davon fielen elf in den Bereich der PMK – rechts – (2023: 46), wobei es in Frankfurt am Main und in Dreieich (Landkreis Offenbach) zu zwei Körperverletzungen kam.

Straftaten gegen Hilfsorganisationen und Helfer

Hatte es 2023 in Hessen eine Straftat gegen Hilfsorganisationen sowie ehrenamtliche und freiwilligen Helfer gegeben, so wurden im Berichtsjahr keine Straftaten festgestellt.

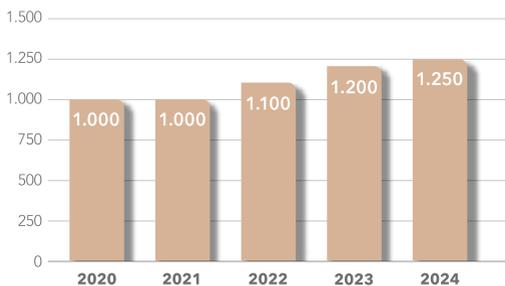
A close-up photograph of a person's face, focusing on the eye and forehead. The person is wearing a white wig. In the upper right corner, there is a decorative emblem with a red circular center containing a black silhouette of a bird or figure, surrounded by white, fan-like, crystalline structures. The background is dark.

REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER

INFOBOX

Unter der Bezeichnung Reichsbürger und Selbstverwalter fasst der Verfassungsschutz Gruppierungen und Einzelpersonen zusammen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen das Grundgesetz, die Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem, die Staatsorgane und die demokratisch gewählten Repräsentanten nicht anerkennen und ihnen die Legitimation absprechen. Daher weisen Reichsbürger und Selbstverwalter alle staatlichen Handlungen, von denen sie betroffen sind, als illegitim zurück und deklarieren für sich ein vermeintliches „Recht auf Notwehr“ bzw. „Widerstand“. Reichsbürger und Selbstverwalter sind bereit, dieses „Recht“ auch gegenüber Gerichtsvollziehern oder Polizisten durchzusetzen. Dabei kommt es immer wieder zu Widerstandshandlungen, in einigen Fällen sogar zum Gebrauch von (Schuss-)Waffen.

Entwicklung des Personenpotenzials der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter in Hessen (2020 bis 2024)



WICHTIGE ENTWICKLUNGEN

- Die insbesondere seit den „Corona-Protessen“ zunehmende Vernetzung und Durchmischung von Teilen der Reichsbürger- und Selbstverwalterzene mit Anhängern verschiedener Verschwörungsnarrative setzte sich fort.
- Angetrieben von der Motivation, die eigenen Auffassungen in die demokratische Gesellschaft zu tragen, wurden eigene Positionen aufgeweicht. Es entstanden Schnittmengen zwischen unterschiedlichen Milieus und phänomenübergreifende Mischszenen aus Anhängern von Verschwörungsnarrativen, Rechtsextremisten, „Corona-Leugnern“ und Querdenkern.
- Das beharrliche Anwachsen der Reichsbürger- und Selbstverwalterzene, ihre zunehmende Vernetzung und Präsenz in den sozialen Medien und die Öffnung für neue Themen bergen die Gefahr, dass die Szene als Ganzes weiter zusammenwächst und bestehende Differenzen überwindet.

REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Reichsbürger propagieren das Fortbestehen eines historischen Deutschen Reichs und vertreten damit gebietsrevisionistische Ansprüche; Selbstverwalter erfinden Fantasiestaaten und beanspruchen für sich ein von der Bundesrepublik Deutschland unabhängiges Territorium. Um ihre Weltanschauung zu verbreiten, sich auszutauschen und sich zu vernetzen, bedienen sich Reichsbürger und Selbstverwalter vor allem der zahlreichen Möglichkeiten des Internets und der sozialen Medien. Hinzu kommen etliche Aktivitäten in der analogen Welt. Auf diese Weise prangern Reichsbürger und Selbstverwalter auch angebliche Missstände sowie deren vermeintlichen Verursacher an und verbreiten, teilen und diskutieren Lösungs- und Argumentationsstrategien.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>Erste Reichsbürgergruppierungen lassen sich in den 1980er Jahren nachweisen, so trat zum Beispiel erstmals 1985 die Kommissarische Reichsregierung in Erscheinung.</p>
 <p>Gewalt</p>	<p>Aufgrund der großen Heterogenität der Szene ist eine generelle Bewertung der von ihr ausgehenden Gewaltgefährdung nur bedingt möglich. In verschiedenen Einzelfällen kam es aber immer wieder zu Gewalttaten, wie etwa bei Wohnungsdurchsuchungen 2021 in Linden (Landkreis Gießen) und 2023 in Reutlingen (Baden-Württemberg) im Ermittlungsverfahren gegen die Gruppierung um Heinrich XIII. Prinz Reuß. In beiden Fällen wurden Polizisten durch Schusswaffengebrauch verletzt.</p>
 <p>Regionale Schwerpunkte der strukturierten Szene:</p>	<p>Süd- und Mittelhessen.</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen 1.250, bundesweit 26.000. Dieses Personenpotenzial unterschied sich im Berichtszeitraum in seiner Zusammensetzung von dem anderer extremistischer Phänomenbereiche, bei denen häufig Personen im Übergang zum Erwachsenenalter oder junge Erwachsene anzutreffen waren. Reichsbürger und Selbstverwalter waren dagegen vornehmlich mittleren Alters. Außerdem wies die Szene im Vergleich zur Gesamtbevölkerung einen unterdurchschnittlichen Anteil an Akademikern auf.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Reichsbürger und Selbstverwalter erkennen die Staatlichkeit und die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland nicht an und wollen die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen. Darüber hinaus können sich ihre Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten. Wenn solche Aktivitäten mit gebietsrevisionistischen Forderungen verbunden sind, widerspricht dies dem Gedanken der Völkerverständigung. Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder beobachten die Reichsbürger und Selbstverwalter seit dem 22. November 2016 in Gänze.</p>

Themen 

- Heterogene Szene
- Aktivitäten in Hessen
- Entzug von waffenrechtlichen Erlaubnissen
- Deliktfelder – Widerstand gegen Staat und Verwaltung

Heterogene Szene

Die in sich sehr heterogene Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter ist sich ideologisch darin einig, dass die Bundesrepublik Deutschland ein nicht legitimes Staatskonstrukt sei. Unterschiedlich sind lediglich die Argumentationsmuster der einzelnen Gruppierungen bezüglich der eigenen Legitimation, der Ausgestaltung der eigenen „Staatsstruktur“ und

der Aktionsformen. So versuchen Reichsbürger, das deutsche Kaiserreich von 1871 wiederherzustellen, während Selbstverwalter pseudostaatliche Strukturen etablieren oder eigene Verwaltungsgebiete schaffen wollen. Insgesamt umfasst die Szene unter anderem Anhänger von Verschwörungsnarrativen, Rechtsextremisten, Leichtgläubige, finanziell Gescheiterte sowie sogenannte Milieumanager, die vornehmlich kommerzielle Ziele verfolgen.



Infobox



Als **Anhänger von Verschwörungsnarrativen** sind Szeneangehörige davon überzeugt, dass die Bundesrepublik Deutschland kein souveräner Staat, sondern eine fremdbestimmte Kolonie bzw. ein kommerziell ausgerichtetes Wirtschafts-konstrukt sei. Kontrolliert würde dieses Gebilde von den Alliierten, Einzelpersonen oder Geheimlogen. Darüber hinaus gibt es geschichtsrevisio-nistische, fremdenfeindliche, rassistische, anti-semitische sowie fundamentalistisch-christliche und esoterische Positionen.

„**Milieumanager**“ vertreiben Fantasiedoku-mente oder bieten Rechtsberatungen, Seminare und Schulungen an und versuchen, daraus finanziellen Profit zu schlagen. Darüber hinaus vertreiben einige Akteure unter anderem aus dem unpolitischen Esoterikspektrum stammende Produkte, um einerseits ihren Umsatz in der Reichsbürger-/Selbstverwalterszene zu steigern und andererseits unter noch unpolitischen Esote-rikanhängern extremistische Verschwörungsnar-rative zu verbreiten. „Milieumanager“ befördern dadurch die Radikalisierung von Reichsbürgern und Selbstverwaltern.

Zwar ist die Szene ihrem Wesen nach nicht originär **rechtsextremistisch**, dort, wo jedoch antisemitische, rassistische und nationalistische Argumentationsmuster aufeinandertreffen, sind die Anhänger entsprechender Positionen als rechtsextremistisch zu bewerten. Für Hessen ist ein Potenzial von rund 150 Personen bekannt, die sowohl als Reichsbürger und Selbstverwalter als auch als Rechtsextremisten bewertet werden.

Die Aktivitäten der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter in der analogen Welt sind vielfältig und reichen von (Widerspruchs-)Schreiben über Seminare und Vorträge bis hin zu Protestveranstaltungen und Vernetzungstreffen. Die dabei behandelten Themen sind ebenfalls unterschiedlich und lassen sich in einem breiten Spektrum von vermeintlicher „Rechtslehre“ mit scheinbar aufklärerischem oder auch missionarischem Charakter bis zum Aufbau eigener Strukturen und der Ausrufung eines selbstverwalteten „Staatsgebiets“ verorten.

Aktivitäten in Hessen

Aufgrund der vielen unterschiedlichen Ansichten wies die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter keine szeneweiten Strukturen oder Organisationen auf. So war das Gros des Personenpotenzials in Hessen, das der Szene zuzurechnen ist, weder organisiert noch strukturell eingebunden. Zugleich nahmen im Berichtsjahr erneut die Aktivitäten zu, die für bzw. durch Szenegruppierungen durchgeführt wurden. Darunter fielen Bemühungen, das eigene verschwörungsnarrative Weltbild und szene-typische Narrative zu verbreiten sowie Schulungs- und Vernetzungstreffen durchzuführen. Für Hessen sind vor allem die Aktivitäten folgender Gruppierungen zu nennen: Königreich Deutschland (KRD) – am 13. Mai 2025 durch das Bundesministerium des Innern verboten, Vaterländischer Hilfsdienst (VHD), Indigenes Volk [der] Germaniten (IVG) und Verband deutscher Wahlkommissionen (VDWK).



Das **KRD** und sein „König“ bzw. „Oberster Souverän“, Peter Fitzek, negierten die hoheitlichen Befugnisse sowie die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland auf dem „Hoheitsgebiet“ des „Königreichs“. Als Alternative versuchte das KRD, eigene staatsähnliche Strukturen, das heißt einen „Gemeinwohlstaat“, zu etablieren. Entsprechend sollten Unternehmen geworben, „Gemeinwohlkassen“ gegründet und „Dorfprojekte“ umgesetzt werden. In Hessen gab es mehrere Unternehmen, die dem eigenen Bekunden nach dem KRD angehörten. Nach der Schließung eines Restaurants im Mai 2023, das der KRD-nahe Verein LebensGlück e.V. in Frankfurt am Main betrieben hatte, waren im Rhein-Main-Gebiet keine Versuche mehr festzustellen, einen fixen Anlauf- und Veranstaltungsort für das „Königreich“ zu gründen. Ende 2024 führte das sogenannte Leuchtturm-Team des KRD im Odenwaldkreis zwei „Vernetzungswanderungen“ mit jeweils etwa fünf Personen durch. Bei diesem „Team“ handelte es sich vornehmlich um vom KRD ausgebildete „Vortragsredner“, die mit dem Aufbau von Regionalstrukturen betraut waren.

Der **VHD** als eine Untergruppierung der Organisation Bismarcks Erben (auch Ewiger Bund oder Preußisches Institut) behauptete, dass das Deutsche Reich von 1871 fortbestehe und sich noch immer in einem „Kriegs- und Belagerungszustand“ befinde. Der VHD will den Rechtszustand des Deutschen Kaiserreichs

unter der Führung des Oberhauptes des Hauses Hohenzollern wiederherstellen. Daher versuchte der sich in 24 „Armeekorpsbezirke“ aufgliedernde VHD dem „Thronfolger“ das Einnehmen seines „rechtmäßigen Platzes“ zu ermöglichen, da nur der „deutsche Kaiser [...] zur Beendigung des Kriegs- und Belagerungszustandes berechtigt“ sei. Im Berichtsjahr führte der VHD mehrere Veranstaltungen in Hessen durch. Vor allem im „XVIII. Armeekorpsbezirk“ im Raum Darmstadt fanden regelmäßig Vernetzung- und Arbeitstreffen statt. Sie bestanden meistens aus einem kulturellen Teil, bei dem historische Vorträge gehalten und organisatorische Angelegenheiten erledigt wurden. Hierzu zählten die Registrierung freiwilliger Meldungen zum Hilfsdienst, Feststellungen der Staatsangehörigkeit oder die Verleihung von Abzeichen für besonders aktive Hilfsdienstkräfte. Wie in der Vergangenheit rief der VHD zu „Fanalektionen“ auf, wobei an Bismarckdenkmälern Leuchtkörper entzündet werden sollten. Entsprechende Aktionen in Hessen wurden nicht bekannt.

Das **IVG** versteht sich als eigenständiges Volk bzw. als Weltanschauungsgemeinschaft und vertritt ein entsprechend zugeschnittenes Rechtsverständnis. Die Gruppierung negiert die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze nicht in Gänze, interpretiert deren Inhalt jedoch ausschließlich im eigenen Interesse. Die rechtmäßige Anwendung von Gesetzen sieht sie folglich als „unzulässigen Eingriff“

in ihre Angelegenheiten an. In Hessen war das IVG besonders in Kassel und im Landkreis Limburg-Weilburg aktiv. Die Gruppierung versandte vor allem umfangreiche Schreiben an Behörden, darunter Schriftstücke, in denen IVG-Anhänger wegen angeblicher Einschränkungen ihrer (Menschen-)Rechte oder wegen „Reputationsschadens“ Schadensersatzforderungen stellten. In den Schreiben wurde ein komplexes, größtenteils wirres Sprachmuster verwendet, um den Anschein juristischen Sachverstands zu vermitteln. Tatsächlich handelte es sich dabei um eine unkoordiniert aneinandergereihte und unsachgemäße Verwendung juristischer Normen und Begriffe. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Anzahl der Schreiben leicht zurück. Neu war, dass IVG-Anhänger auf ihre Zusammenarbeit mit anderen „indigenen“ Völkern im Ausland verwiesen. Darüber hinaus meldeten IVG-Angehörige ihre Kinder vom Schulunterricht ab und begründeten dies mit dem angeblichen Recht auf „indigene“ Bildung: Kinder hätten besondere Bedürfnisse und müssten in die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bestrebungen der Gruppierung einbezogen werden. In Hessen wurde bisher eine Schulabmeldung durch Angehörige des IVG bekannt.

Auch der **VDWK** verbreitete die Auffassung, dass das Deutsche Reich fortbestehe, jedoch aktuell nicht handlungsfähig sei, weshalb ein „Notstand“ herrsche. Dieser „Notstand“ ermächtigte die Anhänger des VDWK dazu, die Strukturen des Kaiserreichs wiederherzustellen. Wahlkommissionen sollten die Staatsangehörigkeit von Personen feststellen, die Wahlberechtigten in Wahllisten eintragen und schließlich Wahlen durchführen. In Hessen lagen die regionalen Schwerpunkte des VDWK in Nord- und Mittelhessen; er wurde vor allem Ende 2024 aktiv, indem er Vortragsveranstaltungen in der Nähe von Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis), Kassel und Wiesbaden ankündigte. Letztlich fand nur die für den Raum Wetzlar angekündigte Veranstaltung statt: In Herborn (Lahn-Dill-Kreis) versammelten sich am 20. Oktober etwa 50 Personen zu der größten Veranstaltung der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene im Berichtsjahr in Hessen.





Entzug von waffenrechtlichen Erlaubnissen

Der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter ist eine hohe Waffenaffinität zu eigen. In Bezug auf waffenrechtliche Erlaubnisse und Schusswaffenbesitz gilt für Reichsbürger und Selbstverwalter – wie auch für andere extremistische Phänomenbereiche – eine Nulltoleranzstrategie der hessischen Sicherheitsbehörden. So wurden durch die enge Zusammenarbeit der hessischen Sicherheits- und Waffenbehörden zahlreichen Reichsbürgern und Selbstverwaltern die waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen und deren Schusswaffen sichergestellt, unter anderem am 27. Oktober bei einer Person, die durch reichsbürgertypische Äußerungen aufgefallen war. Im Rahmen dieser Maßnahme wurden unter anderem Munition im hohen dreistelligen Bereich, zwei PTB-Schreckschusswaffen sowie eine illegal besessene Schusswaffe gefunden.

Auch in Zukunft ist es das erklärte Ziel der Hessischen Landesregierung und der hessischen Sicherheitsbehörden, dass kein ihnen bekannter Reichsbürger oder Selbstverwalter waffenrechtliche Erlaubnisse oder Legalwaffen besitzt.

Deliktfelder - Widerstand gegen Staat und Verwaltung

Zu den szenetypischen strafrechtlich relevanten Deliktfeldern gehörten Betrug, Hausfriedensbruch, Nötigung und Sachbeschädigung, aber auch Gewalt- und Drohdelikte. Da Reichsbürger und Selbstverwalter beanspruchen, Repräsentanten eines wie auch immer gearteten Deutschen Reiches bzw. einer eigenen Staatlichkeit zu sein, kam es zudem regelmäßig zu Amtsanmaßungen, Urheberrechtsverletzungen sowie Fälschungen von Fahrzeugkennzeichen und anderen Urkundenfälschungen.

Im Berichtsjahr fielen Szeneangehörige wieder durch eine hohe Zahl szenetypischer Schreiben auf. In einigen Fällen verschärfte sich deren Tonfall. Dabei erstreckte sich das Spektrum von aggressiveren Äußerungen über Gewalt- bis hin zu konkreten Todesdrohungen. So war im Berichtsjahr weiterhin die bereits in der Vergangenheit beobachtete gewachsene Radikalität in Teilen der Szene wahrzunehmen. Das galt ebenso für die anhaltend hohe Bereitschaft, die Souveränität und das Gewaltmonopol des Staates in Frage zu stellen.

Infobox



Reichsbürger und Selbstverwalter bringen ihre Gesinnung auf unterschiedlichste Art und Weise zum Ausdruck: verbale Äußerungen gegenüber Polizisten und anderen Behördenmitarbeitern, Flucht vor polizeilichen Personenkontrollen, Widerstand gegen gerichtlich angeordnete Zwangsvollstreckungen oder die Rückgabe von amtlichen Identitätsnachweisen.

Das Gros der Reichsbürger und Selbstverwalter wendet sich aber mit schriftlichen Eingaben (**paper terrorism**) an Behörden und deren Mitarbeiter, um die eigene Weltansicht argumentativ zu verdeutlichen, etwaige Strafen zu vermeiden und Ämter an ihrem rechtmäßigen Handeln zu hindern. In der Art und in dem Umfang solcher Eingaben spiegelt sich der hohe Grad der Heterogenität der Szene wider: Ein Teil greift auf Vordrucke aus dem Internet zurück, ein anderer verfasst mitunter umfangreiche Schriftstücke, Pamphlete oder „Rechtsgutachten“.

Verschwörungsnarrative wirken häufig als „Brandbeschleuniger“ und können Radikalisierungsprozesse von Gruppierungen und Einzelpersonen begünstigen. Zudem sind Verschwörungsnarrative aus Sicht ihrer Anhänger dazu geeignet, selbst schwerste (Gewalt-)Straftaten zu legitimieren. Entsprechende Erklärungsmuster fanden sich auch in Schreiben wieder, mit denen sich Reichsbürger und Selbstverwalter an Behörden, Amtsträger oder Mandatsträger wandten.

Reichsbürger und Selbstverwalter reichern ihre „Argumentationsketten“ häufig mit tatsächlich vorhandenen Rechtsnormen an. Dadurch sollen die Schreiben einen juristischen Anschein erwecken, die Behörden beschäftigen und die Adressaten eingeschüchert werden. Klassische Szeneschreiben entfalten allerdings keine Rechtsgültigkeit, da die aufgeführten Rechtsnormen zum überwiegenden Teil aus dem Zusammenhang gerissen sind und in Verbindung mit fiktiven oder historischen Gesetzen verwendet werden.





VERFASSUNGSSCHUTZ-
RELEVANTE DELEGITIMIERUNG
DES STAATES

INFOBOX

Dem Phänomenbereich Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates ordnet das LfV Hessen Einzelpersonen und Personenzusammenschlüsse zu, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen, die keinem anderen Phänomenbereich zuzuordnen sind. Dazu gehören Bestrebungen, die durch ein aktives, glaubhaftes und nachdrückliches Vorgehen auf die Beseitigung oder Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zielen. Hinzu zählen auch verfassungsfeindliche Bestrebungen, die sich gegen das Demokratieprinzip richten, die aufgrund ihrer Demokratiefeindlichkeit zu verfassungsfeindlich motivierten Straf- und Gewalttaten aufrufen oder sich auf ein vermeintliches Widerstandsrecht berufen und sich dabei gegen das Rechtsstaatsprinzip richten.

WICHTIGE ENTWICKLUNGEN

- Es besteht die Gefahr, dass Verschwörungsnarrative innerhalb des Phänomenbereichs Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates weiter an Akzeptanz gewinnen. Außerdem ist es wahrscheinlich, dass entsprechende Akteure das Instrumentarium der Künstlichen Intelligenz (KI) missbrauchen werden, um einen leichteren Zugang zu Personen zu finden, die bislang außerhalb des Extremismus standen.
- Als Radikalisierungsbeschleuniger sind hierzu vor allem Verschwörungsnarrative geeignet, die als Legitimation sowohl für den „aktiven Widerstand“ als auch für schwerste Gewaltstraftaten dienen können. In diesem Kontext spielen auch antisemitische Narrative eine Rolle.
- Weiterhin ist damit zu rechnen, dass das Ausmaß der innerhalb des Phänomenbereichs artikulierten Staats- und Demokratiefeindlichkeit nicht geringer wird.



Kurzprofil

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie zeigten sich extremistische Agitationsmuster, die keinem der bestehenden extremistischen Phänomenbereiche zuzuordnen waren. Unter den entsprechenden Akteuren befinden sich – auch nach dem Ende der Pandemie und dem Wegfall des rechtlichen Rahmens für die Schutzmaßnahmen (7. April 2023) – Gruppierungen und Einzelpersonen, die Falschinformationen und Verschwörungsnarrative (auch antisemitischer Natur) verbreiten. Darüber hinaus diffamieren sie die Demokratie und den Rechtsstaat sowie deren Repräsentanten und rufen zu Straf- und Gewalttaten zur Durchsetzung ihrer politischen Auffassungen auf.



Verfassungsfeindlichkeit

Der Verfassungsschutzverbund richtete 2021 das Sammelbeobachtungsobjekt demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates ein. Dabei nehmen die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern Akteure in den Blick, die wesentliche Verfassungsgrundsätze außer Kraft setzen wollen oder die Funktionsfähigkeit des Staates beeinträchtigen. Sie machen demokratische Prozesse und Institutionen verächtlich oder rufen zum Ignorieren behördlicher und gerichtlicher Entscheidungen auf. Diese Delegitimierung erfolgt meist nicht durch offene Ablehnung der Demokratie, sondern durch ständige Verächtlichmachung von demokratisch legitimierten Repräsentanten und Institutionen. Dadurch wird das Vertrauen in das staatliche System erschüttert und seine Funktionsfähigkeit gefährdet. Erst eine solche systematische, einer restriktiven Erheblichkeitsschwelle unterliegende Delegitimierung begründet eine Verfassungsschutzrelevanz und steht im Widerspruch zu grundlegenden Verfassungsprinzipien, besonders dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip. Diese Bestrebungen werden nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.



Diffamierung und Desinformation

Die nach dem russischen Überfall auf die Ukraine in Politik und Gesellschaft kontrovers diskutierten Waffenlieferungen waren ein zentrales Thema für Akteure des Phänomenbereichs Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates. Dabei wurden Politiker, die sich für die Waffenlieferungen aussprachen, als „Kriegstreiber“ diffamiert und das angebliche Befeuern eines Krieges als Teil der Agenda eines angeblichen „Deep States“ interpretiert.

Um ihre Desinformationen zu verbreiten, nutzten Akteure des Phänomenbereichs Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates zunehmend durch KI erstellte Bilder und Videos. Diese sollten der „Aufklärung“ dienen und die nach ihrer Ansicht mit einer Diktatur vergleichbaren Zustände in Deutschland aufdecken. So wurden unter anderem Videos geteilt, die mögliche apokalyptische Zukunftsszenarien enthielten, in denen Deutschland aufgrund von Migration unter der Herrschaft einer politisch linken, totalitär-diktatorischen Regierung vor dem Ende der modernen Zivilisation stehe und die deutsche Bevölkerung in ein Exil gezwungen werde.

Darüber hinaus suchten Akteure des Phänomenbereichs Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates unablässig nach weiteren Themen, um damit Verschwörungsnarrative (auch antisemitisch codierte) zu verbreiten. Damit sollten gesellschaftliche Konflikte gefestigt und Ängste in Teilen der Bevölkerung weiter geschürt werden. Ein weit verbreitetes Verschwörungsnarrativ handelte vom gezielten Verwenden gesundheitsschädlicher Chemikalien. Sie sollten angeblich als Instrument der sogenannten Globalisten – eine Chiffre für die „(jüdische) Finanzelite“ – fungieren, um langfristig die Bevölkerung zu dezimieren. So sollen etwa Bill Gates und das World Economic Forum (WEF) das Sprühen von „Chemtrails“ und das Besprühen von Obst und Gemüse mit „nichtabwaschbaren Giftstoffen“ veranlasst haben, um eine neue Weltordnung ins Leben zu rufen.

Infobox

Die **Forderung nach einer Aufarbeitung des politischen Handelns während der COVID-19-Pandemie** bildete in der heterogenen

Szene der Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates weiterhin den Minimalkonsens. Die Ablehnung und Verachtung für das in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verankerte Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip wurden in diesem Kontext besonders deutlich. Dabei griffen Akteure des Phänomenbereichs Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates auf unterschiedliche Narrative zurück. So wurde zum Beispiel eine bewusste Vertuschungsstrategie hinter dem politischen Umgang mit der COVID-19-Pandemie vermutet. Darüber hinaus war die Forderung nach selbst initiierten Tribunalen und einem „Nürnberg 2.0“ weit verbreitet. Die Verantwortlichen der staatlichen Anti-COVID-19-Maßnahmen wurden im Rahmen dieses Narrativs als das absolut Böse dargestellt. Infolgedessen hätten die Verantwortlichen ihr Recht auf demokratisch legitimierte Gerichtsprozesse verwirkt. Durch den Bezug auf den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher (1945/46) wurden die Schutzmaßnahmen gegen die Pandemie mit den Verbrechen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes gleichgesetzt.

Außerdem nahmen sowohl Reichsbürger und Selbstverwalter als auch Rechtsextremisten aus dem parteiungebundenen Spektrum an Protesten der Szene der Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates teil. Dies galt im Berichtsjahr insbesondere für die bundesweiten „Bauernproteste“ am 8. Januar.

LINKSEXTREMISMUS

- Autonome und Anarchisten
- Sonstige Beobachtungsobjekte
- Ergebnisse linksextremistischer Parteien bei den Wahlen zum Europäischen Parlament

INFOBOX

Der Begriff „Linksextremismus“ ist eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche, sich auch teilweise deutlich unterscheidende Positionen, Einstellungen, Strategien und Organisationsformen. Je nach politisch-ideologischer Ausrichtung streben Linksextremisten eine sozialistische, kommunistische, autonome oder anarchistische Gesellschaftsordnung an. Einig ist sich diese heterogene Szene darin, der sozialen Gleichheit eine zentrale Rolle zuzuschreiben, sowie in dem Bestreben, die freiheitliche demokratische Grundordnung und damit die durch das Grundgesetz vorgegebene Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland beseitigen zu wollen. Insbesondere die parlamentarische Demokratie ist nach linksextremistischer Überzeugung als „Herrschaftsinstrument des Kapitalismus“ zu betrachten und daher zu beseitigen. Zahlreiche linksextremistische Gruppierungen halten dafür auch den Einsatz von Gewalt für ein legitimes Mittel. Die größte Gruppe innerhalb der gewaltorientierten linksextremistischen Szene bilden die Autonomen.

Linksextremistisches Personenpotenzial hessen- und bundesweit (2020 bis 2024)¹

	2020	2021	2022	2023	2024
Autonome					
Hessen	420	480	480	490	500
Bund	7.500	8.000	8.300	8.300	8.600
Anarchisten					
Hessen	80	100	100	80	80
Bund	1.200	1.400	0 ²	0 ²	0 ²
Sonstige Linksextremisten (Marxisten-Leninisten, Trotzlisten u. a.)					
Hessen	2.400	2.500	2.350	2.290	2.270
Bund	25.800	25.500	27.600	27.800	28.800
Gesamtzahl der Linksextremisten (nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften)					
Hessen	2.600	2.770	2.650	2.600	2.600
Bund	34.300	34.700	36.500	37.000	38.000
Gewaltorientierte Linksextremisten					
Hessen	580	590	600	720	730
Bund	9.600	10.300	10.800	11.200	11.200

¹ Die Zahlen sind teilweise geschätzt und gerundet.

² Die vom Bundesministerium des Innern herausgegebenen Verfassungsschutzberichte 2022 bis 2024 enthalten in dieser Kategorie keine Angabe.

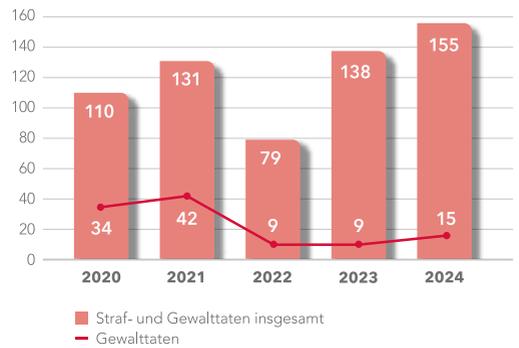
Linksextremistische Straf- und Gewalttaten in Hessen (2020 bis 2024)

	2020	2021	2022	2023	2024
Deliktart					
Tötung	0	0	0	0	0
Versuchte Tötung	1	0	0	0	0
Körperverletzung	7	23	4	4	5
Brandstiftung/Sprengstoffdelikte	4	6	2	1	3
Landfriedensbruch	6	6	1	0	0
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	1	0	0	0	1
Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstands- und Sexualdelikte	15	7	2	4	6
Gewalttaten insgesamt	34	42	9	9	15
Sonstige Straftaten					
Sachbeschädigung	52	66	47	70	113
Nötigung/Bedrohung	3	2	1	0	2
Andere Straftaten	21	21	22	59	25
Straf- und Gewalttaten insgesamt	110	131	79	138	155

Linksextremistisches Personenpotenzial in Hessen (2020 bis 2024)



Linksextremistische Straf- und Gewalttaten in Hessen (2020 bis 2024)



WICHTIGE ENTWICKLUNGEN

- Das **linksextremistische Personenpotenzial** blieb im Berichtsjahr mit 2.600 Personen im Vergleich zum Vorjahr konstant. Die Zahl der gewaltorientierten Linksextremisten in Hessen stieg leicht von 720 (2023) auf 730 (2024) an. Damit setzte sich in Hessen ein Trend fort, der auch bundesweit zu beobachten war und sich in einer Zunahme der allgemeinen Gewaltbereitschaft von Linksextremisten widerspiegelte.
- Die **Zahl der linksextremistischen Straf- und Gewalttaten** stieg wiederum von 138 (2023) auf 155 (2024) an. Diese Zunahme resultierte vor allem aus einer erhöhten Anzahl von registrierten Sachbeschädigungen (2023: 70, 2024: 113).
- Insgesamt standen im Berichtsjahr die Themen **„Antirepression“**, **„Antifaschismus“** und **„Antimilitarismus“** im Fokus des linksextremistischen Spektrums in Hessen. Aktionsschwerpunkte der autonomen/anarchistischen Szene waren vor allem die Themen „Antirepression“ und „Antifaschismus“. So kam es im Zusammenhang mit den Festnahmen von gewalttätigen Linksextremisten zu Solidaritätsbekundungen, aber auch zu Rassismuskorrekturen gegen die Polizei. Darüber hinaus **solidarisierte sich die Szene mit den Autonomiebestrebungen der Partei Karkerên Kurdistan (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans)** und ihrem in der Türkei inhaftierten Anführer Abdullah Öcalan.
- Sowohl im digitalen als auch im analogen Raum **outeten Autonome/Anarchisten zahlreiche (vermeintliche) Rechtsextremisten**, verübten Sachbeschädigungen und demonstrierten gegen Rechtsextremismus. Linksextremisten versuchten sich mit solchen „Aktionen“ als „wahre“ und konsequente Antifaschisten zu inszenieren und so radikalierend den Widerstand in der Gesellschaft „gegen rechts“ zu beeinflussen.
- Die Interventionistische Linke (IL) versuchte – wie schon in den vergangenen Jahren – Anschluss an die Mitte der Gesellschaft zu finden und **„Risse in den Herrschaftsverhältnissen“ zu vertiefen**.
- Die Rote Hilfe e. V. (RH) feierte ihr hundertjähriges Bestehen und unterstützte nach wie vor sowohl inhaftierte als auch vor Gericht angeklagte Linksextremisten.
- Vor dem Hintergrund des russischen Überfalls auf die Ukraine versuchten dogmatische Linksextremisten wie die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) das Thema „Antimilitarismus“ zu besetzen und riefen zu Störaktionen gegen die Bundeswehr auf. Zudem beteiligte sich die Gruppierung Aurora Räteaufbau an „antimilitaristischen“ Protesten. Die linksextremistische Szene versuchte in diesem Zusammenhang den Anstieg der Verteidigungsausgaben als Teil einer **„Militarisierung“ der Gesellschaft** umzudeuten, die auf eine angebliche Vorbereitung eines Angriffskriegs der NATO hinauslaufe.
- Von den drei linksextremistischen Parteien, die am 9. Juni zur Europawahl angetreten waren, zog keine in das Europäische Parlament ein, da ihr Stimmenanteil jeweils bei 0,0 Prozent lag.





WICHTIGE BEGRIFFE

Anarchismus ist eine Sammelbezeichnung für politische Auffassungen und Bestrebungen, die auf die Abschaffung jeglicher Herrschaft von Menschen über Menschen abzielen. Das Feindbild aller anarchistischen Strömungen ist der Staat, der als repressive Zwangsinanz zugunsten einer herrschaftsfreien Gesellschaft aufgelöst oder zerschlagen werden müsse. Die Ablehnung von Hierarchie und Unterordnung führt zu einer generellen Skepsis gegenüber politischen Organisationsformen. Anarchisten bilden deshalb meist nur lose strukturierte Gruppierungen.

Unter „**Kapitalismus**“ verstehen Linksextremisten die untrennbare Einheit von marktwirtschaftlicher Eigentumsordnung und demokratischem Rechtsstaat, die allein der Erhaltung von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen diene. Mit „Kapitalismus“ meinen Linksextremisten auch immer die freiheitliche demokratische Grundordnung. Die von Linksextremisten als notwendig erachtete Überwindung des „Kapitalismus“ könne nicht durch politische Reformen, sondern nur durch einen Umsturz der bisherigen Staats- und Gesellschaftsordnung geschehen.

Kommunismus, häufig synonym für Sozialismus verwendet, bezeichnet eine Gesellschaftsform, die von einer vollständigen Gütergemeinschaft gekennzeichnet ist. Die von Karl Marx und Friedrich Engels im Rahmen ihrer Geschichts- und Gesellschaftstheorie (Marxismus) entwickelte Zukunftsgesellschaft ist der bekannteste Entwurf einer kommunistischen Lebensform. Danach werde die Gesellschaft nicht durch politische, rechtliche oder moralische Vorstellungen

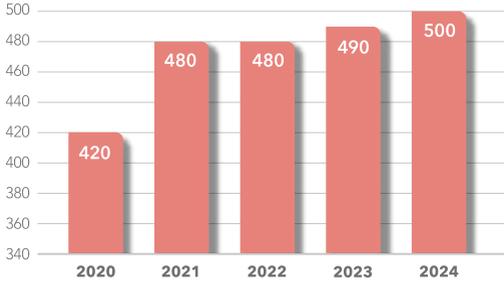
bestimmt, sondern durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Diese bewirkten eine zunehmende gesellschaftliche und wirtschaftliche Spaltung. Es entstehe ein Proletariat (Arbeiterklasse), während sich der Reichtum und das Eigentum an den Produktionsmitteln in den Händen von immer weniger Kapitalisten konzentrierten. Dieser Gegensatz könne laut Marx nur durch die Revolution des Proletariats beseitigt werden, wodurch die Kapitalisten enteignet und die Produktionsmittel in Gesellschaftseigentum (Sozialismus) überführt werden, was später in die klassenlose Gesellschaft des Kommunismus münde.

Antimperialismus ist eine ideologische Strömung des gewaltorientierten Linksextremismus, die über ein am Kommunismus orientiertes Weltbild verfügt, aber weitestgehend auf feste Strukturen verzichtet, ähnlich wie autonome Linksextremisten. Antimperialisten zufolge tendierten die „kapitalistischen“ Staaten dazu, durch „imperialistische“ Politik auch gewaltsam neue Märkte zu erschließen, um die eigenen Profite zu maximieren. Eine „kapitalistische“ Gesellschaftsordnung führe so zwangsläufig zu Ausbeutung, Unterdrückung und Kriegen zwischen Staaten um Ressourcen und Marktanteile. Antimperialisten sehen in der Anwendung von Gewalt ein notwendiges Mittel im Kampf gegen den „Kapitalismus“ bzw. „Imperialismus“.

AUTONOME UND ANARCHISTEN

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Autonome sind undogmatische und organisationskritische Linksextremisten, die sich an verschiedenen kommunistischen und anarchistischen Deutungsmustern orientieren. Handlungsbestimmend sind verschiedene „Anti“-Haltungen, wie etwa „Antifaschismus“ und „Antirepression“. Autonome stehen geregelten Organisationsstrukturen kritisch bis ablehnend gegenüber und beharren stattdessen auf ihre Selbstbestimmtheit. Sie organisieren sich überwiegend in losen Gruppen, zwischen denen oft nur aktions- und anlassbezogene lockere Netzwerke bestehen. Autonome sind fast ausschließlich in urbanen Räumen aktiv.</p> <p>Wegen ihrer grundsätzlichen Gewaltaffinität wurden im Kontext des autonomen Spektrums sogenannte aufständische anarchistische Strukturen beobachtet. Kennzeichnend für deren Anhänger sind eine kompromisslose Opposition und permanente Attacken auf den gesellschaftlichen und politischen Gegner etwa durch Gewalt- und Sabotageaktionen. Ziel ist es, ein „antikapitalistisches“ System bzw. eine von allen Zwängen völlig freie Gesellschaft zu schaffen. Anhänger dieser Strukturen agieren gewöhnlich allein oder in informellen Kleinstgruppen.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre im Rahmen der Studentenbewegung der 1968er Jahre, der „Spontiszene“ der 1970er Jahre und der Punksubkultur.</p>
 <p>Gewalt</p>	<p>„Klassische“ Autonome sind grundsätzlich gewaltbereit. Gewalt ist für sie nicht nur ein „Mittel zum Zweck“, sondern auch ein Akt der „individuellen Selbstbefreiung“. Dabei nehmen sie zum Teil billigend in Kauf, dass Menschen im Rahmen ihrer „Aktionen“ verletzt oder sogar getötet werden.</p> <p>Gewaltbereite Autonome zielen mit ihren „Aktionen“ grundsätzlich auf Sachbeschädigungen ab oder kalkulieren diese ein. Dabei kann es spontan oder beabsichtigt zu gewaltsamen Angriffen auf Polizeibeamte oder ausgemachte „Feinde“, insbesondere Rechtsextremisten, kommen. In der Gesamttendenz treten diese konfrontativen, offenen Gewalthandlungen im Vergleich zu konspirativ durchgeführten Beschädigungsaktionen an Gegenständen, wie Fahrzeugen und Gebäuden, in Hessen deutlich zurück.</p> <p>Im Rahmen ihrer Bündnisstrategie vermeiden sogenannte Postautonome in der Regel ein offenes Bekenntnis zur Gewalt und verwenden stattdessen eher unbestimmte Begriffe wie „ziviler Ungehorsam“. Sie bieten damit für ihre „Aktionen“ einen weiten Interpretationsspielraum, der sowohl gewaltorientierten als auch gewaltablehnenden Personen in der demokratischen Mehrheitsgesellschaft eine Teilnahme ermöglicht.</p>
 <p>Regionale Schwerpunkte</p>	<p>Frankfurt am Main, Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf), Gießen (Landkreis Gießen), Kassel und Darmstadt.</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen 500, bundesweit 8.600.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Autonome lehnen das staatliche Gewaltmonopol und den demokratischen Rechtsstaat ab und streben dessen Beseitigung an. Zur Erreichung dieses Ziels befürworten sie Gewalt als legitimes Mittel und setzen diese auch ein. Dies ist mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren. Die Autonomen werden nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>

Entwicklung des Personenpotenzials der autonomen Szene in Hessen (2020 bis 2024)



Themen

- Solidarisierung mit Gewalttätern – Feindbild Polizei
- Solidarität mit der PKK
- Outings, „Aktionen“ und Demonstrationen



Solidarisierung mit Gewalttätern – Feindbild Polizei

Vor dem Hintergrund der Verurteilungen und Festnahmen von Angehörigen des Netzwerks Antifa Ost solidarisierten sich Teile des autonomen/anarchistischen Spektrums öffentlich mit den Festgenommenen und weiteren im „Untergrund“ lebenden Personen. Die von Angehörigen des Netzwerks Antifa Ost verübten Gewaltstraftaten wurden als legitimer Widerstand gegen „Faschos“ und den sich „verschärfenden Rechtsruck“ in der Gesellschaft gedeutet. Somit hatten die für Autonome/Anarchisten traditionell zentralen Themenfelder „Antirepression“ und „Antifaschismus“ eine hohe Relevanz.



Infobox



Das Oberlandesgericht (OLG) Dresden hatte Ende Mai 2023 vier Linksextremisten (darunter die aus Kassel stammende Lina E.) zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Ihnen waren unter anderem gewalttätige Angriffe auf politische Gegner vorgeworfen worden, die sie als Teil eines Netzwerks – in der linksextremistischen Szene als **Antifa-Ost** bezeichnet – begangen hatten. Zuletzt wurde der mutmaßliche Rädelsführer des Netzwerks, Johann G., am 8. November 2024 in Thüringen festgenommen.

Im Zusammenhang mit der Festnahme von Johann G. kam es in Hessen im digitalen Raum mehrfach zu Solidaritätsbekundungen seitens der autonomen/anarchistischen Szene. Am 10. November wurde auf der linksextremistischen Internetplattform de.indymedia.org ein Beitrag mit dem Aufruf „Freiheit für Johann G.“ veröffentlicht. Darin hieß es:

*„Die Festnahme von Johann G. hat mal wieder gezeigt, mit was für einer Unverhältnismäßigkeit und Unverschämtheit nach Linksextremist*innen in Deutschland gefahndet wird. Die Verurteilung von Lina E. und ihren Genoss*innen zeigte unter anderem auch, dass kein Interesse daran besteht, ein faires und gerechtes Verfahren zu führen, sondern nur den ‚politischen Feind‘ zu diffamieren und als das ultimativ böse [sic] darzustellen. [...] Kampf den Faschist*innen! Freiheit für alle Antifas!“*

Auch im Zusammenhang mit der Festnahme von Daniela Klette, einem seit Jahrzehnten mit Haftbefehl gesuchten Mitglied der ehemaligen Roten Armee Fraktion (RAF), wurde im Oktober in einer Bahnunterführung in Friedberg (Wetteraukreis) eine Solidarisierungsbekundung festgestellt. Dort war mit schwarzer Farbe ein Graffiti mit einem Anarchiesymbol gesprüht worden. Es lautete: „Free Daniela, it’s time to kill a cop“.

Infobox



Vor allem das Agitations- und Aktionsfeld „**Antifaschismus**“ eröffnet Autonomem eine hohe Anschlussfähigkeit an nichtextremistische Organisationen und Gruppierungen. Im Unterschied zur demokratischen Bekämpfung des Rechtsextremismus ist das linksextremistische „Antifaschismus“-Verständnis von Demokratiefeindlichkeit geprägt. In kommunistischer Tradition unterstellen Autonome bzw. Linksextremisten der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, selbst „faschistisch“ oder „faschistoid“ zu sein. Sobald die Bewertung „Faschist“ vergeben ist, ist der Betroffene, unabhängig von seinen tatsächlichen Überzeugungen, nach autonomem bzw. linksextremistischem Urteil legitime Zielscheibe von Diffamierungen und Gewalttaten. Unter „Antifaschismus“ verstehen Autonome bzw. Linksextremisten also nicht nur die konsequente Ablehnung rechtsextremistischer Bestrebungen, vielmehr setzen sie den offensiven „Kampf gegen rechts“ mit dem „Kampf gegen das Ganze“, das heißt gegen das „bürgerlich-kapitalistische System“, gleich: Erst mit der Beseitigung des „Kapitalismus“ sei die Gefahr des „Faschismus“ als Form bürgerlicher Herrschaft gebannt.

Unter dem Label „**Antirepression**“ wird insbesondere gegen Polizisten als öffentlich wahrnehmbare Vertreter des „staatlichen Repressionsapparats“ vorgegangen. Sämtliche Feindbilder sind dabei auf eine „antikapitalistische“ Grundhaltung zurückzuführen.

Dass die Polizei zum Feindbild der autonomen/anarchistischen Szene gehört, veranschaulicht auch eine Reaktion auf die Wanderausstellung „Der Mensch dahinter – Eine Initiative für Toleranz & Respekt vor Einsatzkräften“. Als die Ausstellung im Oktober in Wiesbaden gezeigt wurde, hieß es aus dem linksextremistischen Spektrum, dass die Polizei „strukturell rassistisch“ und „in Teilen verfassungsfeindlich“ sei: Schon die Uniform der Polizei sei auf „Einschüchterung, Konflikt und Entmenschlichung ausgelegt“.



Solidarität mit der PKK

Darüber hinaus griff die autonome/anarchistische Szene das im Linksextremismus klassische Agitations- und Themenfeld der Solidarisierung mit kurdischen Autonomiebestrebungen auf. So befestigten mehrere Personen am 10. November ein Banner mit der Aufschrift „Freiheit für Öcalan“ an der Herkulessäule in Kassel. In einem auf de.indymedia.org veröffentlichten und von anderen linksextremistischen Gruppierungen in den sozialen Medien geteilten Selbstbeziehungsschreiben hieß es.

„Heute, am Morgen des 10. Novembers, sind wir als eine Gruppe internationalistischer Jugendlicher auf den Herkules in Kassel geklettert, um mit lauter Stimme zu fordern: Freiheit für Abdullah Öcalan! Frieden in Kurdistan! [...] Die Ideen, die Öcalan vertritt, werden von der kurdischen Bevölkerung schon seit Jahrzehnten umgesetzt. Seine Visionen von Frauenbefreiung, Demokratie und Ökologie haben eine Strahlkraft in die ganze Welt und sind auch für uns Jugendliche in Deutschland ein Vorbild. Wir sind heute hier am Herkules, um dem Thema die Aufmerksamkeit zu geben, die es verdient. [...] Wir senden revolutionäre Grüße an alle freiheitsliebenden Menschen, alle untergetauchten und inhaftierten Antifas, die kurdische Freiheitsbewegung und Abdullah Öcalan!“

Outings, „Aktionen“ und Demonstrationen

Wie in der Vergangenheit gab es auch im Berichtsjahr eine Vielzahl an Outings: Farbschmierereien an Wohnhäusern und Postings im Internet, die teilweise auch die Adressen der Betroffenen enthielten. So wurde zum Beispiel die Hotelanschrift des Rechtsextremisten Martin Sellner in Frankfurt am Main im Rahmen seiner „Remigrationstour“ veröffentlicht.

Infobox



Outings sind eine typisch linksextremistische Aktionsform im Themenfeld „Antifaschismus“, die sich gegen tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten bzw. generell gegen als politische Gegner wahrgenommene Personen richten. Es werden nicht nur Namen, Adressen und Bilder ausgeforscht und im Internet, auf Flugblättern oder Plakaten veröffentlicht, die Outings werden innerhalb der Szene auch als Aufforderung zu Angriffen gegen diese Personen oder ihr Eigentum verstanden. Dahinter steht die Absicht, den Betroffenen Schaden zuzufügen, ihre gesellschaftliche und mitunter berufliche Reputation zu beschädigen und sie in ihrem Denken und Handeln einzuschüchtern. Die Betroffenen sollen so einer breiten Öffentlichkeit präsentiert, bloßgestellt und als „Nazis“ gebrandmarkt werden.

„Antifaschistische Aktionen“ häuften sich im Berichtsjahr erneut vor allem im Raum Kassel und in Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf). Betroffen waren meistens Angehörige der AfD und von Burschenschaften. Im Rahmen der Recherchen von Correctiv über die Neue Rechte und dessen Veröffentlichung des „Geheimplans gegen Deutschland“ kam es hessenweit zu Demonstrationen gegen Rechtsextremismus. Einige linksextremistische Organisationen nahmen dies zum Anlass, um eigene Demonstrationen gegen den „Rechtsruck“ zu organisieren. So mobilisierte zum Beispiel das Offene Antifaschistische Treffen (OAT) Kassel für den 2. Februar: „Komm zu antifaschistischen Treffen und werde aktiv: Gegen AfD & Abschiebungen. Antifaschismus muss man selber

machen!“ In Marburg hatte zuvor am 26. Januar die Demonstration „Gegen die AfD! Für eine solidarisches Miteinander statt Rassismus und Hetze“ stattgefunden. Für die Demonstration hatten auch links-extremistische Gruppen, darunter die IL, aufgerufen.



Infobox



Unter „**Rassismus**“ verstehen Autonome vor dem Hintergrund der europäischen Migrationspolitik rassistisch begründete Verhältnisse von Ungleichheit und staatlicher Unterdrückung. Insbesondere bei schweren Gewalttaten gegen Menschen wegen ihres Migrationshintergrunds oder wegen ihrer Hautfarbe versuchen Autonome, mit „antirassistischen Aktionen“ in die Debatte einzugreifen.

Entsprechend der (post)autonomen bündnispolitischen Zielrichtung soll das szeneeigene Verständnis von „Antirassismus“ möglichst langfristig und breit in der demokratischen Mehrheitsgesellschaft etabliert werden. Dieses Verständnis konzentriert sich nicht nur auf die Thematisierung der Flüchtlingsproblematik. Autonome wollen vor allem die Öffentlichkeit mit Beweisen konfrontieren, wonach Staat, Parteien und Gesellschaft selbst „rassistisch“ seien und daher im linksextremistischen Sinne bekämpft und überwunden werden müssten.

Unter der Überschrift „Deportation kills! Ausländer[sic!]behörde Frankfurt mit Farbe markiert“ (Schreibweise wie im Original) wurde auf de.indymedia.org ein Selbstbeichtigungsschreiben über Farbschmierereien am 12. November an der Fassade der Behörde veröffentlicht. Dabei bezog sich der Beitrag auf die bundesweite Aktionswoche „Rassismus bekämpfen – Ausländerbehörde abschaffen“ (21. bis 27. Oktober). Auf der Internetplattform hieß es:

„Die rote Farbe soll das blutige und gewaltvolle System kennzeichnen, das die Ausländerbehörde betreibt. Denn sie ist Teil des Gewaltregimes der Festung Europa, mit ihrer tödlichen Abschottungspolitik, militarisierten Grenzen und skrupelloser Abschiebepaxis. [...] Wir dulden diese menschenverachtende Praxis der Ausländerbehörde als ausführendes Glied einer mörderischen Kette nicht!“

Infobox



Etwa die Hälfte aller Autonomen in Hessen war im Berichtszeitraum in **Frankfurt am Main** oder in den direkt angrenzenden Kommunen ansässig. Bundesweit gehörte Frankfurt am Main zu den Großstadregionen mit einer kontinuierlichen Präsenz von Autonomen. Von anderen Szenen in Hessen unterschied sich der „harte Kern“ der Szene in Frankfurt am Main durch seine bundesweite Vernetzung, das hohe Personenpotenzial auf engem Raum und eine weiterhin hohe Gewaltbereitschaft.

Mit dem autonomen Szeneobjekt und ehemaligen Polizeigefängnis Klapperfeld verfügte die Szene in Frankfurt am Main im Berichtszeitraum über den bedeutendsten autonomen Anlaufpunkt in Hessen. Maßgeblich für die Träger des Klapperfelds waren nicht „die da draußen“, sondern „wir, die Gegenkultur, hier drin“. Ein Zweck des gesamten Gebäudes bestand für die linksextremistische Szene von Beginn an darin, ein „Symbol der Abgrenzung und der Gegenkultur“ in einem zentralen Frankfurter Stadtteil zu etablieren. Darüber hinaus waren in Frankfurt am Main das Café ExZess, das Café KoZ und das Centro wichtige Treffpunkte. Weitere autonome Szenen gab es in den Universitätsstädten Kassel, Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf), Gießen (Landkreis Gießen) und Darmstadt.

Durch solche „**selbstverwaltete Freiräume**“ schaffen Linksextremisten Orte, an denen sie selbst über die Regeln des Zusammenlebens bestimmen. Diese „Freiräume“ sollen frei von rechtsstaatlicher Einflussnahme, Überwachung und „kapitalistischer Verwertungslogik“ sein. Das staatliche Gewaltmonopol soll außer Kraft gesetzt und alternative Formen des Zusammenlebens erprobt werden. Solche „Freiräume“ können zum Beispiel besetzte Häuser, kollektive Wohnprojekte oder selbstverwaltete Kulturzentren sein. Auf den drohenden Verlust von „Freiräumen“ reagieren Linksextremisten regelmäßig aggressiv mit Protesten und Sachbeschädigungen.

SONSTIGE BEOBACHTUNGSOBJEKTE

Neben „klassischen“ autonomen und anarchistischen Gruppierungen gab es in Hessen im Berichtsjahr Organisationen mit parteiähnlichem Charakter,

die einen bedeutenden Teil des linksextremistischen Spektrums bildeten. Die wichtigsten von ihnen sind nachstehend aufgeführt.

INTERVENTIONISTISCHE LINKE (IL)

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Die IL zählt zu den Postautonomen, die eine langfristige Veränderung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse anstreben. Hierfür greifen Postautonome gesellschaftlich relevante Themen auf und setzen auf eine Bündnisstrategie, die eine Zusammenarbeit mit nichtextremistischen Akteuren einschließt. Ziel von Postautonomen ist es, die Organisations- und Theoriefeindlichkeit des „klassisch“ autonomen Spektrums zu überwinden.</p> <p>Die IL nimmt gezielt Bezug auf Themen, die eine hohe Anschlussfähigkeit an die nichtextremistische Gesellschaft haben, zum Beispiel Klimaschutz, Feminismus und „Antimilitarismus“. Dabei kooperiert die IL im Rahmen ihrer breit angelegten Bündnisstrategie mit linksextremistischen sowie nichtextremistischen Akteuren. Um ihre Anschlussmöglichkeit zu erhöhen, neue Mitstreiter zu gewinnen und den öffentlichen politischen Diskurs zu beeinflussen, versucht die IL, ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu verschleiern. Dadurch will sie Anknüpfungspunkte zwischen demokratischen und extremistischen Akteuren im Sinne einer „Scharnierfunktion“ schaffen. Zudem sollen linksextremistische Narrative in nichtextremistische Themenkomplexe einfließen und diese nachhaltig prägen.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>2005 als bundesweites postautonomes Netzwerk, mittlerweile Entwicklung zu einer bundesweiten postautonomen Organisation.</p>
 <p>Gewalt</p>	<p>Eine klare und offene Positionierung der IL hinsichtlich des Einsatzes von Gewalt im Rahmen von „Aktionen“ gibt es nicht. Stattdessen verwendet sie unbestimmte Begriffe wie „ziviler Ungehorsam“, um gleichermaßen für gewaltbereite und gewaltablehnende Personen einen großen Interpretationsspielraum zu bieten und damit eine breite Anschlussfähigkeit zu erreichen.</p>
 <p>Präsenz in den Regionen</p>	<p>Die IL ist mit Ortsgruppen bundesweit vertreten. In Hessen ist sie mit drei Ortsgruppen die bedeutendste Organisation der postautonomen Szene: In Frankfurt am Main, Darmstadt und Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf).</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen 70, bundesweit 900.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Die IL lehnt in ihrer ideologischen Ausrichtung den demokratischen Verfassungsstaat ab und erkennt das staatliche Gewaltmonopol sowie die rechtsstaatliche Ordnung nicht an. Damit richtet sich die IL gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und wird gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>

Streben nach Anschluss – „Zwischenstandspapier#2“

Um weiterhin Anschluss an die nichtextremistische Gesellschaft zu gewinnen, engagierten sich die IL-Ortsgruppen in Hessen im Berichtsjahr unter anderem bei der Kampagne „Abtreibungen legalisieren – Jetzt!“ Sie mobilisierten zur Teilnahme an Veranstaltungen und organisierten Vorbereitungstreffen sowie eigene Busreisen, etwa für Demonstrationen in Karlsruhe (Baden-Württemberg) und Berlin am 7. Dezember.

Darüber hinaus veröffentlichte die IL ein sogenanntes Zwischenstandspapier#2, in dem sie ihr bisheriges Vorgehen evaluierte. Danach bilde die Unterbrechung der „gesellschaftlichen Normalität“ den Ausgangspunkt, „um Risse in den Herrschaftsverhältnissen zu vertiefen“. Hierzu setze man „auf eine Politik der Selbstermächtigung der Ausgebeuteten und Unterdrückten“.

ROTE HILFE E. V. (RH)

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Die maßgeblich von Linksextremisten verschiedener Richtungen getragene RH unterstützte im Berichtszeitraum inhaftierte bzw. inzwischen aus der Haft entlassene Straftäter aus dem linksextremistischen Spektrum. Neben politischer und finanzieller Hilfe versuchte die RH darüber hinaus, durch „Rechtsberatung“ Personen, die politisch motivierte Straftaten begingen, der staatlichen Strafverfolgung zu entziehen oder sie bei ihren Verfahren zu unterstützen. Die RH empfahl daher den „Genoss_innen“ die „konsequente Aussageverweigerung“ als „beste Strategie im Umgang mit Repressionsbehörden“.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>1975 in Anlehnung an die 1924 in der Weimarer Republik von der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) ins Leben gerufenen Rote Hilfe Deutschlands (RHD).</p>
 <p>Präsenz in den Regionen</p>	<p>Ortsgruppen in Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel, Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf), Gießen (Landkreis Gießen) und Wiesbaden.</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen 1.200, bundesweit 14.400.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Die RH versteht sich laut ihrer Satzung als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“. Sie bezeichnet die Bundesrepublik Deutschland als ein „nationalstaatlich fixiertes, bürgerlich kapitalistisches Herrschaftssystem, das von unterschiedlichen Unterdrückungsmechanismen (wie Rassismus oder Sexismus) strukturiert und geprägt“ werde. Die RH unterstützt unter anderem Linksextremisten, die politisch motivierte Straftaten begingen, durch „Rechtsberatung“ und öffentliche Solidaritätsaufrufe. Sie ist damit eine zentrale Akteurin bei der Legitimierung linksextremistischer Straf- und Gewalttaten. Weil die RH bei der staatlichen Strafverfolgung und Gefahrenabwehr von „politischer Verfolgung“ spricht, unterstellt sie Staat und Justiz politische Willkür und zweifelt damit die Rechtsstaatlichkeit an. Durch ihr Handeln leistet die RH dem Linksextremismus aktiv Vorschub. Damit richtet sich die RH gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und wird gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>





„100 Jahre Rote Hilfe“

Die RH Hessen solidarisierte sich auch im Berichtsjahr mit den kurdischen Autonomiebestrebungen, einem klassischen linksextremistischen Thema. Verschiedene hessische Ortsgruppen der RH machten auf Strafprozesse von Personen aufmerksam, die unter anderem im Zusammenhang mit dem auslandsbezogenen Extremismus standen.

Ihr hundertjähriges Jubiläum beging die RH über das gesamte Berichtsjahr hinweg bundesweit in vielfältiger Weise, unter anderem mit einer Eröffnungsgala, einer Wanderausstellung, einem Dokumentarfilm sowie Vorträgen und „Veranstaltungen zu Geschichte und Gegenwart“. Die RH-Ortsgruppen beteiligten sich mit verschiedenen Aktivitäten. So zeigte die Ortsgruppe Frankfurt am Main im autonomen Szenetreff Klapperfeld eine Ausstellung über die Entstehung der RH. Auf ihrer Homepage hieß es:

*„Die Rote-Hilfe-Arbeit ist nicht ohne Brüche verlaufen: Die Rote Hilfe Deutschlands der Weimarer Republik, die zu einer der größten Massenorganisationen der Arbeiter*innenbewegung herangewachsen war, wurde 1933 von den Nazis in die Illegalität getrieben und schließlich blutig zerschlagen. Erst zu Beginn der 1970er-Jahre entstanden wieder erste Gruppen unter dem*

Namen ‚Rote Hilfe‘, die sich politisch stark gegeneinander abgrenzten und bald einen Niedergang erlebten. [...] Damit hatte sie 1986 Erfolg, als sie sich in Rote Hilfe e.V. umbenannte und den Ausgangspunkt der heutigen strömungsübergreifenden Solidaritätsorganisation bildete. Die Ausstellung zeichnet die komplexe Geschichte der Roten Hilfe(n) und deren Solidaritätspraxis nach.“

Den Dokumentarfilm „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“ zeigte die Ortsgruppe Wiesbaden im Oktober in Wiesbaden.

Personenpotenzial der RH in Hessen (2020 bis 2024)



SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND (SDAJ)

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Die eng mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) verbundene SDAJ ist ein marxistisch-leninistisch orientierter Jugendverband. Die Kandidaturen von SDAJ-Mitgliedern für die DKP zur Europawahl 2024 – darunter die Bundesvorsitzende aus Frankfurt am Main – zeigen die personellen Verflechtungen zwischen beiden Organisationen.</p> <p>In ihrer öffentlichen Selbstdarstellung versteht sich die SDAJ als „Selbstorganisation von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, jungen Arbeiterinnen und Arbeitern, Studentinnen und Studenten, die in Deutschland leben, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Pass“. Seit Jahren versucht die SDAJ in Hessen durch Aktionen an Schulen und Universitäten neue Mitglieder zu gewinnen und sich die häufig politische Unerfahrenheit von Heranwachsenden zunutze zu machen, um diese zu indoktrinieren und langfristig in die eigenen Strukturen einzubinden.</p>
 <p>Präsenz in der Region</p>	<p>Ortsgruppen in Darmstadt, Frankenberg (Landkreis Waldeck-Frankenberg), Frankfurt am Main, Gießen (Landkreis Gießen), Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) und Kassel. Regionale Schwerpunkte in Frankfurt am Main und Darmstadt.</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen 80, bundesweit 670.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Auf der SDAJ-Internetseite hieß es im Berichtsjahr: „Unser Weg zum Sozialismus ist der Kampf zur Überwindung des Imperialismus in Deutschland“. In ihrem Strategiepapier forderte die SDAJ die weltweite Überwindung des „Kapitalismus“. Als „Organisation der lernenden und arbeitenden Jugend“ sah sie es als ihre „wesentliche Aufgabe an, Klassenbewusstsein und Klassenorganisation unter der Arbeiterjugend zu schaffen mit dem Ziel der Er kämpfung einer sozialistischen Gesellschaft“. Laut eigener Aussage verband dieses Ziel die SDAJ mit der DKP und der „sozialistische[n] Weltanschauung, die auf Grundlage der Ideen von Marx, Engels und Lenin begründet wurde“. Damit richtet sich die SDAJ gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und wird gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>

„Antikapitalismus“ und „Antimilitarismus“

Schwerpunkt der Aktivitäten der SDAJ im Berichtsjahr bildeten nach wie vor die Themen „Antikapitalismus“ und „Antimilitarismus“, wobei sie vor allem Schüler, Auszubildende und Studierende für sich zu interessieren suchte. Zentrales Agitationsthema war die „Antimusterungsaktion“. Als Protest gegen die Pläne der Bundesregierung, einen „neuen Wehrdienst“ einzuführen, demonstrierte die SDAJ regelmäßig unter anderem vor dem Berufsschulzentrum in Darmstadt und – anlässlich einer Job- und Karrieremesse vor der documenta-Halle – in Kassel, wo die Bundeswehr einen Stand betrieb. In einem Artikel der Publikation

Position hieß es: „Die Bundeswehr soll [...] überall auf dem Globus deutsche Wirtschaftsinteressen durchsetzen. [...] Eure Kriege – ohne uns“. Aus Sicht der SDAJ diene die Bundeswehr nur der „imperialen“ Politik und den „kapitalistischen“ Interessen.

Infobox



Beim „**Antimilitarismus**“ geht es Linksextremisten nicht nur um die Abschaffung des Militärs, sondern auch um die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie. Aus links-extremistischer Sicht dient das Militär dazu, „kapitalistische Expansionsbestrebungen“ durchzusetzen. Nach der klassischen marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie wollen „kapitalistische“ Ökonomien und Staaten sich neue internationale Märkte erschließen, um ihren Profit zu maximieren. Der Imperialismus sei nach dieser Theorie das höchste Stadium des „Kapitalismus“ und müsse überwunden werden. Eine sozialistische Gesellschaftsordnung könne nur entstehen, wenn – neben der „kapitalistischen“ Wirtschaftsordnung und der sie tragenden bürgerlichen parlamentarischen Demokratie – das Militär abgeschafft werde.



Die SDAJ rief zu Störaktionen unter anderem an Schulen und „überall dort, wo die Bundeswehr hin- kommt“ auf. Diese Aktivitäten fügten sich in die seit Jahren durchgeführten „Werbemaßnahmen“ der SDAJ an Schulen und Universitäten mit dem Ziel, neue Mitglieder in ihre Organisationsstrukturen einzubinden. Darüber hinaus beteiligten sich SDAJ-Mitglieder wie im Vorjahr an Kundgebungen und Demonstrationen, um ihre Solidarität mit Palästina zu bekunden.



Ziel der SDAJ-Ortsgruppen war es, auf der Basis einer vernetzten Kommunikation die Einheit der Jugendorganisation bei „Aktionen“ zu stärken. Damit sollte eine hessen- und bundesweite Aktionsfähigkeit ermöglicht werden. Gemeinsame Bildungsabende, Lesekreise und Konzerte sollten den Zusammenhalt der Mitglieder fördern. Darüber hinaus unterstützten sich die SDAJ und die DKP gegenseitig regelmäßig bei Veranstaltungen.

Personenpotenzial der SDAJ in Hessen (2020 bis 2024)



AURORA RÄTEAUFBAU

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Der Aurora Räteaufbau ist eine antiimperialistische Gruppierung, deren Namensbestandteile im orthodoxen Kommunismus eine besondere Bedeutung haben: Die aufgehende Sonne – personifiziert durch die römische Göttin Aurora – ist das Zeichen für den Anbruch einer neuen Zeit. Aurora hieß daher auch der russische Panzerkreuzer, der mit einem Kanonenschuss das Signal für den Beginn der Oktoberrevolution 1917 gab. Der zweite Namensbestandteil bezieht sich auf das Räteystem, so wie es etwa in Deutschland 1918/19 im Zuge der Novemberrevolution für kurze Zeit bestand. Ziel des Aurora Räteaufbaus ist nach eigenen Angaben nichts „weniger als die Revolution: ein radikaler Bruch und die Umwälzung des Bestehenden“. Langfristig sei geplant, eine „Sammlungsbewegung revolutionärer Kräfte“ aufzubauen, in der eine „Strategie für den Aufstand, genauso wie Grundlagen für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft“ erarbeitet und umgesetzt würden. Aufgabe sei es, die „Feinde“ zu „kennen“ und zu „bekämpfen“. Ziel müsse es sein, den „bürgerlichen Parlamentarismus nicht nur [zu] zerschlagen[,] sondern durch selbstverwaltete Rätestrukturen“ zu ersetzen und letztlich eine „kommunistische Gesellschaft“ zu schaffen.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>Zwischen 2020 und 2021 in einer Reihe von neugegründeten linksextremistischen Gruppen mit autoritärer, antiimperialistischer Ausrichtung und Kaderstruktur.</p>
 <p>Gewalt</p>	<p>Veröffentlichungen der Gruppierung, vor allem im Vorfeld von Demonstrationen, sind von einer aggressiven, kämpferischen Sprache geprägt, womit Gewaltbereitschaft verdeutlicht werden soll. Bislang kam es lediglich im Rahmen der 1.-Mai-Demonstration 2021 zu Gewalt aus dem vom Aurora Räteaufbau gebildeten Block.</p>
 <p>Regionale Schwerpunkte</p>	<p>Frankfurt am Main.</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen 30, keine Angabe bundesweit.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Insbesondere die offen vorgetragene Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaats und die Bestrebung, diesen durch eine „Rätestruktur“ ersetzen zu wollen, ist nicht vereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dies gilt auch für die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols und der rechtsstaatlichen Ordnung bei gleichzeitiger Befürwortung von Gewalt zur Erreichung der eigenen politischen Ziele. Damit richtet sich der Aurora Räteaufbau gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und wird gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>

„Gegen Krieg, Krise, Kapitalismus“

Wie in der Vergangenheit war der Aurora Räteaufbau im Berichtsjahr maßgeblich an der Organisation der „Revolutionären 1. Mai-Demonstration“ in Frankfurt am Main beteiligt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Zeit sich zu wehren! Zusammen kämpfen gegen Krieg, Krise, Kapitalismus“. Dabei ging es um die „zunehmende Weltkriegsgefahr, explodierende Preise als Folge der Inflation“ und den Klimawandel. In einer Pressemitteilung des linksextremistisch beeinflussten Bündnisses Revolutionärer Erster Mai Frankfurt hieß es: „Wahlen bringen keine Veränderungen, nur der gemeinsame Kampf von unten kann die

Unterdrückten befreien und den Kapitalismus als ausbeuterisches System abschaffen!“ Im Rahmen der Demonstration kam es zu einigen szenetypischen Straftaten wie etwa Sachbeschädigungen.

Außerdem beteiligte sich der Aurora Räteaufbau an den „antimilitaristischen“ Protesten der linksextremistisch beeinflussten Kampagne „Rheinmetall entwaffnen“ in Kiel (Schleswig-Holstein). Wie im Vorjahr teilte der Aurora Räteaufbau auf Instagram einen „zweiteiligen Film über den Kampf der Kommunistischen Partei der Philippinen und New People’s Army“.

ERGEBNISSE LINKSEXTREMISTISCHER PARTEIEN BEI DEN WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Aus dem linksextremistischen Spektrum traten drei Parteien zur Europawahl am 9. Juni an: die DKP, die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) und die Sozialistische Gleichheitspartei, Vierte Internationale (SGP), wobei keine der Vorgenannten einen Sitz im Europäischen Parlament errang.

Die DKP erhielt bundesweit 14.945 Stimmen (= 0,0 Prozent), davon entfielen auf Hessen 1.319 Stimmen. Gegenüber dem Ergebnis von 2019 verbesserte sich die Partei in Hessen marginal um 83 Stimmen, bundesweit verschlechterte sie sich um 5.451 Stimmen und verlor damit 0,1 Prozentpunkte.

Die MLPD kam bundesweit auf 13.551 Stimmen (= 0,0 Prozent), davon entfielen auf Hessen 675 Stimmen. Gegenüber dem Ergebnis von 2019 verlor die Partei in Hessen 177 und bundesweit 4.791 Stimmen.

Die SGP gewann bundesweit 5.926 Stimmen (= 0,0 Prozent), in Hessen erhielt sie 456 Stimmen. Damit verbesserte sie ihr Ergebnis in Hessen im Vergleich zur letzten Europawahl leicht um 74 und bundesweit um 643 Stimmen.

Die DKP kommentierte das Wahlergebnis der Europawahl „als schwere Niederlage für die Friedenskräfte“, wodurch die „Kriegspolitik der EU weiter par-

lamentarisch gestützt“ werde. Die MLPD bemerkte zum Ergebnis der AfD: „Wer AfD wählt, wählt Faschismus!“ Beide Parteien forderten in Aufrufen an ihre Mitglieder und Anhänger, dass man gemeinsam eine starke Bewegung bilden müsse, um gegen Krieg, „sozialen Kahlschlag“ und Faschismus zu kämpfen. In der „Rechtsentwicklung“ sah die MLPD eine „neue Qualität der faschistischen Gefahr“. Auch Teile der autonomen Szene reagierten auf das Wahlergebnis der AfD. So formulierte unter anderem die IL Marburg ein Statement, in dem sie darauf hinwies, dass die AfD „nicht alleine an der Wahlurne“ zu stoppen sei.

Infobox

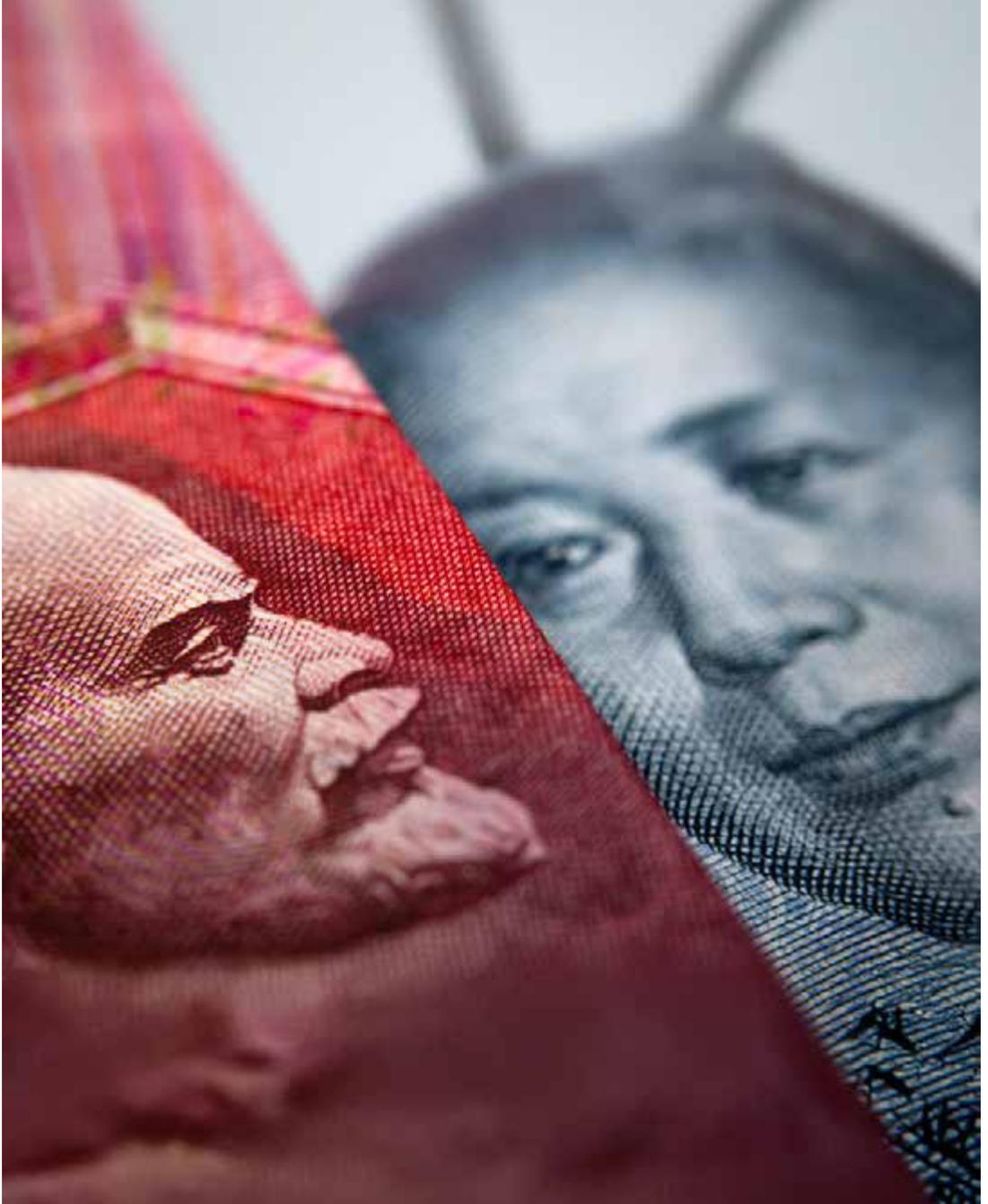


Die marxistisch-leninistisch ausgerichtete **DKP** will ihrem Programm zufolge einen „revolutionären Bruch“ herbeiführen und strebt als erste Stufe zur Verwirklichung des Kommunismus eine sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung an. „Antikapitalismus“, „Antifaschismus“ und „Antimilitarismus“ sind bevorzugte Themen- und Aktionsfelder der DKP.

Die **MLPD** ist dagegen maoistisch-stalinistisch orientiert und sieht in der russischen Oktoberrevolution von 1917 und in der Herrschaft Mao Zedongs in China laut ihrer Erklärung „Über uns“ Vorbilder für die Verwirklichung eines „echten Sozialismus“. Dabei setzt die Partei vor allem auf die Indoktrinierung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Die **SGP** ist Teil der von Leo Trotzki, einem maßgeblichen Stalin-Gegner, gegründeten Vierten Internationalen. Die Partei ist laut ihrer Grundsatzerklärung der Auffassung, dass die „sozialistische Revolution [...] nicht im nationalen Rahmen [...], sondern nur auf Weltebene“ vollendet werden kann. Dabei prägt die „Theorie der permanenten Revolution“ das Programm und die politische Identität der SGP.





ISLAMISMUS

- Salafismus
- Legalistischer Islamismus
- Sonstige Beobachtungsobjekte und Ereignisse

INFOBOX

Der Islam als Religion wird vom Verfassungsschutz nicht beobachtet. Muslime genießen – wie Anhänger aller anderen Religionen auch – in Deutschland das Grundrecht auf Religionsfreiheit nach Art. 4 GG. Unter Islamismus wird eine politische Ideologie verstanden, deren Ziel es ist, die bestehende Gesellschaftsordnung vollständig nach islamischen Vorstellungen zu verändern.

Die totalitäre Veränderung einer Gesellschaft nach islamistischen Vorstellungen widerspricht den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung: Das politische System einer demokratisch legitimierten Volksvertretung würde durch eine totalitär agierende Theokratie ersetzt, Rechtsstaatlichkeit und unveräußerliche Menschen- und Bürgerrechte würden abgeschafft.

Der Islamismus ist keine einheitliche und in sich geschlossene Ideologie. Alle Islamisten eint jedoch ein ideologischer Kern: Die Vorstellung, sämtliche Probleme der Gegenwart durch eine Rückkehr zu einer idealisierten islamischen Frühzeit zu lösen und auf diese Weise eine universelle Ordnung zu schaffen, die dem Islam und seiner Glaubensgemeinschaft den höchsten Stellenwert einräumt. Antisemitismus und die dazugehörigen Verschwörungsnarrative verbinden Islamisten über ideologische Unterschiede hinweg. Ziel ist stets die Errichtung eines islamistischen Gottesstaates; die entsprechenden Strategien, Mittel und Wege sind abhängig von Zeit, Ort und ideologischen Grundlagen.

„Legalisten“, wie etwa die Anhänger der Muslimbruderschaft, versuchen mit legalen Mitteln durch politische Teilhabe Einfluss zu gewinnen, um Schritt für Schritt Schutzgüter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu unterminieren und auf lange Sicht zu beseitigen.

Salafisten sehen sich als Verfechter eines ursprünglichen, unverfälschten Islams. Ihre religiöse Praxis und Lebensführung richten sie ausschließlich an den Prinzipien des Korans, dem Vorbild des Propheten Muhammad und den ersten drei muslimischen Generationen aus. Unterschieden wird zwischen dem in erster Linie missionierenden politischen und dem gewalttätigen jihadistischen Salafismus. Allerdings sind die Übergänge zwischen beiden Bereichen fließend.

Für islamistische Organisationen wie die Harakat al-Muqāqama al-Islamiya (HAMAS, Islamische Widerstandsbewegung) oder die Hizb Allah (Partei Gottes) stellt der Kampf gegen die Existenz Israels das wesentliche Ziel dar, das mit militärischen und terroristischen Mitteln erreicht werden soll.

Islamistisches Personenpotenzial hessen- und bundesweit (2020 bis 2024)¹

	2020	2021	2022	2023	2024
Islamisten gesamt					
Hessen	4.170	4.000	3.865	3.890	3.890
Bund	28.715	28.290	27.480	27.200	28.280
davon Salafisten					
Hessen	1.650	1.450	1.370	1.400	1.400
Bund	12.150	11.900	11.000	10.500	11.000

1 Die Zahlen sind teilweise geschätzt und gerundet.

Islamistische Straf- und Gewalttaten in Hessen (2020 bis 2024)

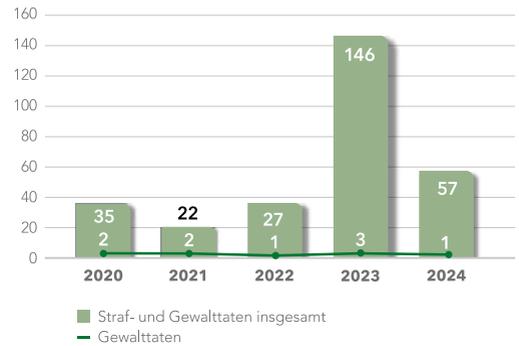
	2020	2021	2022	2023	2024
Deliktart					
Tötung	0	0	0	0	0
Versuchte Tötung	0	0	0	0	0
Körperverletzung	2	2	1	1	0
Brandstiftung/Sprengstoffdelikte	0	0	0	0	0
Landfriedensbruch	0	0	0	0	0
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	0	0	0	0	0
Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstands- und Sexualdelikte	0	0	0	2	1
Gewalttaten insgesamt	2	2	1	3	1
Sonstige Straftaten					
Sachbeschädigung	2	0	0	0	0
Nötigung/Bedrohung	2	1	1	4	2
Andere Straftaten	29	19	25	139	54
Straf- und Gewalttaten insgesamt	35	22	27	146	57



Islamistisches Personenpotenzial in Hessen (2020 bis 2024)*



Islamistische Straf- und Gewalttaten in Hessen (2020 bis 2024)



WICHTIGE ENTWICKLUNGEN

- Im Vergleich zu 2023 (146) nahm im Berichtsjahr die **Anzahl der islamistischen Straf- und Gewalttaten** signifikant um 89 ab und betrug nun 57. Auch die Zahl der Gewalttaten sank von drei Delikten (2023) auf ein Delikt. Der maßgebliche Rückgang lag im Bereich „andere Straftaten“ von 139 (2023) auf 54, wovon 24 Propagandadelikte waren.
Ebenso wie im Vorjahr wurden 2024 im Bereich „andere Straftaten“ im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt vermehrt Fälle der Billigung von Straftaten, der Volksverhetzung sowie des Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen bzw. des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen registriert.
- Gegenüber 2023 blieb das **islamistische Personenpotenzial** in Hessen im Berichtsjahr unverändert bei 3.890 Personen. Nachdem das salafistische Personenpotenzial 2021 (1.450) und 2022 (1.370) zurückgegangen war, stieg dieses 2023 leicht auf 1.400 Personen und blieb im Berichtsjahr konstant auf diesem Niveau.
- Im Bereich des politischen Salafismus fanden in Hessen ähnlich wie 2023 nur noch vereinzelt öffentliche Vortragsveranstaltungen statt. Ausnahmen bildeten überregional populäre Prediger wie Ahmad Armih (alias Abul Baraa) und Amen Dali, die insbesondere bei jüngerem Publikum – auch

außerhalb der salafistischen Szene – Anklang fanden. Armih predigte bereits 2023 in der Sunnah-Moschee in Fulda (Landkreis Fulda) und Dali in der Bilal-Moschee in Frankfurt am Main. Da gerade Jüngere in der Regel leichter zu beeinflussen sind, besteht bei diesen eine besonders hohe Gefahr der Radikalisierung.

Das Veranstaltungsangebot der Bilal-Moschee ist zwar nicht vollends als salafistisch zu bewerten. Amen Dali prägte aber als Hauptimam die ideologische Ausrichtung der Moschee und des Trägervereins maßgeblich. Dadurch besteht das Risiko, dass mittelfristig eine salafistische Moschee von herausgehobener Bedeutung im Rhein-Main-Gebiet entsteht. Amen Dali instrumentalisierte betont strikte Frömmigkeit und die Ablehnung aller davon abweichenden Lebensentwürfe, um das Szenario einer Bedrohung des Islams zu entwerfen. Dagegen müssten sich die Muslime in Form eines frommen Lebens nach salafistischer Lesart wehren. Durch die Verbreitung dieser Weltanschauung trug Dali zur Konstruktion von Feindbildern und zur Herausbildung einer gruppenbezogenen Identität in Abgrenzung zur demokratischen Mehrheitsgesellschaft bei. Seine Predigten wurden auch auf YouTube veröffentlicht und erreichten so einen großen Adressatenkreis. Obwohl die Anzahl öffentlicher Auftritte salafistischer Prediger zurückging, ist mittelfristig wieder

mit einer Zunahme zu rechnen, da öffentliche Veranstaltungen es ermöglichen, Personen, die bisher noch keinen oder kaum Kontakt zu der salafistischen Szene hatten, für deren Ideologie zu gewinnen und an sich zu binden. Persönliche Kontakte und soziale Bindungen eignen sich, um Radikalisierungsverläufe voranzutreiben.

Langjährige Angehörige der salafistischen Szene beteiligten sich nicht an öffentlichen Veranstaltungen und missionierten vor allem im eigenen Umfeld, sodass sich die Anhängerschaft der Szeneangehörigen langsam aber kontinuierlich vergrößerte. Moscheen, die nicht ihrer Ideologie entsprachen, wurden ausschließlich zum Beten besucht. Grundsätzlich besteht jedoch die Gefahr, dass durch eine große salafistische Personengruppe die Moschee in ihrer Ausrichtung beeinflusst wird. In der Vergangenheit führte dies bis hin zur Verdrängung anderer Besucher und der Übernahme der Moschee durch Salafisten.

Im Berichtsjahr prägten salafistische Prediger und einflussreiche salafistische Laien nachhaltig das Informationsangebot über den Islam in den sozialen Medien. Kurze und prägnante Videos, die sich in ihrer Aufmachung kaum von den Clips von Influencern unterschieden, präsentierten vermeintlich grundsätzlich gültiges Wissen über den Islam. Auf diese Weise versuchten Salafisten, die Deutungshoheit über den Islam auch in der digitalen Welt zu erlangen und auch jüngere Zielgruppen anzusprechen.

- Dass die vom **jihadistischen Salafismus ausgehende Terrorgefahr** unvermindert hoch ist, wurde unter anderem durch die Anschläge in Mannheim (Baden-Württemberg), Solingen (Nordrhein-Westfalen) und München (Bayern) deutlich. Sowohl die jihadistische Propaganda als auch entsprechende Anschläge können allein handelnde Personen oder Kleingruppen weltweit weiter radikalisieren und diese zu schwersten Straftaten motivieren.

Die jihadistische Propaganda griff im Berichtsjahr aktuelle Ereignisse gezielt auf, um sie für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Anhänger sollten hierüber mobilisiert und Anschläge gerechtfertigt

werden. Die Glorifizierung von Attentätern im Zusammenhang mit aktuellen Themen und Aufrufen zum Jihad kann für Sympathisanten eine zusätzliche Motivation sein, Anschläge zu begehen, um den Status als „Märtyrer“ zu erlangen. Durch Aufrufe zu Anschlägen mit Bezug zu Ereignissen wie der EM in Deutschland sollten in der Bevölkerung Unsicherheit und Angst geschürt werden.

- Die der 2003 mit einem Betätigungsverbot belegten **Hizb ut-Tahrir (HuT, Partei der Befreiung)** nahestehende Gruppierung **Realität Islam (RI)** nutzte im Berichtsjahr ausschließlich die sozialen Medien, um eine möglichst hohe Wirkung ihrer Ideologie in der muslimischen – insbesondere der sunnitischen – Gemeinschaft zu erzielen. Dabei beanspruchte RI weiterhin, alleinige Vertreterin und ausschließliches Sprachrohr „der Muslime“ in Deutschland zu sein. Ziel der HuT ist die „Befreiung“ aller Muslime von „Unterdrückung“ und deren Vereinigung in einem auf islamischem Recht gegründeten weltweiten „Kalifat“.

RI reagierte innerhalb kürzester Zeit auf Ereignisse, wobei im Berichtsjahr der Nahostkonflikt im Vordergrund stand und andere aktuelle, gesellschaftlich relevante Themen in den Hintergrund traten. Dabei verdrehte RI Tatsachen und interpretierte diese im Sinne ihrer islamistischen Ideologie, um ihre Anhänger zu emotionalisieren. Hierzu knüpfte RI gezielt an Diskriminierungs-





erfahrungen von Muslimen an und verunglimpft die Integrationspolitik als „Assimilationsterror“ und „Bekennniszwang“. Dies verband RI zusätzlich mit dem Ziel, auch außerhalb ihrer Anhängerschaft Muslime für sich zu gewinnen. Dabei vermied die Gruppierung in ihrer Rhetorik weitgehend eindeutig extremistische Äußerungen. Daraus ergab sich die Gefahr einer Abgrenzung bis hin zu einer Abschottung von der demokratischen Mehrheitsgesellschaft in Form einer Parallelgesellschaft. Diese bot einen Nährboden für extremistische Radikalisierung.

Insgesamt zielte RI mit ihrer Propaganda darauf ab, systematisch das Vertrauen in die demokratisch verfasste Politik und Gesellschaft sowie den Rechtsstaat zu zerstören. Vor allem im Kontext des Nahostkonflikts vertrat RI islamistische bzw. antisemitische Positionen und äußerte diese weitaus offener als in der Vergangenheit. Mit Bezug auf den Sturz des Assad-Regimes in Syrien unterstrich RI die Bedeutung des Kalifats für die Muslime. Die Gruppierung betonte, dass es deren Pflicht sei, die muslimische Gemeinschaft (arab. *umma*) zu unterstützen, um diese einmalige Chance der Wiedererrichtung des Kalifats zu nutzen.

- Anhänger der **Muslimbruderschaft (MB)** und ihrer nahestehender Organisationen bemühten sich auch im Berichtsjahr, deren Ideologie politik- und gesellschaftsfähig zu machen und ihre breite Akzeptanz zu verschaffen. Dies geschah im Rahmen einer von der MB auf lange Frist angelegten Unterwanderungsstrategie. Da die MB nicht unter ihrem Namen agierte, sondern aus einem weitverzweigten Netzwerk von Organisationen heraus, fiel es ihren Protagonisten oft leicht, als unbefangene Partner von Politik und Zivilgesellschaft aufzutreten. Mit dem Europäischen Institut für Humanwissenschaften e. V. (EIHW), dem Rat der Imame und Gelehrten in Deutschland (RIGD) und dem Fatwa-Ausschuss in Deutschland haben drei wesentliche, der MB zuzurechnenden Organisationen ihren Sitz in Hessen.

Die Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V. (DMG) war weiterhin bemüht, öffentlich nicht als politische Agitatorin für die MB in Erscheinung zu treten. Indem sie unter anderem darauf verzichtete, internationale Veranstaltungen der MB öffentlich zu unterstützen oder Beileid zum Tod des prominenten MB-Anführers Youssef Nada zu bekunden, versuchte sie den Anschein zu erwecken, im Einklang mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu stehen.

- Zur **Millî-Görüş-Bewegung** gehörten im Berichtszeitraum in der Türkei die Saadet Partisi (SP, Partei der Glückseligkeit), die in Deutschland durch den Saadet Europa e.V. (SP Europa) und in Hessen durch den Saadet Deutschland Regionalverein Hessen e.V. (SP Hessen) repräsentiert wurde.

Die Erinnerung an den maßgeblichen Gründer der Millî-Görüş-Bewegung, Necmettin Erbakan, und sein Lebenswerk standen auch 13 Jahre nach dessen Tod im besonderen Fokus seiner Anhänger. Nach wie vor verehrten SP-Angehörige Erbakan als identitätsstiftende Leitfigur, universales Vorbild und geistigen Führer. So besuchten Vertreter der Jugendabteilung der SP Hessen im Rahmen eines Bildungscamps in der Türkei das Grab Erbakans sowie die Gräber weiterer hochgeachteter Protagonisten der Millî-Görüş-Bewegung.

Dass sich mehrere Funktionäre der SP Hessen dauerhaft auf höheren Organisationsebenen engagierten, spiegelte deren hohen Stellenwert sowohl für die SP Europa als auch die SP Türkei wider. Funktionäre aus Hessen waren bei allen Schulungen und Treffen der SP Europa präsent und vereinzelt Teil von Delegationen, die in der Türkei oder bei deren Deutschlandbesuchen mit der Parteiführung zusammenkamen.

Die Zeitung Millî Gazete spielte weiterhin eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der Ideologie und Propaganda der Millî-Görüş-Bewegung, wobei sie regelmäßig antisemitische Beiträge veröffentlichte und offenkundig versuchte, ihre Leser entsprechend zu beeinflussen.

Dass sich der Landesverband Hessen der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş e. V. (IGMG) bei einer Veranstaltung in Kelsterbach (Kreis Groß-Gerau) intensiv mit Necmettin Erbakan beschäftigte, zeigt, dass es entgegen öffentlicher Verlautbarungen keine aufrichtige Abkehr von dessen Ideologie gab und der maßgebliche Gründer der Millî-Görüş-Bewegung weiterhin als „Vorreiter“ betrachtet wird.

- Im Zuge des **Verbots des Islamischen Zentrums Hamburg e. V. (IZH)** durchsuchte die Polizei auch in Hessen drei Objekte und stellte umfangreich Asservate sicher. Das IZH hatte die Programmatik der „iranischen Revolution“ propagiert und war ein Mitgliedsverein der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e. V. (IGS), der in Hessen das in Frankfurt am Main ansässige Zentrum der Islamischen Kultur (ZIK) angehörte.
- In Frankfurt am Main fand die bundesweit einzige und in Hessen bislang größte **al-Quds-Demonstration** statt, die vor allem unter Islamisten traditionell als ein Appell zur „Befreiung“ Jerusalems von „zionistischer Besatzung“ gilt. Im Unterschied zu den Vorjahren war die Teilnehmermenge sehr heterogen, was vor allem aus deren propalästinensischen Haltung resultierte. Vorab war für die Veranstaltung mit der Parole „Stoppt die Auslöschung Palästinas! Groß-Demo für Gaza“ geworben worden, das Demonstrationmotto selbst lautete „Stoppt den Krieg“. Die von einem großen Polizeiaufgebot begleitete Veranstaltung verlief anmeldekonform und friedlich.

WICHTIGE BEGRIFFE

Eine **Theokratie** ist eine Form von Herrschaft, bei der die religiöse und die staatliche Ordnung eine Einheit bilden. Allein Gott oder sein Stellvertreter bzw. ein Kollektiv von religiösen Autoritäten sind als Machthabende legitimiert, die religiösen und staatlichen Regeln zu definieren und durchzusetzen. Im Islam bildet das Kalifat mit einem Kalifen an der Spitze eine solche theokratische Herrschaftsform.

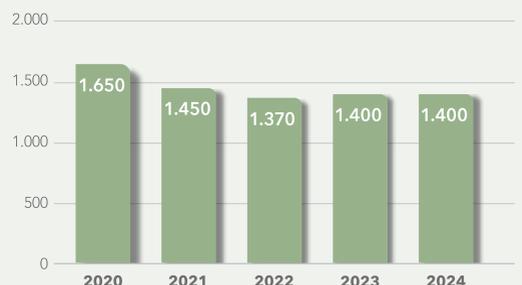
Scharia ist das auf Koran und Sunna religiös begründete Recht des Islams. Es regelt nicht nur Rechtsfragen (zum Beispiel zur Ehe oder zum Strafrecht), sondern enthält der Idee nach die Gesamtheit der aus der Offenbarung zu gewinnenden Normen für das Handeln des Menschen im Verhältnis zu Allah und zu den Mitmenschen. Nach traditioneller, heute jedoch nicht mehr von allen Muslimen geteilter Überzeugung ist die Verwirklichung der Scharia ein zentraler, unverzichtbarer Bestandteil der islamischen Religion⁶.

SALAFISMUS

<p>Kurzprofil</p>	<p>Salafisten propagieren die idealisierte Reislamisierung nach angeblich unverfälschten Werten im Einklang mit den Geboten Allahs. Sie bezwecken die Wiederentdeckung des angeblich „reinen Islams“ der ersten drei Generationen der Muslime, seine Erhaltung und universelle Ausdehnung. Im Diesseits ist nach salafistischer Auffassung eine gottgefällige Lebensweise nur möglich, wenn die Lebensweise des Propheten Muhammad nachgeahmt wird und die göttlichen Regeln und Prinzipien beachtet werden. Ein Kalifat nach historischem Vorbild wird als das anzustrebende Gesellschaftsmodell angesehen. Ideologisch setzt sich der Salafismus aus einer politischen und einer jihadistischen Bewegung zusammen.</p>
<p>Entstehung</p>	<p>Die bekannteste Ausprägung des Salafismus beruht zum großen Teil auf Mohammed Ibn Abd al-Wahhab, dessen Lehre sich seit dem 18. Jahrhundert vom heutigen Saudi-Arabien aus über die islamische Welt verbreitete. Der jihadistische Salafismus entstand in den 1980er-Jahren in Afghanistan.</p>
<p>Gewalt</p>	<p>Politische Salafisten agieren in der Regel gewaltlos, während jihadistische Salafisten ihrer „Anstrengung für Allah“ (arab. <i>jihad</i>) eine gewalttätige, aktiv kämpferische Komponente beimessen. Der gewalttätige Jihad wird zur individuellen Glaubenspflicht erhoben und ist in der Perspektive jihadistischer Salafisten ein legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele.</p>
<p>Regionale Schwerpunkte</p>	<p>Rhein-Main-Gebiet, Kassel.</p>
<p>Personenpotenzial</p>	<p>Die Gesamtzahl der Salafisten betrug in Hessen 1.400, davon gehörte etwas mehr als die Hälfte dem Spektrum des jihadistischen Salafismus an. Bundesweit belief sich die Gesamtzahl der Salafisten auf 11.000.</p>
<p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Der Salafismus ist eine zentrale Strömung im Islamismus, die durch die strenge Anwendung islamischer Rechtsvorschriften und die Ablehnung menschengemachter Gesetze gekennzeichnet ist. Salafisten orientieren sich ausschließlich am Koran und der Sunna (Prophetentradition). Sie glorifizieren die islamische Frühzeit, pflegen ein großes Erwählungsbewusstsein und streben danach, ihre Ideologie der gesamten Gesellschaft aufzuzwingen und diese nach salafistischen Normen umzugestalten. Der bestehende Rechtsstaat soll nach ihren Vorstellungen abgeschafft und durch einen Gottesstaat auf Basis der Scharia ersetzt werden. Dabei beanspruchen Salafisten auch innerhalb des Islams die alleinige Deutungshoheit über diese Normen. Verfassungsfeindliche Bestrebungen von politischen und jihadistischen Salafisten werden nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>



Entwicklung des Personenpotenzials der salafistischen Szene in Hessen (2020 bis 2024)



Ereignisse/Entwicklungen im politischen Salafismus

Themen



- Salafistische Prediger in Hessen
- Salafistische Moscheen
- Da'wa-Aktionen
- Salafistische Sozialisation

Salafistische Prediger in Hessen

Die Sunnah-Moschee des Vereins Muslime-Fulda e. V. in Fulda (Landkreis Fulda) richtete im Februar eine Veranstaltung des salafistischen Influencers Dehran Asanov (alias Abdelhamid) aus. Im Oktober wurde der in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) wohnhafte Prediger wegen des Vorwurfs der Hinterziehung

von Spendengeldern verhaftet. Weitere Auftritte überregional bedeutsamer salafistischer Prediger in Hessen wurden im Berichtsjahr nur vereinzelt festgestellt.

Dieser Rückgang der Veranstaltungen im Bereich des politischen Salafismus fiel in Hessen sehr deutlich aus, zumal die Prediger im Vorjahr manchmal niedrige dreistellige Besucherzahlen erreicht hatten. So war der Prediger Ahmad Armih (alias Abul Baraa) aus Berlin – einer der wichtigsten deutschsprachigen Salafisten – 2023 regelmäßig in der Sunnah-Moschee in Fulda aufgetreten. Im Berichtsjahr fokussierten sich salafistische Prediger aus Hessen auf ihr unmittelbares Umfeld der Szeneangehörigen und nahmen überregional keine relevante Rolle ein.

Eine Ausnahme bildeten die Aktivitäten des politischen Salafisten Amen Dali. Obwohl er in mehreren

Infobox



Im Mittelpunkt der salafistischen Glaubenslehre steht das **Bekenntnis zu einem einzigen Gott**. Nahezu identisch mit wahhabitischen Auslegungen fassen Salafisten die in den islamischen Glaubensquellen benannten Attribute Allahs wortwörtlich auf. Im Islam bezeichnet der Begriff **tauhid** die Lehre von der absoluten „Einheit und Einzigartigkeit Gottes“ (Monotheismus). Salafisten leiten aus dem *tauhid*-Prinzip ab, dass Allah der alleinige Herrscher und die Scharia das einzig erlaubte Gesetz sei. Folglich lehnen Salafisten das Volk als Träger der Staatsgewalt und von Menschen gemachte Gesetze als „unislamisch“ ab. Dieses *tauhid*-Verständnis als Wesenskern der salafistischen Doktrin gilt es nach Auffassung ihrer Anhänger unter allen Umständen vor inneren wie äußeren Verzerrungen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu schützen.

Politische Salafisten sind missionarisch aktiv, indem sie die Bekehrung zum Islam und dessen Verbreitung (arab. *da'wa*) betreiben und auch Formen der religiösen Erziehung und der Beratung (arab. *nasiha*) nutzen. Auf diese Weise wollen politische Salafisten ihr Umfeld auf den

angeblich wahren Weg Allahs zurückführen und zum Übertritt zum Islam nach ihrem Verständnis bekehren. Sie orientieren sich an den frommen Altvorderen (arab. *as-salaf as-salih*), der Doktrin von Loyalität und Lossagung (arab. *al-wala wa-l-bara*) und richten ihr ganzes Leben nach den Regeln des Islams in salafistischer Auslegung aus. Grundsätzlich meiden Salafisten das politische Engagement, um die Reinheit der monotheistischen Doktrin des *tauhid* zu erhalten und vor angeblich islamfremden Einflüssen zu schützen. Salafisten sind daher in Hessen weder parteipolitisch noch in vergleichbarer Form im öffentlichen Diskurs im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Gestaltungsprozesse aktiv. Dennoch kann die salafistische Doktrin auf gesellschaftliche Bereiche einwirken und somit politischen Einfluss entwickeln. Der Einsatz von Gewalt ist bei politischen Salafisten nicht kategorisch auszuschließen, stellt jedoch im Unterschied zu den Anhängern des globalen Jihadismus nicht per se ihr bevorzugtes Mittel zur Veränderung der Verhältnisse dar.

Bundesländern aktiv war, etablierte sich die Bilal-Moschee des Marokkanisch-Islamischen Kulturvereins e.V. in Frankfurt am Main als seine Hauptwirkungsstätte. In seiner Funktion als Imam übernahm Dali im Berichtsjahr die Freitagspredigten, hielt Vorträge und trat bei Veranstaltungen der Moschee auf. Außerdem hielt Dali zunehmend Vorträge in anderen Moscheen in Hessen und weiteren Bundesländern. Dalis ideologisches Gerüst ergibt sich aus seiner Orientierung an den *as-salaf as-salih*, der *al-wala wa-l-bara* sowie der salafistischen Ausrichtung des Lebens. Er vermittelte zudem, dass Zugehörigkeit und Herzengüte lediglich jenen Muslimen vorbehalten seien, die ihr Leben gemäß diesen Regeln führten.

Die Bilal-Moschee war aufgrund ihrer Größe und Bekanntheit sowie der zahlreichen Angebote – insbesondere für Kinder und Jugendliche – eine ideale Wirkungsstätte für Amen Dali, um seine Ideologie zu verbreiten. Die Moschee lud seine auf Arabisch und Deutsch gehaltenen Freitagspredigten auf YouTube hoch, wodurch er eine noch größere Reichweite erlangte und für die Moschee als „Publikumsmagnet“ fungierte.

Salafistische Moscheen

Zwar gab es im Berichtsjahr auch salafistische Moscheen in Hessen, jedoch keine mit herausgehobener Bedeutung. Es existierten verschiedene salafistisch beeinflusste Moscheen, die jedoch keine größere Außenwirkung entfalteten, sondern lediglich als Treff- und Kontaktorte für Personen aus dem salafistischen Spektrum dienten. Langjährige Szeneangehörige schotteten sich gegenüber anderen Muslimen eher ab. Statt einer öffentlichen und stark nach außen gerichteten Da'wa missionierten die politischen Salafisten intensiv im engeren sozialen Umfeld. Dadurch entstanden ideologisch stark gefestigte Gruppen, die regelmäßig auch nichtsalafistische Moscheen besuchten, dabei aber weitgehend unter sich blieben.

Da'wa-Aktionen

Gruppen wie Was ist Islam? und Islam kennenlernen aus Frankfurt am Main gelang es im Berichtsjahr weiterhin nicht, an den früheren Erfolg bundesweiter Street-Da'wa-Aktionen wie LIES! und We love Muham-

mad anzuknüpfen. Offenbar konnten sie vor allem den Kreis der aktiv beteiligten Personen nicht erweitern. Wegen der niedrigen Zahl ihrer Angehörigen war es für Was ist Islam? und Islam kennenlernen schwierig, regelmäßig in der Öffentlichkeit aufzutreten. Auftritte in den sozialen Medien hatten eine nur geringe Strahlkraft, sodass höchstens von einer begrenzten Rekrutierung weiterer Anhänger auszugehen ist.

Salafistische Sozialisation

Verschiedene Angebote aus dem salafistischen Spektrum offerierten muslimischen Kindern und Jugendlichen eine Möglichkeit, scheinbar unverfänglich mehr über den Islam zu erfahren: So wurden über soziale Medien islamische Kinderbücher und Spielzeug angeboten. Neben klassischem Koran- oder Sprachunterricht galt dies auch für Events für Kinder, bei denen Spaß und Gemeinschaft im Vordergrund stehen sollten. Bei solchen Events oder anderen Veranstaltungen wurden Kindergeschichten erzählt, die teilweise live in den sozialen Medien übertragen wurden. Die Inhalte wiesen meistens keinen islamistischen Bezug auf. Ziel solcher Angebote von salafistischen Predigern war es, zunächst einen Zugang zu Kindern und Jugendlichen zu gewinnen, um den Grundstein für eine Erweiterung ihres Anhängerkreises und die Verbreitung ihrer islamistischen Ideologie zu legen.



Ereignisse/Entwicklungen im jihadistischen Salafismus

Themen



- Aktivitäten bzw. Propaganda jihadistischer Terrororganisationen
- Bundesweite jihadistische Anschlagplanungen
- Jihadistisch motivierte Anschläge
- Verurteilungen

Aktivitäten bzw. Propaganda jihadistischer Terrororganisationen

Die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) baute ihre Untergrundstrukturen in ihren ehemaligen Einflussgebieten im Mittleren Osten weiter aus und nutzte diese für Anschläge auf lokale Machthaber und staatliche Strukturen. Nach dem Sturz des Assad-Regimes in Syrien und der Machtübernahme durch das jihadistische Hai'at Tahrir al-Sham (HTS, Komitee zur Befreiung der Levante) und unterstützende Gruppierungen im Dezember bleibt abzuwarten, wie sich die künftigen Machtverhältnisse gestalten und auf die dortigen IS-Strukturen auswirken werden. Zuletzt stand das HTS dem IS feindlich gegenüber.

In Nord- und Westafrika sowie in Asien waren Ableger des IS weiterhin aktiv, wobei sie einschlägige Propaganda verbreiteten und Anschläge begingen. In ihrer Propaganda nahmen jihadistische Organisationen zu aktuellen Ereignissen Stellung und riefen zu Anschlägen im „Westen“ auf. Die Verfasser stammten dabei sowohl aus dem Lager von al-Qaida als auch dem des IS. Darüber hinaus waren in der Vergangenheit verübte Anschläge geeignet, radikalisierte, allein handelnde Täter weiterhin zu schwersten Straftaten zu motivieren. Europa einschließlich Deutschland befand sich unverändert im Zielspektrum jihadistischer Attentäter und terroristischer Organisationen. Da die Propaganda die Mobilisierung (potenzieller) Kämpfer, Anhänger und Unterstützer begünstigte, war diese nach wie vor ein zentrales Thema für jihadistische Terrororganisationen. Mit geringem logistischem Aufwand verbreiteten sie weltweit über das

Internet aufwändig gestaltetes jihadistisches Material in großem Umfang und in verschiedenen Sprachen, um einen großen Adressatenkreis zu erreichen. Regelmäßig waren darin Anleitungen für Anschläge, Empfehlungen für Tatmittel und Instruktionen für das Herstellen von Sprengstoff enthalten. Um insbesondere allein handelnde Täter zu motivieren und ihnen eine religiöse Legitimation für Anschläge zu geben, setzte die jihadistische Propaganda darauf, durch emotionale Sprache und Themen sowie durch muslimische Opfernarrative Hass auf Andersdenkende zu schüren. Dabei wurden vor allem Ereignisse wie Koranschändungen oder der Nahostkonflikt aufgegriffen und als Beispiele einer grundsätzlichen Muslimfeindlichkeit des „Westens“ dargestellt. Frühere Attentäter wurden immer wieder als „Vorbilder“ herangezogen und zu „Märtyrern“ stilisiert.

Gerade Kommunikationsplattformen im Internet waren geeignet, nicht nur jihadistische Propaganda zu verbreiten, sondern Kontakte aufzubauen und sich zu vernetzen. Ziel war es, Personen außerhalb organisationsgebundener Strukturen und Netzwerke für Anschläge zu gewinnen. Das Nutzen sozialer Medien und Messengergruppen eignete sich dazu, auch Minderjährige zu erreichen. Aufgrund des detaillierten „Lehrmaterials“ aus dem Internet waren Sympathisanten des Jihads weltweit in der Lage, sich selbst auszubilden und zu handeln, ohne unmittelbar in eine Terrororganisation eingebunden zu sein. Dies umfasste sämtliche jihadistische Aktionsformen: Propaganda, Anwerbung, Spendenakquise, Transfer von Geldmitteln bis hin zu Anschlägen.

Im Berichtsjahr thematisierte der IS unter anderem die UEFA Champions League, die EM und die Olympischen Spiele. Mit Bildcollagen riefen IS-nahe Medienstellen zu Anschlägen während der Wettkämpfe auf. Für Deutschland wurden als Anschlagort spezifisch Berlin, München (Bayern) und Dortmund (Nordrhein-Westfalen) genannt. Auch der IS-Ableger Islamischer Staat Provinz Khurasan (ISPK) veröffentlichte in seinem wichtigsten Sprachrohr, dem Propagandamagazin Voice of Khurasan, entsprechende Aufrufe.

Bundesweite jihadistische Anschlagplanungen

• Gera (Thüringen), 19. März:

Die Polizei nahm einen 23- und einen 30-Jährigen fest, beide afghanische Staatsangehörige, da diese seit 2023 als Reaktion auf die Koranschändungen in verschiedenen skandinavischen Ländern im Namen des ISPK einen Anschlag auf das schwedische Parlament mit Schusswaffen geplant haben sollen. Dazu hatten beide in Absprache mit ISPK-Funktionären konkrete Vorbereitungen getroffen. Insbesondere hatten sie im Internet zu den örtlichen Verhältnissen rund um den möglichen Tatort recherchiert und mehrfach (wenngleich erfolglos) versucht sich Waffen zu beschaffen. Die beiden Männer hingen spätestens seit 2023 der IS-Ideologie an und hatten in Deutschland Spenden in Höhe von etwa 2.000,- Euro für in Nordsyrien inhaftierte IS-Mitglieder gesammelt und das Geld über Mittelsmänner der Terrororganisation zukommen lassen. Einer der Männer hatte sich im August 2023 von Deutschland aus dem ISPK angeschlossen; ihm wird die Betätigung als Mitglied einer terroristischen Vereinigung im Ausland vorgeworfen. Ferner stehen beide Beschuldigte im Verdacht, eine terroristische Vereinigung im Ausland unterstützt, sich zur Begehung eines Verbrechens verabredet und Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz begangen zu haben.

• Frankfurt (Oder) in Brandenburg, 4. September:

Die Polizei nahm einen 15-jährigen Syrer in Gewahrsam und durchsuchte dessen Wohnung. Er soll in Kontakt mit einem 19-Jährigen aus der Schweiz gestanden haben, der zusammen mit einem 17-Jährigen einen Anschlag auf ein Konzert der Sängerin Taylor Swift im August in Wien (Österreich) geplant haben soll. Der 15-Jährige soll den 19-Jährigen, in dessen Wohnung die Polizei chemische Substanzen zur Herstellung einer Bombe, Messer und andere Stichwaffen fand, zu dem Anschlag ermutigt haben. Darüber hinaus gab es Überlegungen, ein Attentat auf eine „Veranstaltung von Homosexuellen“ zu verüben. Beide Personen sollen sich im Internet radikalisiert und der 19-Jährige soll online dem IS die Treue geschworen haben. Die insgesamt drei geplanten Konzerte der Sängerin in Wien wurden vom Veranstalter aus Sicherheitsgründen abgesagt.

Infobox

Jihadistische Salafisten teilen zentrale Glaubensprinzipien des politischen Salafismus, leiten daraus jedoch Legitimationen für eigene Handlungsmuster ab. Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal ergibt sich aus dem Verhältnis zur Gewalt. Der „Anstrengung für Allah“ (arab. *jihad*) messen Jihadisten eine gewaltorientierte, aktiv kämpferische Komponente bei, die zur individuellen Glaubenspflicht erhoben wird und dadurch in ihrer Perspektive die Durchsetzung revolutionärer Zwecke rechtfertigt.

Entgegen der Agenda des politischen Salafismus sehen Jihadisten primär in der Gewaltanwendung die Möglichkeit, „Tyrannen“ und „Ungläubige“ zu bekämpfen. Verhaftet in den islamischen Überlieferungen vom Tag des Jüngsten Gerichts, streben Jihadisten nach der Auslöschung aller „unislamischen“ und „ungläubigen“ Elemente, die sie in Regierungen, anderen Religionen und auch anderen islamischen Glaubensgemeinschaften verkörpert sehen. Der gewaltsame „kleine Jihad“ besitzt in den ideologischen Auffassungen der verschiedenen Gruppen, die insgesamt den globalen Jihadismus bilden, unterschiedliche Formen und wird entsprechend vielfältig legitimiert und angewendet. Während der „kleine Jihad“ den kämpferischen Einsatz zur Verteidigung oder Ausdehnung des islamischen Herrschaftsgebiets beschreibt, bezeichnet der „große Jihad“ das geistig-spirituelle Bemühen der Gläubigen, das richtige religiöse und moralische Verhalten gegenüber Allah und den Mitmenschen einzulösen.

• Bayern, 12. September:

Die Polizei nahm einen 27-jährigen Syrer fest, der geplant haben soll, in Hof (Bayern) möglichst viele Bundeswehrsoldaten zu töten. Hierfür hatte er sich einige Tage zuvor zwei 40 cm lange Macheten gekauft. Mit der Tat wollte er Aufsehen erregen und in der Bevölkerung ein Gefühl der Verunsicherung hervorrufen.

Jihadistisch motivierte Anschläge

Europa und somit auch Deutschland befanden sich unverändert im Zielspektrum jihadistischer Attentäter und terroristischer Organisationen:

- **Zürich (Schweiz), 2. März:**

Nach dem Besuch einer Synagoge wurde ein 50-jähriger Jude von einem 15-Jährigen mit tunesischen Wurzeln mit einem Messer angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Zwei Tage später tauchte im Internet ein Video auf, in dem der Täter sich zum IS bekannte und sich als „Soldaten des Kalifats“ bezeichnete.

- **Mannheim (Baden-Württemberg), 31. Mai:**

Ein 25-jähriger afghanischer Staatsangehöriger griff bei der Vorbereitung einer islamkritischen Kundgebung des Vereins Bürgerbewegung Pax Europa die vor Ort beteiligten Personen mit einem Jagdmesser an. Dabei verletzte er sechs Menschen. Einer der angegriffenen Polizisten wurde derart schwer verwundet, dass er später seinen Verletzungen erlag. Der in Hessen lebende Täter, der sich zur Ideologie des IS bekannte, ist mittlerweile wegen Mordes, fünf-fach versuchten Mordes und wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt.

- **Solingen (Nordrhein-Westfalen), 23. August:**

In der Absicht, möglichst viele „Ungläubige“ zu töten, stach ein 26-jähriger Angreifer mit einem Messer gezielt auf Besucher eines Festivals ein. Der syrische Staatsangehörige tötete drei Personen, acht wurden zum Teil schwer verletzt. Die Polizei nahm

den Täter am nächsten Tag fest. Der IS reklamierte mit einem Bekenner schreiben und einem Video den Anschlag für sich. In dem Video ist eine verummumte Person – der angebliche Täter – mit einer Machete zu sehen, die einen Treueid auf den Anführer des IS ablegt. Dem mutmaßlichen Täter wird die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland, Mord in drei Fällen sowie versuchter Mord und gefährliche Körperverletzung in acht weiteren Fällen vorgeworfen.

- **München (Bayern), 5. September:**

Mit einem Gewehr mit aufgesetztem Bajonett schoss ein 18-jähriger österreichischer Staatsangehöriger auf das NS-Dokumentationszentrum, das israelische Generalkonsulat und zwei weitere Gebäude. Im folgenden Schusswechsel mit der Polizei wurde der Täter schwer verletzt und verstarb vor Ort.

Auch außerhalb Europas kam es im Berichtsjahr zu Anschlägen und Angriffen durch islamistische Einzeltäter oder Gruppierungen. Hierzu gehören folgende Anschläge:

- **Mogadischu (Somalia), 15. März:**

Mindestens sechs Menschen kamen bei einem Terrorangriff der islamistischen Harakat al-Shabaab al Mujahidin (al-Shabaab, Bewegung der Mujahidin-Jugend) auf ein Hotel in der Nähe des Präsidentenpalasts ums Leben, etwa zehn wurden verletzt. Ein Selbstmordattentäter war mit einem Auto vor das Gebäude gefahren und hatte Sprengsätze gezündet. Anschließend waren die Terroristen in das Hotel eingedrungen.

- **Krasnogorsk (Russland), 22. März:**

Vier bewaffnete Männer griffen mit Messern und Sturmgewehren in der vollbesetzten Crocus City Hall die Besucher eines Konzerts an, wobei mehr als 140 Menschen getötet und etwa 380 verletzt wurden. Kurz darauf bekannte sich der ISPK per Video zu dem Anschlag.

- **Provinz Nord-Kivu (Kongo), 14. Juni:**

Bei einem Angriff der islamistischen Miliz Alliierte Demokratische Kräfte (ADF) wurden mehr als 40 Menschen getötet. Die ursprünglich aus Uganda stam-



menden ADF war mit dem IS verbündet und griff immer wieder zivile Ziele an. Bereits in der Woche zuvor waren durch Überfälle der ADF über 40 Menschen ums Leben gekommen.

- **Derbent und Machatschkala (Russland),
27. Juni:**

Bei Anschlägen auf Polizeiposten, Kirchen und eine Synagoge in der russischen Republik Dagestan im Kaukasus wurden 20 Menschen getötet, darunter 15 Polizisten. Dem Geistlichen einer orthodoxen Kirche wurde die Kehle durchgeschnitten, über 30 Personen wurden verletzt. Fünf der Angreifer wurden getötet. Ob die Täter als autonome Gruppe agierten oder sich dem IS angeschlossen hatten, war unklar. Der IS gratulierte den „Brüdern im Kaukasus“ zu den Anschlägen, reklamierte diese aber nicht für sich.

Verurteilungen

Das OLG Frankfurt am Main verurteilte eine 39-jährige Frau am 24. Januar zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren und drei Monaten. Sie wurde der mitgliedschaftlichen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung im Ausland in drei Fällen, davon in zwei Fällen in Tateinheit mit Kriegsverbrechen gegen Eigentum, schuldig gesprochen. Das Urteil ist rechtskräftig. Die Frau war 2014 nach Syrien ausgewandert, um sich dort dem IS anzuschließen und ein Mitglied der Terrororganisation zu heiraten. Sie befürwortete die „Kampfhandlungen“ ihres Mannes und unterstützte ihn in vielfacher Hinsicht. Zudem versuchte sie, weitere Personen für den IS anzuwerben, indem sie sich auf Facebook an heiratswillige Frauen wandte und ihre Unterstützung bei der Ausreise aus Deutschland bzw. Europa in das Herrschaftsgebiet des IS anbot. 2017 wurde die Frau mit ihren beiden in Syrien geborenen Kindern auf der Flucht in die Türkei von kurdischen Volksverteidigungseinheiten festgenommen. Sie lebte bis zu ihrer Rückführung nach Deutschland 2022 in durch kurdische Kräfte kontrollierten Flüchtlingslagern in Syrien. Seitdem befand sie sich in Haft.

Das OLG Frankfurt am Main sprach am 13. Mai einen 32-Jährigen unter anderem wegen der mitgliedschaftlichen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung im Ausland und Kriegsverbrechen gegen

das Eigentum schuldig und verurteilte ihn zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von fünf Jahren. Das Urteil ist rechtskräftig. Der Mann war 2016 gemeinsam mit seiner Ehefrau in den Irak ausgewandert, um sich dem IS anzuschließen. Dort absolvierte er eine Kampfausbildung, leistete Wachdienste und stand dem IS als „Kämpfer“ zur Verfügung. 2017 wurden er und seine Frau bei der Flucht aus dem IS-Gebiet von kurdischen Sicherheitskräften festgenommen. Bis zu seiner Rückführung nach Deutschland Ende 2022 befand er sich im Irak in Haft. In Deutschland wurde er bis März 2023 in Untersuchungshaft genommen.

Am 11. Oktober verurteilte das OLG Frankfurt eine 33-Jährige wegen der mitgliedschaftlichen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung im Ausland sowie der Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Das Urteil ist rechtskräftig. Gemeinsam mit ihrem Ehemann und ihren beiden minderjährigen Kindern war die Frau 2011 in die pakistanische Region Waziristan ausgewandert, um sich dort der Islamischen Bewegung Usbekistan (IBU) anzuschließen. Nach dem Tod ihres Ehemanns wurde sie mit einem anderen Kämpfer der IBU zwangsverheiratet. Nach ihrer Flucht heiratete sie erneut und zog mit ihrem dritten Ehemann 2014 nach Syrien, um sich dem IS anzuschließen. Der Ehemann absolvierte eine Kampfausbildung und war vor allem für die Versorgung der Hinterbliebenen gefallener „Kämpfer“ zuständig. Um der vom IS vorgeschriebenen Geschlechtertrennung gerecht zu werden, band der nach islamischem Ritus angetraute Ehemann seine Frau in sämtliche Tätigkeiten ein, die den direkten Kontakt zu den Witwen erforderte. Sie befürwortete die Ideologie, Ziele und Handlungsweisen des IS, unterwarf sich dessen Regeln und unterstützte ihren Ehemann. 2019 ergaben sich beide den Einheiten der kurdischen Volksverteidigung, als diese Baghuz, das letzte territoriale Gebiet des IS, einnahmen. Die Frau wurde 2022 nach Deutschland zurückgeführt und unmittelbar nach ihrer Ankunft für drei Monate in Untersuchungshaft genommen.

LEGALISTISCHER ISLAMISMUS

HIZB UT-TAHRIR (HUT, PARTEI DER BEFREIUNG)

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Die mit einem Betätigungsverbot belegte HuT ist weltweit in über 40 Staaten mit etwa einer Million Mitgliedern präsent. Ziel der panislamischen Organisation ist die „Befreiung“ aller Muslime von „Unterdrückung“ und deren Vereinigung in einem weltweiten „Kalifat“ mit islamischer Rechtsordnung. Insbesondere in den sozialen Medien gibt es zahlreiche Gruppierungen mit Bezügen nach Hessen, die eine ideologische Nähe zur HuT aufweisen. Hierzu gehört die im Rhein-Main-Gebiet ansässige Gruppierung Realität Islam (RI).</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>1953 im damals von Jordanien besetzten Ostteil Jerusalems von dem palästinensischen Politiker Taqi ad-Din an-Nabhani gegründet, der der MB nahestand.</p>
 <p>Gewalt</p>	<p>Aus Sicht der HuT haben „unterdrückte Muslime“ das Recht auf „Selbstverteidigung“ mit allen Mitteln. Daher billigt die HuT oft Gewalttaten anderer islamistischer Gruppierungen.</p>
 <p>Regionale Schwerpunkte</p>	<p>RI fokussiert sich auf die digitale Präsenz auf Plattformen wie Facebook, Instagram, YouTube, X und TikTok. Zahlreiche virtuelle Kontakte von RI und anderen HuT-nahen Gruppierungen zum Beispiel nach Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Berlin und Niedersachsen sind Belege für die bundesweiten ideologischen Überschneidungen der dort tätigen Gruppierungen.</p>
 <p>Führung</p>	<p>Ata Abu al-Rashta (alias Abu Yasin).</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen in den letzten Jahren unverändert 100, bundesweit 850. HuT-Angehörige treten in Deutschland wegen des Betätigungsverbots nicht offen in Erscheinung.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Ziel der HuT ist die Vereinigung der weltweiten Gemeinschaft der Muslime (arab. <i>umma</i>) in einer Theokratie ohne nationale Grenzen unter der Führung eines Kalifen, der die Scharia verbindlich durchsetzt. Islam und Demokratie sind für die HuT nicht miteinander vereinbar. Sie veröffentlichte in den vergangenen Jahren zahlreiche Manifeste auf ihrer Internetseite für den deutschsprachigen Raum, die aufgrund ihrer islamistischen Programmatik auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zielen. Die HuT-nahe Gruppierung RI vertritt eine antiliberalen, antipluralistische und antidemokratische Haltung sowie ein elitäres Verständnis im Sinne einer Überlegenheit von Muslimen gegenüber der „westlichen“ Gesellschaft. Verlautbarungen von RI belegen, dass zwischen ihr und der HuT nicht nur eine ideologische Nähe besteht, sondern sie auch aktiv die tatsächliche Umsetzung einiger HuT-Leitlinien betreibt. Die HuT wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 4 HVSG beobachtet.</p>
 <p>Betätigungsverbot</p>	<p>2003 sprach der Bundesminister des Innern ein Betätigungsverbot gegen die HuT aus, 2006 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht das Verbot und verwies in seiner Begründung auf Art. 9 Abs. 2 GG, wonach Vereinigungen verboten sind, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten. In dem Urteil hieß es ferner, dass die HuT zur gewaltsamen Beseitigung des Staates Israel und zur Tötung von Menschen aufgerufen und dadurch der friedlichen Lösung der israelisch-palästinensischen Interessensgegensätze entgegengewirkt habe.</p>

Themen



- Verbot der HuT in Großbritannien
- Reaktionen auf das Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH)
- Sturz der syrischen Regierung
- Reaktionen auf den Anschlag in Magdeburg

Verbot der HuT in Großbritannien

Das Verbot der HuT wurde am 19. Januar in Großbritannien durch das britische Innenministerium als „terroristische und antisemitische Organisation“ vollzogen. HuT-nahe Kanäle aus dem deutschsprachigen Raum sowie einzelne RI-Anhänger kommentierten das Verbot. Es wurde unter anderem als „logische Konsequenz einer westlichen Verbotspolitik“ und als „Werkzeug einer Assimilationspolitik“ bezeichnet.

Reaktionen auf das Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH)

Darüber hinaus reagierte RI auf das am 24. Juli ausgesprochene Verbot des IZH und der dazugehörigen Teilorganisationen, wie das in Frankfurt am Main ansässige Zentrum der islamischen Kultur (ZIK). In einer Stellungnahme auf Instagram hieß es, das vom Bundesministerium des Innern verfügte Verbot sei „islamfeindlich motiviert“, ein „Angriff gegen das islamische Leben in Deutschland“ und eine „Fortset-

zung der Wertediktatur“. Zugleich betonte RI, dass „egal welcher islamischen Glaubensüberzeugung man folgt man zusammenstehen“ müsse. In Kommentaren zu dem RI-Beitrag stand, dass „Demokratie, Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit in Deutschland nur lächerliche Parolen sind, die in Wirklichkeit nicht existieren“, Vereinsverbote „dekadent und oberflächlich“ seien und der Staat nicht verstehe, was „freiheitlich-demokratisch“ oder „rechtsstaatliches Handeln“ sei.

Sturz der syrischen Regierung

Auf die Einnahme von Damaskus (Syrien) durch das islamistische HTS und den Fall der syrischen Regierung am 8. Dezember reagierte RI mit einer Veröffentlichung auf Instagram. Versehen mit dem Titel „Die Umma und ihre Riesenchance, die sie nicht verpassen darf“, zeigte eine Bildcollage mehrere Flag-



Infobox



Die **HuT-Programmatik** sieht eine klare Abgrenzung der *Umma* gegenüber angeblich frevelhaften und moralisch verkommenen Regierungsformen vor. Auch RI-Verantwortliche kritisierten regelmäßig „Regierungssysteme“, „Medienschaffende“ und das demokratisch verfasste Wertesystem. RI sah die Muslime in einer Opferrolle und argumentierte in der Regel aus einer Verteidigungsperspektive heraus. RI-Protagonisten prangerten in ihren Videobotschaften die deutsche Politik und Gesellschaft an und kritisierten, dass „Muslime systematisch kriminalisiert und marginalisiert“ und

Grundzüge der islamischen Lebensweise „dämonisiert“ würden. Im angeblichen staatlichen „Assimilationsdruck“ sieht RI eine permanente Gefährdung der islamischen Identität. Gleichzeitig beklagt die Gruppierung fortwährend, dass von Seiten des Staates keine Identifikationsangebote gemacht würden, die es Muslimen ermöglichen, an der Gesellschaft teilzuhaben, ohne ihre Identität aufgeben zu müssen. Vor staatlichen Repressionen seien Muslime nur in einem islamischen Kalifat sicher, das ihre islamische Identität bewahre.

gen mit den Schriftzügen „Nationalismus“, „Säkularismus“, „Koloniale Ordnung“ und „Islam“. Hierzu postete RI: „Die Umma steht womöglich vor ihrer Chance des Jahrhunderts. Bashar Al-Assad wurde durch die Händen [sic] der Umma und mit der Erlaubnis Allahs (t) auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen“. RI mahnte, dass es ein Fehler wäre, sich nur mit der „Beseitigung Bashar Al-Assads zu begnügen“ und dass dieser Fehler im Diesseits wie im Jenseits bitter bereut würde. „Die Umma [habe] die Herrschaft über ihren Boden zurückerlangt“. Die Unterstützung der Umma sei eine Verpflichtung, der „unmittelbar nachgegangen werden müsse, um die Gerechtigkeit Allahs (t)“ herzustellen. Außerdem sprach RI von der Möglichkeit, den „Islam als allumfassende Lebensordnung in Form der Wiedererrichtung des Kalifats im nahen [sic] Osten“ zu etablieren.

Reaktionen auf den Anschlag in Magdeburg

Nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) am 20. Dezember veröffentlichte RI bis Jahresende drei Videos, die Anfang Januar 2025 zwischen 8.300 und 11.400 Klicks erreichten. Aus dem Attentat konstruierte RI eine allgemein islamfeindliche Haltung in Deutschland. Die Sprecher der Videos betrachteten Medien und Politik für diese angeblich fremden- und islamfeindliche Stimmung in Deutschland als verantwortlich. Der Attentäter von Magdeburg sei „nur der Vollstrecker“ einer hasserfüllten Atmosphäre gewesen, in der er in Deutschland sozialisiert worden sei. RI nahm zudem Bezug auf frühere Attentate. Magdeburg habe denselben ideologischen Hintergrund wie „Hanau“ oder „Halle“. Immer seien Minderheiten die Opfer, wobei Muslime besonders häufig betroffen seien.



MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB)/DEUTSCHE MUSLIMISCHE GEMEINSCHAFT E. V. (DMG)

	<p>Kurzprofil</p> <p>Die ägyptische MB ist in zahlreichen Staaten der Welt vertreten. Sie ist die einflussreichste und älteste islamistische Bewegung unter den Sunniten. Ziel der MB ist die Errichtung eines weltumspannenden Gemeinwesens als Theokratie auf der Grundlage von Koran und Sunna. In Deutschland ist die DMG die größte Organisation, welche die Ideologie der MB vertritt. In Anlehnung an ihre Mutterorganisation bemüht sich die DMG durch soziales und religiöses Engagement und Dialogangebote um Akzeptanz in der Gesellschaft. Im Rahmen ihrer auf lange Sicht angelegten Unterwanderungsstrategie zielen diese Versuche jedoch letztlich darauf ab, die Ideologie der MB in Deutschland gesellschaftsfähig zu machen und die Gesellschaft sukzessive zu durchdringen.</p>
	<p>Entstehung</p> <p>1928 von dem Volksschullehrer Hasan al-Banna als Reaktion auf die zunehmende Europäisierung in Ägypten gegründet. 1960 rief Said Ramadan, ein Schwiegersohn al-Bannas und hoher MB-Funktionär, in München (Bayern) die Moscheebau-Kommission e. V. ins Leben. Daraus ging unter anderem 1982 die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD) hervor, die sich 2018 in DMG umbenannte.</p>
	<p>Gewalt</p> <p>Offiziell lehnt die MB Gewalt ab, sie befürwortet jedoch bestimmte Gewaltformen wie den militanten Jihad. Vor allem hinsichtlich des israelisch-palästinensischen Konflikts werden gewalttätige und terroristische Mittel als legitim angesehen. Einige MB-Akteure sprechen sich zudem für <i>hadd</i>-Strafen (Körperstrafen) aus.</p>
	<p>Regionale Schwerpunkte</p> <p>Der DMG sind bundesweit verschiedene Moscheegemeinden und sogenannte Islamische Zentren zuzuordnen, die formal von ihr unabhängig sind, aber Kontakte zu ihr unterhalten. In Hessen befinden sich solche Zentren in Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) und Frankfurt am Main.</p>
	<p>Führung</p> <p>Muhammad Badi (Ägypten).</p>
	<p>Personenpotenzial</p> <p>In Hessen in den letzten Jahren unverändert 300, bundesweit 1.450.</p>
	<p>Zuzurechnende Organisationen</p> <p>Harakat al-Muqawama al-Islamiya (HAMAS, Islamische Widerstandsbewegung) im Gazastreifen (palästinensisches Autonomiegebiet), al-Nahda (Tunesien), al-Ikhwan al-Muslimun fi Suriya (Die Muslimbrüder in Syrien).</p>
	<p>Verfassungsfeindlichkeit</p> <p>In dem von der MB angestrebten System bilden Islam und Politik eine unauflösbare Einheit, in der weder die Volkssouveränität noch die Freiheit und Gleichheit der Menschen einen demokratisch legitimierten und geschützten Raum finden. Die umfassende Durchsetzung der Scharia ist oberstes Leit- und Ordnungsprinzip und Grundlage des politischen und sozialen Lebens. Ein schariakonformer Staat begrenzt die Frauenrechte und die Rechte religiöser Minderheiten und schränkt die Pressefreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf freie Religionsausübung ein. Die MB wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 HVSG beobachtet.</p>

Themen

- Deutsch- und arabischsprachiges Bildungsprogramm
- Veranstaltungen im Ausland
- Tod Youssef Nadas



Deutsch- und arabischsprachiges Bildungsprogramm

Das Europäische Institut für Humanwissenschaften e. V. (EIHW) bot zwei Modulreihen, die jeweils Ende April starteten, als islamisches Bildungsprogramm in deutscher Sprache an. Die Kurse sollten online am Wochenende mit einem Arbeitspensum von 20 Stunden pro Fach stattfinden. Am 19. November begann am EIHW das auf sechs Semester ausgelegte Studium islamischer Wissenschaften als Onlinestudengang. Das EIHW warb für das arabischsprachige Studium öffentlich auf seiner Facebook-Seite und wies auf die „elitären Professoren und Spezialisten“ als Lehrende hin.

Veranstaltungen im Ausland

Vom 21. Juli bis 4. August veranstaltete das CEM das „Erste europäische Camp für den Heiligen Koran“ in Istanbul (Türkei). Zu den Referenten zählten auch Ver-

treter des EIHW. Organisiert vom EUIMAMS, fand in Sarajevo (Bosnien-Herzegowina) vom 20. bis 30. August der „Erste Europäische Kongress über die Sunna und die Prophetenbiographie“ statt. Die Veranstaltung richtete sich an Personen im Alter von 18 bis 35 Jahren und wurde von dem CEM und RIGD unterstützt. An dem Kongress nahmen neben EIHW-Vertretern Personen aus anderen Ländern, die MB-nahen oder von ihr finanzierten Organisationen angehörten, als Referenten teil. Insgesamt waren 140 Personen aus 14 Ländern anwesend. Für die Veranstaltung war zuvor online über die sozialen Medien und Plattformen wie X und YouTube geworben worden.



Infobox



Die **Ideologie der MB** zielt auf die Errichtung einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung, deren Grundlage Koran und Sunna sowie die Scharia bilden. Statt Begriffen wie „islamischer Staat“ oder „Anwendung der Scharia“ verwendet die MB teils neue, aber inhaltsgleiche Begriffe wie „Zivilstaat“ und „islamischer Referenzrahmen“. Dabei ist die umfassende Durchsetzung der Scharia oberstes Leit- und Ordnungsprinzip und ein wesentlicher Bestandteil der MB-Ideologie, da sie die Rechts- und Gesellschaftsordnung bestimmt und somit die wichtigste Grundlage des politischen und sozialen Lebens ist.

Yusuf al-Qaradawi, ein 2022 verstorbener und nach wie vor für die MB wichtiger Ideologe, sah den Islam als eine untrennbare Einheit von Gesetz, Macht, Staat und Jihad an. Ein Glauben ohne Scharia oder eine Trennung zwischen religiöser und politischer Macht war für ihn nicht möglich. Sein *wasatiyya*-Konzept (Mittelweg) gilt für die MB global als „Referenzrahmen“, wobei das Konzept als gemäßigter und konservativer Islam, als „Islam der Mitte“ deklariert wird, tatsächlich aber eine islamistische Ideologie umfasst.

Tod Youssef Nadas

Am 22. Dezember verstarb in Lugano (Schweiz) im Alter von 93 Jahren Youssef Nada, ein prominenter Anführer der MB. Er hatte sich früh der MB zugewandt und wurde zum „Außenbeauftragten“ bzw. „De-facto-Außenminister“ der MB. Drei Tage später hielt die MB in Istanbul (Türkei) eine Kondolenzver-

anstaltung mit internationaler Beteiligung ab. Auch Anhänger aus Hessen kondolierten und bezeichneten Nada als „weisen Mann mit großer Wirkung“.

Infobox

In Europa, das heißt auch in Deutschland, bestand ein weit verästeltes **Netzwerk der MB**, mit dessen Hilfe deren Sympathisanten und Angehörige versuchten, Ideologie und Ziele der Organisation zu verbreiten. Dabei trat die MB in Deutschland nicht offen in Erscheinung.

Das **EIHW** wurde 2012 mit Sitz in Frankfurt am Main nach dem Vorbild der Europäischen Institute für Humanwissenschaften in Großbritannien (European Institute of Human Sciences, EIHS) und in Frankreich (Institut Européen des Sciences Humaines, IESH) als Verein gegründet. Im darauffolgenden Jahr nahm das EIHW seinen Lehrbetrieb auf. Als Schulungsstätte dient das EIHW der Verbreitung der MB-Ideologie und ist eine Kadenschmiede für MB- und DMG-Funktionäre.

Der in Dublin (Irland) ansässige **European Council for Fatwa and Research (ECFR, Europäischer Rat für Fatwa und Forschung)**, der bis 2018 unter dem Vorsitz des inzwischen verstorbenen MB-Ideologen Yusuf al-Qaradawi stand, gehörte dem europäischen Netzwerk der MB an und erließ regelmäßig Rechtsgutachten (arab. *fatwa*) für die in Europa lebenden Muslime. Maßgebliche Aufgabe des ECFR ist es, sich als religiöse Instanz in Europa zu etablieren. Hierfür veröffentlichte er 2019 die „Euro-Fatwa“-App, mit der die Nutzer die seit 1997 getroffenen ECFR-Fatwas und -Entscheidungen in den Sprachen Arabisch, Englisch, Italienisch und Spanisch thematisch sortiert abrufen konnten.

Der **European Council of Imams (EUIMAMS, Europäischer Rat der Imame)** trat 2019 in Paris (Frankreich) erstmals auf und bestand laut eigener Aussage aus rund 50 Mitgliedern aus etwa 20 europäischen Ländern. Unter den Mitgliedern

des Rates befanden sich Personen aus Hessen, die Verbindungen zum MB-/DMG-Netzwerk unterhielten. Ziel der Organisation war es unter anderem, die Aktivitäten verschiedener islamischer Organisationen zu koordinieren, als Interessenvertretung zu fungieren, die islamische Präsenz im demokratischen politischen und gesellschaftlichen Bereich zu fördern sowie die islamische Identität zu festigen.

Ähnlich wie der ECFR auf europäischer Ebene erhob der **Rat der Imame und Gelehrten in Deutschland (RIGD)** für Deutschland den Anspruch, als wissenschaftliche Autorität in Fragen der Koraninterpretation für hier lebende Muslime zu fungieren. Der RIGD – seit 2004 mit Sitz in Frankfurt am Main – steht sowohl organisatorisch als auch ideologisch der DMG nahe.

Die Mitglieder des 2016 gegründeten **Fatwa-Ausschusses in Deutschland** waren teilweise Mitglieder des ECFR. Der Fatwa-Ausschuss in Deutschland mit Sitz in Frankfurt am Main übernahm die Fatwas des ECFR, übersetzte sie ins Deutsche und veröffentlichte sie auf der eigenen Internetseite sowie in sozialen Medien. Die Fatwas basierten zum Teil auf islamrechtlichen und islamisch-rituellen Vorgaben der Scharia, die nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu vereinbaren sind.

In Europa wurde die streng hierarchisch organisierte MB durch den **Council of European Muslims (CEM)**, einen europäischen Dachverband MB-naher Organisationen mit Sitz in Brüssel (Belgien), vertreten. Eigenen Angaben zufolge vereinigte der CEM Organisationen aus 28 Staaten, darunter viele nationale Dachverbände.



MILLÎ-GÖRÜŞ-BEWEGUNG

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Unter der Bezeichnung Milli-Görüş-Bewegung werden bestimmte islamistische Bestrebungen türkischen Ursprungs zusammengefasst. Ihr verbindendes Element liegt in der Orientierung an der Ideologie der türkischen Bewegung Millî Görüş (<i>nationale Sicht</i>), die im Wesentlichen auf den Politiker Necmettin Erbakan zurückgeht. Er stellte sich gegen die vom Gründer der modernen Republik Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, eingeführte Trennung von Staat und Religion und wollte diese zugunsten einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung auf dem Fundament von Koran, Sunna und Scharia überwinden. Erbakans Vision war es, eine „Großtürkei“ nach dem Vorbild des Osmanischen Reiches zu errichten. Zur Millî-Görüş-Bewegung gehören</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Saadet Partisi (SP, Partei der Glückseligkeit), in Deutschland vertreten durch den Saadet Europa e. V. und in Hessen repräsentiert durch den Saadet Deutschland Regionalverein Hessen e. V. (im Folgenden als SP Europa oder SP Hessen bezeichnet), • die Millî Gazete (Nationale Zeitung) und • Strukturen der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş e. V. (IGMG).
 <p>Entstehung</p>	<p>1969 von Necmettin Erbakan in der Türkei ins Leben gerufen.</p>
 <p>Regionale Schwerpunkte</p>	<p>Bundesweit gab es regionale Ableger der SP Europa, die deren Anhänger- und Wählerpotenzial in Deutschland zu aktivieren versuchten und so die Mutterpartei in der Türkei unterstützten.</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen in den letzten Jahren unverändert 1.450, bundesweit 10.000.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Die Millî-Görüş-Bewegung verbindet in ihrer Gesamtheit einen universalen türkisch-nationalistischen mit einem islamistischen Ansatz. Sie zielt darauf, eine aus ihrer Sicht schlechte, tyrannische, auf menschlicher Willkür gründende und damit vergängliche Ordnung durch die gute, von Allah vorgegebene und angeblich auf Wahrheit fußende Ordnung zu überwinden und eine auf den Rechtsvorschriften der Scharia beruhende islamische Ordnung zu realisieren. Antisemitische Aussagen sind ein fester Bestandteil der Bewegung. Mittels verschiedener Feindbilder fördert die Millî-Görüş-Bewegung eine Ablehnung des Gedankens der Völkerverständigung und den einer pluralistischen Gesellschaft. Die Millî-Görüş-Bewegung wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 4 HVSG beobachtet.</p>

Themen 

- Gedenken an Necmettin Erbakan und Recai Kutan
- Enge Bindung an die SP in der Türkei
- Aktivitäten der SP Hessen
- Antisemitismus in der Millî Gazete

Gedenken an Necmettin Erbakan und Recai Kutan

Anlässlich des 13. Todestages Necmettin Erbakans am 27. Februar fanden – wie in der Vergangenheit – im Umfeld der SP verschiedene Gedenkveranstaltungen im Rahmen der sogenannten Erbakan-Woche statt. In ihrer Ausgabe vom 27. Februar gedachte die Millî Gazete dem „Mücahid Erbakan“ (*Glaubenskämpfer*) und dessen „Kampf für die palästinensische Sache und gegen den Zionismus“. Ebenso huldigten Redner der SP Hessen, der SP Europa und der SP Türkei Erbakan am 3. März in Maintal (Main-Kinzig-Kreis). Ehrengast und Referent war Yakup Budak, Mitglied des Verwaltungsrats der SP Türkei.

Der IGMG Landesverband Hessen lud für den 25. Februar im Rahmen seiner traditionellen zentralen Veranstaltungsreihe „Önden Gidenler“ nach Kelsterbach (Kreis Groß-Gerau) ein, um seinen „Vorreitern“ zu gedenken. Aus der Berichterstattung ging hervor, dass diese Gedenkveranstaltung maßgeblich Necmettin Erbakan gewidmet war. Zu Beginn wurde den Besuchern ein Videoclip präsentiert, der Ausschnitte aus dem Leben des Politikers Erbakan zeigte. Aus der Rede des Vorsitzenden des IGMG-Landesverbands Hessen wurde dieser wie folgt zitiert:

„Wenn wir das Ziel erreichen wollen, müssen wir in die Fußstapfen derer treten, die vor uns gegangen sind. Andere werden sich bemühen, diese Spuren zu zerstören, sie vergessen zu machen. Sie sollten wissen, dass wir unsere Werte daraus schöpfen.“

Auch die anschließende Rede des Gastreferenten, ein Vertreter aus dem Zentralverband der IGMG, handelte im Wesentlichen vom Leben und Wirken Erbakans.

Infobox



Die IGMG ist laut ihrer Selbstdarstellung eine staatenübergreifend vernetzte Religionsgemeinschaft, die sich in Regionalverbände, Moscheegemeinden und weitere Zweigstellen aufgliedert. In Hessen gehörte der IGMG-Landesverband mit seinen nachgeordneten Strukturen der Millî-Görüş-Bewegung an.

Am 7. Oktober verstarb in Ankara (Türkei) Recai Kutan, ein politischer Weggefährte Erbakans, zudem ehemaliger Minister, Funktionär in verschiedenen türkischen Parteien und langjähriger Vorsitzender der türkischen SP. Kutan hatte für deren Anhänger eine herausragende Bedeutung und erfuhr bereits zu Lebzeiten eine ähnliche Verehrung wie Erbakan. In den letzten Jahren war die Begegnung mit ihm eine Art Höhepunkt während der Bildungsreisen der Jugendabteilung der SP Europa, an denen regelmäßig auch

Vertreter aus Hessen teilnahmen. Kutan wurde mit Beileidsbekundungen in den sozialen Medien auch von Vertretern aus Hessen bedacht.

Enge Bindung an die SP in der Türkei

Darüber hinaus besuchten im Berichtsjahr hochrangige türkische Parteifunktionäre die Zentrale der SP Europa in Duisburg (Nordrhein-Westfalen), um im Rahmen der Ratssitzungen über die politische Arbeit der SP in der Türkei zu informieren und die Aktivitäten der hiesigen Strukturen zu koordinieren. Im September kam etwa der Abgeordnete und stellvertretende SP-Vorsitzende Mahmut Arıkan und warb für seine Kandidatur um den Parteivorsitz in der Türkei. In der Millî Gazete vom 16. September hieß es, dass es „aufgrund des Gaza-Krieges umso wichtiger sei, dass die SP an die Macht komme und für Gerechtigkeit Sorge“. Arıkan wurde wie folgt zitiert: „Unser Hodscha Erbakan ist nicht mehr am Leben, jedoch gibt es Kader, die sein Erbe übernehmen können“. Im November übernahm Arıkan das Amt des Parteivorsitzenden von Temel Karamollaoğlu.

Der Vorstand der SP Europa traf gewöhnlich monatlich in der Zentrale zu Ratssitzungen zusammen, bei denen aktuelle Themen der SP Türkei diskutiert, künftige Aktivitäten abgestimmt und Aufgaben übertragen wurden. Vorstandsmitglieder bzw. Abgesandte der SP Hessen wohnten den Sitzungen stets bei. Im Anschluss fanden regelmäßig die Ratssitzungen der SP Hessen in ihrer Zentrale in Hanau (Main-Kinzig-Kreis) statt, bei denen wichtige Inhalte an die nachgeordneten Bereiche adressiert wurden.

Mehrere SP-Funktionäre aus Hessen gehörten der Vorstandsebene der SP Europa an. So war ein früherer Vorsitzender der SP Hessen für das Organisationswesen der SP Europa verantwortlich. Ein früherer Leiter der Jugendabteilung der SP Hessen war zeitweise als Leiter der Jugendabteilung der SP Europa aktiv, bevor er seit dem 9. November den Vorsitz der SP Hessen innehatte. Für den 30. November lud er in neuer Funktion zu der Veranstaltung „Eine neue Ära beginnt“ nach Hanau ein, bei der ein Gastreferent aus dem Vorstand der SP Türkei auftrat. Auch der Bildungsverantwortliche der SP Europa stammt aus

Infobox



Die Millî-Görüş-Bewegung will eine **auf der Scharia beruhende islamische Ordnung** realisieren. Da in der früher streng laizistisch orientierten Türkei das Propagieren eines entsprechenden Konzepts gravierende rechtliche Konsequenzen nach sich gezogen hätte, führte Erbakan neue Begrifflichkeiten ein: So gibt es in der Welt eine „gerechte“ (türk. adil düzen) und eine „nichtige“ (türk. batil düzen) Ordnung. Ziel müsse es sein, die schlechte, tyrannische, auf menschlicher Willkür gründende und damit vergängliche Ordnung durch die gute, von Allah vorgegebene und angeblich auf Wahrheit fußende Ordnung zu überwinden. Dies sei allein durch die Millî-Görüş-Bewegung zu erreichen. Die Verwirklichung dieser Gedanken propagiert die Millî-Görüş-Bewegung insbesondere in der Türkei, wo eine islamische Staats- und Gesellschaftsordnung nach den Grundlagen von Koran und Sunna geschaffen werden soll.

Antisemitische Aussagen sind von Beginn an fester Bestandteil der Millî-Görüş-Bewegung. In einem Interview erklärte Erbakan 2010:

„Seit 5700 Jahren regieren Juden die Welt. Es ist eine Herrschaft des Unrechts, der Grausamkeit und der Gewalt. Sie haben einen starken Glauben, eine Religion, die ihnen sagt, dass sie die Welt beherrschen sollen. Sehen Sie sich diese Ein-Dollar-Note an. Darauf ist ein Symbol, eine Pyramide von 13 Stufen, mit einem Auge in der Spitze. Es ist das Symbol der zionistischen Weltherrschaft. Die Stufen stellen vier ‚offene‘ und andere geheime Gesellschaften dar, dahinter gibt es ein ‚Parlament der 300‘ und 33 Rabbinerparlamente, und dahinter noch andere, unsichtbare Lenker. Sie regieren die Welt über die kapitalistische Weltordnung. [...] Wenn die Israelis in Frieden leben wollen, wäre es vielleicht besser, wenn sie zum Beispiel in Amerika lebten“.

Hessen, wo er früher als Vorsitzender eines Ortsvereins im Umfeld der IGMG fungiert hatte. Er war ferner Mitorganisator der ersten „Kitap ve Kültür Fuarı“ (Buch- und Kulturmesse), die vom 19. bis 28. April in Bischofsheim (Kreis Groß-Gerau) stattfand und an der – neben Vertretern anderer türkischstämmiger Organisationen – Abgesandte aus dem gesamten Spektrum der Millî-Görüş-Bewegung als Gäste oder Referenten teilnahmen.

Besonders im Jugendbereich bot die SP Hessen nahezu wöchentlich unterschiedliche Aktivitäten an. Neben den obligatorischen Gesprächskreisen – meist im häuslichen Umfeld – wurden Fußballturniere, Bowling oder Spieleabende organisiert. Die Veranstaltungen wurden genutzt, um Jugendliche mit der Millî-Görüş-Bewegung vertraut zu machen. Zu diesem Zweck organisierte auch die Jugendabteilung der SP Europa Ende Dezember ein Bildungs-

Aktivitäten der SP Hessen

Im Rahmen eines „Bildungsseminars“ der SP Europa referierten am 27. April in Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz) vier ihrer Funktionäre. An der Veranstaltung nahmen auch Vertreter der SP Hessen teil. Ein Mitglied des Vorstands der SP Türkei erläuterte unter anderem den Begriff *batil*. Er erklärte, dass ausnahmslos alles außerhalb des Islams nichtig bzw. falsch und der Zionismus dabei das Zentrum des Nichtigen sei. Es gäbe nur zwei Arten von Menschen: Einerseits Muslime und andererseits jene, die Sklaven ihrer Seele seien.



camp in der Türkei, an dem Vertreter der Jugendabteilung der SP Hessen teilnahmen. In Ankara kamen die Jugendlichen zu Vorträgen und Seminaren mit der Führung der SP Türkei zusammen. In Sakarya suchte die Gruppe einen Prediger auf, der 2015 aus Deutschland ausgewiesen worden war. Abgerundet wurde das Programm mit Besuchen und Gebeten am Grab Necmettin Erbakans und an den Gräbern weiterer wichtiger Vertreter der Millî-Görüş-Bewegung.

Antisemitismus in der Millî Gazete

Die enge Verbindung zwischen der Millî-Görüş-Bewegung in der Türkei und der Millî Gazete kam in deren Berichterstattung zum Ausdruck. Auf diese Weise konsumierten die Leser auch die in den Artikeln regelmäßig enthaltene antisemitische Propaganda. Am 18. März erschien ein Artikel über das von der SP Türkei in Istanbul (Türkei) organisierte „Internationale Symposium über Necmettin Erbakan und die Palästina-Frage“. Der damalige SP-Vorsitzende Temel Karamollaoglu warf Israel in seiner Rede „niederträchtige Massaker“ vor:

„Unsere Hauptpflicht ist es, gegen das Unrecht standhaft zu bleiben und uns für eine gerechte Ordnung einzusetzen. [...] Nur wenn man Erbakan Hodscha versteht, kann man die Palästina-Frage geistig erfassen. [...] Der Westen sieht die Grausamkeit nicht. Seine Gleichgültigkeit ermuntert Israel sogar“.

Ein Vorstandsmitglied der SP Türkei sagte:

„Unser Hodscha Erbakan hat einen großen Kampf für die Errichtung einer neuen Welt geführt. Er hat die islamische Umma vom Komplex der Unterlegenheit befreit [...]. Heute befinden sich Palästina und Jerusalem, die seit 75 Jahren unter Besatzungsherrschaft sind, inmitten eines großen Genozids des Grauens“.

Der später verstorbene Recai Kutan erklärte:

„Gegen all die Gräueltaten, die in Gaza geschehen, erteilt eine Handvoll Mudschaheddin der Welt eine Lektion in Humanismus. [...] Israel begeht Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es ist eine Pflicht der islamischen Welt, mit all ihren Möglichkeiten Palästina beizustehen“.



Bereits 2006 hatte Kutan geäußert, dass die SP weder die HAMAS noch die Hizb Allah (Partei Gottes) als Terrororganisationen betrachte. Deren Kämpfer sähe sie als Helden an, die ihr Heimatland verteidigten.

In einem Beitrag vom 25. März zum traditionellen Fastenbrechen der SP Europa wurde die Ansprache des Vorsitzenden Samet Sami Temel wie folgt zitiert:

„Muslimische Territorien, von Myanmar bis Kaschmir, von Ostturkestan bis Gaza, sind leidvoller Besatzung ausgesetzt. Seit etwa 200 Tagen wird ein Volk vor den Augen der ganzen Welt auf bestialische Weise vernichtet“.

Per Videobotschaft aus der Türkei zugeschaltet, erklärte Karamollaoglu:

„Es sind nur die Millî-Görüş-Anhänger, die die stärkste Reaktion zu den Grausamkeiten in Palästina zeigen und die Wahrheit darüber hinaus-schreien sowie die Palästina-Frage zu ihrer Sache machen.“

Auf der Titelseite der Millî Gazete vom 17. Mai wurde unter Bezugnahme auf eine mögliche Rückkehr israelischer Diplomaten in die Türkei kritisiert, dass es nicht sein könne, dass „zionistische Besatzer“ in die Türkei zurückkehren dürften, während sie in Gaza „Massaker“ verübten. Die türkische Öffentlichkeit wolle eine Rückkehr der Vertreter des „israelischen Regimes“ nicht.

SONSTIGE BEOBACHTUNGSOBJEKTE UND EREIGNISSE

Neben den oben genannten Personenzusammenschlüssen gab es weitere islamistische Gruppierungen und einschlägige Veranstaltungen mit Hessenbezug, von denen die wichtigsten nachstehend aufgeführt sind.

HIZB ALLAH (PARTEI GOTTES)

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Die Hizb Allah fungierte zunächst als Miliz und operierte überwiegend im Verborgenen, wobei sie behauptete, den Libanon gegen Israel zu „verteidigen“. Gleichzeitig formulierte die Terrororganisation politische Forderungen, sodass sich ihre politische Vertretung als feste Größe in der libanesischen Parteienlandschaft etablierte. Dessen ungeachtet rückte die Hizb Allah nicht von ihrem Ziel ab, eine islamische Herrschaftsordnung im Libanon nach dem Vorbild der iranischen Theokratie zu errichten. Die iranische Staatsführung ist ein gewichtiger Faktor, der Einfluss auf die Terrororganisation nimmt. Die Hizb Allah steht dem Iran aber nicht nur ideologisch nahe und ist finanziell und militärisch von ihm abhängig, sondern agiert durchaus unabhängig und ist ein wichtiges Bindeglied zu anderen iranischen Proxys.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>Anfang der 1980er Jahre im Libanon.</p>
 <p>Gewalt</p>	<p>Die Hizb Allah bestreitet das Existenzrecht Israels und propagiert den bewaffneten, mit terroristischen Mitteln geführten Kampf gegen Israel als „legitimen Widerstand“ gegen die „unrechtmäßigen Besatzer palästinensischen Bodens“.</p>
 <p>Regionale Schwerpunkte</p>	<p>Hessen bildete in den vergangenen Jahren keinen Schwerpunkt von Aktivitäten der Hizb Allah.</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen in den letzten Jahren unverändert 50, bundesweit 1.250.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Mit Wirkung zum 30. April 2020 erließ das Bundesministerium des Innern ein Betätigungsverbot für die Hizb Allah, da sich deren Tätigkeit gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet und Strafgesetzen zuwiderläuft. Die Hizb Allah wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 HVSG beobachtet.</p>

Die Anhänger der Hizb Allah waren nicht einheitlich organisiert, sondern trafen sich in einzelnen örtlichen Moscheevereinen. Häufig verhielten sie sich konspirativ und schotteten sich ab, um Hinweise auf ihre Zugehörigkeit zur Hizb Allah oder entsprechende Sympathie zu vermeiden. Aktivitäten der Anhänger erstreckten sich unter anderem auf Spendensammlungen für die Terrororganisation. Auf Internetseiten bekundeten vor allem jüngere Anhänger zum Teil offen ihre Sympathien für die Hizb Allah und vernetzten sich untereinander über die sozialen Medien.

Bei einem Luftangriff Israels in Beirut (Libanon) wurde am 27. September Hassan Nasrallah, Generalsekretär, Oberbefehlshaber und zentrale Identifikationsfigur der Hizb Allah getötet. Zu seinem Nachfolger ernannte

die Hizb Allah Naim Kassem, ein Gründungsmitglied der Terrororganisation und bis dahin ihr stellvertretender Generalsekretär.



ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT DER SCHIITISCHEN GEMEINDEN DEUTSCHLANDS E. V. (IGS)

<p>Kurzprofil</p>	<p>Die IGS versteht sich als Interessensvertretung der schiitischen Vereine in Deutschland und strebt eine Gleichstellung und Gleichbehandlung mit anderen Religionsgemeinschaften an, die den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzen. Offizielles Ziel der IGS ist die Einigung aller schiitischen Vereine in einer Organisation, um die Interessen der Mitgliedsvereine nach innen und außen vertreten und fördern zu können.</p>
<p>Gründung</p>	<p>2009 in den Räumlichkeiten des Islamischen Zentrums Hamburg e. V. (IZH). Die IGS betrachtet das IZH als „geistige Heimat“ aller Schiiten in Deutschland.</p>
<p>Regionale Schwerpunkte</p>	<p>In Frankfurt am Main war das Zentrum der Islamischen Kultur (ZIK) der einflussreichste Mitgliedsverein der IGS in Hessen. Bundesweit gab es eigenen Angaben zufolge 150 Mitgliedsvereine.</p>
<p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Das von der IGS verbreitete theokratische Herrschaftskonzept des Irans ist mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar und würde bei einer Umsetzung unter anderem die Beseitigung der Meinungsfreiheit und von freien Wahlen, insgesamt die Abschaffung der Trennung von Staat und Religion, bedeuten. Die IGS wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 4 HVSG beobachtet.</p>

Infobox



Die wörtliche Übersetzung des englischen Begriffs **Proxy** lautet **Stellvertreter**. Bei iranischen Proxys handelt es sich um Gruppierungen bzw. nichtstaatliche Gewaltakteure oder Terrororganisationen. So sind die libanesische Hizb Allah, die palästinensische HAMAS, die jemenitischen Huthis sowie vom Iran unterstützte Milizen im Irak und in Syrien Verbündete des Irans und Teil der sogenannten Achse des Widerstands, eines informellen antiisraelisch und „antiwestlich“ ausgerichteten Bündnisses. Seit Jahrzehnten werden Proxys strategisch als Stellvertreter der iranischen Außenpolitik eingesetzt. Ziel ist es, unter anderem im Nahen Osten Einfluss auszuüben und gegen „Feinde“ (wie etwa Israel) vorzugehen. Dabei bleibt der Iran in der Regel im Hintergrund und greift nicht direkt in Konflikte ein.



Verbot und Reaktionen

Am 24. Juli verbot das Bundesministerium des Innern das IZH als „Drehscheibe der Operationen des iranischen Regimes in Deutschland“. Über das IZH wurde die Programmatik der „iranischen Revolution“ inner-

halb der IGS verbreitet. Das IZH war Mitgliedsverein in der IGS. Das Verbot umfasst auch die Teilorganisationen des IZH wie etwa das ZIK in Frankfurt am Main. Insgesamt wurden 53 Objekte in Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen durchsucht, davon drei in Frankfurt am Main und Bad Homburg v.d. Höhe (Hochtaunuskreis). Es wurden umfangreiche Asservate sichergestellt. Die IGS kritisierte das Vorgehen des Staates, verneinte, dass das IZH extremistisch sei und berief sich auf die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit.

Zwischen dem ZIK und dem IZH bestanden zahlreiche Verbindungen: So erwarb das IZH das Grundstück, auf dem sich das vom ZIK genutzte Gebäude befindet. Auf der Führungsebene gab es personelle Verbindungen zwischen dem IZH und der IGS; im ZIK fanden regelmäßig Veranstaltungen mit positivem Bezug zum iranischen Regime statt. Verschiedene ZIK-Akteure aus Hessen hatten dauerhaft führende Positionen in der IGS inne. Im Zusammenhang mit dem IZH-Verbot fanden im Berichtsjahr regelmäßige Protestkundgebungen vor dem Gelände des ZIK in Frankfurt am Main statt.

Infobox



Das IZH stand bis zu seinem Verbot **unter der direkten Kontrolle des Büros des iranischen Revolutionsführers** – somit des iranischen Regimes – und wurde von dort gesteuert. Zentrale Elemente dieses Herrschaftssystems sind die religiöse und politische Machtausübung durch eine einzelne Person, das heißt den Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei, und die weltweite Verbreitung der iranischen Revolutionsidee. Im Rahmen erster öffentlicher Verbotsforderungen 2020 kreierte die IGS den Hashtag „Wir sind alle IZH“. Die Einflussmöglichkeiten des IZH auf die IGS waren auch in deren Satzung verankert. Der IZH-Leiter war als Vorsitzender des Gelehrtenrats der IGS institutionell in diese eingebunden und besaß mittels dieses Kontrollgremiums weitreichende Befugnisse.

JÄHRLICHE AL-QUDS-DEMONSTRATION IN FRANKFURT AM MAIN

In Frankfurt am Main fand anlässlich des al-Quds-Tags am 6. April die bundesweit einzige Demonstration mit über 750 Teilnehmern statt. Für die bisher größte Veranstaltung dieser Art in der Mainmetropole war international geworben worden. Das LfV informierte auf seiner Internetseite über die Demonstration, was zahlreiche Medien in ihren Beiträgen aufgriffen.

Infobox



Der al-Quds-Tag wurde 1979 vom iranischen Revolutionsführer Ruhollah Musawi Khomeini als ein „**Tag [zur Befreiung] der Heiligen [Stadt Jerusalem] von zionistischer Besatzung**“ ins Leben gerufen. Al-Quds bedeutet die Heilige und ist die arabische Bezeichnung für die Stadt Jerusalem. Ziel des antisemitisch ausgerichteten al-Quds-Tags, der jährlich am letzten Freitag des Fastenmonats Ramadan begangen wird, ist die weltweite Mobilisierung für die Eroberung Jerusalems und die vollständige islamische Herrschaft über die Stadt.

Bis 1995 fanden die al-Quds-Demonstrationen in Bonn (Nordrhein-Westfalen) und seitdem in Berlin statt. Hatte das IZH die Veranstaltungen bis 2004 unterstützt, so wurden diese seit 2003 von einem dem IZH nahestehenden Verein in Berlin organisiert. Dabei wurden immer wieder Flaggen und Symbole der Hizb Allah gezeigt, was seit 2016 verboten ist. Seit 2015 kam es auch in Frankfurt am Main zu al-Quds-Demonstrationen.

Anders als in den Vorjahren, in denen in geschlechtergetrennten Blöcken gelaufen wurde, war im Berichtsjahr eine solche durchgängige Trennung nicht erkennbar. Dies resultierte offensichtlich aus der heterogenen Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die vor allem wegen einer pro-palästinensischen Haltung gekommen waren. So lautete das Demonstrationsmotto „Stoppt den Krieg“, vorab war auf einschlägigen Internetprofilen unter dem Titel „Stoppt die Auslöschung Palästinas! Groß-Demo für Gaza“ geworben worden.

Durch das scheinbar unverfängliche Motto „Stoppt den Krieg“ sollte offenbar ein direkter Bezug zum antisemitisch konnotierten al-Quds-Tag verschleiert werden. Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen zahlreiche Flaggen Irans, Jemens, des Libanon und Pakistans mitgeführt wurden, prägten im Berichtsjahr nahezu ausschließlich Palästina-Flaggen den

Demonstrationszug, der von einem großen Polizeiaufgebot begleitet wurde. Die Nähe zum al-Quds-Tag und iranischen Regime wurde trotzdem durch die an der Demonstrationsspitze mitgeführten Bilder der iranischen Revolutionsführer Khomeini und Khomeini sichtbar. Die Teilnehmer skandierten unter anderem Parolen wie „Ist die Welt taub und stumm? Israel

bringt Menschen um!“, „Unsere Stimme bleibt nicht stumm, denn sie bringen Kinder um!“ und „Stoppt den Mord, stoppt den Krieg, stoppt den Gaza-Genozid!“ Plakate enthielten Aufschriften wie „Freiheit für Palästina. Gegen Zionismus & Antisemitismus“ und „Muslime, Juden und Christen Hand in Hand gegen Zionisten!“



AUSLANDSBEZOGENER EXTREMISMUS

- Kurdischer Extremismus
- Türkischer Linksextremismus

INFOBOX

Der auslandsbezogene Extremismus umfasst sicherheitsgefährdende extremistische und terroristische Bestrebungen in Deutschland, die im Zusammenhang mit politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen im Ausland stehen. Diese Bestrebungen werden überwiegend von Menschen mit Bezug zu den politischen Verhältnissen in einem anderen Staat getragen und sind nicht religiös motiviert.

Auslandsbezogene extremistische Bestrebungen richten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung bzw. das friedliche Zusammenleben der Völker. Diese Bestrebungen gefährden die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland, indem ihre Urheber Gewalt anwenden oder darauf ausgerichtete Handlungen vorbereiten. Obwohl diese Bestrebungen nicht in erster Linie auf die Beseitigung oder Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zielen, können sie die Sicherheit des Bundes oder der Länder gefährden.

Die Art der politischen Agitation zur Umsetzung dieser extremistischen Aktivitäten ist vielfältig. Sie reicht von Demonstrationen und (gewalttätigen) Kundgebungen über „Spendensammelaktionen“ und logistische Unterstützung von Konfliktparteien im Herkunftsland bis hin zur Unterstützung ausländischer terroristischer Gruppierungen. Die unterschiedlichen Zielrichtungen von auslandsbezogenen Organisationen – die Übergänge sind dabei oft fließend – lassen sich im Wesentlichen unterteilen in

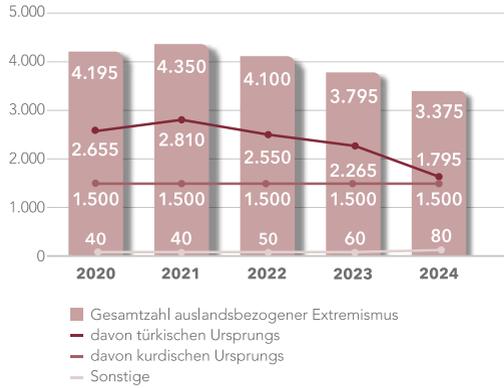
- nationalistische, rechtsextremistische Bestrebungen,
- linksextremistische Bestrebungen sowie
- ethnisch motivierte Autonomie- bzw. Unabhängigkeitsbestrebungen.

Personenpotenzial des auslandsbezogenen Extremismus hessen- und bundesweit (2020 bis 2024)¹

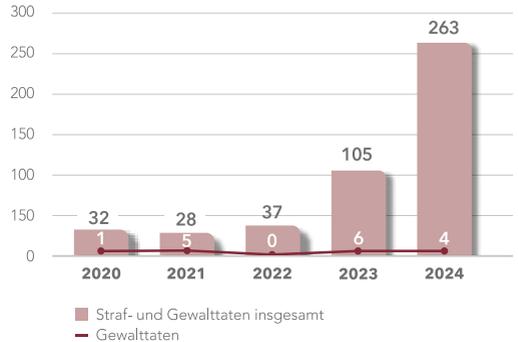
	2020	2021	2022	2023	2024
Kurdischer Ursprung					
Hessen	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
Bund	14.500	14.500	14.500	15.000	15.000
Türkischer Ursprung					
Hessen	2.655	2.810	2.550	2.265	1.795
Bund	13.550	13.550	14.650	15.000	15.400
Sonstige					
Hessen	40	40	50	30	80
Bund	600	600	600	650	2.100
Gesamtzahl der Extremisten mit Auslandsbezug					
Hessen	4.195	4.350	4.100	3.795	3.375
Bund	28.650	28.650	29.750	30.650	32.500

¹ Die Zahlen sind teilweise geschätzt und gerundet.

Personenpotenzial des auslandsbezogenen Extremismus in Hessen (2020 bis 2024)



Straf- und Gewalttaten des auslandsbezogenen Extremismus in Hessen (2020 bis 2024)



Straf- und Gewalttaten des auslandsbezogenen Extremismus in Hessen (2020 bis 2024)

	2020	2021	2022	2023	2024
Deliktart					
Tötung	0	0	0	0	0
Versuchte Tötung	0	0	0	0	0
Körperverletzung	1	3	0	4	4
Brandstiftung/Sprengstoffdelikte	0	1	0	1	0
Landfriedensbruch	0	0	0	1	0
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	0	0	0	0	0
Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstands- und Sexualdelikte	0	1	0	0	0
Gewalttaten insgesamt	1	5	0	6	4
Sonstige Straftaten					
Sachbeschädigung	6	6	2	3	21
Nötigung/Bedrohung	0	1	1	0	3
Andere Straftaten	25	16	34	96	235
Straf- und Gewalttaten insgesamt	32	28	37	105	263

WICHTIGE ENTWICKLUNGEN

• Das **Personenpotential im Phänomenbereich auslandsbezogener Extremismus** geht in Hessen seit vielen Jahren zurück. Die Abnahme im Berichtsjahr ist auf die fortgesetzte Zahlenkorrektur durch das LfV im Bereich des türkischen Rechtsextremismus zurückzuführen: Entsprechende Vereine waren unvermindert inaktiv oder

wurden geschlossen; auch die Anzahl der virtuell aktiven, nichtorganisierten Anhänger der *Ülkücü*-Bewegung wurde vom LfV reduziert. Dies fußt auf einer differenzierten Analyse in Bezug auf die Verwendung und Zuordnung vor allem von türkisch-nationalistischen Symbolen und Äußerungen im Internet und in den sozialen Medien.

Der Anstieg des sonstigen auslandsbezogenen Personenpotenzials resultiert vor allem aus der extremistischen Beteiligung am propalästinensischen Protestgeschehen. Zudem spiegeln sich außereuropäische Regionalkonflikte in der hier lebenden Diaspora wider, woraus sich teilweise extremistische Bestrebungen entwickelt haben.

- Mit 263 Delikten stieg die Anzahl der **Straf- und Gewalttaten im Phänomenbereich auslandsbezogener Extremismus** gegenüber dem Vorjahr (105) außergewöhnlich stark an. Diese Entwicklung resultierte unter anderem aus der Zunahme der Delikte im Rahmen der zahlreichen propalästinensischen Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt. Darüber hinaus kam es sowohl in der analogen als auch digitalen Welt zu zahlreichen Volksverhetzungsdelikten im Kontext des Krieges in der Ukraine.
- Der seit 1999 inhaftierte Anführer der **Partiya Karkerên Kurdistan (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans)**, Abdullah Öcalan, blieb auch im Berichtsjahr der Kristallisationspunkt der kurdischen PKK-nahen Diaspora in Hessen. Obwohl er nur über seine Anwälte und Familienangehörigen mit der Partei kommunizieren konnte, war er für ihre Anhänger die zentrale Integrations- und Identifikationsfigur. Es fand kaum eine PKK-nahe Veranstaltung ohne Öcalan-Bezug statt. Die Thematisierung seiner Haftumstände und die Forderung nach seiner Freilassung waren regelmäßig ein wichtiger Teil der Veranstaltungen. Daneben stand das militärische Vorgehen der Türkei gegen die PKK im Nordirak und in Syrien im Fokus.

Die seit etwa 2017 zu beobachtende Verlagerung von PKK-nahen Großveranstaltungen nach Frankfurt am Main setzte sich im Berichtsjahr fort. Nach der zentralen Newroz-Feier wurde auch das „Internationale Kurdische Kulturfestival“ wieder in der Mainmetropole durchgeführt. Somit finden mittlerweile regelmäßig PKK-nahe Großveranstaltungen mit mehreren tausend Personen in Hessen statt.

- Im Bereich der **auslandsbezogenen Linksextremisten** spielten die Themen „Gefangenensolidarität“ sowie Kampf gegen „Imperialismus und Faschismus“ eine zentrale Rolle. Um die Mitte der



Gesellschaft für sich und ihre extremistischen Ziele zu interessieren, griffen auslandsbezogene Linksextremisten gesamtgesellschaftlich relevante Themen wie etwa „Gewalt gegen Frauen“ und „LGBTI+-Feindlichkeit“ auf.

WICHTIGE BEGRIFFE

Vor allem in Westeuropa, aber auch in der Türkei wurde der **Maoismus** in den 1960er Jahren zum Vorbild. Als Variante des Marxismus-Leninismus war er in China nach der Machtübernahme Mao Zedongs 1949 entstanden. Drei maoistische Maxime sind: Statt der Arbeiter in den Städten (wie im Marxismus-Leninismus) sind die Bauern die Protagonisten der Revolution, indem sie – unter Leitung der Kommunistischen Partei – einen Guerillakrieg führen. Die dann erfolgreiche Revolution ist permanent, richtet sich also auch gegen die eigene kommunistische Staats- und Parteibürokratie. Von den agrarisch geprägten Entwicklungsländern ausgehend, soll die Revolution die Industrieländer erfassen und in die kommunistische Weltrevolution münden.

Mit dem Neujahrsfest **Newroz** wird nicht nur der Frühlingsanfang gefeiert, sondern auch in Zusammenhang mit einer alten kurdischen Legende der Widerstand gegen die Tyrannei propagiert. Vor allem die PKK stilisiert das Newroz-Fest zum Symbol für den kurdischen „Freiheitskampf“ gegen den türkischen Staat und dessen Organe.

KURDISCHER EXTREMISMUS

PARTIYA KARKERÊN KURDISTAN (PKK, ARBEITERPARTEI KURDISTANS)

 <p>Kurzprofil</p>	<p>Ursprüngliches Ziel der PKK war es, einen sozialistisch geprägten Staat („Kurdistan“) zu schaffen. Nachdem die strikt hierarchisch aufgebaute Kaderpartei 1984 zur Erreichung dieses Ziels einen blutigen Guerillakrieg gegen die Türkei begonnen hatte, rückte sie seit 1999 zunehmend davon ab. Inzwischen fordert die PKK die Anerkennung der kurdischen Identität und Autonomie. Laut eigenen Aussagen will die PKK dies vor allem auf politischem Wege erreichen.</p>
 <p>Entstehung</p>	<p>1978 als eine Partei mit marxistisch-leninistischer Ausrichtung, von der sie mittlerweile weitgehend abgerückt ist.</p>
 <p>Gewalt</p>	<p>Die PKK verfolgt eine sogenannte Doppelstrategie, wonach sie Gewalt durch Erreichung ihrer politischen Ziele nur in der Türkei und in ihren Aktionsräumen im Irak und in Syrien, nicht jedoch in der kurdischen Diaspora (etwa in Deutschland) anwendet.</p>
 <p>Regionale Schwerpunkte</p>	<p>Kassel, Gießen (Landkreis Gießen), Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf), Frankfurt am Main, Darmstadt.</p>
 <p>Führung</p>	<p>Abdullah Öcalan (seit 1999 in der Türkei inhaftiert), Murat Karayilan (Irak), Cemil Bayik (Irak).</p>
 <p>Personenpotenzial</p>	<p>In Hessen in den letzten Jahren 1.500, bundesweit 15.000.</p>
 <p>Bewaffnete Gruppen</p>	<p>Hêzên Parastina Gel (HPG, Volksverteidigungseinheiten), Teyrêbazên Azadiya Kurdistan (TAK, Freiheitsfalken Kurdistans).</p>
 <p>Syrischer Ableger</p>	<p>Partiya Yekîtiya Demokrat (PYD, Partei der Demokratischen Union) und deren militärischer Arm, bestehend aus den Yekîneyên Parastina Gel (YPG, Volksverteidigungseinheiten) und den Yekîneyên Parastina Jin (YPJ, Frauenverteidigungseinheiten).</p>
 <p>Betätigungsverbot</p>	<p>Seit November 1993 (bestandskräftig seit März 1994). Die EU stuft die PKK seit 2002 als terroristische Organisation ein.</p>
 <p>Verfassungsfeindlichkeit</p>	<p>Durch das Rekrutieren von „Kämpfern“ und das (zum Teil erzwungene) Sammeln von Spenden in Deutschland unterstützen hiesige PKK-Angehörige die Aktivitäten der PKK-Guerilla in der Türkei, im Irak und in Syrien. Dadurch werden die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet. Die PKK wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 HVSG beobachtet.</p>

Themen



- „Freiheit für Öcalan“
- Newroz
- Dauermahnwache in Strasbourg (Frankreich)
- Flaggenspenden
- 32. „Internationales Kurdisches Kulturfestival“
- Terroranschlag in Ankara und die Folgen
- „Aktionen“ in Kassel
- PKK-Strukturen in Hessen

„Freiheit für Öcalan“

Im Rahmen einer internationalen Kampagne für die Freiheit des inhaftierten PKK-Begründers organisierte eine PKK-nahe kurdische Frauengruppe in Darmstadt im Januar eine Postkartenaktion. Vor einer Postfiliale gab die Gruppe eine Erklärung auf Türkisch ab, in der sie die Freiheit des „kurdischen Volksführers“ und die Beendigung des „Genozids“ am kurdi-

schen Volk forderte. Anschließend wurden zahlreiche Postkarten auf die Gefängnisinsel Imrali in der Türkei versendet.

Am 15. Februar wurden in einer Bahnunterführung in Heppenheim (Kreis Bergstraße) zwei großflächige Banner mit der Aufschrift „Freiheit für Öcalan“ und dem Aufdruck von dessen Konterfei angebracht. Die Aktion stand wahrscheinlich im Kontext des 25. Jahrestags der Festnahme des PKK-Anführers am 15. Februar 1999. Das öffentliche Zeigen des Öcalan-Abbilds ist laut dem Bundesministerium des Innern ein Verstoß gegen das Kennzeichenverbot der PKK.

In Köln (Nordrhein-Westfalen) veranstalteten am 17. Februar PKK-nahe Organisationen eine zentrale „Gedenkkundgebung“ anlässlich des 25. Jahrestages. Zuvor hatten PKK-nahe Jugendliche ihren alljährlichen „Freiheitsmarsch“, der im Berichtsjahr nicht durch Hessen ging, nach Köln durchgeführt.

Infobox



Der in der Türkei auf Imrali inhaftierte Abdullah Öcalan fungiert weiterhin als **ideologische Führungsfigur der PKK**, da er einer der Mitgründer der Terrororganisation ist und damals sogleich zu deren Vorsitzendem gewählt wurde. Noch heute dienen Öcalans Schriften als Material bei der Kadenschulung. Auch nach seiner Inhaftierung prägte Öcalan jahrelang wichtige Entscheidungen der PKK inhaltlich mit, so etwa das Ziel der kulturellen und politischen Autonomie, das an die Stelle der Etablierung eines eigenen „Kurdenstaats“ trat. Ob Öcalan diesen Einfluss noch hat, ist seit mehreren Jahren jedoch ungewiss.

Im Laufe der Zeit wurde Öcalan in den Reihen der PKK immer mehr verklärt, sowohl seine Verhaftung als auch seine Einzelhaft werden im Sinne der PKK historisiert. Öcalan wird als lebender Märtyrer verehrt, der wegen seines Engagements für eine „richtige und gute Sache“ zu Unrecht inhaftiert und isoliert sei. Angesichts fehlender

Informationen über Öcalan und seine Situation wird bei PKK-Veranstaltungen immer wieder gefordert, über seinen Gesundheitszustand und seine Haftbedingungen zu berichten und ein glaubhaftes Lebenszeichen von ihm zu geben. Bei Gerüchten über eine Verschlechterung seines Lebensumfelds oder seinen Tod organisieren PKK-Anhänger sofort Solidaritätsaktionen.

Am 23. Oktober 2024 durfte Öcalan zum ersten Mal nach über drei Jahren Besuch im Gefängnis empfangen. Sein Neffe übermittelte danach eine Botschaft Öcalans an die Öffentlichkeit: „Wenn die Bedingungen entstehen, habe ich theoretische und praktische Kraft, diese Phase von der Grundlage des Konflikts und der Gewalt auf eine rechtliche und politische Grundlage zu lenken“. In dieser angeblichen Aussage Öcalans schwingt ein Friedensangebot mit, allerdings sind entsprechende Verhandlungen zwischen der Türkei und der PKK in der Vergangenheit immer wieder gescheitert.



Newroz

Auch die zentrale Newroz-Feier in Frankfurt am Main unterstrich die bedeutende Rolle Öcalans sowohl in der PKK als auch für seine Anhängerschaft. Unter dem Motto „Newroz bedeutet Freiheit, deine Freiheit ist unsere Freiheit“ versammelten sich am 23. März wie im Vorjahr in der Spitze etwa 35.000 Personen in der Mainmetropole. Allen behördlichen Auflagen zum Trotz waren im Rahmen der Veranstaltung zahlreiche Öcalan- und PKK-Symbole zu sehen.

Wie im Vorjahr hatte die PKK-nahe Dachorganisation Federasyona Civaka Demokratik a Kurdistanian e.V. (FCDK/KAWA, Demokratische Föderation der Gesellschaften Kurdistans e.V.) die Kundgebung angemeldet. Laut ANF-News sollte die „international geführte Initiative gegen die Isolation des seit 25 Jahren in der Türkei inhaftierten PKK-Begründers und den Krieg in Kurdistan gestärkt werden“. Bundesweit

mobilisierten PKK-nahe Vereine und Jugendverbände sowie deutsche und türkische linksextremistische Gruppierungen, aber auch Organisationen aus dem nichtextremistischen Spektrum für die Veranstaltung.

Neben einem kulturellen Rahmenprogramm mit musikalischer Unterhaltung gab es verschiedene Redebeiträge, in denen die Freilassung Öcalans gefordert und die angebliche Kriminalisierung der Kurden kritisiert wurde. Die sich in Hessen seit Jahren verfestigende Zusammenarbeit zwischen deutschen sowie kurdischen und türkischen Linksextremisten zeigte sich bei den Merchandise-/Literatur- und Informationsständen, die unter anderem von folgenden Organisationen betrieben wurden: MLPD, Marksist Leninist Komünist Parti (MLKP, Marxistische Leninistische Kommunistische Partei) und Young Struggle (Jugendorganisation der MLKP).



Von einzelnen Verstößen gegen das Vereins- und Hessische Versammlungsfreiheitsgesetz wie dem Zeigen von Öcalan-Abbildungen abgesehen, verlief die Newroz-Feier störungsfrei. Mit den verkauften Bustickets, die gleichzeitig als Eintrittskarten dienten, und den Einnahmen aus dem Verkauf von Speisen und Getränken erwirtschaftete die PKK wahrscheinlich einen hohen sechsstelligen Betrag. Dazu kamen die vom PKK-nahen Heyva Sor a Kurdistanê (HSK, Kurdischer Roter Halbmond) auf dem Veranstaltungsgelände gesammelten Gelder.

In Belgien kam es am 24. März im Rahmen des Newroz-Fests zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen türkischen Nationalisten und Kurden. Als Reaktion fanden in Deutschland in mehreren Städten Protestversammlungen von PKK-Anhängern statt, in Hessen am 25. März in Frankfurt am Main und Darmstadt, jeweils organisiert von örtlichen PKK-Aktivist:innen. In Frankfurt am Main demonstrierten etwa 160 Personen unter dem Motto „Gegen die Attacken von Türkischen Faschisten auf Kurd:innen in Belgien“. Mehrfach wurden aus dem Demonstrationszug heraus Böller in Richtung Polizei geworfen und pyrotechnische Gegenstände gezündet. Unter den Demonstranten befand sich ein Block von mutmaßlich deutschen Linksextremisten (15 bis 20 Personen), die sich verummumt hatten. Bei der Abschlusskundgebung wurden zwei weitere Böller in Richtung der Einsatzkräfte geworfen. Nach Beendigung der Versammlung zog eine Gruppe von rund 20 Personen über die Zeil und zündete eine weitere Rauchbombe. Einsatzkräfte wurden nicht verletzt.

In Darmstadt demonstrierten rund 50 PKK-Anhänger weitgehend friedlich gegen die Übergriffe türkischer Rechtsextremisten in Belgien. Kurz nach Beginn der Kundgebung skandierten Teilnehmer aus der Gruppe heraus die verbotene PKK-Parole „Bîjî Serok Apo“ (*Es lebe der Vorsitzende Apo*). Einem offensichtlich türkisch-nationalistisch eingestellten Passanten erteilte die Polizei einen Platzverweis, nachdem dieser den Demonstranten den sogenannten Wolfsgruß, das Zeichen türkischer Rechtsextremisten, gezeigt hatte.



Infobox



Der „Graue Wolf“ ist das Symbol der *Ülkücü*-Bewegung, der „Wolfsgruß“ ihr bekanntestes Erkennungszeichen. Für die *Ülkücüs* (Nationalisten) ist die türkische Nation politisch-territorial und ethnisch-kulturell der wichtigste Wert. Die „Grauen Wölfe“ überhöhen die eigene türkische Identität und würdigen in einer völkerverständigungswidrigen Art andere Volksgruppen herab. So werden zum Beispiel Kurden und die PKK zu „Feinden des Türkentums“ erklärt. Das Personenpotenzial der *Ülkücü*-Anhänger in Deutschland betrug 12.500.

Ein Großteil der in Deutschland lebenden „Grauen Wölfe“ war bundesweit in drei Dachverbänden organisiert, die sich in einzelne Ortsverbände aufgliederten. In Hessen waren die Anhänger der organisierten *Ülkücü*-Bewegung vor allem im Rhein-Main-Gebiet aktiv. Die nichtorganisierte *Ülkücü*-Szene verbreitete überwiegend in den sozialen Medien ihre entsprechende Ideologie.

Dauermahnwache in Strasbourg (Frankreich)

Seit 2012 demonstrieren PKK-Anhänger ununterbrochen vor dem Gebäude des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strasbourg, wobei sich Vertreter verschiedener PKK-naher Gruppen bzw. Vereine aus ganz Europa wöchentlich abwechseln. Im Juli 2024 bezogen drei Delegationen aus Hessen Stellung für Öcalan. In der ersten Juliwoche waren Vertreter des PKK-nahen Vereins aus Frankfurt am Main vor Ort, die anschließend von einer Gruppe aus Gießen (Landkreis Gießen) abgelöst wurden. Die letzte Juliwoche bestritt eine Familie aus Groß-Bieberau (Landkreis Darmstadt-Dieburg).

Flaggenspenden

Eine neue Art des Protests zeigte sich im Berichtsjahr in verschiedenen deutschen Fußgängerzonen, mutmaßlich auch in Kassel. Die dortige Tevgera Ciwanen Sorêşger (TCS, Bewegung der revolutionären

Jugend) postete am 9. September auf Instagram ein Video, auf dem – wahrscheinlich in Kassel – ein Straßenkünstler bei seiner Arbeit gefilmt wurde. Einem aktuellen Trend folgend, malte der Künstler mit bunter Kreide in einem großen Kreis die Flaggen vieler verschiedener Länder der Erde in Herzform auf den Asphalt. Passanten konnten dann ihre „Spende“ entweder in eine Dose oder auf ein „Flaggenherz“ ihrer Wahl legen. Das Video der PKK-Jugend Kassel zeigt, dass neben verschiedenen Staatsflaggen auch Flaggen der PKK sowie der YPG und YPJ aufgemalt und mit Spenden bedacht wurden.



32. „Internationales Kurdisches Kulturfestival“

Die neben der Newroz-Feier größte PKK-nahe Veranstaltung, das „Internationale Kurdische Kulturfestival“, hatte 2023 erstmals in Frankfurt am Main stattgefunden. Im Berichtsjahr wurde das Festival erneut in Frankfurt am Main ausgerichtet. In der Spitze nahmen daran am 21. September etwa 20.000 Personen (2023: 12.000) aus dem In- und Ausland teil. Die Veranstaltung ist traditionell mit dem „Langen Marsch“ von Angehörigen der PKK-Jugend (15. bis 20. September in Nordrhein-Westfalen) verknüpft, die anschließend nach Frankfurt am Main reisten. Wie in der Vergangenheit war die FCDK/KAWA für das „Kulturfestival“ verantwortlich.

Infobox



Der „Lange Marsch“ und das „Internationale Kurdische Kulturfestival“ haben hinsichtlich der Wirksamkeit der PKK-Propaganda eine besondere Bedeutung. So versucht die PKK insbesondere jugendliche Anhänger zu indoktrinieren und für ihren „bewaffneten und politischen Kampf“ zu rekrutieren. Das „Kulturfestival“ bietet hierfür eine ideale Plattform.

Unter dem Motto „Isolation und Besatzung zerschlagen – Freiheit für Abdullah Öcalan“ gab es neben einem kulturellen Rahmenprogramm verschiedene Redebeiträge. Dabei standen die Forderung nach der Freilassung Öcalans und der Protest gegen die

angebliche Kriminalisierung der Kurden im Fokus. Die Teilnehmer zeigten verbotene Öcalan-Abbildungen und PKK-Fahnen, skandierten Parolen wie „Bijî Serok Apo“ und „Bijî PKK“ (*Es lebe die PKK*) und zündeten pyrotechnische Gegenstände, sodass die Polizei die Organisatoren aufforderte, für das Unterlassen dieser Aktivitäten zu sorgen.

Aus dem Innenbereich von Teilnehmern des „Langen Marschs“ unterstützt, versuchten etwa 50 Personen den Außenzaun zum Veranstaltungsgelände zu übersteigen und Bekleidung mit dem Abbild Öcalans auf das Gelände zu bringen. Die Polizei drängte die Personen erfolgreich zurück. Anschließend betraten etwa 30 Teilnehmer des „Langen Marschs“ die Veranstaltungsbühne, wobei eine verummte Person eine Fahne mit dem Konterfei Öcalans schwenkte.

Wie bereits bei der zentralen Newroz-Feier zeigten die Merchandise-, Literatur- und Informationsstände, dass deutsche und kurdisch-türkische Linksextremisten zusammenarbeiten. Unter anderem präsentierten sich die MLKP und die Türkiye Komünist Partisi/ Marksist-Leninist (TKP/ML, Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten). Auch beim „Kulturfestival“ erwirtschaftete die PKK wahrscheinlich einen hohen sechsstelligen Betrag. Dazu kamen die vom HSK auf dem Veranstaltungsgelände gesammelten Gelder.

Terroranschlag in Ankara und die Folgen

Auf einen von der PKK am 23. Oktober in Ankara (Türkei) auf das Luft- und Raumfahrtunternehmen Türk Havacılık ve Uzay Sanayii A. Ş. (TUSAŞ) verübten Terroranschlag reagierte die türkische Regierung noch am selben Tag mit massiven Luftangriffen auf die überwiegend von Kurden bewohnten Regionen in Nordsyrien und die kurdischen Autonomiegebiete im Nordirak. Bei dem Anschlag starben neben den beiden Attentätern fünf Menschen, zahlreiche andere wurden verletzt.

Gegen die türkischen Angriffe kam es europa- und deutschlandweit zu zahlreichen Protesten. In Frankfurt am Main demonstrierten etwa 60 Personen „gegen die Intensivierung der Militäroffensive in Syrien und im Irak“. Auf Bannern war zu lesen: „Nieder mit dem türkischen Kolonialismus – defend Kudistan“ und „Stoppen Sie den Krieg der Türkei gegen die Kurden – Brechen Sie Ihr Schweigen – #NoFlyZoneForRojava“. Es beteiligten sich türkisch-linksextremistische Jugendgruppen.

In Darmstadt demonstrierten 45 PKK-Anhänger gegen „türkische Luftangriffe in den frühen Morgenstunden auf zivile Infrastrukturen der kurdischen Selbstverwaltung in Nordsyrien (Rojava) und auf die Autonome Region Kurdistan in Nordirak“. Dabei wurde die verbotene Parole „Bijî Serok Apo“ skandiert.

„Aktionen“ in Kassel

In der Nacht vom 31. Oktober auf den 1. November tauschten unbekannte Täter am Kasseler Rathaus eine Deutschlandflagge gegen eine Flagge mit dem Konterfei Öcalans aus. Hintergrund war eventuell der zehnte „Welt-Kobanê-Tag“, da am 1. November 2014 kurdische Peschmerga-Einheiten, darunter auch PKK-nahe Verbände, die nordsyrische Stadt Kobanê vom IS befreit hatten.

Sogenannte internationalistische Jugendliche brachten am 11. November im Bergpark Wilhelmshöhe in Kassel unterhalb der Herkules-Statue ein mehrere Meter großes Plakat mit der Aufschrift „Freiheit für Öcalan“ an. Außerdem zeigten sie eine verbotene

PKK-Fahne. Auf der linksextremistischen Internetplattform de.indymedia.org riefen die Internationalisten zur Teilnahme an einer Demonstration für Öcalan am 16. November in Köln (Nordrhein-Westfalen) auf und schlossen ihr Schreiben mit dem Gruß „Wir senden revolutionäre Grüße an alle freiheitsliebenden Menschen, alle untergetauchten und inhaftierten Antifas, die kurdische Freiheitsbewegung und Abdullah Öcalan!“

Infobox



Die in zahlreichen Staaten aktiven Internationalisten sind Anarchisten, die sich gemäß dem „revolutionären Internationalismus“ für unterdrückte Völker, soziale Gruppen oder die Dritte Welt engagieren. Darüber hinaus bekämpfen sie „Faschismus“ und „Kapitalismus“. Zu den „internationalistischen Kristallisationspunkten“ zählen seit einigen Jahren auch der „Freiheitskampf“ der Kurden und vor allem die „Revolution“ in „Rojava“. Die in der Bundesrepublik tätigen Internationalisten sind sowohl dem deutschen Linksextremismus als auch dem auslandsbezogenen Extremismus zuzuordnen.

PKK-Strukturen in Hessen

Die PKK teilt Deutschland in neun Regionen mit insgesamt 31 Gebieten ein, wobei jede Region – auch Hessen bildet eine solche – von einem konspirativ tätigen Führungskader geleitet wird, dessen Verwendung meistens zeitlich begrenzt ist. Durch örtliche kurdische Vereine steuert die PKK sowohl Informationen als auch verschiedene Vorgaben an ihre Anhänger.

Als Dachverband der PKK-nahen Vereine in Deutschland fungiert die *Almanya'daki Mezopotamya Topluluklar Konfederasyonu* (KON-MED, Konföderation der Gemeinschaften Mesopotamiens in Deutschland). Ihr gehören fünf Föderationen an, darunter die FCDK/KAWA mit Sitz in Darmstadt. In Hessen sind neun Vereine in verschiedenen Föderationen organisiert.



Gemessen am Mobilisierungspotenzial befanden sich in Frankfurt am Main und in Darmstadt die größten kurdischen Communitys mit PKK-Bezug in Hessen. Im Unterschied zu Kassel, Gießen (Landkreis Gießen), Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) und Frankfurt am Main agierten die PKK-Anhänger in Darmstadt im Berichtsjahr weitgehend autark. Eine signifikante Vermischung oder Unterwanderung mit bzw. durch deutsche und türkische Linksextremisten fand hier seltener statt. Als Dachorganisation für Europa fungiert der Kongreya Civakên Demokratik li Kurdistanîyanê Ewropa (KCDK-E, Kurdischer Demokratischer Gesellschaftskongress in Europa).

Darüber hinaus trugen im Berichtsjahr weitere Teilorganisationen die Aktivitäten der PKK:

- Tevgera Ciwanen Sorêşger (TCS, Bewegung der revolutionären Jugend),
- Tevgera Jinen Ciwan en Tekoser (Teko-Jin, Bewegung der kämpferischen jungen Frauen),
- Heyva Sor a Kurdistanê (HSK, Kurdischer Roter Halbmond),
- Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan (YXK, Verband der Studierenden aus Kurdistan),
- Jinên Xwendekarên Kurdistan (JXK, Studierende Frauen aus Kurdistan).

Als Studierendenverbände waren die JXK und der YXK im Berichtsjahr an hessischen Universitäten in Kassel, Gießen (Landkreis Gießen), Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf), Frankfurt am Main und Darmstadt aktiv.

PKK-Positionen werden insbesondere über eigene Medienstrukturen umgesetzt. Neben einem PKK-Fernsehsender (Stêrk-TV/NUCE-TV) gibt es die PKK-nahe Nachrichtenagentur ANF (Sitz in den Niederlanden) sowie verschiedene Zeitungen und Zeitschriften, unter anderem die vom Betätigungsverbot nicht betroffene Yeni Özgür Politika (YÖP, Neue Freie Politik), die in Neu-Isenburg im Landkreis Offenbach erscheint, sowie Serxwebun und Ciwanên Azad.

Mit der PKK verbunden sind die PYD in Syrien sowie die Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê (PJAK, Partei für ein freies Leben in Kurdistan) und die Partiya Çareserîya Demokratîk a Kurdistanê (PÇDK, Partei für eine politische Lösung in Kurdistan) im Irak. Als Schwesterparteien wollen auch sie die Interessen von Kurden vertreten.

TÜRKISCHER LINKSEXTREMISMUS

Sonstige Beobachtungsobjekte

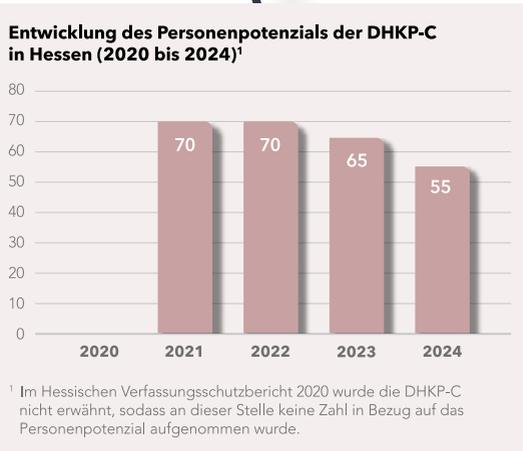
Neben der PKK gab es in Hessen weitere Organisationen, die im Berichtszeitraum einen bedeutenden Teil des Spektrums im Phänomenbereich auslandsbezogener Extremismus bildeten. Die wichtigsten von ihnen sind unten aufgeführt.

DEVIRIMCI HALK KURTULUŞ PARTISI-CEPHESI (DHKP-C, REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGSPARTEI-FRONT)

 Kurzprofil	<p>Auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus strebt die DHKP-C einen revolutionären Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung und die Errichtung einer klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft in der Türkei an. Die DHKP-C propagiert einen bewaffneten Volkskampf unter ihrer Führung. Die DHKP-C gliedert sich in einen politischen und einen militärischen Arm: die Devrimci Halk Kurtuluş Partisi (DHKP, Revolutionäre Volksbefreiungspartei) und die Devrimci Halk Kurtuluş Cephesi (DHKC, Revolutionäre Volksbefreiungsfront). An deren Spitze steht das Zentralkomitee, dem wiederum Regional- und Gebietsleiter untergeordnet sind. In Deutschland tritt die DHKP-C vornehmlich als Volksfront (Halk Cephesi) und als Anatolische Föderation (Anadolu Federasyonu) auf. Die Jugendorganisation Devrimci Gençlik (Dev-Genç, Revolutionäre Jugend) arbeitet eng mit der Führung auf den jeweiligen Ebenen zusammen.</p>
 Entstehung	<p>1994 als Nachfolgeorganisation der seit 1983 in Deutschland verbotenen Devrimci Sol (Dev Sol, Revolutionäre Linke) gegründet.</p>
 Gewalt	<p>Die DHKP-C versucht durch Gewaltanwendung und Terroranschläge in der Türkei (unter anderem in Form von Selbstmordanschlägen), ihre Ziele zu erreichen. Mitglieder, die bei Anschlägen ums Leben kommen, werden von der Organisation als „Märtyrer“ verehrt.</p>
 Regionale Schwerpunkte	<p>In Deutschland außerhalb von Hessen.</p>
 Führung	<p>Gruppe von Führungskadern.</p>
 Personenpotenzial	<p>In Hessen 55 Anhänger, bundesweit 600.</p>
 Verbot	<p>In Deutschland seit 1998 verboten, von der EU seit 2002 als terroristische Organisation eingestuft.</p>
 Verfassungsfeindlichkeit	<p>Die DHKP-C gefährdet aufgrund ihrer gewalttätigen Ausrichtung, die sich in Form von Anschlägen in der Türkei widerspiegelt, die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland. Die DHKP-C wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 HVSG beobachtet.</p>

„Gefangenensolidarität“ - Kampf gegen Rassismus

Die „Gefangenensolidarität“ für die in Deutschland inhaftierten Mitglieder und Funktionäre spielte auch im Berichtsjahr für die DHKP-C eine zentrale Rolle. Die im Vorjahr ins Leben gerufene Kampagne „Weg mit den Paragraphen § 129, § 129a und § 129b!“ wurde fortgeführt, entsprechende Veranstaltungen und Aktionen fanden jedoch nicht in Hessen statt. Die einzige öffentlichkeitswirksame Veranstaltung der DHKP-C in Hessen war das „Jugend Gegen Rassismus Picknick“, für das die Jugendorganisation Dev-Genç geworben hatte, für das aber auch auf anderen Internetseiten und Nachrichtenkanälen der DHKP-C bundesweit Werbung gemacht worden war. Neben dem Kampf gegen Rassismus sprach sich die Dev-Genç bei der Veranstaltung am 7. Juli in Frankfurt am Main gegen die Legalisierung von Marihuana und weiteren Drogen aus. Trotz der größeren Mobilisierung blieb die Teilnehmerzahl des Picknicks im unteren zweistelligen Bereich.





TÜRKİYE KOMÜNİST PARTİSİ/MARKSIST-LENINIST (TKP/ML UND TKP-ML, TÜRKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI/MARXISTEN-LENINISTEN)

	<p>Kurzprofil</p> <p>Die TKP/ML und die aus ihr durch verschiedene Abspaltungen hervorgegangenen Gruppierungen sind ideologisch vom Marxismus-Leninismus geprägt, folgen aber auch einer maoistischen Linie. Ihr Ziel ist der revolutionäre Umsturz des politischen Systems in der Türkei und die Schaffung eines „demokratischen Volksstaats“ unter der Herrschaft des „Proletariats“.</p>
	<p>Entstehung</p> <p>1972 in der Türkei als kommunistische Kaderorganisation, 1994 in zwei miteinander konkurrierende Fraktionen gespalten: TKP/ML Partizan sowie Maoist Komünist Partisi (MKP, Maoistisch-Kommunistische Partei). 2019 erneut gespalten, sodass sich wiederum zwei Organisationen bildeten, die sich im Namen nur durch ein Schriftzeichen unterscheiden: die TKP/ML und die TKP-ML.</p>
	<p>Gewalt</p> <p>Seit ihrer Gründung führt die TKP/ML einen „bewaffneten Kampf“ gegen den türkischen Staat. Um Anschläge in der Türkei verüben zu können, unterhält die TKP/ML in der Türkei die militante Türkiye İşçi Köylü Kurtuluş Ordusu (TİKKO, Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee). Bei bewaffneten Auseinandersetzungen getötete Organisationsangehörige werden als „Märtyrer“ und „Vorbilder“ verehrt.</p>
	<p>Regionale Schwerpunkte</p> <p>Frankfurt am Main, Darmstadt, Wiesbaden.</p>
	<p>Führung</p> <p>Gruppe von Führungskadern.</p>
	<p>Personenpotenzial</p> <p>In Hessen in den letzten Jahren unverändert 90 (überwiegend TKP-ML-Anhänger), bundesweit 800.</p>
	<p>Verfassungsfeindlichkeit</p> <p>Die TKP/ML und die aus ihr durch verschiedene Abspaltungen hervorgegangenen Gruppierungen gefährden aufgrund der Verbindung zu den militanten Aktivitäten der TİKKO in der Türkei die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland. TKP/ML und die TKP-ML werden nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 HVSG beobachtet.</p>

Umfeldorganisationen

In Deutschland agierte die TKP-ML unter der Dachorganisation Avrupa Türkiye İşçiler Konfederasyonu (ATİK, Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa) zusammen mit der ihr angehörenden Almanya Türkiye İşçiler Federasyonu (ATİF, Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.). Diese Umfeldorganisationen waren in lokalen Vereinen organisiert und leisteten in erster Linie propagandistische Unterstützungsarbeit. Durch ihre alljährliche Spendenkampagne trugen sie außerdem zur Finanzierung der Partei bei.

Die Yeni Demokratik Gençlik (YDG, Neue demokratische Jugend) fungierte als Jugendorganisation der ATİK, die an die ATİF-Ortsvereine angegliedert war. Zu den Umfeldorganisationen gehörte zudem die Yeni Kadın (Neue Frau), die in mehreren Städten – unter anderem in Frankfurt am Main – aktiv war. ATİF-Vereine gab es in Ober-Ramstadt (Landkreis Darmstadt-Dieburg), Darmstadt, Frankfurt am Main und Wiesbaden. Der Verein in Frankfurt am Main betrieb das Jugendzentrum KAGEF, das als Vereinstreff und für Veranstaltungen innerhalb der türkisch-linksextremistischen Szene genutzt wurde.

„Gegen Imperialismus und Faschismus“

Am 1. September rief die ATİK die europaweite Kampagne „Gegen Imperialismus und Faschismus aufstehen und die Zukunft gewinnen“ ins Leben. In Wiesbaden wurden entsprechende Plakate aufgehängt und Broschüren verteilt. Im KAGEF fand eine Diskussionsveranstaltung unter anderem mit einem der ATİK-Vorsitzenden statt. Den Höhepunkt der Kampagne bildete das „32. Jugend-, Kunst- und Kulturfestival“ der YDG in Frankfurt am Main. Dabei handelte es sich um die jährliche bundesweite Großveranstaltung der TKP-ML-Umfeldorganisationen in Deutschland. Das Motto war einem in der Türkei aufgrund seiner sozialkritischen Filme bekannten und von Linksextremisten verehrten Regisseur gewidmet: „Im 40. Jahr der Unsterblichkeit von Yılmaz Güney. Lassen wir die Kunst Hoffnung schaffen und den Widerstand zum Sieg führen“. Am Festival nahmen auch Young Struggle, REBELL (Jugendorganisation der deutschen linksextremistischen MLPD) und nicht-extremistische Organisationen teil.

Aktivitäten der YDG

Wie im Vorjahr stellte die YDG die Themen „Antimilitarismus“ und „Antiimperialismus“ in den Fokus ihrer Aktivitäten. Besonders durch die europaweite Kampagne der ATİK sowie durch Demonstrationen und Veranstaltungen gegen Krieg und „Militarisierung“ versuchte die Jugendorganisation auf sich aufmerksam zu machen. Rüstungsindustrie und die „imperialistischen Mächte“ waren aus Sicht der YDG die Profiteure und die treibenden Kräfte auf der Welt, welche die Bedingungen für Kriege schaffen. Konkret sprach sich die YDG für den „Widerstand der Völker“ in Palästina und im kurdischen „Rojava“ (Nordostsyrien) aus. Darüber hinaus führten ATİK, Yeni Kadın (Neue Frau) und YDG Kundgebungen in Hessen hauptsächlich in Frankfurt am Main durch, wie zum Beispiel anlässlich des „Welt-Kobanê-Tages“, wobei Bilder von TİKKO-Kämpfern in Uniform öffentlich präsentiert wurden.

Während des gesamten Berichtsjahrs veranstaltete die YDG in Frankfurt am Main „politische Bildungen“, die sich thematisch zum Beispiel dem „Kampf gegen den Imperialismus“, dem „Frauenwiderstand gegen imperialistische Aggressionen“ und „Lenins Kampf gegen nichtmarxistische Strömungen“ widmeten. Zudem organisierte die YDG ein Bildungswochenende in Frankfurt am Main mit dem Slogan „Weder Angst noch Verzweiflung; die Hoffnung liegt im Kampf der Jugend!“, an dem 30 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen. Damit versuchte die YDG offenbar, neue Mitglieder anzusprechen und zu werben.

MARKSIST LENINIST KOMÜNIST PARTI (MLKP, MARXISTISCHE-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI)

	Kurzprofil	Die MLKP will in der Türkei eine kommunistische Gesellschaft nach den Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels unter Berücksichtigung leninistischer Leitlinien aufbauen. Durch einen Volksaufstand soll die Revolution „aus dem Herzen des Volkes“ ausgelöst und die „Diktatur des Proletariats“ in der Türkei errichtet werden. 2016 unterzeichneten die MLKP und die PKK eine Deklaration, in der sie gemeinsam mit anderen Gruppen dem türkischen Staat den Kampf ansagten.
	Entstehung	1994 als Marxist Leninist Komünist Parti-Kuruluş (MLK-P-Kuruluş, Marxistische-Leninistische Kommunistische Partei-Aufbau) durch den Zusammenschluss zweier türkischer kommunistischer Parteien. Seit 1995 nennt sich die Partei nur noch MLKP.
	Gewalt	In der Türkei verfügt die MLKP mit den Fakirlerin ve Ezilenlerin Silahlı Kuvvetleri (FESK, Bewaffnete Einheiten der Armen und Unterdrückten) über einen bewaffneten Arm, der dort Anschläge verübt und Teil der Guerillaeinheiten ist, die in „Rojava“ kämpfen.
	Regionale Schwerpunkte	Frankfurt am Main, Darmstadt.
	Führung	Funktionärsgruppe.
	Personenpotenzial	In Hessen 70 (für die letzten Jahre lagen keine Angaben vor), bundesweit 600.
	Verfassungsfeindlichkeit	Die MLKP gefährdet durch die FESK und deren gewalttätigen Aktivitäten in der Türkei und in „Rojava“ die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland. Die MLKP wird nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 HVSG beobachtet.

Umfeldorganisationen und 30-jähriges Jubiläum

In Deutschland war die MLKP hauptsächlich über ihre Umfeldorganisationen tätig: die Avrupa Ezilen Göçmenler Konfederasyonu (AvEG-Kon, Konföderation der unterdrückten Immigranten in Europa) und die Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu (AGİF, Föderation der ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland e.V.). Beide stehen der MLKP ideologisch nahe und besetzen dieselben Themen. Die Jugendorganisation Young Struggle, bei der sich nicht nur türkische, sondern auch deutsche Jugendliche engagierten, beschäftigte sich vor allem mit den Themen „Klassenkampf“ und „Antirassismus“.

Das 30-jährige Jubiläum der Gründung der MLKP wurde in Frankfurt am Main bei internen Veranstaltungen gefeiert. Dabei wurden Reden und Botschaften anderer Organisationen vorgetragen und der 30 Jahre des Kampfes gedacht.

Aktivitäten von Young Struggle

Zu Beginn des Berichtsjahrs veranstalteten Aktivistinnen von Young Struggle vom 18. bis 21. März in Frankfurt am Main einen „Frauensolidaritätshungerstreik“, um sich zu den „politischen Gefangenen“ in der Türkei, in „Kurdistan“ und im Iran zu bekennen.

Anlass war der internationale „Tag der politischen Gefangenen“ am 18. März. Zu dieser Thematik führte Young Struggle Diskussionsveranstaltungen und Demonstrationen wie zum Beispiel am 18. und 21. März in Frankfurt am Main durch.

Über das gesamte Berichtsjahr hinweg solidarisierte sich Young Struggle mit „allen Antifaschist:innen!“ und rief dazu auf, sich gegen den stärker werdenden „Faschismus“ in Deutschland zu organisieren. In diesem Zusammenhang beteiligte sich Young Struggle unter anderem an Protesten gegen die AfD.

Darüber hinaus richtete Young Struggle im gesamten Berichtsjahr Veranstaltungen aus oder beteiligte sich an ihnen. Dies betraf die Themen „IDAHOBIT*-Feindlichkeit“ und „Gewalt gegen Frauen“. So wurden anlässlich des Internationalen Tags gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit (17. Mai) und des 55-jährigen Jubiläums der Stonewall-Unruhen in New York City am 27. Juni Veranstaltungen in Frankfurt am Main durchgeführt. Wie in den Vorjahren beteiligte sich Young Struggle auch im Rahmen des Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt an Frauen (25. November) an mehreren Veranstaltungen, zum Beispiel am 21. November in Darmstadt und am 25. November in Frankfurt am Main.

A close-up photograph of a person's face, focusing on their right eye. The person has dark hair and is wearing a patterned headscarf. A semi-transparent blue rectangular box is overlaid on the upper part of the image, containing the title text in white. The lighting is dramatic, highlighting the texture of the skin and the intensity of the eye.

NAHOSTKONFLIKT UND ISRAELBEZOGENER ANTISEMITISMUS

INFOBOX

Am 7. Oktober 2023 drangen HAMAS-Terroristen vom palästinensischen Gazastreifen aus nach Israel ein und ermordeten etwa 1.200 Menschen, etwa 5.400 wurden zum Teil schwer verletzt. Dabei verbreiteten die Terroristen Videos in den sozialen Medien, die zeigten, wie sie Morde begingen sowie etliche ihrer Opfer folterten und vergewaltigten. Die Terroristen nahmen etwa 240 israelische und ausländische Staatsbürger als Geiseln und verschleppten sie in den Gazastreifen. Einen Tag nach dem Massaker erklärte Israel den Kriegszustand und begann eine militärische Offensive gegen die HAMAS. Unterstützung erfuhr die Terrororganisation seitens der Hizb Allah im Libanon und der Huthi-Rebellen im Jemen, die Israel immer wieder angriffen. Im September 2024 tötete die israelische Armee den langjährigen Generalsekretär der Hizb Allah, Hassan Nasrallah, und startete einen Monat später im Libanon eine weitere Militäroffensive. Zudem kam es im Oktober zu einer unmittelbaren militärischen Konfrontation zwischen dem Iran und Israel.

Die humanitäre Lage im Gazastreifen war im gesamten Berichtsjahr prekär. 90 Prozent der Bevölkerung waren Binnenvertriebene, ein Großteil der Gebäude war zerstört, es mangelte an Nahrung und medizinischer Versorgung.

Themen

- Reaktionen von Extremisten
- Islamismus
- Linksextremismus und auslandsbezogener Extremismus
- Rechtsextremismus



In Hessen verliefen die Versammlungen friedlich, bei einigen kam es zu Straftaten (Zeigen verbotener Symbole, Verunglimpfungen Israels) oder Ordnungswidrigkeiten. In den sozialen Medien nahmen juden- und israelbezogene Hasskommentare und Hetze massiv zu.

Reaktionen von Extremisten

Unterschiedliche extremistische Akteure nahmen den Terrorangriff der HAMAS zum Anlass, um zu Hass und Gewalt gegen Menschen jüdischen Glaubens oder den Staat Israel aufzurufen oder dessen Existenzrecht zu verneinen. Islamisten, palästinensische Extremisten sowie deutsche und türkische Linksextremisten organisierten propalästinensische Versammlungen, von denen viele von Israelfeindlichkeit und Antisemitismus geprägt waren.





Infobox

Antisemitismus lässt sich der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) folgend definieren als eine

„bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen“.

Die Bundesregierung nahm außerdem folgende Ergänzung auf, die über die Konsensfassung der IHRA hinausgeht: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Antisemitismus stellt in seinen verschiedenen Ausprägungen ein verbindendes und konstantes Charakteristikum des **Rechtsextremismus** dar. Juden, von Antisemiten als jüdisch angesehene Personen und allgemein alles „Jüdische“ oder mit „Juden“ in Verbindung Gebrachte sind seit jeher szenübergreifend verbreitete Feindbilder. Antisemitismus richtet sich nicht ausschließlich gegen religiöse oder praktizierende Juden, sondern auch regelmäßig gegen säkulare und konvertierte Juden oder nicht-jüdische Personen, Gruppen und Einrichtungen. Die Bandbreite reicht dabei auf der Einstellungsebene von subtil geäußertem Antisemitismus bis hin zu Mord auf der Handlungsebene.

Im **Linksextremismus** gehört der Antisemitismus nicht zum Kernbestandteil der entsprechenden Ideologie. Antisemitische Positionen oder Stereotype sowie Hass und Gewalt gegen Juden sind in der linksextremistischen Szene grundsätzlich nicht vermittelbar, sodass ein offen vorgetragener Antisemitismus weitgehend ausgeschlossen ist. Dennoch können bei einzelnen Linksextremisten individuelle antisemitische Einstellungen oder Rückgriffe auf

antisemitische Stereotype nicht ausgeschlossen werden. Vor allem bei antiimperialistisch und dogmatisch eingestellten Linksextremisten gibt es ideologisch begründete antiisraelische bzw. antizionistische Positionen. Israel wird in diesem Spektrum nicht primär als jüdischer, sondern als „imperialistischer“ und „kapitalistischer“ Staat betrachtet. Dogmatische Linksextremisten gehen von einer Kolonialisierung Palästinas durch Israel aus. Auf dieser Grundlage gedeihen immer wieder antizionistische Positionen, bis hin zur Negierung des Existenzrechts des Staats Israel.

Im **auslandsbezogenen Extremismus** sind Relevanz und Ausprägung von Antisemitismus und Israelfeindlichkeit für die verschiedenen extremistischen Organisationen und Strukturen in Deutschland sehr unterschiedlich. So stellen Antisemitismus und Rassismus gegenüber Juden, Kurden und Armeniern in der rechtsextremistischen *Ülkücü*-Bewegung Kernelemente der Ideologie dar. Die Feindschaft gegenüber Juden, die Negierung des Existenzrechts Israels sowie das Verbreiten antisemitischer Stereotype und Verschwörungserzählungen sind auch unter türkischen Rechtsextremisten in Deutschland verbreitet. Hinzu tritt ein Antizionismus, der sich als einseitige Parteinahme für die Belange der Palästinenser manifestiert.

Im säkularen palästinensischen Extremismus ist der Hauptanknüpfungspunkt antisemitischer Agitation der Territorialkonflikt mit Israel. Juden wird allenfalls die Möglichkeit einer Koexistenz in einem Staat „Palästina“ zugestanden, dessen Grenzen vom Jordanfluss bis zum Mittelmeer auch das Staatsgebiet Israels umfassen sollen. Religiöse oder rassistische Minderwertigkeitszuschreibungen in Bezug auf Juden kommen vereinzelt vor, sind aber von untergeordneter Bedeutung.

Türkische linksextremistische Organisationen in Deutschland solidarisieren sich mit den Palästinensern und explizit mit dem in Deutschland 2023 verbotenen internationalen Netzwerk Samidoun – Palestinian Solidarity Network. Ausgehend von der antiimperialistisch geprägten Ideologie türkischer Linksextremisten wird der Staat Israel als „imperialistisch“ und „kapitalistisch“ abgelehnt. Diese Agitation richtet sich nicht gegen Juden, sondern gegen den Staat Israel, dessen Existenzrecht verneint wird.

Die unterschiedlich ausgeprägte Feindschaft gegenüber Israel und die gemeinsame Ablehnung von dessen Existenzrecht sind Grundlage für verschiedenartige **Vernetzungen zwischen deutschen und türkischen**

Linksextremisten und säkularen palästinensischen Extremisten. Neben gegenseitigen Solidaritätsbekundungen und dem Besuch von Veranstaltungen des anderen Spektrums nehmen sie zusammen auch an propalästinensischen bzw. antiisraelischen Demonstrationen teil.

Der **Antisemitismus im Islamismus** ist ein wesentliches ideologisches Element aller islamistischen Strömungen. Die überwiegende Mehrheit der in Deutschland aktiven islamistischen Organisationen hegt antisemitisches Gedankengut und verbreitet es auf unterschiedlichsten Wegen. Dies stellt eine erhebliche Herausforderung für das friedliche und tolerante Zusammenleben in Deutschland dar⁷.

Islamismus

Islamistische Gruppierungen bekundeten Solidarität mit dem palästinensischen Volk und äußerten sich dezidiert antiisraelisch und antisemitisch. Sie instrumentalisierten vor allem die Militäroffensiven Israels, um das Narrativ zu festigen, wonach die (palästinensischen) Muslime ein Opfer des „Westens“ seien. Ebenso polemisierten Islamisten gegen die israel-solidarische Haltung der deutschen Politik. Terrororganisationen wie der IS und al-Qaida riefen zu Anschlägen bzw. zum „Jihad“ vor allem in Israel,

Europa und im „Westen“ auf. Der IS forderte in einer Audiobotschaft dazu auf, Juden und Christen weltweit anzugreifen und alle Juden zu vernichten. Anschläge sollten mit Spreng- und Brandsätzen, Schusswaffen, Messern oder Fahrzeugen begangen werden. In der Botschaft wurde zudem die HAMAS für ihre Zusammenarbeit mit dem Iran, der Hizb Allah und den Huthi-Rebellen im Jemen kritisiert. Diese seien Schiiten und somit Feinde der Muslime.



Die HuT-nahe Gruppierung RI nahm nahezu täglich Stellung zum Nahostkonflikt. RI forderte auf Instagram und YouTube das Eingreifen „muslimischer Armeen der umliegenden Länder Palästinas“ in den Nahostkonflikt, was aber von „Marionetten“ und „korrupten Vasallenherrschern in der islamischen Welt“ verhindert würde. RI sprach den Wunsch aus, dass „Allah unsere Geschwister in Palästina beschütze und sie aus der Tyrannei und zionistischen Besatzung“ befreie. Diese Wortwahl orientierte sich an der Rhetorik der HuT, die mit ähnlichen Formulierungen die angebliche Opferrolle der Muslime weltweit beschrieb. Nach Ansicht der HuT versuchten die Muslime erfolglos, die „Ketten der Ungerechtigkeit“ zu sprengen. „Widerstand gegen die zionistische Besatzungsmacht“ sei daher ein legitimes Mittel, um gegen „neuartige koloniale Bestrebungen zu kämpfen“.

Die Angriffe Israels auf Hizb-Allah-Stützpunkte im Libanon bezeichnete RI als „zionistische Zerstörungswut“, bei der „unschuldiges Blut“ vergossen werde und Israel seinen „Genozid“ außerhalb des Gazastreifens fortsetze. Da sich die „islamischen Herrscher der umliegenden Länder im Tiefschlaf“ befänden, forderte RI deren Soldaten auf, sich von den „tatenlosen Regenten loszusagen“ und die „Zivilisten in der Region vor diesen Verbrechen“ zu schützen.

Zum Jahrestag des Terrorangriffs der HAMAS postete RI einen Beitrag auf YouTube, der eine kommentarlose Zusammenstellung von Fotos und (Handy-) Videos enthielt. Der Zusammenschnitt sollte das Leid der muslimischen Palästinenser im Gazastreifen dokumentieren. Auch in den darauffolgenden Wochen und Monaten veröffentlichte RI zahlreiche Videos mit entsprechenden Inhalten auf YouTube.

Islamisten aus Hessen nahmen bundesweit an propalästinensischen Veranstaltungen teil und unterstützten die jeweiligen Äußerungen und Forderungen in den sozialen Medien. RI teilte vor jeder Veranstaltung die digitalen Flugblätter zu den Demonstrationen als Einladung und Aufforderung zur Teilnahme. Bei einigen Veranstaltungen – etwa am 27. April in Hamburg, organisiert von der HuT-nahen Gruppierung Muslim Interaktiv – wurde die Errichtung eines Kalifats gefor-

dert. Dass nur ein „Kalifat im Nahen Osten“ die Probleme aller Muslime lösen könne, wurde unter anderem auf X im Rahmen der Kampagne #KalifatImNahenOsten verbreitet.

Darüber hinaus kritisierten im Bereich der Milli-Görüş-Bewegung die SP Europa und die SP Hessen in den sozialen Medien das fehlende Engagement der türkischen Regierung für die Menschen im Gazastreifen und das Verhalten der Türkei gegenüber Israel. So wurden mehrfach Bilder mit Containerschiffen in den Beiträgen verwendet, wobei der Handel mit Israel als „Verrat an Palästina“ bezeichnet wurde. Ein Funktionär der SP Hessen verbreitete in seinem Facebook-Profil den Aufruf „Yahudi'yi Boykot“ (*Boycottiert den Juden*), um den Kauf angeblich „jüdischer“ Marken zu verhindern.

Bei einem „Internationalen Symposium über Necmettin Erbakan und die Palästina-Frage“ in Istanbul (Türkei) warf der damalige SP-Vorsitzende Temel Karamollaoğlu Israel in seiner Rede „niederträchtige Massaker“ vor (siehe S. 135).

Die Reaktionen in der salafistischen Szene waren von einer ambivalenten Haltung in Bezug auf den Nahostkonflikt und die propalästinensischen Demonstrationen geprägt. So riefen einige Akteure und Prediger zu Bittgebeten auf. Außerdem kritisierten sie die Haltung Deutschlands zum Nahostkonflikt, lehnten aber die propalästinensischen Demonstrationen unter anderem wegen mangelnder Glaubensfestigkeit und fehlender Geschlechtertrennung ab. Die spärlichen Äußerungen in der salafistischen Szene in Bezug auf die HAMAS glorifizierten die Terrororganisation. (Zu der propalästinensisch orientierten Al-Quds-Demonstration am 6. April in Frankfurt am Main siehe S. 138f)

Linksextremismus und auslandsbezogener Extremismus

Akteure aus den Phänomenbereichen Linksextremismus und auslandsbezogener Extremismus erklärten ihre Solidarität mit „Palästina“ und riefen zu einem Waffenstillstand und zu humanitärer Hilfe für die Bevölkerung im Gazastreifen auf. Sie kritisierten das

militärische Vorgehen Israels und den damit verbundenen Einmarsch in „Palästina“. Die entsprechenden Demonstrationen waren häufig von einer hohen Emotionalität gekennzeichnet.

Akteure aus beiden Phänomenbereichen meldeten öffentliche Veranstaltungen an, wirkten daran zum Beispiel als Redner mit, waren als Teilnehmer zugegen oder riefen zur Teilnahme auf. Dazu gehörten folgende Akteure bzw. Gruppierungen: ATİK, AGIF, YDG, Young Struggle, Kommunistische Organisation (KO), SDAJ und die MLPD. Entsprechende Veranstaltungen fanden etwa in Kassel, Frankfurt am Main und Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) statt. Bei einigen Demonstrationen kam es zu extremistischen und antisemitischen Äußerungen, dazu gehörten auch Veranstaltungen auf dem Gelände von Universitäten, so etwa in Frankfurt am Main und in Kassel.

Rechtsextremismus

Die rechtsextremistische Szene beschäftigte sich im Berichtsjahr kaum noch mit dem Nahostkonflikt, da sie sich auf andere Themen fokussierte. Öffentlich bezog sie mehrheitlich eine neutrale Position und bekannte sich weder zu Israel noch zu „Palästina“. Aufgrund des traditionellen Antisemitismus der rechtsextremistischen Szene war einerseits eine Solidarisierung mit Israel undenkbar, andererseits war eine Zustimmung für die palästinensischen Anliegen aufgrund islamophober und fremdenfeindlicher Einstellungen kaum möglich. Somit beschränkten sich viele Rechtsextremisten auf eine ambivalente Haltung, um innerhalb der Szene keinen Widerspruch zu provozieren und keinen Grund für staatliche Maßnahmen zu bieten.

Akteure der HEIMAT und der Neuen Rechten argumentierten, dass eine Solidarität mit keiner der beiden Parteien im deutschen Interesse sei. Allerdings gab es Stimmen, die den Staat Israel verunglimpften, indem sie ihm zum Beispiel Völkermord an der Bevölkerung im Gazastreifen vorwarfen. Die nach außen „neutralen“ Rechtsextremisten beschränkten sich vornehmlich auf altbekannte antisemitische sowie fremden- und islamfeindliche Narrative. So wurde aus propalästinensischen Demonstrationen, bei

denen es zu Ausschreitungen und antisemitischen/islamistischen Äußerungen gekommen war, der Schluss gezogen, dass es zu viele muslimische Migranten in Deutschland gebe und der deutschen Gesellschaft eine „Überfremdung“ bzw. „Islamisierung“ drohe. Daraus leiteten sie die Forderung nach der „Remigration“ von Migranten ab.

Dagegen gab es eine Minderheit von Rechtsextremisten – wie etwa Der Dritte Weg –, die Israel die Schuld an der Eskalation des Nahostkonflikts gaben und den nach ihrer Auffassung unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt kritisierten.

Zeitweise kursierten in der rechtsextremistischen Szene verschiedene Verschwörungsnarrative. So habe es sich bei dem Terroranschlag der HAMAS um ein Täuschungsmanöver (False-Flag-Operation) gehandelt, von dem Israel gewusst bzw. es zugelassen habe, um den Krieg im Gazastreifen zu rechtfertigen. Andere Narrative versuchten die Angst vor dem Ausbruch eines Dritten Weltkriegs zu schüren und thematisierten einen möglichen Kriegseintritt des Iran und der USA.



ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

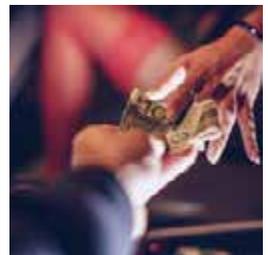
INFOBOX

Die Organisierte Kriminalität (OK) umfasst kriminelle Aktivitäten, die von Gruppierungen durchgeführt werden, die eine komplexe und auf Dauer angelegte Struktur aufweisen. Diese Gruppierungen sind in den meisten Fällen hierarchisch organisiert und operieren häufig über nationale und internationale Grenzen hinweg. Ziel der OK ist in der Regel die Maximierung von Gewinn und Macht durch illegale Geschäfte und Aktivitäten.

KENNZEICHEN DER OK

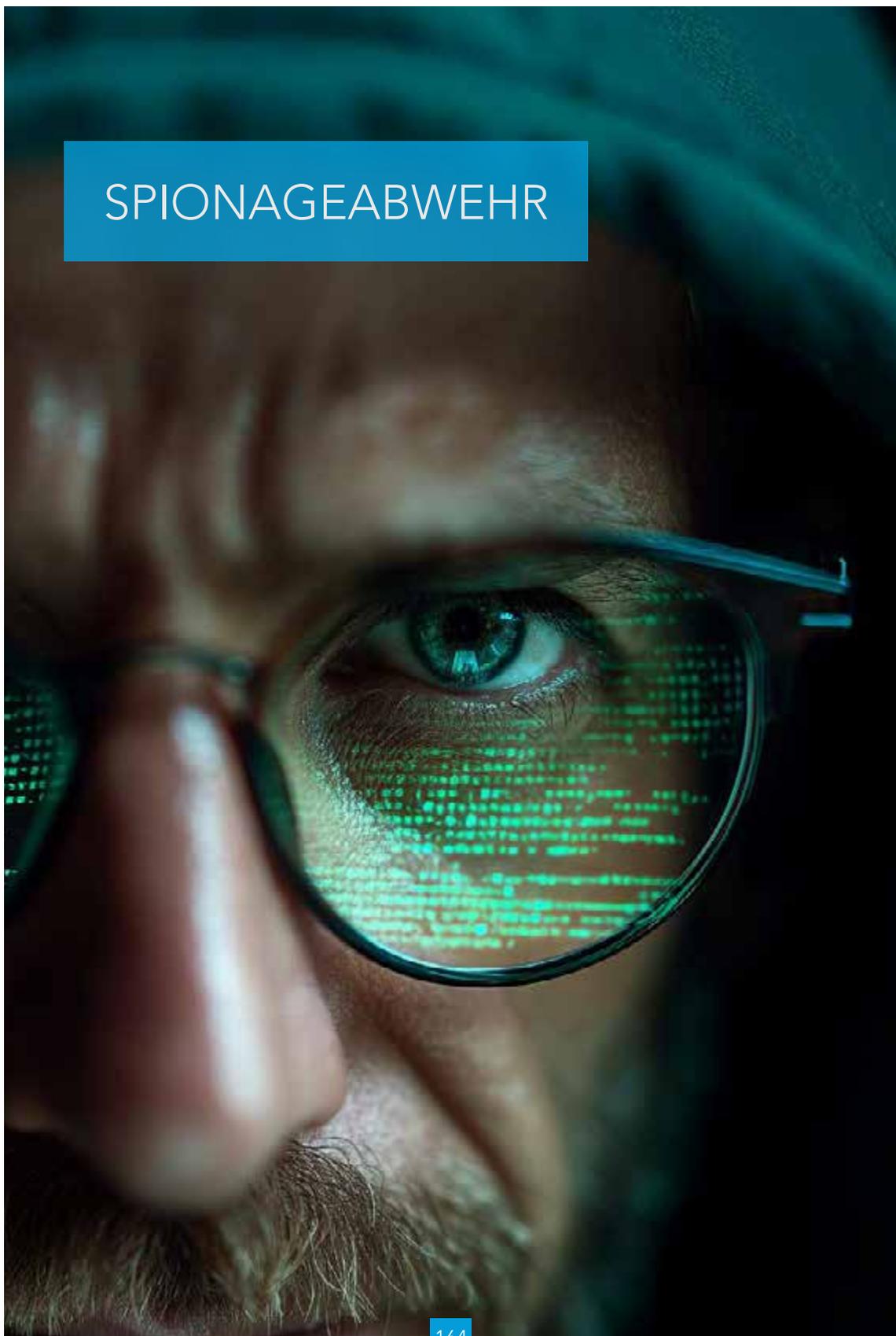
- **Hierarchie und Struktur:** Die OK-Gruppierungen haben eine eindeutige interne Organisation mit festen Rollen und Verantwortlichkeiten.
- **Dauerhafte Planung:** Im Gegensatz zu spontanen oder einmaligen, illegalen Handlungen verfolgen die OK-Gruppierungen in der Regel langfristige und strategische Ziele.
- **Vielzahl illegaler Tätigkeiten:** Die OK-Gruppierungen sind in verschiedenen illegalen Bereichen aktiv, zum Beispiel Drogenhandel, Menschenhandel, Erpressung, illegales Glücksspiel, Waffenschmuggel und Cyberkriminalität.
- **Gewalt und Einschüchterung:** Zur Durchsetzung ihrer Interessen setzen OK-Gruppierungen häufig Gewalt oder Drohungen ein.
- **Korruption und Bestechung:** OK-Gruppierungen versuchen oft, staatliche Institutionen, Unternehmen oder Einzelpersonen zu beeinflussen, um ihre Aktivitäten zu schützen oder auszubauen.

OK-Gruppierungen sind sehr gut organisiert und operieren in weitreichenden Netzwerken, die ihre illegalen Betätigungen verdecken und sich oft in Grauzonen oder legalen Bereichen bewegen. In der Regel verhalten sie sich unauffällig und konspirativ. Darüber hinaus gibt es immer eindeutiger Anzeichen, dass sich auch ausländische Nachrichtendienste der OK bedienen.



Das LfV beobachtet Bestrebungen und Tätigkeiten der OK im Vorfeld strafbarer Handlungen fokussiert auf die Schnittstellen zu Spionage, Wirtschaftsschutz, Cyberabwehr und Proliferation.

SPIONAGEABWEHR



INFOBOX

Die Spionageabwehr befasst sich mit folgenden Aufgaben:

- Aufklärung von geheimdienstlicher Agententätigkeit und Ausspähung von Personen, die in Opposition zu den Verhältnissen im Herkunftsland stehen,
- Cyberabwehr,
- Proliferationsabwehr,
- Aufklärung von Einflussnahmen fremder Staaten auf die Meinungsbildung und die Politik in Deutschland durch Desinformation, Propaganda und hybride Kriegsführung,
- Wirtschaftsschutz und
- Aufklärung von Staatsterrorismus.

Ein wesentlicher Fokus des LfV lag auf der Beobachtung der gegen Deutschland gerichteten Spionage und Einflussnahme. Gleiches gilt für Proliferationsaktivitäten und geheimdienstlich gesteuerte Cyberangriffe fremder Nachrichtendienste.

Vor dem Hintergrund der angespannten globalen Lage ging das LfV Hinweisen auf geheimdienstliche Aktivitäten nach, die sich gegen deutsche Interessen richteten. Dabei bildete der Wirtschaftsschutz als präventiver Teil der Spionageabwehr seit jeher einen festen Bestandteil der Aufgaben des Verfassungsschutzes. Cyberangriffe stellten nach wie vor eine große Bedrohung für deutsche Unternehmen, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie für Politik und Verwaltung dar. Das gilt auch für Desinformationskampagnen. So wurden durch hybride Aktivitäten insbesondere im Cyberraum falsche und irreführende Informationen verbreitet, um die Bevölkerung in Deutschland zu verunsichern, das Vertrauen in die Demokratie zu erschüttern und die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

WICHTIGE ENTWICKLUNGEN

- Die von Russland ausgehende hybride Bedrohung in den Bereichen (Wirtschafts-)Spionage, Sabotage, Cyberangriffe sowie Propaganda und Desinformation in Medien und sozialen Medien stieg in allen Bereichen weiter an. Dies stand auch im Kontext des Bundestagswahlkampfes. Als eine wesentliche Auswirkung des russischen Überfalls auf die Ukraine rückte im Bereich Wirtschaftsschutz das Thema Sabotage in den Fokus der Beratungen für hessische Unternehmen.
- Mit Hilfe von Cyberangriffen und Cyberkampagnen wollten vor allem von Russland gesteuerte Akteure prorussische Propaganda und Desinformation verbreiten, um letzten Endes das Vertrauen der Bevölkerung in Deutschland in die Demokratie, ihre Funktionsweise und ihre Repräsentanten zu untergraben. Dies geschah zum Beispiel mit der Desinformationskampagne „Doppelgänger“, bei der das Layout von Internetseiten einer Reihe von Onlinemedien gefälscht wurde und einzelne Beiträge in den sozialen Medien verbreitet wurden.



- Durch Cyberangriffe versuchte China seine langfristig angelegten Wirtschaftsinteressen zu realisieren, zudem sollten die Angriffe, aber auch Ausspähungen und Einflussnahmen dazu dienen, in Deutschland lebende chinesische Oppositionelle zu kontrollieren und zu beeinflussen.
- Ebenso bestand ein wesentliches Interesse einer Reihe weiterer Staaten darin, Informationen über die Aktivitäten von in der Bundesrepublik wohnhaften Oppositionellen zu sammeln. Dies betraf den Iran, die Türkei, Vietnam, Pakistan und Indien.
- Nordkorea war sowohl an der Beschaffung von Devisen als auch an Informationen aus der Rüstungs- sowie der Luft- und Raumfahrtbranche wie etwa Komponenten für Langstreckenraketen interessiert.
- Als ein Bestandteil des Wirtschaftsschutzes beobachtete die Cyberabwehr im Berichtsjahr Cyberangriffe und insbesondere Cyberkampagnen fremder Staaten, die als Desinformation einen Teil der hybriden Bedrohungen bildeten. Hierzu zählte jegliche prorussische Propaganda, die geeignet war, die Bevölkerung in Deutschland zu verunsichern, die öffentliche Meinung im russischen Sinne zu beeinflussen sowie das Vertrauen in die Demokratie, ihre Funktionsweise und ihre Repräsentanten zu untergraben. Darunter fielen vor allem falsche und irreführende Informationen in sozialen Medien sowie orchestrierte Desinformationskampagnen.



WICHTIGE BEGRIFFE

Nach § 99 Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB) ist strafbar, wer für den Geheimdienst einer fremden Macht eine **geheimdienstliche Tätigkeit** gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist, oder gegenüber dem Geheimdienst einer fremden Macht oder einem seiner Mittelsmänner sich zu einer solchen Tätigkeit bereit erklärt. Fremde Staaten nutzen für ihre geheimdienstlichen Operationen neben amtlichen Einrichtungen (zum Beispiel Botschaften, Generalkonsulate) halbamtliche Vertretungen wie etwa Presseagenturen und Fluggesellschaften, aber auch Wirtschaftsunternehmen. Einfache Gesprächsaufklärung und Anbahnungen finden dabei auch im Rahmen eines vermeintlich unverfänglichen Austauschs im wirtschaftlichen oder diplomatischen Umfeld statt, ebenso über Plattformen der sozialen Medien, Business-Netzwerke und per E-Mail.

Um ihre Beschaffungsaktivitäten im Bereich der **(Waffen-)Proliferation** zu verschleiern, nutzen fremde Staaten unter anderem gefälschte Exportdokumente, Zwischenhändler in Drittländern oder im eigenen Land, Tarnfirmen, Scheinfirmen, Briefkastenfirmen sowie unwahre Angaben über den Endverbleib.

Als **hybride Bedrohungen** werden alle koordinierten, illegitimen Handlungen staatlicher und staatlich gelenkter Akteure bezeichnet, die der Durchsetzung eigener Interessen zum Nachteil eines anderen Staates dienen. Dabei finden diese Handlungen außerhalb des Rahmens eines konventionellen militärischen Angriffs statt. Zu den hybriden Bedrohungen gehören vor allem Spionage, Sabotage, Cyberangriffe und Desinformation. Zu Sabotagezwecken werden häufig sogenannte Proxys eingesetzt, das heißt durch die Nachrichtendienste fremder Staaten beauftragte Stellvertreter vor Ort. Sie spähen die Gegebenheiten aus, bereiten die Sabotage vor und führen sie aus.



Themen



- Hybride Bedrohung durch Russland
- Chinesische Cyberangriffe
- Iran, Türkei, Vietnam, Pakistan und Indien: Oppositionelle im Fokus
- Nordkorea: Interesse an Devisen sowie der Rüstungs-/Luft- und Raumfahrtindustrie
- Konsequenzen des russischen Überfalls auf die Ukraine
- Angriffe und Bedrohungen aus allen extremistischen Phänomenbereichen
- Im Fokus: Abwehr von russischer Desinformation

Hybride Bedrohung durch Russland

Russland betrieb im Berichtsjahr teils offen erkennbare, teils klandestine und aggressive Spionageoperationen gegen Institutionen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Militär und Verwaltung. Darüber hinaus kam es im Rahmen der hybriden Bedrohung durch Russland bei Logistikunternehmen zu gezielt initiierten Paketbränden sowie zu Sachbeschädigungen an Fahrzeugen und Desinformation im Zuge des Bundestagswahlkampfs.

Aufgrund der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine verstärkten die deutschen Sicherheitsbehörden weiter ihre Aufmerksamkeit in Bezug auf die hybriden Aktivitäten russischer Nachrichtendienste. Es gab geheimdienstliche Verdachtsfälle, über die das LfV durch andere Behörden oder Hinweise aus der Bevölkerung informiert wurde. Auch im Bereich der Proliferation entfaltete Russland anhaltend hohe Aktivitäten.



Infobox



Der Slushba Wneschnej Raswedki (**SWR**, Dienst der Außenaufklärung der Russischen Föderation) war für zivile Objekte und Themen (speziell für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft/Technologien) zuständig. Die Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (**GRU**, Hauptverwaltung beim Generalstab der Streitkräfte der Russischen Föderation) interessierte sich für das gesamte militärische Spektrum, insbesondere für neue Technologien in der Entwicklung und im Einsatz. Auch die Aktivitäten des russischen Inlandsgeheimdiensts Federalnaja Slushba Besopasnosti (**FSB**, Föderaler Dienst für die Sicherheit der Russischen Föderation) hielten auf hohem Niveau an. Vor allem Reisen von Ausländern nach Russland ließen auf eigenem Territorium eine risikolose Ansprache von Personen zu.

Insgesamt stellen klassische russische Spionage und russische Cybergruppierungen weiterhin eine große Bedrohung für deutsche Unternehmen, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie für Politik und Verwaltung dar. Es besteht die Gefahr von weiteren Desinformationskampagnen mit dem Ziel, das Vertrauen in die Demokratie und die Regierenden zu unterminieren.

Auf Führungsebene der Spionageabwehr wurden verschiedene anlassbezogene und institutionalisierte Austauschformate mit den Themenschwerpunkten deutsche und nichtdeutsche militärische Liegenschaften sowie mit Bezug zu NATO-Einrichtungen etabliert und durchgeführt.

Chinesische Cyberangriffe

Um seine langfristig angelegten strategischen Ziele zur Durchsetzung seiner wirtschaftlichen Interessen zu erreichen, führte China nach wie vor Cyberangriffe durch. So wurden Vorbereitungshandlungen chinesischer Cybergruppierungen detektiert, die Zero-Day-Schwachstellen auszunutzen versuchten. Diese Angriffsflächen geraten in das Visier von Angreifern,



bevor das betroffene Unternehmen und der jeweilige Softwareproduzent von deren Existenz wissen. Cyberangriffe, Ausspähungen und Einflussnahmen in Hessen und Deutschland zielten zudem weiterhin auf die Beeinflussung der chinesischstämmigen Diaspora sowie die Kontrolle von Oppositionellen.

Infobox



Geheimdienste fremder Staaten spähen in Deutschland ansässige Organisationen und Volksgruppen aus, die im Herkunftsland als Oppositionelle politisch verfolgt oder beobachtet werden. Oft geschieht dies im Rahmen von Demonstrationen und Kundgebungen. Nach wie vor ist die Hemmschwelle fremder Geheimdienste niedrig, entsprechende Personen auch in Deutschland auszuforschen, zu bedrohen oder sogar zu verschleppen.

Im Bereich der Wirtschaft folgten chinesische Investments oft nicht privatwirtschaftlichen Interessen, sondern waren Teil einer übergreifenden Strategie, die in staatliche Planungen eingebettet war.

Das LfV maß präventiven Ansätzen im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich eine große Bedeutung zu. Dies gilt auch für die Zukunft.

Iran, Türkei, Vietnam, Pakistan und Indien: Oppositionelle im Fokus

Das primäre Aufklärungsinteresse des **iranischen** Geheimdiensts Vezarat-e-ettelaât jomhuri-ye eslami-ye iran/Ministry of Intelligence (VAJA/MOIS) sowie des Auslandsgeheimdiensts der Revolutionary Guard

Corps (RGC, Revolutionsgarden) galt im Berichtsjahr weiterhin der militantesten und aktivsten Oppositionsgruppe, das heißt den Mojahedin-e-Khalq (MEK, Volksmohajedin). Neben den MEK standen Monarchisten, Republikaner, „linke“ Organisationen sowie jüdische bzw. proisraelische Einrichtungen im Fokus des iranischen Ausspähungsinteresses. Indem der VAJA/MOIS aktive oder ehemalige Mitglieder dieser Organisationen im In- und Ausland als Agenten anwarb, versuchte er weiterhin, Informationen über deren regimfeindliche Aktivitäten zu gewinnen.

Eine Aufgabe **türkischer** Nachrichtendienste im Ausland war es, Oppositionelle auszuspähen, dort die Meinungsbildung zu beeinflussen und Einfluss auf gesellschaftlicher und politischer Ebene auszuüben. Dabei konnten die türkischen Nachrichtendienste auf eine breite Infrastruktur der türkischen Diaspora in Deutschland zurückgreifen.

Der Millî İstihbarat Teşkilâtı (MİT, Nationaler Nachrichtendienst) verfügte über 8.000 bis 9.000 Mitarbeiter und untersteht seit 2017 direkt dem türkischen Staatspräsidenten. Als wichtigster Nachrichtendienst der Republik Türkei war der MİT sowohl im In- als auch im Ausland tätig. Außerhalb der Türkei war der MİT maßgeblich an der Ausspähung von Organisationen und Einzelpersonen beteiligt, die in Opposition zur regierenden AKP und Recep Tayyip Erdoğan standen. Im Mittelpunkt der Ausspähungsbemühungen des MİT standen insbesondere die PKK und die Gülen-Bewegung.

Der **vietnamesische** Geheimdienst Tõng cục 2 (TC2) war im In- und Ausland tätig. Es lagen Anhaltspunkte vor, wonach der TC2 seine Cyberfähigkeiten,

das heißt die Möglichkeiten der Cyberspionage in allen geheimdienstlichen Feldern, ausbaute. Dies galt vor allem für die Ausspähung von Oppositionellen.

Der Inter-Services Intelligence (ISI) war der führende und wichtigste Geheimdienst **Pakistans** und operativ für die Erfassung, Verarbeitung und Analyse von Daten weltweit zuständig. Er war unter anderem für das Ausforschen pakistanischer Oppositioneller im Ausland verantwortlich.

Indien sammelte weiterhin Informationen über Angehörige der Sikhs, die für ein unabhängiges „Khalistan“ eintraten, und über deren Veranstaltungen sowie über Angehörige der oppositionellen Kaschmir-Bewegung. Als eine der größten Gemeindevorrichtungen der Sikhs in Deutschland befand sich der Sikhs-Tempel in Frankfurt am Main im Fokus indischer Spionageaktivitäten.

Nordkorea: Interesse an Devisen sowie der Rüstungs-/Luft- und Raumfahrtindustrie

Neben Aktivitäten im Rahmen der Wirtschaftsspionage zielten nordkoreanische Cyberangriffe auf die Devisenbeschaffung, wobei der Staat Nordkorea Cybercrimemethoden anwendete. Die Aktivitäten der nordkoreanischen Cyberkampagne Lazarus bzw. Hidden Cobra (APT 38) betrafen weiterhin Unternehmen aus der Rüstungs- sowie der Luft- und Raumfahrtbranche. Darüber hinaus interessierte sich Nordkorea für proliferationsrelevante Dual-User-Güter, die es als Antriebs- und Stabilisierungskomponenten für Langstreckenraketen benötigt und verwendet.



Infobox



APT ist die Abkürzung für *Advanced Persistent Threat* (fortgeschrittene, andauernde Bedrohung) und bezeichnet einen komplexen, zielgerichteten und effektiven Angriff auf IT-Strukturen durch einen gut ausgebildeten und ressourcenstarken Angreifer.

Einzelne, zielgerichtete Cyberangriffe wie auch breit angelegte Kampagnen von APT-Gruppierungen gingen, staatlich gesteuert oder gebilligt, vor allem auch von Russland, China und Iran aus.

Konsequenzen des russischen Überfalls auf die Ukraine

Im Berichtsjahr lag im Bereich des Wirtschaftsschutzes die Anzahl der Vorträge wie auch die der Sensibilisierungsgespräche mit Unternehmen auf dem Niveau des Vorjahres, während die Zahl der Hintergrundgespräche leicht zunahm. Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine bildete für den Wirtschaftsschutz erneut einen Schwerpunkt bei den Gesprächsanfragen. Der Themenkomplex Sabotage rückte hierbei in den Fokus der Beratungen. Insbesondere für die Betreiber Kritischer Infrastrukturen (KRITIS), Unternehmen der Rüstungsbranche sowie deren Zulieferer war Sabotage als ein wesentliches Instrument hybrider Bedrohungen eine besondere Herausforderung.

Für die Unternehmen der hessischen Wirtschaft war von besonderem Interesse, welche Faktoren (Standort, wirtschaftliche Tätigkeit und Branche, Zulieferer, Kunden) ein Unternehmen in den Fokus von Sabotage geraten lassen. Ferner interessierte, wie etwa eine durch einen fremden Staat verursachte Sachbeschädigung/Sabotage von einer durch Linksextremisten begangenen Tat zu unterscheiden ist.

Angriffe und Bedrohungen aus allen extremistischen Phänomenbereichen

Im Rahmen des Prinzips „Single Point of Contact“ stand der Wirtschaftsschutz auch im Berichtsjahr den hessischen Unternehmen als vermittelnder Ansprech-

Infobox

Ziel des Wirtschaftsschutzes ist es, die Spionage fremder Staaten zu verhindern sowie Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Politik und Verwaltung in Hessen durch Beratung und Aufklärung vor entsprechenden Aktivitäten zu schützen. Hierzu ist es notwendig, die Sensibilität von Unternehmen, wissenschaftlichen und öffentlichen Einrichtungen gegenüber Gefahren, die durch Angriffe drohen, zu stärken, Kenntnisse über Methoden und Ziele fremder Nachrichtendienste zu vermitteln und Hilfestellung beim Einsatz geeigneter Schutzmaßnahmen zu leisten („Prävention durch Informa-



tion“). Im LfV obliegt dem Wirtschaftsschutz zudem die Bearbeitung von Spionageverdachtsfällen sowie eine sich anschließende, zielgerichtete und vertrauensvolle Beratung. Ein enger Austausch des Wirtschaftsschutzes mit den Unternehmen über Veränderungen und Anpassungen im Modus operandi, also der Art und Weise, wie die Täter zum Beispiel bei ihren Ausspähversuchen vorgehen, sind für potenziell betroffene Unternehmen ein wichtiger Bestandteil für die Fortentwicklung ihrer Sicherheitskonzepte.

partner für alle Sachverhalte mit extremistischen Bezügen zur Verfügung. Das galt sowohl für Angriffe und Bedrohungen aus allen extremistischen Phänomenbereichen gegen Unternehmen als auch für Radikalisierungen von Mitarbeitern in Unternehmen. Die Übermittlung technischer Indikatoren zu Cyberangriffen (*indicators of compromise*) an potenziell betroffene Unternehmen sowie zu Präventionszwecken wurde weiterhin fortgeführt und ausgebaut.

Im Fokus: Abwehr russischer Desinformation

Als ein Bestandteil des Wirtschaftsschutzes beobachtete die Cyberabwehr im Berichtsjahr Cyberangriffe und insbesondere Cyberkampagnen fremder Staaten, die als Desinformation einen Teil der hybriden Bedrohungen bildeten. Hierzu zählte jegliche prorussische Propaganda, die geeignet war, die Bevölkerung in Deutschland zu verunsichern, die öffentliche Meinung im russischen Sinne zu beeinflussen sowie das Vertrauen in die Demokratie, ihre Funktionsweise und ihre Repräsentanten zu untergraben. Dies galt insbesondere für falsche und irreführende Informationen in sozialen Medien sowie orchestrierte Desinformationskampagnen.

Die seit 2022 aktive Desinformationskampagne „Doppelgänger“ gehörte zu den intensivsten Bemühungen, prorussische Narrative zu verbreiten. Dabei wurde das Layout von Internetseiten einer Reihe

bekannter (auch hessischer) Onlinemedien imitiert und mit Falschinformationen versehen. Einzelne Artikel wurden sodann in die sozialen Medien eingespeist.

Infobox

Bei **Fragen und Hinweisen** zum Wirtschaftsschutz wenden Sie sich an:

Telefonnummer:

0611/7203600

E-Mail-Adresse:

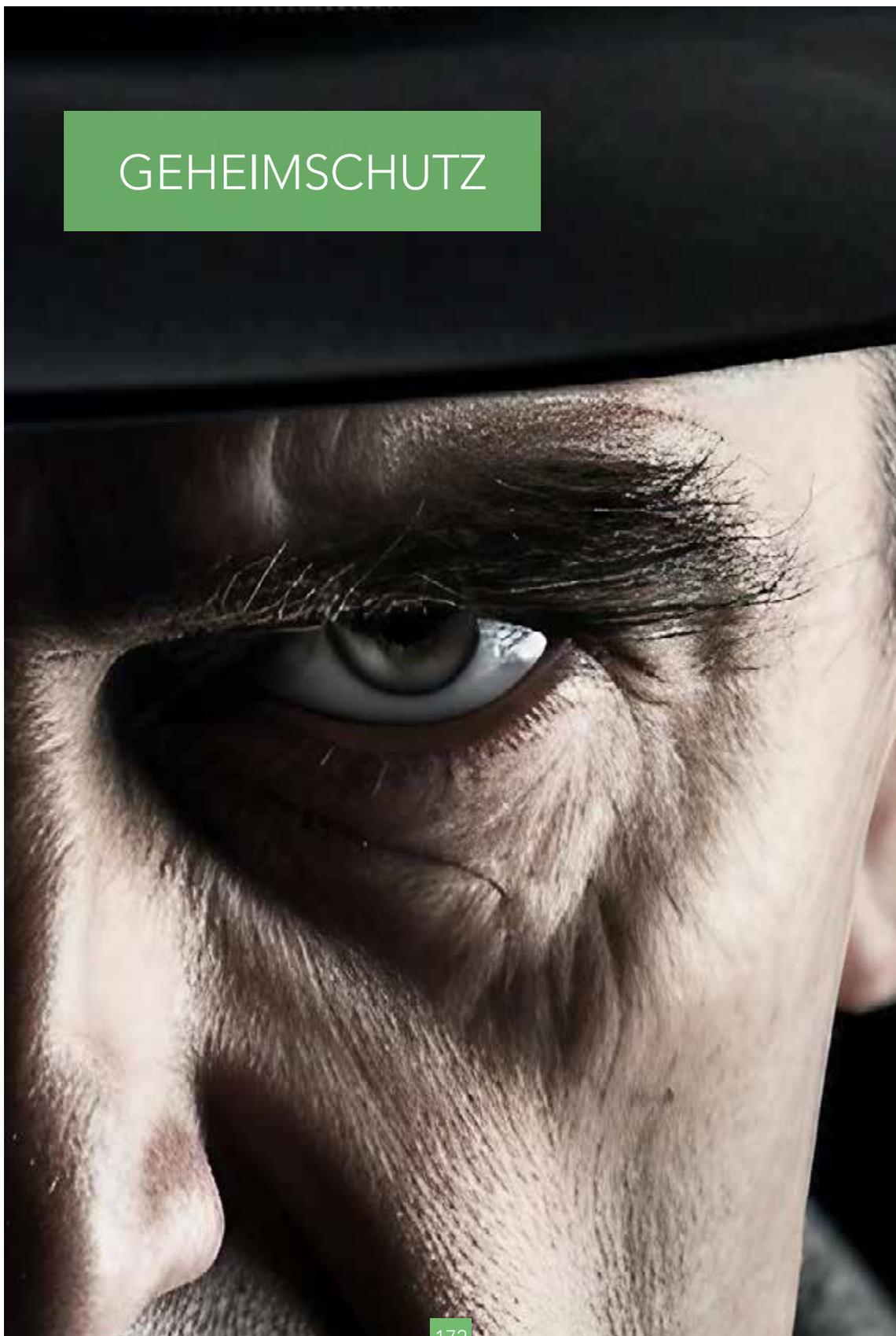
wirtschaftsschutz@lfv.hessen.de

Der Wirtschaftsschutz und die Cyberabwehr des LfV beantworten alle Anfragen so zeitnah wie möglich, sind jedoch nicht für Gefahrenabwehr zuständig und gewährleisten daher keine durchgängige Erreichbarkeit außerhalb der üblichen Bürozeiten. In dringenden Fällen wenden Sie sich daher bitte an die Polizei.

Für die Kommunikation und Datenübermittlung in sensiblen Sachverhalten bietet das LfV verschlüsselte und vertrauliche Übertragungswege an (zum Beispiel personalisierte Upload- und Downloadlinks).



GEHEIMSCHUTZ



INFOBOX

Werden durch Unbefugte wichtige Informationen bekannt oder an nichtautorisierte Stellen weitergegeben, kann daraus schwerer Schaden für Staat und Wirtschaft resultieren. Es liegt daher im staatlichen Interesse, wichtige als Verschlusssachen eingestufte Informationen bei ihrer Bearbeitung und Aufbewahrung besonders zu schützen. Dies ist Aufgabe des Geheimschutzes.

Verschlusssachen sind alle im öffentlichen Interesse, insbesondere zum Schutz des Wohles des Bundes oder eines Landes, geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse unabhängig von ihrer Darstellungsform.

Der Schutz von Verschlusssachen gilt gleichermaßen für alle öffentlichen Stellen und die Privatwirtschaft. Verschlusssachen sind je nach dem Schutz, dessen sie bedürfen, in folgende Geheimhaltungsgrade einzustufen:

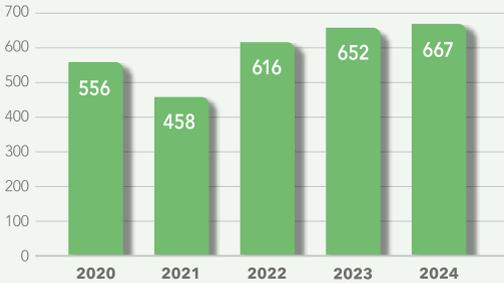
- VS – Nur für den Dienstgebrauch, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder nachteilig sein kann,
- VS – Vertraulich, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder schädlich sein kann,
- Geheim, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährden oder ihren Interessen schweren Schaden zufügen kann,
- Streng geheim, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte den Bestand oder lebenswichtige Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährden kann.

Maßnahmen zum Schutz von Verschlusssachen richten sich nach dem Hessischen Sicherheitsüberprüfungs- und Verschlusssachengesetz (HSÜVG) und der Verschlusssachenanweisung (VSA) für das Land Hessen. Dabei regelt die VSA materiell und organisatorisch den gesamten Lebenszyklus einer Verschlusssache wie zum Beispiel die Entstehung, Einstufung, Bearbeitung, Aufbewahrung, Weitergabe bis hin zu der Aussonderung.

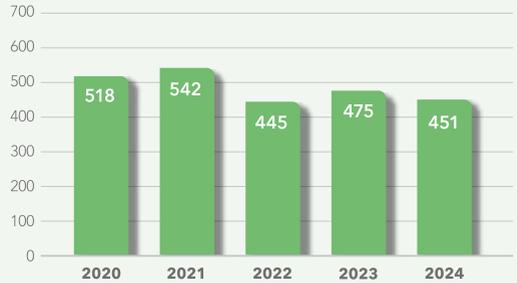
Das LfV unterstützt Behörden und öffentliche Stellen, die mit staatlichen Verschlusssachen umgehen müssen, bei der Bewältigung dieser Sicherheitsaufgaben. Das LfV berät darüber hinaus alle Behörden in Hessen, die Umgang mit Verschlusssachen haben. Es informiert zum Beispiel darüber, wie Verschlusssachen durch geeignete personelle, materielle und organisatorische Maßnahmen vor unberechtigtem Zugriff geschützt werden können. Die Anforderungen an den Geheimschutz nahmen im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine erneut zu.

Der Geheimschutz umfasst zwei Bereiche: den personellen Geheimschutz sowie den materiellen Geheimschutz und IT-Geheimschutz.

Mitwirkung an Sicherheitsüberprüfungen Ü1, Ü2 und Ü3 (2020 bis 2024)



Mitwirkung an Sicherheitsüberprüfungen sicherheitsempfindlicher Stellen (2020 bis 2024)



Themen

- Personeller Geheimschutz
- Materielle Geheimschutz und IT-Geheimschutz
- Geheimschutzverfahren des Bundes und der Länder



Personeller Geheimschutz

Der personelle Geheimschutz soll verhindern, dass mit einem Sicherheitsrisiko behaftete Personen Zugang zu Verschlussachen erhalten oder an sicherheitsempfindlichen Stellen innerhalb von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt werden. Ein Sicherheitsrisiko besteht zum Beispiel bei:

- Unzuverlässigkeit,
- fehlender Verfassungstreue,
- Erpressbarkeit zum Beispiel durch Überschuldung oder
- bei besonderer Gefährdung durch Werbungsversuche ausländischer Nachrichtendienste, insbesondere bei Reisen in entsprechende Länder.

Ein Sicherheitsrisiko kann nicht nur bei der zu überprüfenden Person, sondern auch bei der/dem in die Sicherheitsüberprüfung einzubeziehenden Ehegattin/ Ehegatten, Lebenspartnerin/Lebenspartner liegen.

Das HSÜVG regelt, dass ab dem Geheimhaltungsgrad VS – Vertraulich nur Personen Zugang zu Verschlussachen erhalten, die zuvor eine Sicherheitsüberprüfung erfolgreich durchlaufen haben.

Das LfV ist mitwirkende Behörde bei den Sicherheitsüberprüfungen und wird auf Ersuchen der zuständigen Stelle tätig. Dabei handelt es sich um eine Behörde oder sonstige öffentliche Stelle, die eine Person mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betrauen oder eine Verschlussache an eine nicht öffentliche Stelle weitergeben will. Sicherheitsüberprüfungen im Rahmen des Geheimschutzes in der Wirtschaft veranlasst das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum.



Entsprechend der vorgesehenen sicherheitsempfindlichen Tätigkeit und des damit verbundenen Zugangs zu Verschlussachen werden drei Arten von Sicherheitsüberprüfungen unterschieden:

- Ü1: einfache Sicherheitsüberprüfung nach § 7 HSÜVG bei Zugang zu als VS – Vertraulich eingestuft Verschlussachen oder bei Tätigkeiten in einem Sicherheitsbereich.
- Ü2: erweiterte Sicherheitsüberprüfung nach § 8 HSÜVG bei Zugang zu als Geheim eingestuften Verschlussachen oder Zugang zu einer hohen Anzahl von als VS – Vertraulich eingestuften Verschlussachen oder einer Tätigkeit an einer sicherheitsempfindlichen Stelle innerhalb einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung (vorbeugender personeller Sabotageschutz).
- Ü3: erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen nach § 9 HSÜVG bei Zugang zu als Streng Geheim eingestuften Verschlussachen oder Zugang zu einer hohen Anzahl als Geheim eingestuften Verschlussachen oder bei Personen, die beim LfV tätig sind.

Eine Überprüfung findet nur mit Einwilligung der betroffenen Person statt. Dabei steigt der Umfang der zu einer Person durchzuführenden Überprüfungsmaßnahmen mit dem Einstufungsgrad der zu bearbeitenden Verschlussachen. Ab der erweiterten Sicherheitsüberprüfung (Ü2) ist auch die Ehegattin/der Ehegatte, die Lebenspartnerin/der Lebenspartner oder die in einer Lebensgemeinschaft lebende Person in die Sicherheitsüberprüfung der betroffenen Person einzubeziehen.



Im Rahmen der Mitwirkung an den Sicherheitsüberprüfungen Ü1, Ü2 und Ü3 wurden im Berichtsjahr 667 Überprüfungen abgeschlossen.

Lebens- und verteidigungswichtige Einrichtungen können – insbesondere aus terroristischen Motiven – Ziel von Sabotagehandlungen werden. Die Mitwirkung bei Sicherheitsüberprüfungen von Beschäftigten an einer sicherheitsempfindlichen Stelle in einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung (vorbeugender personeller Sabotageschutz) ist daher ebenfalls Aufgabe des LfV. In diesem Zusammenhang schloss das LfV als mitwirkende Behörde im Berichtsjahr weitere 451 Sicherheitsüberprüfungen ab.

Das HSÜVG sieht in der Regel nach fünf Jahren eine Aktualisierung der Sicherheitsüberprüfung und nach zehn Jahren eine Wiederholungsüberprüfung vor, die grundsätzlich den Umfang einer Erstüberprüfung erreicht.



Materieller Geheimschutz und IT-Geheimschutz

Geheimschutzvorschriften zur Handhabung und zum Umgang mit Verschlusssachen gewährleisten deren Vertraulichkeit und schaffen unter anderem die Grundlage für eine vertrauensvolle nationale und internationale Zusammenarbeit. Daher ist es auch die Aufgabe des materiellen Geheimschutzes, bei allen Fragen rund um eine Verschlusssache zu beraten und zu unterstützen. Dies beginnt mit der Entstehung und Einstufung einer Verschlusssache und führt über deren korrekte Bearbeitung, Aufbewahrung und Transport bis hin zu deren effektiver Vernichtung.

Um einen einheitlichen Standard bei der Behandlung von Verschlusssachen hinsichtlich Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität (Unversehrtheit) zu gewährleisten, erarbeitet der materielle Geheimschutz organisatorische und technische Maßnahmen zum Schutz von Verschlusssachen und von räumlichen Sicherheitsbereichen. Grundlage hierfür sind die Verschlusssachenanweisungen (VSA) des Bundes oder der Länder, zu deren Konkretisierung auf zahlreiche Vorgaben des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik zurückgegriffen werden kann. So wird zum Beispiel bereits durch bauliche Maßnahmen ein ausreichend hohes Schutzniveau erreicht: Die Einrichtung von Zutrittsbeschränkungen zum Beispiel zu einem Sicherheitsbereich entspricht dem Grundsatz „Kenntnis nur, wenn nötig.“

Das LfV hat auch hier eine mitwirkende Funktion, das heißt, es berät und unterstützt Dienststellen, die Verschlusssachen erstellen und bearbeiten. Im Berichtsjahr wurden im Rahmen der Mitwirkung an Maßnahmen zum materiellen Geheimschutz 22 hessische Behörden beraten.

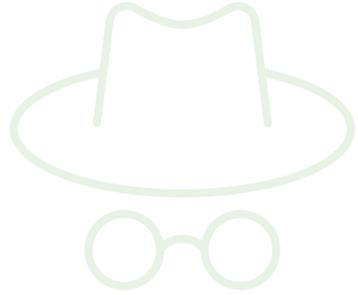
Die Nutzung von IT-Systemen bei der Verarbeitung von Verschlusssachen birgt besondere Risiken für die entsprechenden Daten. Dies betrifft zum Beispiel die kompromittierende Abstrahlung elektrisch betriebener, datenverarbeitender Geräte, die ermöglicht, dass als Verschlusssache eingestufte Inhalte rekonstruiert werden können. Im Rahmen des IT-Geheimschutzes werden daher, ergänzend zum allgemeinen materiellen Geheimschutz, durch weitere Sicher-

heitsvorkehrungen die Schutzziele Verfügbarkeit, Integrität und insbesondere Vertraulichkeit bei der Datenverarbeitung gesichert. Aufgrund der Komplexität und zunehmenden Bedeutung wird hierfür eine verantwortliche Person für den IT-Geheimschutz bestimmt, die den Geheimschutzbeauftragten bei der Umsetzung der VSA unterstützt. Neue Herausforderungen für den IT-Schutz von Verschlusssachen entstehen durch folgende Faktoren: die zunehmende Verzahnung von IT-Infrastrukturen und die Ablösung der analogen Welt durch die Digitalisierung mitsamt der stetig steigenden Gefahren durch Angriffe aus dem digitalen Raum.

Geheimschutzverfahren des Bundes und der Länder

Die materiellen und formellen Voraussetzungen für Unternehmen, die dem Geheimschutz unterliegende Aufträge von staatlichen Stellen erhalten, sind durch das Geheimschutzverfahren des Bundes und der Länder geregelt. Die Fachaufsicht über dieses Verfahren, das auch als Geheimschutzbetreuung bezeichnet wird, obliegt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie oder dem jeweils auf Landesebene zuständigen Ministerium. In Hessen ist das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum für den Geheimschutz in der hiesigen Wirtschaft zuständig. Das Ministerium arbeitet auf der Basis öffentlich-rechtlicher Verträge mit Unternehmen zusammen, denen ein dem Geheimschutz unterliegender Auftrag erteilt wurde. Befindet sich die staatliche Stelle außerhalb Hessens oder handelt es sich um eine Bundesbehörde, ist die Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums dieses Landes bzw. des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie gegeben.

Für die Durchführung der Sicherheitsüberprüfungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Unternehmen, die zur Erfüllung eines dem Geheimschutz unterliegenden Auftrags eingesetzt werden sollen, ist der Verfassungsschutz des Landes zuständig, in dem das Unternehmen angesiedelt ist.



MITWIRKUNGSAUFGABEN DES LfV

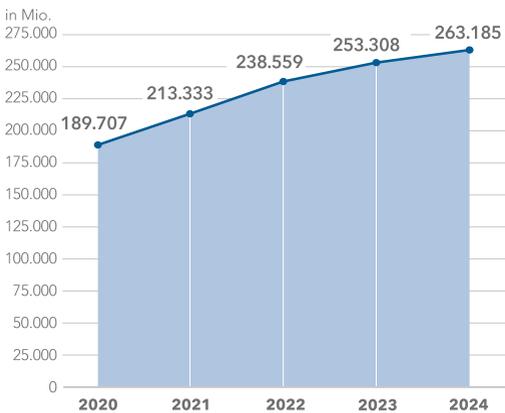
INFOBOX

Mitwirkungsaufgaben sind der bedeutende und umfassende Auftrag an den Verfassungsschutz, Extremisten etwa von sicherheitsempfindlichen Infrastrukturen fernzuhalten, ihren legalen Waffenbesitz oder die Verfestigung ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern.

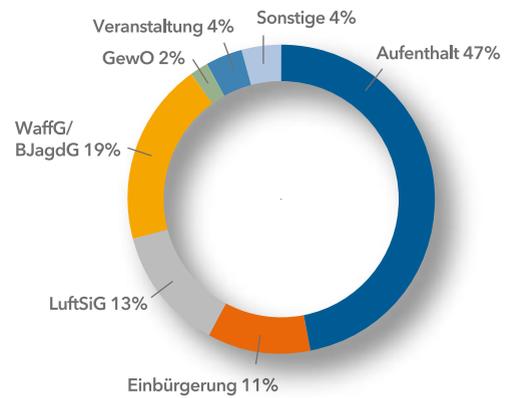
Die Mitwirkungsaufgaben des LfV leisten als integraler Bestandteil der Sicherheitsarchitektur einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der öffentlichen Sicherheit in unserem Land. Dem LfV kommt dabei die wesentliche Aufgabe zu, auf Ersuchen von Behörden bei der Überprüfung von Antragstellern mitzuwirken (§ 2 Abs. 3 HVSG). Das LfV wertet im Rahmen seiner Mitwirkungsaufgaben die ihm vorliegenden Erkenntnisse aus (§ 4 Abs. 5 HVSG). Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel kommt dabei nicht in Betracht.

Insbesondere die §§ 19a, 20b Abs. 1 und 20c Abs. 2 HVSG regeln die Übermittlung von personenbezogenen Daten an die ersuchenden Behörden im Rahmen der Mitwirkungsaufgaben.

An das LfV gerichtete Anfragen (2020 bis 2024)

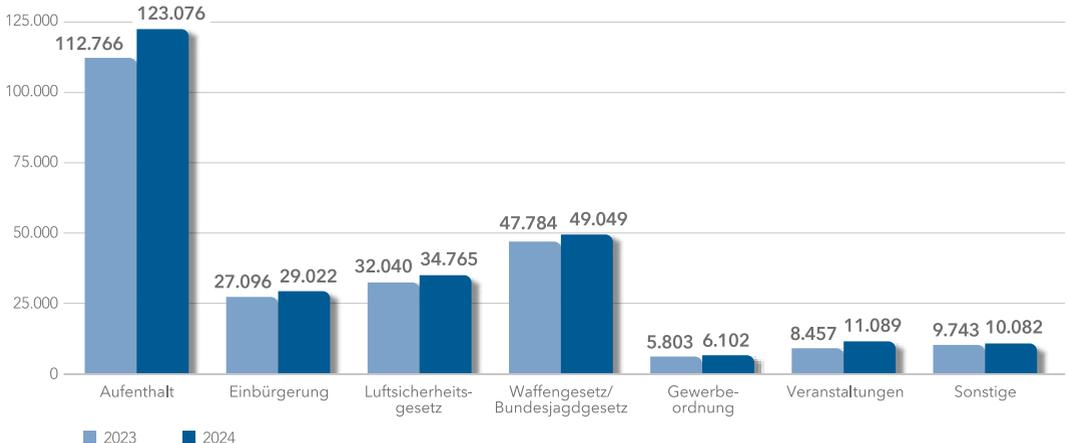


Prozentualer Anteil am Anfrageaufkommen 2024



Im Bereich Sonstige sind unter anderem enthalten: Konsultationsverfahren im Asylprozess, Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe, Waffengesetz, Gewerbeordnung, Bundesjagdgesetz, Luftsicherheitsgesetz, Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren, Visa, Bedienstete mit Vollzugsaufgaben und Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen.

Anzahl der Anfragen 2023/2024 nach Verfahren



Themen



- Überprüfung der Zuverlässigkeit
- Waffengesetz
- Gewerbeordnung
- Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG)
- Erteilung von Aufenthaltstiteln
- Einbürgerung
- Visumverfahren
- Konsultationsverfahren im Asylprozess
- Statistik

Überprüfung der Zuverlässigkeit

Personen können an sicherheitsempfindlichen Stellen nur eingesetzt werden oder Zugang zu Waffen, Munition oder Sprengstoffen erhalten, wenn sie zuvor auf ihre Zuverlässigkeit überprüft worden sind.

Die maßgebliche Mitwirkung des LfV bei der Überprüfung der Zuverlässigkeit ist in vielen gesetzlich geregelten Verfahren vorgeschrieben, so etwa nach den folgenden Bestimmungen:

- Waffengesetz (WaffG),
- Bundesjagdgesetz (BJagdG),
- Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG),
- Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (SprengG),
- Gewerbeordnung (GewO) und
- Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (AtG).

Werden dem LfV nach der Beantwortung einer Anfrage Erkenntnisse bekannt, die für die Beurteilung der Zuverlässigkeit von Bedeutung sind, hat das LfV die zuständige Behörde über die Erkenntnisse zu informieren (sogenannte Nachberichtspflicht).

Waffengesetz

Mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes und weiterer Vorschriften (3. WaffRändG) vom 20. Februar 2020 wurde das WaffG verschärft. So wird es Extremisten erschwert, legalen Zugang zu erlaubnispflichtigen Waffen und Munition zu erhalten bzw. in deren Besitz zu bleiben.

§ 5 Abs. 5 Nr. 4 WaffG begründet eine verpflichtende Regelanfrage der Waffenbehörden bei den Verfassungsschutzbehörden. Die Regelanfrage wird von einer Nachberichtspflicht der Verfassungsschutzbehörden flankiert (§ 6a WaffG). Diese unterrichten die Waffenbehörden, wenn nachträglich Erkenntnisse erlangt werden, die Zweifel an der Zuverlässigkeit des Erlaubnisinhabers wecken.

Am 31. Oktober 2024 trat das Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems in Kraft. Das Gesetz sieht auch Änderungen im Waffen- und Jagdrecht vor. So wird der Kreis der Behörden erweitert, die bei der Überprüfung der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit abgefragt werden. Zudem wird die Nachberichtspflicht ausgeweitet (§ 6a WaffG). Bisher galt die Nachberichtspflicht nur für die Verfassungsschutzbehörden. Die Waffenbehörden sind künftig verpflichtet, die Jagdbehörde über den Verlust der Zuverlässigkeit oder der persönlichen Eignung zu informieren. Die Prüfung der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit wird auch bei der Jagdscheinerteilung künftig durch die Waffenbehörden durchgeführt (§ 6b WaffG, §§ 17 und 18a BJagdG).



Die Meldebehörden teilen den Waffenbehörden unter anderem Namens- und Adressänderungen mit (§ 44 Abs. 3 Satz 1 WaffG). Nach dem neu angefügten Satz 2 übermitteln die Waffenbehörden diese Daten an die zuständigen Verfassungsschutzbehörden.

Mit dem 3. WaffRÄndG wurde auch das SprengG geändert. Mit der Neufassung des § 8a Abs. 2 Nr. 3 SprengG begründet auch die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung die Regelvermutung der sprengstoffrechtlichen Unzuverlässigkeit.

§ 8a Abs. 5 Satz 1 Nr. 4 SprengG erweitert die Verpflichtung der Sprengstoffbehörden bei jeder Zuverlässigkeitsprüfung die Verfassungsschutzbehörde zu beteiligen. Beschränkte sich die Regelanfrage bislang auf Erlaubnisse nach § 7 SprengG für den gewerblichen Bereich, wurde die Zuverlässigkeitsüberprüfung um die Erlaubnisse nach § 27 SprengG für den nicht gewerblichen Bereich erweitert.

Gewerbeordnung

Bewachungsgewerbetreibende und mit der Leitung eines Betriebs beauftragte Personen sind auf ihre Zuverlässigkeit zu überprüfen (§ 34a GewO). Auch bei Personen, die mit Bewachungsaufgaben, wie etwa der Bewachung von Asylunterkünften oder von zugangsgeschützten Großveranstaltungen, betraut werden, wirkt das LfV mit.

Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG)

Laut des novellierten HSOG, das am 12. Juli 2023 in Kraft trat, ist für „Personen, die eine Tätigkeit als Bedienstete in einer Behörde mit Vollzugsaufgaben“ anstreben, nun in § 13a Abs. 2 Satz 3 in Verbindung mit § 13a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a die Regelanfrage beim LfV vorgesehen.

Dies betrifft insbesondere Bewerberinnen und Bewerber für den Justizvollzug und für die Ausbildung des gehobenen Polizeivollzugsdiensts bei der HöMS.

In den übrigen Fällen der §§ 13a und 13b des HSOG wird das LfV nur dann in die Überprüfungen einbezo-

gen, wenn dies im Einzelfall erforderlich ist und die betroffene Person einwilligt. So wirkt das LfV etwa bei der Überprüfung von Personen mit, die einen unbegleiteten Zutritt zu staatlichen Einrichtungen erhalten sollen.

Gleiches gilt bei Personen, für die ein privilegierter Zutritt zu einer Veranstaltung einer Behörde oder öffentlichen Stelle oder zu einer besonders gefährdeten Veranstaltung in nicht öffentlicher Trägerschaft beantragt wird.

Auf Grundlage des § 13a HSOG wirkt das LfV bei der Überprüfung von Personen mit, die im sicherheits-sensiblen Bereich von Veranstaltungen, wie etwa dem Hessentag oder der EM 2024, eingesetzt werden sollen. Schließlich wirkt das LfV auch bei der Zuverlässigkeitsüberprüfung von an der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) beschäftigten Dolmetscherinnen und Dolmetschern mit.

Erteilung von Aufenthaltstiteln

Die Ausländerbehörden übermitteln vor erstmaliger Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltstiteln die personenbezogenen Daten der Antragsteller an das LfV, um zu prüfen, ob Versagungsgründe vorliegen (§ 73 Abs. 2 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet – AufenthG). Werden dem LfV nachträglich sicherheitsrelevante Informationen bekannt, ist es verpflichtet, diese mitzuteilen (Nachrichtspflicht nach § 73 Abs. 3 AufenthG).

Seit 2009 besteht in Hessen eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe, an der unter anderem Vertreterinnen und Vertreter des Hessischen Ministeriums des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz, der Polizei und des LfV teilnehmen. Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit Personen, die aus Sicht von Polizei und LfV unter anderem dem extremistischen, terroristischen Spektrum oder der OK zuzuordnen sind. Ziel ist eine enge behördenübergreifende Zusammenarbeit bei Einzelfällen, die eine besondere Sicherheitsrelevanz aufweisen und bei denen aufenthaltsbeendende oder aufenthaltsbeschränkende Maßnahmen geboten sind.



Einbürgerung

Auch bei Einbürgerungsbewerbern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, fragen die zuständigen Regierungspräsidien vor ihrer Entscheidung im Einbürgerungsverfahren beim LfV nach Erkenntnissen an (§§ 32 und 37 Satz 2 StAG, Staatsangehörigkeitsgesetz).

Seit dem 27. Juni 2024 gelten neue Regeln im Staatsangehörigkeitsrecht. Der Erwerb der Mehrstaatigkeit wird als Regelfall ermöglicht: Wer sich für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheidet, kann seine vorherige Staatsbürgerschaft behalten. Die Einbürgerung wird beschleunigt. So werden die Zeiten des Voraufenthalts von bisher acht auf fünf Jahre, bei besonders guter Integration auf drei Jahre verkürzt. In Deutschland geborene Kinder von ausländischen Eltern erhalten automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn ein Elternteil seit mehr als fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik lebt und einen unbefristeten Aufenthaltstitel besitzt. Für ehemalige Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter reichen mündliche Sprachkenntnisse. Ein Einbürgerungstest ist nicht mehr erforderlich.

Visumverfahren

Beantragt eine Ausländerin oder ein Ausländer aus einem konsultationspflichtigen Staat bei einer Auslandsvertretung ein Visum zur Einreise nach Deutschland bzw. in das Gebiet der Schengener Staaten, ist eine Vielzahl inländischer Stellen, wie etwa die nationalen Sicherheitsbehörden, zu beteiligen. Zur Feststellung eventueller Versagungsgründe oder sonsti-

ger Sicherheitsbedenken ist dabei eine Übermittlung von personenbezogenen Daten über das Bundesverwaltungsamt (BVA) als technischen Dienstleister an das BfV möglich. Ergibt sich bei einem automatisierten Datenabgleich mit dem Nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS) eine Eintragung des LfV, wird es an dem Verfahren beteiligt.

Konsultationsverfahren im Asylprozess

Seit 2017 wird bei unerlaubt eingereisten bzw. aufhältigen Personen sowie bei Asyl- und Schutzsuchenden mit der Erstregistrierung im Ausländerzentralregister ein automatisierter Sicherheitsabgleich initiiert, an dem das LfV – dem Visumverfahren vergleichbar – beteiligt wird (§ 73 Abs. 1a und 3a AufenthG).

Statistik

2024 wurden 263.185 Anfragen (2023: 253.308) an das LfV gerichtet. Zu den zahlenmäßig größten Mitwirkungsaufgaben zählten insbesondere die Beteiligung bei Aufenthaltstiteln, Einbürgerungen, die Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem WaffG/BJagdG, LuftSiG, der GewO und bei Veranstaltungen. Die anfragestärksten Überprüfungen wurden statistisch erfasst.





ABKÜRZUNGEN

A		B	
Abs.	Absatz	BAMAD	Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst
ADF	Alliierte Demokratische Kräfte	BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
AfD	Alternative für Deutschland	BGH	Bundesgerichtshof
AG	Amtsgericht	BJagdG	Bundesjagdgesetz
AGİF	Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu (Föderation der ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland e. V.)	BKA	Bundeskriminalamt
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung)	BND	Bundesnachrichtendienst
al-Shabaab	Harakat al-Shabaab al-Mujahidin (Bewegung der Mujahidin-Jugend)	BPol	Bundespolizei
ANF	Ajansa Nüçeyan a Fıratê (Firatnews Agency)	BRD	Bundesrepublik Deutschland [inoffizielle Abkürzung]
APT	Advanced Persistent Threat (fortgeschrittene, andauernde Bedrohung)	BVA	Bundesverwaltungsamt
arab.	arabisch	BVerfSchG	Bundesverfassungsschutzgesetz
Art.	Artikel	bzw.	beziehungsweise
AtG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren	C	
ATİF	Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.)	CDK	Koordinasyona Civaka Demokratik a Kurdistan (Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft)
ATİK	Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu (Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa)	CEM	Council of European Muslims
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet	D	
AvEG-Kon	Avrupa Ezilen Göçmenler Konfederasyonu (Konföderation der unterdrückten ImmigrantInnen in Europa)	Dev Sol	Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)
		Dev-Genç	Devrimci Gençlik (Revolutionäre Jugend)
		DEXT	Fachstellen für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention
		DHKK	Devrimci Halk Kurtuluş Cephesi (Revolutionäre Volksbefreiungsfront)

DHKP	Devrimci Halk Kurtuluş Partisi (Revolutionäre Volksbefreiungspartei)
DHKP-C	Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front)
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DMG	Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V.
Dr.	Doktor
DS	Deutsche Stimme
DZSKJ	Deutsches Zentrum für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters

E

e. V.	eingetragener Verein
EAEH	Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen
ECFR	European Council for Fatwa and Research (Europäischer Rat für Fatwa und Forschung)
eigentl.	eigentlich
EIHS	European Institute of Human Sciences
EIHW	Europäisches Institut für Humanwissenschaften e. V.
EM	Fußballeuropameisterschaft der Männer
EMUG	Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft
EU	Europäische Union
EUIMAMS	European Council of Imams (Europäischer Rat der Imame)
Europol	Europäisches Polizeiamt

F

FCDK-KAWA	Federasyona Civaka Demokratik a Kurdistanianan e. V. (Demokratische Föderation der Gesellschaften Kurdistan e. V.)
FESK	Fakirlerin ve Ezilenlerin Silahlı Kuvvetleri (Bewaffnete Einheiten der Armen und Unterdrückten)
ff.	folgende
FIOE	Federation of Islamic Organizations in Europe (Föderation islamischer Organisationen in Europa)
FSB	Federalnaja Slushba Besopasnosti (Föderaler Dienst für die Sicherheit der Russischen Föderation)

G

GBA	Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
GETZ	Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GIZ	Gemeinsames Internetzentrum
GRU	Glawnoje Raswedwatelnoje Uprawlenije (Hauptverwaltung beim Generalstab der Streitkräfte der Russischen Föderation)
GTAZ	Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum

H

HAMAS	Harakat al-Muqawama al-Islamiya (Islamische Widerstandsbewegung)
Hessen3C	Hessen CyberCompetenceCenter
HETAZ	Hessisches Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum
HKE	Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus
HLKA	Hessisches Landeskriminalamt
HöMS	Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit
HPA	Hessische Polizeiakademie
HPG	Hêzên Parastina Gel (Volksverteidigungseinheiten)
HSK	Heyva Sor a Kurdistanê (Kurdischer Roter Halbmond)
HSOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
HSÜVG	Hessisches Sicherheitsüberprüfungs- und Verschlusssachengesetz
HTS	Hai'at Tahrir al-Sham (Komitee zur Befreiung der Levante)
HuT	Hizb ut-Tahrir (Partei der Befreiung)
HVSG	Hessisches Verfassungsschutzgesetz

I

i. V. m.	in Verbindung mit
IB	Identitäre Bewegung
IBD	Identitäre Bewegung Deutschland e. V.
IBH	Identitäre Bewegung Hessen
IBÖ	Identitäre Bewegung Österreich
IBU	Islamische Bewegung Usbekistan
IESH	Institut Européen des Sciences Humaines (Europäisches Institut für Humanwissenschaften)
IGD	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.
IGMG	Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V.
IGS	Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e. V.
IHRA	International Holocaust Remembrance Alliance
IL	Interventionistische Linke
IS	Islamischer Staat
ISI	Inter-Services Intelligence
ISPK	Islamischer Staat Provinz Khurasan
IT	Informationstechnik
IVG	Indigenes Volk [der] Germaniten
IZH	Islamisches Zentrum Hamburg

J

JA Hessen	Junge Alternative Hessen
JA	Junge Alternative für Deutschland
JN	Junge Nationalisten
JS	Jung & Stark
JXK	Jinên Xwendekarên Kurdistan (Studierende Frauen aus Kurdistan)

K		O	
KAGEF	Interkulturelles Jugendforum e. V.	OAT	Offenes Antifaschistisches Treffen
KCDK-E	Kongreya Civakên Demokratîk li Kurdistanîyên Ewropa (Kurdischer Demokratischer Gesellschaftskongress in Europa)	OK	Organisierte Kriminalität
		OLG	Oberlandesgericht
KI		P	
KI	Künstliche Intelligenz	PAAF	Phänomenbereichsübergreifende wissenschaftliche Analysestelle
KIA	Koordinierte Internetauswertung		Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit
KO	Kommunistische Organisation	PÇDK	Partiya Çareseriya Demokratîk a Kurdistanê (Partei für eine politische Lösung in Kurdistan)
KON-MED	Almanya'daki Mezopotamya Topluluklar Konfederasyonu (Konföderation der Gemeinschaften Mesopotamiens in Deutschland)	PIAS	Polizeiliche Informations- und Analysestelle
KOREX	Kompetenzzentrum Rechtsextremismus	PJAK	Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê (Partei für ein freies Leben in Kurdistan)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	PKK	Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans)
KRD	Königreich Deutschland	PKV	Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz
KRITIS	Kritische Infrastruktur	PMK	Politisch motivierte Kriminalität
L		Prof.	Professor
LfV	Landesamt für Verfassungsschutz	PTB	Physikalisch-Technische Bundesanstalt
LG	Landgericht	PYD	Partiya Yekîtiya Demokrat (Partei der Demokratischen Union)
LGBTQ	Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transgeschlechtlich, queer)	R	
IS	Islamischer Staat	R&W	Recht und Wahrheit
LuftSiG	Luftsicherheitsgesetz	RAC	Rock Against Communism
M		RAF	Rote Armee Fraktion
MB	Muslimbruderschaft	RGC	Revolutionary Guard Corps (Revolutionsgarden)
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestags	RH	Rote Hilfe e. V.
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments	RHD	Rote Hilfe Deutschlands
MdL	Mitglied des Hessischen Landtags	RI	Realität Islam
MEK	Mojahedin-e-Khalq (Volksmojahedin)	RIGD	Rat der Imame und Gelehrten in Deutschland
MIT	Millî İstihbarat Teşkilâtı (Nationaler Nachrichtendienst)	S	
MKP	Maoist Komünist Partisi (Maoistisch-Kommunistische Partei)	s.	siehe
MLKP	Marksist Leninist Komünist Parti (Marxistische Leninistische Kommunistische Partei)	SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
MLK-P-Kuruluş	Marksist Leninist Komünist Parti-Kuruluş (Marxistische-Leninistische Kommunistische Partei-Aufbau)	SGP	Sozialistische Gleichheitspartei, Vierte Internationale
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands	SP	Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit)
MMA	Mixed Martial Arts	SP Europa	Saadet Europa e. V.
N		SP Hessen	Saadet Deutschland Regionalverein Hessen e. V.
NADIS	Nachrichtendienstliches Informationssystem	SprengG	Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantische Vertragsorganisation)	SRP	Sozialistische Reichspartei
NIAS	Nachrichtendienstliche Informations- und Analysestelle	StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	StGB	Strafgesetzbuch
Nr.	Nummer	SWR	Slushba Wneschnej Raswedki (Dienst der Außenaufklärung der Russischen Föderation)
NS	Nationalsozialismus	SZ	sonstige Zuordnung
NSBM	National Socialist Black Metal		
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei		

T

TAK	Teyrêbazên Azadiya Kurdistan (Freiheitsfalken Kurdistans)
TC2	Tông çuç 2
TCS	Tevgera Ciwanan Sorêsger (Bewegung der revolutionären Jugend)
Teko-Jin	Tevgera Jinen Ciwan en Tekoser (Bewegung der kämpferischen jungen Frauen)
TİKKO	Türkiye İşçi Köylü Kurtuluş Ordusu (Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee)
TKP/ML	Türkiye Komünist Partisi/Marksist- Leninist (Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten)
türk.	türkisch
TUSAŞ	Türk Havacılık ve Uzay Sanayii A. Ş.

U

UEFA	Union of European Football Associations
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)

V

VAJA/MOIS	Vezerat-e-ettelaât jomhuri-ye eslami-ye iran/Ministry of Intelligence
VDWK vgl.	Verband deutscher Wahlkommissionen vergleiche
VHD	Vaterländischer Hilfsdienst
VPN	Violence Prevention Network
VS	Verschlussache
VSA	Verschlussachenanweisung

W

WaffG	Waffengesetz
WaffRändG	Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes und weiterer Vorschriften
WEF	World Economic Forum

Y

YDG	Yeni Demokratik Gençlik (Neue demokratische Jugend)
YÖP	Yeni Özgür Politika (Neue Freie Politik)
YPG	Yekîneyên Parastina Gel (Volksverteidigungseinheiten)
YPJ	Yekîneyên Parastina Jin (Frauenverteidigungseinheiten)
YXK	Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan (Verband der Studierenden aus Kurdistan)

Z

ZF	Zentrale Fortbildung Hessen
ZIK	Zentrum der Islamischen Kultur

EXTREMISTISCHE ORGANISATIONEN UND GRUPPIERUNGEN

In der untenstehenden Übersicht sind die in diesem Verfassungsschutzbericht genannten Organisationen und Gruppierungen aufgeführt, bei denen die hier bekannten Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 HVSG oder tatsächliche Anhaltspunkte hierfür in ihrer Gesamtschau zu der Bewertung geführt haben, dass die Organisation/Gruppierung verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, es sich mithin um eine verfassungsfeindliche Organisation/Gruppierung handelt.

Organisationen/Gruppierungen aus den Phänomenbereichen Organisierte Kriminalität und Spionageabwehr wurden nicht in die Übersicht aufgenommen.

Rechtsextremismus

- Active Clubs
- Active Club Germania
- Arbeitskreis Heimat.Kultur.Werk
- Der Dritte Weg/Der III. Weg
- Deutsche Stimme (DS)
- Die HEIMAT (vormals Nationaldemokratische Partei Deutschlands, NPD)
- Faust
- Gedächtnisstätte e. V.
- Identitäre Bewegung (IB)
- Identitäre Bewegung Deutschland e. V. (IBD)
- Identitäre Bewegung Hessen (IBH)
- Jung & Stark – Hessen (JS Hessen)
- Junge Alternative (JA) Hessen
- Junge Nationalisten (JN)
- Knockout 51
- Krematorium
- Recht und Wahrheit (RuW) – Politik und Zeitgeschichte aus deutscher Sicht
- Reichstrunkenbold
- Streitmacht
- Sturmrebelln
- Thule Seminar e. V.

Reichsbürger und Selbstverwalter

- Bismarcks Erben (auch Ewiger Bund oder Preußisches Institut)
- Gruppierung um Heinrich XIII. Prinz Reuß
- Indigenes Volk [der] Germaniten (IVG)
- Kommissarische Reichsregierung
- Königreich Deutschland (KRD)
- Leuchtturm-Team des KRD
- Vaterländischer Hilfsdienst (VHD)
- Verband deutscher Wahlkommissionen (VDWK)

Linksextremismus

- Aurora Räteaufbau
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
- Interventionistische Linke (IL)
- Kommunistische Organisation (KO)
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
- Netzwerk Antifa-Ost
- Offenes Antifaschistisches Treffen (OAT) Kassel
- REBELL
- Rote Armee Fraktion (RAF)
- Rote Hilfe e. V. (RH)
- Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)
- Sozialistische Gleichheitspartei, Vierte Internationale (SGP)

Islamismus

- al-Ikhwan al-Muslimun fi Suriya (Die Muslimbrüder in Syrien)
- al-Nahda
- al-Qaida
- Council of European Muslims (CEM)
- Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V. (DMG)
- Europäisches Institut für Humanwissenschaften e. V. (EIHV)
- European Council for Fatwa and Research (ECFR, Europäischer Rat für Fatwa und Forschung)
- European Council of Imams (EUIMAMS, Europäischer Rat der Imame)
- Fatwa-Ausschuss in Deutschland
- Hai'at Tahrir al-Sham (HTS, Komitee zur Befreiung der Levante)
- Harakat al-Muqawama al-Islamiya (HAMAS, Islamische Widerstandsbewegung)
- Hizb Allah (Partei Gottes)
- Hizb ut-Tahrir (HuT, Partei der Befreiung)
- Islam kennenlernen

- Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e. V. (IGS)
- Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V. (IGMG)
- Islamischer Staat (IS)
- Islamischer Staat Provinz Khorasan (ISPK)
- Islamisches Zentrum Hamburg e. V. (IZH)
- LIES!
- Millî Gazete (Nationale Zeitung)
- Muslim Interaktiv
- Muslimbruderschaft (MB)
- Rat der Imame und Gelehrten in Deutschland (RIGD)
- Realität Islam (RI)
- Saadet Deutschland Regionalverein Hessen e. V. (SP Hessen)
- Saadet Partisi (SP, Partei der Glückseligkeit)
- Was ist Islam?
- We Love Muhammad
- Zentrum der Islamischen Kultur (ZIK)
- Halk Cephesi (Volksfront)
- Heyva Sor a Kurdistanê (HSK, Kurdischer Roter Halbmond)
- Hêzên Parastina Gel (HPG, Volksverteidigungseinheiten)
- Jinên Xwendekarên Kurdistan (JXK, Studierende Frauen aus Kurdistan)
- Kongreya Civakên Demokratîk a Kurdistanîyên Ewropa (KCDK-E, Kurdischer Demokratischer Gesellschaftskongress in Europa)
- Marksist Leninist Komünist Parti (MLKP, Marxistische Leninistische Kommunistische Partei)
- Maoist Komünist Partisi (MKP, Maoistisch Kommunistische Partei)
- Partiya Karkerên Kurdistan (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans)
- Partiya Yekîtiya Demokrat (PYD, Partei der Demokratischen Union)
- Tevgera Ciwanan Sorêşger (TCS, Bewegung der revolutionären Jugend)
- Tevgera Jinen Ciwanan Tekoser (Teko-Jin, Bewegung der kämpferischen jungen Frauen)
- Teyrêbazên Azadiya Kurdistan (TAK, Freiheitsfalken Kurdistans)
- Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist (TKP/ML, Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten)
- Türkiye Komünist Partisi-Marksist Leninist (TKP-ML, Türkische Kommunistische Partei-Marxisten Leninisten)
- Yekîneyên Parastina Gel (YPG, Volksverteidigungseinheiten)
- Yekîneyên Parastina Jin (YPJ, Frauenverteidigungseinheiten)
- Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan (YXK, Verband der Studierenden aus Kurdistan)
- Yeni Demokratik Gençlik (YDG, Neue demokratische Jugend)
- Yeni Kadın (Neue Frau)
- Young Struggle

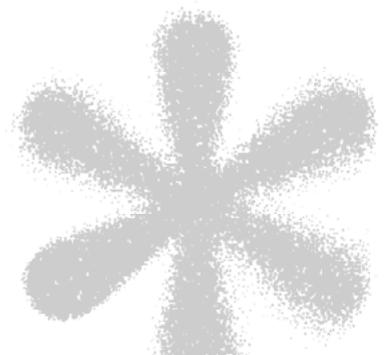
Extremismus mit Auslandsbezug

- Almanya'daki Mezopotamya Topluluklar Konfederasyonu (KON-MED, Konföderation der Gemeinschaften Mesopotamiens in Deutschland)
- Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu (AGİF, Föderation der ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland e. V.)
- Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu (ATİF, Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.)
- Anadolu Federasyonu (Anatolische Föderation)
- Avrupa Ezilen Göçmenler Konfederasyonu (AvEG-Kon, Konföderation der unterdrückten Immigranten in Europa)
- Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu (ATİK, Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa)
- Devrimci Gençlik (Dev-Genç, Revolutionäre Jugend)
- Devrimci Halk Kurtuluş Cephesi (DHKC, Revolutionäre Volksbefreiungsfront)
- Devrimci Halk Kurtuluş Partisi (DHKP, Revolutionäre Volksbefreiungspartei)
- Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi (DHKP-C, Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front)
- Federasyona Civaka Demokratîk a Kurdistanîyan (FCDK-KAWA, Föderation der demokratischen Gesellschaften Kurdistans e. V.)



FUSSNOTEN

- 1 Vgl. Werner Stangl, Echokammer-Effekt, <https://lexikon.stangl.eu/30157/echokammer-effekt>, abgerufen im März 2025.
- 2 Vgl. https://www.verfassungsschutz.de/DE/service/glossar/Functions/glossar.html?cms_lv2=678612, abgerufen im März 2025, u. <https://www.bundestag.de/resource/blob/579832/%E2%80%A6/WD-7-194-18-pdf-data.pdf>, hier die komplette Fassung des oben gekürzten Glossareintrags, abgerufen im März 2025.
- 3 https://www.verfassungsschutz.de/DE/service/glossar/Functions/glossar.html?cms_lv2=678608, abgerufen im Februar 2025.
- 4 <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/glossareintraege/DE/E/ethnopluralismus.html>, abgerufen im Februar 2025.
- 5 https://www.verfassungsschutz.de/DE/service/glossar/Functions/glossar.html?cms_lv2=678624
- 6 Vgl. Der Brockhaus. Religionen. Glauben, Riten, Heilige. Hrsg. v. der Lexikonredaktion des Verlags F. A. Brockhaus, Mannheim. Leipzig u. Mannheim 2004, S. 289.)
- 7 Vgl. https://www.verfassungsschutz.de/DE/service/glossar/Functions/glossar.html?cms_lv2=678570



REGISTER

- A**
- Abdelhamid s. Asanov, Dehran 120
 - Abu Yasin s. al-Rashta, Ata Abu 126
 - Abul Baraa s. Armih, Ahmad 115, 120
 - Active Club Germania 62
 - Active Clubs 5, 61, 62, 188
 - Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP, Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) 169, 184
 - Afghanistan 119
 - Ägypten 129
 - Ahnenrad der Moderne 53
 - al-Assad, Bashar 128
 - Albanien 80
 - al-Banna, Hasan (1906–1949) 129
 - al-Ikhwan al-Muslimun fi Suriya (Die Muslimbrüder in Syrien) 129, 188
 - Alliierte Demokratische Kräfte (ADF) 124, 125, 184
 - Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu (AGİF, Föderation der ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland e.V.) 155, 161, 184, 189
 - Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu (ATİF, Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.) 154, 184, 189
 - Almanya'daki Mezopotamya Topluluklar Konfederasyonu (KON-MED, Konföderation der Gemeinschaften Mesopotamiens in Deutschland) 149, 186, 189
 - al-Nahda 129, 188
 - al-Qaida 122, 159, 188
 - al-Qaradawi, Yusuf (1926–2022) 130, 131
 - al-Rashta, Ata Abu (alias Abu Yasin) 126
 - Altenstadt (Wetteraukreis) 70, 72
 - Alternative für Deutschland (AfD) 46, 47, 64
65, 66, 67, 68, 70, 73, 102, 110, 155, 184, 185
 - al-Wahhab, Mohammed Ibn Abd (1703–1792) 119
 - Amtsgericht Büdingen 73
 - Amtsgericht Fritzlar 54
 - Amtsgericht Kassel 54
 - Anadolu Federasyonu (Anatolische Föderation) 151, 189
 - Anarchisten 7, 9, 94, 95, 97, 98, 99, 100, 149, 150
 - ANF (Ajansa Nûçeyan a Firatê) 146, 150, 184
 - ANF-News 146
 - Ankara (Türkei) 133, 135, 145, 149
 - an-Nabhani, Taqi ad-Din (1914–1977) 126
 - Arbeitskreis Heimat.Kultur.Werk 73, 188
 - Arikan, Mahmut 133
 - Armih, Ahmad (alias Abul Baraa) 115, 120
 - Asanov, Dehran (alias Abdelhamid) 120
 - Asch, Dominik 65, 66
 - Aurora Räteaufbau 97, 109, 188
 - Austauschforum Extremismus 26
 - Autonome 7, 9, 94, 95, 97, 98, 99, 100, 101, 103, 104, 106, 110, 125, 149
 - Autonome Region Kurdistan in Nordirak 149
 - Avrupa Ezilen Göçmenler Konfederasyonu (AvEG-Kon, Konföderation der unterdrückten ImmigrantInnen in Europa) 155, 184, 189
 - Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu (ATİK, Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa) 154, 184, 189

B	
• Bad Homburg v. d. Höhe (Hochtaunuskreis)	66, 137
• Bad Soden am Taunus (Main-Taunus-Kreis)	75
• Baden-Württemberg	46, 57, 65, 76, 84, 104, 116, 124
• Badi, Muhammad	129
• Baghuz (Syrien)	125
• Bayern	67, 116, 122, 123, 124, 129, 137
• Bayik, Cemil	144
• Becker, Uwe	22
• Beirut (Libanon)	136
• Belgien	131, 147
• beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus	25
• Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus	25
• Berlin	18, 50, 71, 104, 120, 122, 126, 137, 138
• Bernsdorf (Sachsen)	50
• Biebesheim (Kreis Groß-Gerau)	78
• Bilal Moschee [in Frankfurt am Main]	115, 121
• Bischofsheim (Kreis Groß-Gerau)	134
• Bismarcks Erben (auch Ewiger Bund oder Preußisches Institut)	86, 188
• Bonn (Nordrhein-Westfalen)	138
• Bosnien-Herzegowina	130
• Brandenburg	46, 49, 64, 66, 76, 123
• Bremen	137
• Brüssel (Belgien)	131
• Budak, Yakup	132
• Büdingen (Wetteraukreis)	73
• Bulgarien	80
• Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD)	18, 19, 184
• Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)	18, 19, 29, 58, 60, 183, 184
• Bundesgerichtshof (BGH)	19, 184, 185
• Bundeskriminalamt (BKA)	18, 19, 184
• Bundesminister des Innern	126
• Bundesministerium des Innern	85, 95, 127, 136, 137, 145
• Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	176
• Bundesnachrichtendienst (BND)	18, 19, 184
• Bundespolizei (BPol)	18, 19, 27, 184
• Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main	27
• Bundesrat	11, 69
• Bundesregierung	46, 51, 54, 56, 66, 71, 76, 79, 107, 158
• Bundesverfassungsgericht	11, 14, 69
• Bundesverwaltungsamt (BVA)	183, 184
• Bundesverwaltungsgericht	126
• Bundeswehr	24, 97, 107, 108, 123
• Bürgerbewegung Pax Europa	124
C	
• Café ExZess	103
• Café KoZ	103
• Centro	103
• China	32, 110, 143, 166, 168, 170
• Christchurch (Neuseeland)	48
• Ciwanên Azad	150
• Combres-sous-les-Côtes (Frankreich)	63
• Correctiv	46, 49, 64, 102
• Council of European Muslims (CEM)	131, 184, 188
• Cremer, Claus	71
D	
• D’Agostino, Gigi	31
• Dagestan [russische Republik im Kaukasus]	125
• Dali, Amen	115, 120, 121
• Damaskus (Syrien)	127
• Darmstadt	64, 77, 78, 86, 99, 103, 104, 105, 107, 144, 145, 147, 149, 150, 153, 154, 155
• de.indymedia.org [Internetplattform]	100, 101, 103, 149
• Der Dritte Weg/Der III. Weg	8, 42, 47, 63, 76, 77, 78, 79, 80, 161, 188
• Derbent (Russland)	125
• Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	107, 108, 110, 185, 188
• Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V. (DMG)	9, 117, 129, 131, 185, 188
• Deutsche Stimme (DS)	73, 185, 188
• Deutscher Bundestag	64
• Deutsches Zentrum für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters (DZSKJ)	31, 185
• Devrimci Gençlik (Dev-Genç, Revolutionäre Jugend)	151, 184, 189
• Devrimci Halk Kurtuluş Cephesi (DHKC, Revolutionäre Volksbefreiungsfront)	151, 184, 185, 189
• Devrimci Halk Kurtuluş Partisi (DHKP, Revolutionäre Volksbefreiungspartei)	151, 185, 189
• Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi (DHKP-C, Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front)	151, 185, 189
• Devrimci Sol (Dev Sol, Revolutionäre Linke)	151, 184
• Die HEIMAT	8, 42, 45, 46, 47, 69, 70, 71, 72, 73, 188
• Dieburg (Landkreis Darmstadt-Dieburg)	78, 147, 154
• Dillenburg (Lahn-Dill-Kreis)	75
• Dortmund (Nordrhein-Westfalen)	122
• Dreieich (Landkreis Offenbach)	81
• Dresden (Sachsen)	73, 74, 75, 100
• Driedorf (Lahn-Dill-Kreis)	70
• Dublin (Irland)	131
• Duisburg (Nordrhein-Westfalen)	133
• Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen)	120
E	
• E., Lina	100
• Eisenach (Thüringen)	63, 73
• Engels, Friedrich (1820–1895)	98, 107, 155
• Eppstein (Main-Taunus-Kreis)	72
• Erbakan, Necmettin (1926–2011)	118, 132, 133, 134, 135, 160
• Erdoğan, Recep Tayyip	169
• Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH)	180, 182, 185
• Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte	147

- Europäisches Institut für Humanwissenschaften e.V. (EIHW) 117, 130, 131, 185, 188
- Europäisches Polizeiamt (Europol) 19, 185
- European Council for Fatwa and Research (ECFR, Europäischer Rat für Fatwa und Forschung) 131, 185, 188
- European Council of Imams (EUIMAMS, Europäischer Rat der Imame) 131, 185, 188
- European Institute of Human Sciences (EIH) 131, 185
- Ewiger Bund s. Bismarcks Erben 86, 188

F

- Facebook 56, 72, 73, 74, 125, 126, 130, 160
- Fachbeirat des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus 25
- Fachstellen für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention (DEXT) 25, 184
- Fakirlerin ve Ezilenlerin Silahlı Kuvvetleri (FESK, Bewaffnete Einheiten der Armen und Unterdrückten) 155, 185
- Fassfabrik (Rheinland-Pfalz) 63
- Fatwa-Ausschuss in Deutschland 117, 131, 188
- Faust 60, 62, 188
- Federalnaja Slushba Besopasnosti (FSB, Föderaler Dienst für die Sicherheit der Russischen Föderation) 168, 185
- Federasyona Civaka Demokratik a Kurdistanian e.V. (FCDK-KAWA, Föderation der demokratischen Gesellschaften Kurdistans e.V.) 146, 185, 189
- Fischer, Matthias 76
- Fitzek, Peter 86
- Frankenberg (Landkreis Waldeck-Frankenberg) 66, 107
- Frankfurt (Oder) in Brandenburg 123
- Frankfurt am Main 20, 27, 28, 75, 78, 81, 86, 99, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 115, 118, 121, 125, 127, 129, 131, 137, 138, 143, 144, 146, 147, 148, 149, 150, 152, 153, 154, 155, 160, 161, 170
- Frankreich 48, 63, 131, 145, 147
- Franz, Frank 47, 69, 73
- Friedberg (Wetteraukreis) 100
- Frisch, Björn 73
- Fritzlar (Schwalm-Eder-Kreis) 54, 66
- Froelich, Tomasz 65
- Fulda (Landkreis Fulda) 26, 76, 115, 120

G

- G., Johann 100
- G-10-Kommission des Hessischen Landtags 14, 15
- Gates, Bill 93
- Gazastreifen 129, 157, 160, 161
- Gedächtnisstätte e.V. 55, 188
- Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) 18, 19, 185
- Gemeinsames Internetzentrum (GIZ) 18, 19, 185
- Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) 18, 19, 185
- Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (GBA) 18, 19, 185

- Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main 20
- Gera (Thüringen) 123
- Gießen (Landkreis Gießen) 66, 71, 74, 75, 84, 99, 103, 105, 107, 144, 147, 150
- Ginsheim-Gustavsburg (Kreis Groß-Gerau) 77
- Gladenbach (Landkreis Marburg-Biedenkopf) 44, 51
- Glashütten (Hochtaunuskreis) 75
- Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (GRU, Hauptverwaltung beim Generalstab der Streitkräfte der Russischen Föderation) 168, 185
- Gnauck, Hannes 68
- Greifenstein (Lahn-Dill-Kreis) 70
- Groß-Bieberau (Landkreis Darmstadt-Dieburg) 147
- Großbritannien 60, 127, 131
- Gülen-Bewegung 169
- Güney, Yilmaz 154
- Guthmannshausen (Thüringen) 55

H

- Hai'at Tahrir al-Sham (HTS, Komitee zur Befreiung der Levante) 122, 185, 188
- Halk Cephesi (Volksfront) 151, 189
- Halle (Saale) in Sachsen-Anhalt 128
- Hamburg 118, 126, 127, 137, 160, 185, 189
- Hanau (Main-Kinzig-Kreis) 128, 133
- Hannover (Niedersachsen) 69
- Hantusch, Thassilo 70, 71, 73, 74, 75
- Harakat al-Muqaqama al-Islamiya (HAMAS, Islamische Widerstandsbewegung) 4, 7, 21, 22, 28, 34, 113, 129, 135, 137, 157, 159, 160, 161, 185, 188
- Harakat al-Shabaab al Mujahidin (al-Shabaab, Bewegung der Mujahidin-Jugend) 124, 184
- Hartwig, Nils 68
- Heidelberg (Baden-Württemberg) 76
- Heinrich XIII. Prinz Reuß 84, 188
- Heise, Thorsten 73
- Helferich, Matthias 64
- Heppenheim (Kreis Bergstraße) 145
- Herborn (Lahn-Dill-Kreis) 78, 87
- Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C) 24, 185
- Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) 26, 27, 28, 182, 185
- Hessische Landesregierung 14, 22, 88
- Hessische Lehrkräfteakademie 24
- Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit 15, 16
- Hessischer Landtag 14, 15, 20, 46, 64, 66
- Hessischer Rechnungshof 15
- Hessisches Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (HETAZ) 17, 18, 20, 185
- Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) 20, 24, 25, 26, 185
- Hessisches Landeskriminalamt (HLKA) 18, 19, 20, 185
- Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat 26

- Hessisches Ministerium des Innern und für Sport 27
- Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz 14, 15, 16, 22
- Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen 26
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum 174, 176
- Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst 28
- Hessisches Präventionsnetzwerk gegen Salafismus 25
- Heyva Sor a Kurdistanê (HSK, Kurdischer Roter Halbmond) 126, 150, 185, 189
- Hêzên Parastina Gel (HPG, Volksverteidigungseinheiten) 144, 185, 189
- Hilchenbach (Nordrhein-Westfalen) 77
- Hitler, Adolf (1889–1945) 75
- Hizb Allah (Partei Gottes) 113, 135, 136, 137, 138, 157, 159, 160, 188
- Hizb ut-Tahrir (HuT, Partei der Befreiung) 9, 116, 126, 185, 188
- Hochtaunuskreis 65, 66, 75, 137
- Hof (Bayern) 123
- Huthi-Rebellen 157, 159

I

- Identitäre Bewegung (IB) 42, 185, 188
- Identitäre Bewegung Deutschland e. V. (IBD) 8, 48, 185, 188
- Identitäre Bewegung Hessen (IBH) 44, 185, 188
- Identitäre Bewegung Österreich (IBÖ) 50, 185
- Idstein (Rheingau-Taunus-Kreis) 77
- Indien 166, 168, 169, 170
- Indigenes Volk [der] Germaniten (IVG) 85, 185, 188
- Instagram 5, 33, 64, 66, 67, 74, 75, 109, 126, 127, 148, 160
- Institut Européen des Sciences Humaines (IESH) 131, 185
- International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) 158, 185
- Inter-Services Intelligence (ISI) 170, 185
- Interventionistische Linke (IL) 97, 104, 185, 188
- Irak 125, 137, 143, 144, 149, 150
- Iran 7, 118, 136, 137, 138, 139, 155, 157, 159, 161, 166, 168, 169, 170, 187
- Irland 131
- Islam kennenlernen 121, 188
- Islamische Bewegung Usbekistan (IBU) 125, 185
- Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e. V. (IGS) 118, 137, 138, 185, 189
- Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD) 129, 185
- Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V. (IGMG) 118, 132, 133, 134, 185, 189
- Islamischer Staat (IS) 122, 130, 185, 186, 189
- Islamischer Staat Provinz Khurasan (ISPK) 122, 123, 124, 185, 189
- Islamisches Zentrum Hamburg (IZH) 118, 127, 137, 138, 185, 189

- Israel 4, 7, 9, 21, 22, 27, 28, 34, 78, 113, 124, 126, 129, 134, 135, 136, 137, 139, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 169
- Istanbul (Türkei) 130, 131, 135, 160
- Italien 80, 131

J

- Jagsch, Stefan 57, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75
- Jemen 137, 138, 157, 159
- Jerusalem 118, 126, 135, 138
- Jinên Xwendekarên Kurdistan (JXK, Studierende Frauen aus Kurdistan) 150, 185, 189
- Jordanien 126
- Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main 28
- Jüdische Gemeinden in Hessen 22, 28
- Jung & Stark – Hessen (JS Hessen) 59, 185, 188
- Junge Alternative (JA) Hessen 8, 64, 67, 185, 188
- Junge Alternative für Deutschland (JA) 67, 185
- Junge Nationalisten (JN) 8, 69, 74, 185, 188
- Junge Nationalisten Hessen (JN Hessen) 72, 74, 75
- Justizakademie Hessen des Hessischen Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat 26

K

- KAGEF 154, 186
- Kapustin, Denis (alias Denis Nikitin) 61
- Karamollaoğlu, Temel 133, 135, 160
- Karayilan, Murat 144
- Karlsruhe (Baden-Württemberg) 104
- Kaschmir-Bewegung 170
- Kassel 26, 28, 45, 53, 54, 56, 62, 75, 76, 77, 87, 99, 100, 101, 102, 103, 105, 107, 119, 144, 145, 147, 148, 149, 150, 161, 188
- Kassem, Naim 136
- Kelkheim (Hochtaunuskreis) 75
- Kelsterbach (Kreis Groß-Gerau) 118, 133
- Khalistan 170
- Khomeini, Ali 138, 139
- Khomeini, Ruhollah Musawi (1902–1989) 138, 139
- Kiel (Schleswig-Holstein) 103, 106
- Klapperfeld 100
- Klette, Daniela 63, 188
- Knockout 51 149, 154
- Kobanê (Syrien) 145, 149
- Köln (Nordrhein-Westfalen) 84, 188
- Kommissarische Reichsregierung 161, 186, 188
- Kommunistische Organisation (KO) 109
- Kommunistische Partei der Philippinen 105, 186
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 17, 27, 34, 186
- Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX) 124
- Kongo 150, 186, 189
- Kongreya Civakên Demokratîk li Kurdistanîyên Ewropa (KCDK-E, Kurdischer Demokratischer Gesellschaftskongress in Europa) 85, 186, 188
- Königreich Deutschland (KRD) 75
- Königstein im Taunus (Hochtaunuskreis) 66
- Königstein im Taunus (Hochtaunuskreis) 66
- Krah, Maximilian 124
- Krasnogorsk (Russland) 124

- Krebs, Dr. Pierre 53, 54, 55
- Kreis Bergstraße 145
- Kreis Groß-Gerau 65, 77, 78, 118, 133, 134
- Krematorium 60, 188
- Kreuzmann, Thomas 22
- Kroatien 55
- Kronberg im Taunus (Hochtaunuskreis) 75
- Kulturzentrum Ludenbeck 45, 56, 57
- Kurdistan 9, 97, 101, 143, 144, 146, 149, 150, 155, 184, 185, 186, 187, 189
- Kutan, Recai 132, 133, 135

L

- Lachmann, Daniel 70, 71, 73, 74
- Lahn-Dill-Kreis 34, 57, 65, 70, 71, 72, 74, 75, 76, 78, 87
- Landgericht Kassel 54
- Landkreis Darmstadt-Dieburg 78, 147, 154
- Landkreis Fulda 115, 120
- Landkreis Gießen 66, 71, 74, 75, 84, 99, 103, 105, 107, 144, 147, 150
- Landkreis Kassel 45, 56
- Landkreis Limburg-Weilburg 76, 78, 87
- Landkreis Marburg-Biedenkopf 44, 51, 66, 99, 102, 103, 104, 105, 107, 129, 144, 150, 161
- Landkreis Offenbach 65, 81, 150
- Landkreis Waldeck-Frankenberg 66, 107
- LebensGlück e. V. 86
- Lenin (eigentl. Uljanow), Wladimir Iljitsch (1870–1924) 95, 107, 108, 110, 143, 144, 146, 148, 151, 153, 154, 155, 186, 187, 188, 189
- Leuchtturm-Team des KRD 86, 188
- Leun (Lahn-Dill-Kreis) 57, 71, 72
- LGBTQ-Community 47, 56, 186
- Libanon 136, 138, 157, 160
- Lich (Landkreis Gießen) 75
- LIES! 121, 189
- Linden (Landkreis Gießen) 84
- Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz) 134
- Lugano (Schweiz) 131
- Luther, Martin (1483–1546) 33
- Lwiw (Ukraine) 80

M

- Machatschkala (Russland) 125
- Magdeburg (Sachsen-Anhalt) 3, 127, 128
- Main-Kinzig-Kreis 65, 132, 133
- Maintal (Main-Kinzig-Kreis) 65, 132
- Main-Taunus-Kreis 72, 75
- Mannheim (Baden-Württemberg) 3, 46, 65, 116, 124
- Mao Zedong (1893–1976) 110, 143
- Maoist Komünist Partisi (MKP, Maoistisch-Kommunistische Partei) 153, 186, 189
- Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) 44, 51, 66, 76, 99, 102, 103, 104, 105, 107, 110, 129, 144, 150, 161
- Marxist Leninist Komünist Parti (MLKP, Marxistische Leninistische Kommunistische Partei) 146, 155, 186, 189

- Marxist Leninist Komünist Parti (MLK-P-Kurtuluş, Marxistische-Leninistische Kommunistische Partei-Aufbau) 155, 186
- Marokkanisch-Islamischer Kulturverein e. V. [in Frankfurt am Main] 121
- Marx, Karl (1818–1883) 98, 107
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 110, 146, 154, 161, 186, 188
- Mecklenburg-Vorpommern 137
- Meldestelle Hessen gegen Hetze 21, 29
- Melsungen (Schwalm-Eder-Kreis) 61
- Milli Gazete (Nationale Zeitung) 118, 132, 133, 135, 189
- Milli İstihbarat Teşkilâtı (MIT, Nationaler Nachrichtendienst) 169, 186
- Milli-Görüş-Bewegung 9, 118, 132, 133, 134, 135, 160
- Mogadischu (Somalia) 124
- Mojahedin-e-Khalq (MEK, Volksmojahedin) 169, 186
- Mosaikrechte 47, 64
- Moscheebau-Kommission e. V. 129
- Mürger, Maximilian 66
- München (Bayern) 3, 116, 122, 124, 129
- Muslim Interaktiv 160, 189
- Muslimbruderschaft (MB) 9, 113, 117, 129, 186, 189
- Muslime-Fulda e. V. 120
- Mustafa, Kemal (Atatürk, 1881–1938) 132

N

- N. S. Heute 62
- Nachrichtendienstliche Informations- und Analysestelle (NIAS) 18, 19, 186
- Nada, Youssef 117, 130, 131
- Naher Osten 28, 137, 160
- Nasrallah, Hassan 136, 157
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 42, 46, 47, 69, 70, 186, 188
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 53, 69, 79, 186
- Neonazis 8, 41, 42, 45, 47, 51, 58, 59, 60, 62, 63
- Netzwerk Antifa Ost 100, 188
- Neue Rechte 29, 47, 54, 64, 102
- Neu-Isenburg (Landkreis Offenbach) 150
- Neumann, Bernd 5, 7, 22
- Neumann, Daniel 22
- Neumann, Philipp 73
- Neuseeland 48
- New People's Army 109
- New York City (USA) 155
- Niederdorfelden (Main-Kinzig-Kreis) 65
- Niederlande 150
- Niedersachsen 66, 69, 126, 137
- Nikitin, Denis s. Kapustin, Denis 61
- Nord-Kivu (Kongo) 124
- Nordkorea 166, 168, 170
- Nordrhein-Westfalen 20, 51, 56, 64, 77, 116, 120, 122, 124, 126, 133, 137, 138, 145, 148, 149
- North Atlantic Treaty Organization (NATO, Nordatlantische Vertragsorganisation) 71, 72, 97, 168, 186

- Nouvelle Droite 54
- Nürnberg (Bayern) 93

O

- Oberlandesgericht Dresden 100
- Oberlandesgericht Frankfurt am Main 125
- Ober-Ramstadt (Landkreis Darmstadt-Dieburg) 154
- Öcalan, Abdullah 97, 101, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149
- Odenwaldkreis 86
- Offenbach am Main 66
- Offenes Antifaschistisches Treffen (OAT) Kassel 102, 186, 188
- Organisierte Kriminalität (OK) 9, 162, 163, 186, 188
- Österreich 46, 49, 50, 67, 80, 123, 124, 185
- Ostritz (Sachsen) 61
- Othmann, Ronya 22

P

- Pakistan 125, 138, 166, 168, 169, 170
- Palästina 108, 118, 135, 138, 139, 154, 158, 160, 161
- Palm, Ludwig 57, 75
- Paris (Frankreich) 131
- Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz (PKV) 14, 15, 186
- Partiya Çareseriya Demokratik a Kurdistanê (PÇDK, Partei für eine politische Lösung in Kurdistan) 150, 186
- Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê (PJAK, Partei für ein freies Leben in Kurdistan) 150, 186
- Partiya Karkerên Kurdistan (PKK, Arbeiterpartei Kurdistan) 9, 97, 143, 144, 186, 189
- Partiya Yekîtiya Demokrat (PYD, Partei der Demokratischen Union) 144, 186, 189
- Patriot Front (USA) 77
- Phänomenbereichsübergreifende wissenschaftliche Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (PAAF) 4, 17, 21, 23, 28, 29, 186
- Polen 66
- Polizeiliche Informations- und Analysestelle (PIAS) 18, 19, 186
- Polizeipräsidium Osthessen 26
- Poseck, Prof. Dr. Roman 3, 4, 22
- Postautonome 99, 104
- Potsdam (Brandenburg) 46, 49, 64
- Preußisches Institut s. Bismarcks Erben 86, 188
- Pride France 63

R

- Ramadan, Said (1926–1995) 129
- Rat der Imame und Gelehrten in Deutschland (RIGD) 117, 131, 186, 189
- Realität Islam (RI) 28, 116, 126, 186, 189
- REBELL 154, 188
- Recht und Wahrheit 8, 45, 54, 56, 57, 186, 188
- Reichsbürger und Selbstverwalter 8, 22, 26, 35, 36, 82, 83, 84, 85, 87, 88, 89, 93, 188
- Reichstrunkenbold 60, 62, 188
- Renniecke, Frank 71
- Revolte Rheinland 51

- Revolutionärer Erster Mai Frankfurt 109
- Revolutionary Guard Corps (RGC, Revolutionsgarden) 169, 186
- Rheingau-Taunus-Kreis 77
- Rheinland-Pfalz 51, 63, 134
- Rheinmetall AG 109
- Richter, Vincenzo 48
- Riesa (Sachsen) 69, 73
- Rödermark (Landkreis Offenbach) 65
- Rojava 149, 154, 155
- Roos, Joachim 46, 64, 65, 66, 68
- Rote Armee Fraktion (RAF) 100, 186, 188
- Rote Hilfe Deutschlands (RHD) 105, 106, 186
- Rote Hilfe e. V. (RH) 97, 105, 106, 186, 188
- Rundo, Robert 61
- Rüsselsheim (Kreis Groß-Gerau) 65
- Russland 3, 7, 61, 80, 124, 125, 165, 168, 170

S

- Saadet Deutschland Regionalverein Hessen e. V. (SP Hessen) 118, 132, 186, 189
- Saadet Europa e. V. (SP Europa) 118, 132, 186
- Saadet Partisi (SP, Partei der Glückseligkeit) 118, 132, 186, 189
- Saarland 69
- Sachsen 47, 48, 50, 51, 61, 66, 69, 73
- Sachsen-Anhalt 128
- Sakarya (Türkei) 135
- Salafisten 113, 114, 115, 116, 119, 120, 121, 123
- Sarajevo (Bosnien-Herzegowina) 130
- Saudi-Arabien 119
- Schleich, Pascal 66
- Schleizer, Anika 21, 22
- Schleswig-Holstein 109
- Schmidtke, Sebastian 71, 73
- Scholz, Olaf 79
- Schönborn, Meinolf 45, 56, 57, 70, 75
- Schreiber, Peter 47, 69, 73
- Schröder, Patrick 62
- Schwalm-Eder-Kreis 61, 66
- Schweiz 123, 124, 131
- Sellner, Martin 44, 49, 50, 51, 52, 64, 102
- Serxwebun 150
- Skinheads, rechtsextremistische 58
- Slushba Wneschnej Raswedki (SWR, Dienst der Außenaufklärung der Russischen Föderation) 168, 186
- Solingen (Nordrhein-Westfalen) 3, 20, 66, 116, 124
- Somalia 124
- Sonneberg (Thüringen) 77
- Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) 97, 107, 186, 188
- Sozialistische Gleichheitspartei, Vierte Internationale (SGP) 110, 186, 188
- Sozialistische Reichspartei (SRP) 58, 186
- Spanien 52
- Split (Kroatien) 55
- Srebrenica (Bosnien und Herzegowina) 51
- Staatliches Schulamt Fulda 26
- Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main – Abteilung Staatsschutz 20

- Stalin (eigentl. Dschugaschwilli), Josef W. (1878–1953) 110
- Stêrk-TV/NUCE-TV 150
- Stockstadt am Rhein (Kreis Groß-Gerau) 78
- Strasbourg (Frankreich) 145, 147
- Streitmacht 60, 188
- Sturmrebelln 60, 62, 188
- Subkulturell orientierte Rechtsextremisten 8, 45, 58, 60, 62
- Sunnah-Moschee in Fulda (Landkreis Fulda) 115, 120
- Swift, Taylor 123
- Sylt 31
- Syrien 117, 122, 123, 125, 127, 129, 137, 143, 144, 149, 150, 154, 188

T

- Telegram 49, 50, 51, 52, 56, 62, 67, 75
- Temel, Samet Sami 135
- Tevgera Ciwanan Sorêsger (TCS, Bewegung der revolutionären Jugend) 147, 150, 187, 189
- Tevgera Jinen Ciwanan Tekoser (Teko-Jin, Bewegung der kämpferischen jungen Frauen) 189
- Teyrêbazên Azadiya Kurdistan (TAK, Freiheitsfalken Kurdistans) 144, 187
- Thule-Gesellschaft 53
- Thule-Seminar e. V. 8, 53, 54, 55
- Thüringen 55, 63, 66, 73, 77, 100, 123
- Thüringer Oberlandesgericht 63
- TikTok 5, 26, 30, 31, 32, 33, 34, 47, 66, 78, 126
- Tõng çuç 2 (TC2) 169, 187
- Trotzki, Leo (1879–1940) 95, 110
- Trump, Donald 80
- Tunesien 129
- Türk Havacılık ve Uzay Sanayii A. Ş. (TUSAŞ) 149, 187
- Türkei 97, 118, 125, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 143, 144, 145, 146, 149, 151, 153, 154, 155, 160, 166, 168, 169, 184, 189
- Türkiye İşçi Köylü Kurtuluş Ordusu (TİKKO, Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee) 153, 187
- Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist (TKP/ML und TKP-ML, Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten) 148, 153, 187, 189

U

- Uganda 124
- Ukraine 3, 7, 47, 76, 79, 80, 93, 97, 143, 165, 168, 170, 173
- Ülkücü-Bewegung 35, 142, 147, 158
- Ungarn 63
- US-Air-Base in Wiesbaden 72

V

- Vaterländischer Hilfsdienst (VHD) 85, 187, 188
- Verband deutscher Wahlkommissionen (VDWK) 85, 187, 188
- Vereinigte Staaten von Amerika (USA) 56, 80, 161, 187
- Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates 8, 13, 51, 90, 91, 93

- Vezerate-ettelaat jomhuri-ye eslami-ye iran/ Ministry of Intelligence (VAJA/MOIS) 169, 187
- Vietnam 166, 168, 169
- Violence Prevention Network (VPN) 25, 187
- VK [Internetplattform] 56
- Vöhl (Landkreis Waldeck-Frankenberg) 66
- Voice of Khurasan 122
- Voigt, Udo 47, 70, 71, 73

W

- Was ist Islam? 121, 189
- Waziristan (Pakistan) 125
- We love Muhammad 121, 189
- Wesertal (Landkreis Kassel) 56
- Westend-Synagoge 28
- Wetteraukreis 70, 71, 72, 73, 100
- Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) 34, 65, 71, 74, 75, 87
- Wien (Österreich) 50, 67, 123
- Wiesbaden 16, 22, 71, 72, 87, 101, 105, 106, 153, 154
- World Economic Forum (WEF) 93, 187
- Wurm, Manuel 64, 65, 67

X

- X [soziales Netzwerk] 56, 67, 126, 130, 160

Y

- Yekîneyên Parastina Gel (YPG, Volksverteidigungseinheiten) 144, 187, 189
- Yekîneyên Parastina Jin (YPJ, Frauenverteidigungseinheiten) 144, 187, 189
- Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan (YXK, Verband der Studierenden aus Kurdistan) 150, 187, 189
- Yeni Demokratik Genclik (YDG, Neue demokratische Jugend) 154, 161, 187, 189
- Yeni Kadın (Neue Frau) 154, 189
- Yeni Özgür Politika (YÖP, Neue Freie Politik) 150, 187
- Young Struggle 146, 154, 155, 161, 189
- YouTube 31, 33, 51, 62, 115, 121, 126, 130, 160

Z

- Zentrale Fortbildung (ZF) Hessen 27, 187
- Zentrum der Islamischen Kultur (ZIK) 118, 127, 137, 187, 189
- Zürich (Schweiz) 124
- Z-Versand 56
- Zwickau (Sachsen) 73

IMPRESSUM

Herausgeber

Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz
Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

Redaktionsschluss: 12. Juni 2025

Konzeption, Gestaltung und Layout

Grüztmacher GmbH, Agentur für Digital- und Printmedien

Kontakt

Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
Konrad-Adenauer-Ring 49
65187 Wiesbaden
Tel.: 0611 720-0
Fax: 0611 720-1139
Internet: www.verfassungsschutz.hessen.de

Bildnachweise:

Adobe Stockfotos:

Seite 1, 2, 6, 23, 25, 26, 27, 28, 30, 31, 32, 33, 35, 37, 38, 39, 40, 49, 51, 54, 55, 57, 61, 65, 68, 72, 73, 77, 80, 82, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 92, 94, 97, 98, 100, 102, 105, 108, 110, 111, 112, 114, 116, 117, 119, 128, 130, 135, 137, 139, 140, 143, 147, 148, 150, 156, 159, 162, 163, 164, 166, 167, 168, 172, 174, 175, 177, 178, 181, 183, 184, 190, 191 und 200

iStock-Fotos:

Seite 16, 52, 70, 78, 87, 101, 106, 124, 127, 134, 136, 146, 152, 153, 167 und 170

KI-generiert:

Seite 46, 121 und 157

Druck

AC Medienhaus GmbH, Wiesbaden
FSC – zertifiziertes Papier



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europaparlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welche Weise und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer einzelnen Mitglieder zu verwenden.



**KEIN RAUM
FÜR EXTREMISMUS**

verfassungsschutz.hessen.de

